

Vienna, Intl.

A Journal on the City's People, Places and Culture

ISSUE 4

2024

www.wien.info



2024 | 5784

DAS JÜDISCHE ECHO

FALTER VERLAG

Jetzt kostenlos
bestellen
folder.wien.info



Heartbeat, Grätzl, Mr. Universe, kosher, Bahö, Poldi,
Spione, Kronen Krimi, Klangrevolutionär, Made in Vienna,
angebissen, paniert, Friedhof der Stars, Ciccolella, Streets

WIEN
JETZT • FÜR IMMER

DAS JÜDISCHE ECHO

SOLIDARITÄT UND IHRE GRENZEN

Vol. 72

2024 | 5784



DAS JÜDISCHE ECHO



Gegründet von der Vereinigung Jüdischer Hochschüler Österreichs und Leon Zelman s. A.

Europäisches Forum für Kultur und Politik

Vol. 72

2024 | 5784

Inhalt

Impressum

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber: Verein zur Herausgabe der Zeitschrift „Das Jüdische Echo“.
Zweck: Historisch-kritische Aufarbeitung des österreichisch-jüdischen Geisteslebens sowie die Darstellung aktueller Strömungen zur Förderung demokratischer Kultur.
Obmann: Mag. Leon Widecki; **Schriftführer:** Peter Schwarz; **Kassier:** Norbert Gang.
Sitz: 1010 Wien, Judenplatz 8, Tel. 0043/1/535 04 31-1590.
E-Mail: office@juedischesecho.at, www.juedischesecho.at, www.facebook.com/DasJuedischeEcho

Chefredaktion: Christian Schüller **Projektkoordination:** Mag. Susanne Trauneck.
Mitarbeit: Irina Abajew. **Lektorat:** Ewald Schreiber. **Redaktion:** Nini Tschavoll, Christian Zillner.
Coverillustration: Cristóbal Schmal. **Grafisches Konzept:** Lisa Elena Hampel, Dirk Merbach.
Layout: Claudia Fritzenwanker. **Produktion:** Daniel Greco
Gesamtherstellung: Falter Verlagsgesellschaft m.b.H. **Druck:** Gedruckt in der EU



Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweiligen Autor:innen verantwortlich. Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und/oder des Herausgebers wider.

ISBN 978-3-85439-728-1
Vertrieb: Falter Verlagsgesellschaft m.b.H., Marc-Aurel-Straße 9, 1011 Wien
Tel. 0043/1/536 60, Fax 0043/1/536 60-935, E-Mail: service@falter.at
www.faltershop.at

Mit freundlicher Unterstützung der Kulturabteilung der Stadt Wien



 Bundeskanzleramt

5	Parallele Universen Christian Schüller	58	Ein Blick auf die „Solidarność“ Joana Radzyner
7	Solidarität mit Israel Leon Widecki	62	Glückwünsche
36	Kapitel 1 Wenn ich nicht für mich bin, wer ist für mich?	66	Wohnen als Menschenrecht Werner T. Bauer und Lilli Bauer
11	Ausweitung der Kampfzone Celeste-Sarah Ilkanaev	72	Mit Missverständnissen arbeiten Barbara Staudinger
16	Die Kontinentaldrift eines Paralleluniversums Julya Rabinowich	77	Kapitel 3 Wenn nicht jetzt, wann?
20	Israel braucht keine Solidarität. Nur Fairness Ben Segenreich	78	Was, wenn das Fundament nicht passt? Alexia Weiss
24	Israels Freiheit und Existenz Doron Rabinovici	84	Starthilfe ins Leben Emanuel Salvarani
32	Bilderkriege oder wie Wirklichkeiten erzeugt werden Friedrich Orte	90	Sala, Lejb und Barbara Barbara Schmid
35	Kommentar: Gefährliche Spaltung Peter Frey	92	15 Minuten Ruhm Gerlinde Kreuzeder
36	Kapitel 2 Wenn ich nur für mich bin, was bin ich?	100	Mitgehn – gegen Beschämung Peter A. Krobath
38	Jüdisch-arabische Solidarität in Israel Judith Stelmach	104	Kinder helfen Flüchtlingen Stella Schuhmacher
42	Prügel einstecken für Gerechtigkeit Itay Mashiach	112	Zwei Friedensaktivist:innen ziehen Bilanz Interview Christian Schüller
48	Das kleine Jerusalem der Pariser Banlieue Danny Leder		Bücher
51	Der Drahtseilakt eines Banlieue-Bürgermeisters Interview Danny Leder	120	Lernziel: Solidarität Lilly Maier
		126	Unbedingte Solidarität Christian Schüller
		127	Angekommen – Heimkehr Christian Schüller

Parallele Universen



Christian Schüller

Als würde sie mit ihren Beinen auf zwei Kontinentalplatten stehen, die unter ihr auseinanderdriften, so beschreibt **Julya Rabinowich** das Lebensgefühl, das sich seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem darauffolgenden Gaza-Krieg bei ihr eingestellt hat. In kurzer Zeit seien aus Freunden Fremde geworden.

Ein Medium, das vorgibt, Menschen zu verbinden und sich deshalb ‚sozial‘ nennt, ist mittlerweile zur Kampfzone mutiert, wie **Celeste Ilkanaev** beschreibt. Es braucht nur einen Knopfdruck, um Solidarität auszu-drücken oder Hass zu verbreiten, je nachdem.

Solidarität mit dem zutiefst erschütterten Israel oder Solidarität mit wehrlosen Frauen und Kindern in Gaza? Bei dieser Aufrechnung von Gefühlen drohe die Vernunft unterzugehen, kritisiert **Ben Segenreich**. Nicht Solidarität brauche Israel, sondern einfach nur Fairness. Nicht weil die Shoah auf das Gewissen der Europäer:innen drückt, sollen sie zu Israel halten, sondern einfach deshalb, weil Israel im Recht sei. Für **Doron Rabinovici** aber ist es die rechtsgerichtete Regierungskoalition, die Israel von innen schwach und verwundbar macht. Dieser Ideologie sei das Land wichtiger als der Staat, die Erde heiliger als das Leben der Einwohner:innen.

Was Solidarität mit einem gespaltenen Israel bedeuten soll, diese Frage polarisiere zunehmend auch die jüdische Gemeinschaft in den USA, berichtet **Peter Frey** aus New York. Dabei sieht er auf beiden Seiten blinde Flecken. Während linken Gruppen die Empathie mit dem Existenzkampf Israels verloren gehe, würden konservative Organisationen, die bedingungslos Netanyahus Regierung unterstützen, die humanitäre Katastrophe in Gaza ignorieren.

Der welterfahrene Fernsehjournalist **Friedrich Orter** ordnet das aktuelle Geschehen im Nahen Osten in eine lange Geschichte von Informationskriegen ein, von Vietnam über den Kosovo bis zur Ukraine. Was gezeigt

werden kann und was gezeigt werden soll, werde im Hintergrund entschieden. So würden Bilder oft die realen Schrecken eines Krieges verdecken und unser Vermögen zur Empathie zerstören.

Wenig war in letzter Zeit von jüdisch-arabischer Solidarität zu lesen, von Menschen, die sich für die Geschichte der anderen Seite interessieren. Und doch gibt es sie – mitten in Israel. **Judith Stelmach** erzählt von persönlichen Beziehungen zu arabischen Mitbürger:innen, die auch in den schweren Tagen seit dem 7. Oktober gehalten haben. In ihrer Arbeit am Projekt *shared society* habe sie einiges über die Erfahrungen der arabischen Bevölkerung lernen müssen – Tatsachen, die man ihr in der Schule nicht erzählt habe.

Für einen siebzehnjährigen Kibbuznik sind Menschenrechte wichtiger als Territorium. Obwohl er sich als religiösen Zionisten bezeichnet, geht er regelmäßig in die Westbank, um palästinensischen Bauern und Hirten beizustehen, und legt sich dabei mit jüdischen Siedlern an. **Itay Mashiach** berichtet über eine Gruppe israelischer Aktivist:innen, die über Grenzen gehen.

In Frankreich gelten Stadtviertel mit einem hohen Anteil nordafrikanischer Zuwanderer:innen oft als Problemzonen. Der jüdische Bürgermeister Patrick Haddad zeigt im Pariser Vorort Sarcelles, wie ein Miteinander von jüdischen und muslimischen Franzö:innen dennoch möglich ist und wo die Grenzen des Zusammenlebens liegen. **Danny Leder** hat den ungewöhnlichen Politiker besucht und sich *im kleinen Jerusalem der Banlieue* umgesehen.

Die jüngste politische Wende in Polen lässt Erinnerungen an die Zeiten der Solidarność aufleben. Damals verwendete ein Bündnis aus Arbeiter:innen und Intellektuellen die abgenutzte Propagandafloskel Solidarität, um sie gegen die Staatspartei zu wenden. **Joana Radzyner** schildert aus eigener Erfahrung, wie jüdische Dissident:innen in der Opposition mitmischten und später zur Zielscheibe wurden, als die erste Ernüchterung einsetzte und polnische Nationalist:innen das Ruder übernahmen.

Dass Wiener Arbeiterfamilien nicht nur anständig wohnen sollen, sondern ein Recht auf Schönheit haben, war nach dem Ersten Weltkrieg eine erstaunliche Ansage. Heute bewundern Tourist:innen aus aller Welt die Bauwerke des Roten Wien, an denen Juden und Jüdinnen maßgeblichen Anteil hatten. Wie **Lilli** und **Werner Bauer** dokumentieren, stammten einige von ihnen aus dem Bürgertum. Solidarität mit Arbeiter:innen war ihnen nicht in die Wiege gelegt worden.

Kann ein Museum heute dazu beitragen, Vorurteile zwischen Bevölkerungsgruppen zu überwinden und Brücken zu schlagen? **Barbara Staudinger** hat sich mit dem Jüdischen Museum Wien genau das vorgenommen. In ihrem Beitrag erklärt sie, warum sie es für wichtig hält, mit Missverständnissen zu arbeiten, auch auf die Gefahr hin, mitunter selbst missverstanden zu werden.

Alarmiert vom Aufstieg der Rechtsradikalen in Deutschland und Österreich, fragen sich viele, warum unsere Gesellschaft dafür so anfällig ist. Sollten Toleranz, Demokratie und Solidarität nicht in der Pflichtschule vorgelebt und geübt werden? Diese Frage hat **Alexia Weiss** sich gestellt und nach umfangreichen Recherchen eine ernüchternde Antwort gefunden: Das österreichische Schulsystem brauche dringend einen Totalumbau, denn ohne Chancengleichheit gebe es keine Solidarität.

Emanuel Salvarani porträtiert zwei Frauen und einen Mann, die sich dazu entschieden haben, das Schicksal der nächsten Generation nicht allein dem Schulsystem zu überlassen. Sie engagieren sich im Projekt *Frei.SPIEL*, um jungen Menschen aus schwierigen Verhältnissen einen möglichst guten Start ins Leben zu ermöglichen. Ihre Motivation klingt einfach: Sie wollen der Gesellschaft etwas zurückgeben.

Während der Corona-Epidemie wurden Krankenpfleger:innen als Held:innen beklatscht. Alle Parteien gelobten Solidarität mit dieser schlecht bezahlten Berufsgruppe, die sich um die Schwächsten in unserer Gesellschaft kümmert. Die pensionierte Krankenpflegerin

Gerlinde Kreuzeder schildert, was aus den *15 Minuten Ruhm* geworden ist.

Scham und Stigmatisierung werden von Sozialwissenschaftler:innen als wichtige Barrieren genannt, die Menschen mit geringem Einkommen daran hindern, Hilfe und Unterstützung in Anspruch zu nehmen – selbst dann, wenn sie ihnen zusteht. *Mitgehn* nennt sich eine Initiative, die Menschen, die es brauchen, bei Behörden und Gesundheitseinrichtungen den Rücken stärkt. Als Begleiter:innen bieten sich Menschen an, die selbst einen schwierigen Weg hinter sich haben.

Die New Yorkerin Ilse Melamid verdankt ihr Leben dem Umstand, dass sie mit einem Kindertransport den Nazis entkommen ist. Deshalb unterstützt sie heute Flüchtlinge und straffällig gewordene Jugendliche. **Stella Schuhmacher** hat in New York mit drei Wiener:innen zwischen 94 und 98 Jahren gesprochen, die eines gemeinsam haben: Sie wollen die Zeit, die ihnen noch bleibt, nutzen, um anderen eine Chance zu geben.

Tag für Tag die schrecklichen Nachrichten aus dem Nahen Osten anschauen und selbst nichts unternehmen, das ist für **Evelyn Böhmer-Laufer** und ihren Mann Ronny nicht in Frage gekommen. Achtzehn Jahre lang haben sie jüdische und arabische Jugendliche aus Israel zum *Peacecamp* nach Österreich eingeladen, damit sie lernen, miteinander zu reden. Jetzt setzt ihre Tochter das *Peacecamp* fort. Auch wenn es sich nur um eine noch so kleine Möglichkeit handle, etwas zu bewirken, so dürfe man diese nicht vorbeiziehen lassen.

Unsere Kapitel leiten wir diesmal mit Bildern der amerikanischen Künstlerin **Rebecca Odes** ein. Bilder von Kindern. „Letzte Woche habe ich Gesichter von Kindern gemalt, die von der Hamas als Geisel gehalten wurden. Diese Woche habe ich in die Gesichter von Kindern in Gaza geschaut, deren Leben in diesem immer tiefer werdenden Schrecken zerstört werden.“

Solidarität mit Israel



Leon Widecki
Obmann

Es gibt viele gute Gründe, mit Israel solidarisch zu sein: Ob man es als letzten Zufluchtsort für Juden und Jüdinnen sieht, für die das Leben in der Diaspora wieder einmal unbehaglich bis unerträglich wird, etwa durch neonazistische oder radikal-islamische Gruppierungen oder Einzeltäter. Oder ob man Israel

unterstützt, weil es die einzige Demokratie in der Region ist, die alle Werte unserer westlichen Welt teilt. Oder ob man, wie im Fall der Regierungen Deutschlands und Österreichs, nach dem Holocaust am jüdischen Volk die Sicherheit des Staates Israel als „Staatsräson“ definiert.

Die Anerkennung des Existenzrechts Israels als Staat, der nicht von Vernichtung oder Gewalt bedroht ist, ist keine Frage der Solidarität mit Israel, es sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Manche drücken ihre Gemeinschaft mit Israel und seiner Bevölkerung aus, indem sie humanitäre oder finanzielle Hilfe leisten, vor allem in Zeiten von Konflikten oder Krisen. Insbesondere jüdische Gemeinden in der Diaspora haben dies immer wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt: Bei den von den arabischen Nachbarn initiierten Kriegen (1948, 1956, 1967, 1973), den blutigen „Intifadas“, als Tausende israelische Bürger:innen dem palästinensischen Terror zum Opfer fielen, und zuletzt bei den von den Hamas-Terroristen verursachten Gaza-Konflikten.

Viele unterstützen Israel, weil sie den blanke Antisemitismus nicht akzeptieren, der zumeist bei der sogenannten Israelkritik durchscheint. Wenn Israel dämonisiert wird („Israel behandelt die Palästinenser so, wie Juden von den Nazis behandelt wurden“) oder delegitimiert („Israel ist ein Kolonialprojekt und hat den Palästinensern ihr Land geraubt“) oder doppelte Standards angelegt werden („Israel wurde von der UNO und ihren Teilorganisationen öfter verurteilt als alle anderen Staaten der Welt inklusive Iran, China, Russland, Nordkorea, Syrien etc. zusammen“).

Solidarität mit Israel bedeutet nicht unbedingt, dass man jede Handlung oder Politik der israelischen Regierung gutheißt. Man kann das Land und seine Bevölkerung unterstützen und gleichzeitig Kritik oder Besorgnis über bestimmte politische Maßnahmen oder Aktionen äußern. Das Thema „Israel“ ist jedoch komplex und vielschichtig,

und vielen der selbsternannten „Nahost-Expert:innen“ fehlt es an Wissen. Oder sie blenden historische Wahrheiten aus, um einseitig Kritik an Israel zu üben.

Die große Zäsur.

Ich schreibe diese Zeilen Mitte Dezember 2023, zehn Wochen nach dem unbeschreiblich barbarischen Terroranschlag der islamo-faschistischen, vom Mullah-Regime im Iran unterstützten Hamas und den mit ihm verbündeten Terrororganisationen vom 7. Oktober 2023. Dieser Überfall mit über 1.200 Toten, darunter brutal gemetzelte Babys, Kinder, Jugendliche und Holocaust-Überlebende, Dutzenden zu Tode vergewaltigten Frauen, Tausenden Verletzten (von denen sich etliche bis an ihr Lebensende nicht erholen werden) und über 240 in den Gazastreifen als Geiseln verschleppten Menschen war für uns Jüdinnen und Juden und viele andere Menschen weltweit eine Zäsur: Es war der Tag, als so viele Jüdinnen und Juden ums Leben kamen wie an keinem anderen nach der Shoa.

Ausnahmslos jeder Staat der Welt würde auf einen Terrorangriff dieser Dimension auf seinem Territorium mit einem Gegenangriff reagieren, um die dafür Verantwortlichen auszuschalten und damit eine Wiederholung des Pogroms vom 7. Oktober zu verhindern. Darüber hinaus ist das Land seit Jahrzehnten mit Zehntausenden Raketenangriffen auf zivile Einrichtungen konfrontiert (auch wenn diese Raketen bis auf wenige Ausnahmen vom „Iron Dome“ unschädlich gemacht werden). Dennoch dauerte es nach Beginn der israelischen Militäroffensive nicht lange, bis altbekannte Parolen von einem „Genozid an den Palästinensern“ durch den „Kindermörder Israel“ geäußert wurden. Genau dies hatte die Hamas beabsichtigt.

Es ist wichtig, den humanitären Tribut anzuerkennen, den dieser Konflikt auf beiden Seiten fordert. Die Verantwortung für die katastrophalen Zustände im Gaza-Streifen trägt allerdings die Hamas. Sie stellt dort seit dem vollständigen Abzug der israelischen Armee und aller israelischen Siedler 2005 und den darauffolgenden Wahlen 2006 die Regierung. Milliarden an Entwicklungshilfe und Unterstützung für die Bevölkerung in Gaza wurden von den Hamas-Anführern unterschlagen, um in Katar ein Luxusleben zu führen, ihre privaten Konten zu füllen oder um kilometerlange aufwendige Tunnelsysteme für ihre „Kämpfer“ zu bauen.

Die Hamas benutzt die Zivilbevölkerung als Schutzschild, errichtet ihre Terror-Infrastruktur bewusst in Schulen, Spitälern, Wohnhäusern etc. Sie kapert derzeit zahlreiche Hilfslieferungen, die auch über israelische Grenzübergänge kommen, um sie ihren eigenen Leuten zukommen zu lassen oder teuer am Schwarzmarkt zu verkaufen.

Spaltung an den Universitäten.

Schon seit Jahren spaltet das Thema Israel das akademische Milieu. In den USA gehört Antizionismus zum Standardprogramm selbsternannter progressiver Aktivist:innen, Israel gilt ihnen als moderner Kolonialherr. Linke Gruppen, die sich permanent bemühen, Diskriminierungen abzustellen und Minderheiten einen Safe Space zu garantieren, stellen den „zionistischen Siedlerkolonialismus“ auf eine Ebene mit der Unterwerfung der Indigenen in Amerika. Sie wollen mit dem verbrecherischen Erbe des Kolonialismus aufräumen. Israel wird dabei oft als „weiße“ Kolonialmacht kategorisiert, die Palästinenser gelten als „farbige“ Unterdrückte.

Was schon alleine deshalb völliger Unsinn ist, weil die Mehrheit der Bevölkerung Israels „people of color“ sind: sephardische Jüdinnen und Juden, die meisten davon Überlebende jener rund 850.000 Bürger:innen, die bei der Staatsgründung Israels 1948 aus ihren arabischen Heimatländern vertrieben wurden, und ihre Nachkommen. Ebenso die rund 1,9 Millionen arabischen Bürger:innen, Drus:innen und Beduin:innen, für die Israel Heimat ist.

Solidarität mit Israel und seiner Bevölkerung wurde an vielen akademischen Einrichtungen zu einem lebensgefährlichen Wagnis. Auch in Österreich wurde dieser US-amerikanische Diskurs, der den israelisch-palästinensischen Konflikt allein durch die Brille des „Siedlerkolonialismus“ betrachtet und die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober 2023 zu einem Akt des legitimen Widerstands gegen eine Besatzungsmacht erhebt, von einigen Akteur:innen an Universitäten und Hochschulen übernommen. Solidarität mit Israel kann in diesem Milieu auch hierzulande zu einem gefährlichen Unterfangen werden: Studierende an der Central European University beschimpften einen Vortragenden, der die Ereignisse des 7. Oktober als Terror definierte. Sie hielten Schilder hoch, auf denen „Israel = Terrorist State“ stand (eine klassische Dämonisierung), und unterbrachen den Vortrag alle

dreißig Sekunden mit Zwischenrufen. „Students of the Palestinian Cause“ organisierten eine Veranstaltung an der Akademie der bildenden Künste in Wien, bei der eine Rednerin (auf Englisch) sagte: „Es ist wichtig, dass nicht mehr erwähnt wird, dass es eine Aggression gegen Israel gab am 7. Oktober. Da war keine Aggression.“ Alon Ishay, Präsident der Jüdischen Hochschüler:innenschaft (JÖH), der das mit seinem Handy filmte, wurde beschimpft und bedrängt. Er solle aufhören zu filmen und die Uni sofort verlassen.

Radikale palästinensische Kräfte isolieren.

Solidarität mit Israel kann bedeuten, sein Recht auf eine Existenz in Frieden und Sicherheit zu unterstützen und sich gleichzeitig für eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen. Es ist wichtig, Verständnis und Empathie für die Erfahrungen und Perspektiven aller betroffenen Gemeinschaften, einschließlich Israelis und Palästinenser:innen, zu fördern und auf eine Zukunft hinzuarbeiten, in der beide in Frieden und Wohlstand koexistieren können.

Um das zu erreichen, müssen alle radikalen palästinensischen, zumeist von den iranischen Mullahs kontrollierten Terrororganisationen ausgeschaltet werden, oder es muss zumindest deren politischer Einfluss minimiert werden. Wer einen palästinensischen Staat „From the River to the Sea“ und damit die Auslöschung Israels anstrebt, wird dieses Ziel niemals erreichen.

Die größten Profiteure des Ausschlusses ihrer radikalen Kräfte (die schon Kindern Hass auf Israel und das Judentum lehren) von künftigen politischen Prozessen werden die Palästinenser:innen selbst sein. Nur wenn neue Akteure auf ihrer Seite das Sagen haben, die das Existenzrecht Israels und sein Bestreben nach dauerhafter Sicherheit für alle seine Bürger:innen anerkennen sowie auf das „Rückkehrrecht“ mehr als 75 Jahre nach dem verlorenen Unabhängigkeitskrieg von 1948 verzichten, sind die Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz gegeben.

Sämtliche Politiker:innen, die weltweit Israels Regierende (egal ob das Linke, Rechte oder Vertreter der Mitte sind) ständig mit „Ezzes“ versorgen, was diese tun bzw. unterlassen sollen, müssten ihren Einfluss auf die Repräsentant:innen der Palästinenser:innen geltend machen, um sie von diesem einzig möglichen Weg zum eigenen Staat an der Seite Israels zu überzeugen. ☞



REBECCA ODES

PRIVAT, MICHAEL MAZOHL, LUKAS BECK

Kapitel 1

Wenn ich nicht für mich bin, wer ist für mich?



Celeste-Sarah Ilkanaev, geboren in Wien. Freie Journalistin, publiziert in verschiedenen Internet-Medien vor allem über benachteiligte Gruppen und Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Julya Rabinowich, Schriftstellerin, geboren in Leningrad. Zahlreiche Theaterstücke und Romane (*Stück ohne Juden*, *Auftauchen*, *Herznovelle*, *Die Erdfresserin*, *Dazwischen: Ich, Ruß und Rosen*).



Ben Segenreich, geboren in Wien, lebt in Israel. Seit 1989 Korrespondent für Tageszeitungen, von 1990 bis 2018 für den ORF. 2018 erschien von ihm und seiner Frau Daniela Segenreich das Buch *Fast ganz normal – Unser Leben in Israel*.

Doron Rabinovici, geboren in Tel Aviv. Historiker und Essayist. Romane: *Papirnik* und *Die Außerirdischen*. Mitherausgeber von *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte* (2004) und *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte* (2019).



Friedrich Orter, geboren in St. Georgen im Lavanttal. Ab 1977 Journalist beim ORF, berichtete aus vierzehn Kriegen. Autor zahlreicher Bücher, u. a. *Europa und die neue Weltunordnung* (2016), *Der Vogelhändler von Kabul* (2017).

Peter Frey, geboren und aufgewachsen in Wien, lebt in den USA. Berufskarriere an der Wall Street. Chef des Aufsichtsrats bei *J-Street*, einer liberalen jüdischen Lobby-Organisation in New York.



Wenn ich nicht für mich bin, wer ist für mich?

אם אין אני לי, מי לי

Rabbi Hillel, Sprüche der Väter (Pirke Avot/hebr. פרקי אבות)

Wir sind Demokratiehauptstadt – *Jetzt mitmachen*

Wien ist im vergangenen Herbst von europäischen Bürger*innen und Expert*innen zur „Europäischen Demokratiehauptstadt 2024/25“ gewählt worden. Die österreichische Bundeshauptstadt wird den Titel ab Oktober 2024 für ein Jahr lang tragen und ein vielseitiges Programm zur Stärkung der Demokratie gestalten. Organisationen, Vereine und alle, die sich für mehr Demokratie einsetzen, sind eingeladen gemeinsam mit der Stadt Wien ein Demokratiejahr zu gestalten.

Eine Jury von über 4.000 Bürger*innen aus 47 Ländern des Europarats (und Kosovo) traf per Online-Voting die Entscheidung zu Gunsten Wiens. Neben Wien schafften es Bratislava, Leipzig, Gdansk und Izmir in diese Auswahl.

Der Titel wird von der gemeinnützigen Non-Profit-Organisation European Capital of Democracy vergeben.

PROGRAMM AB OKTOBER 2024

Einige Schwerpunkte stehen bereits fest:

● Weiterer Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten für Wiener*innen:

Mit einem „Hub“ für Beteiligung und einer Demokratie-Werkstatt wird die Stadt neue Initiativen setzen, die noch mehr Menschen eine Teilnahme in ihrem direkten Lebensumfeld ermöglichen sollen.

● Internationale Präsentation Wiener Pionierprojekte:

Bestehende Wiener Demokratieprojekte, die die Expert*innen- und Bürger*innen-

Jury überzeugt haben, sollen international als Vorzeigebispiele positioniert werden.

● Innovative Veranstaltungsformate:

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf innovativen Veranstaltungsformaten, die mit spielerischen und künstlerischen Zugängen zur Demokratie experimentieren.

● Internationaler Austausch:

2025 soll Wien Schauplatz mehrerer internationaler Veranstaltungen sein. **Jetzt mitmachen!** Interessierte können sich unter demokratiehauptstadt@post.wien.gv.at melden.

SERVICETIPP: JETZT FÖRDERUNG ABHOLEN

Die Stadt Wien unterstützt die Bevölkerung in wichtigen Lebensbereichen auch mit verschiedenen Förderungen. Vom Umwelt-Service-Paket ÖkoBusiness Wien, das Unternehmen dabei unterstützt, umweltschonende Maßnahmen zu ergreifen und Betriebskosten zu sparen. Über die Förderung von Initiativen in der Erwachsenenbildung. Bis hin zu geförderten Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten, Wissens- oder Energieförderungen. Mehr Infos auf wien.gv.at/foerderungen



Wien ist ab Oktober Demokratiehauptstadt und alle können das Programm an Events und Initiativen mitgestalten.

FOTO: STADT WIEN/DIANA DRUBIG

Ausweitung der Kampfzone

Über Solidarität und Entsolidarisierung sowie den Kampf um politischen Einfluss vor allem auf junge Menschen in sozialen Medien und im Internet

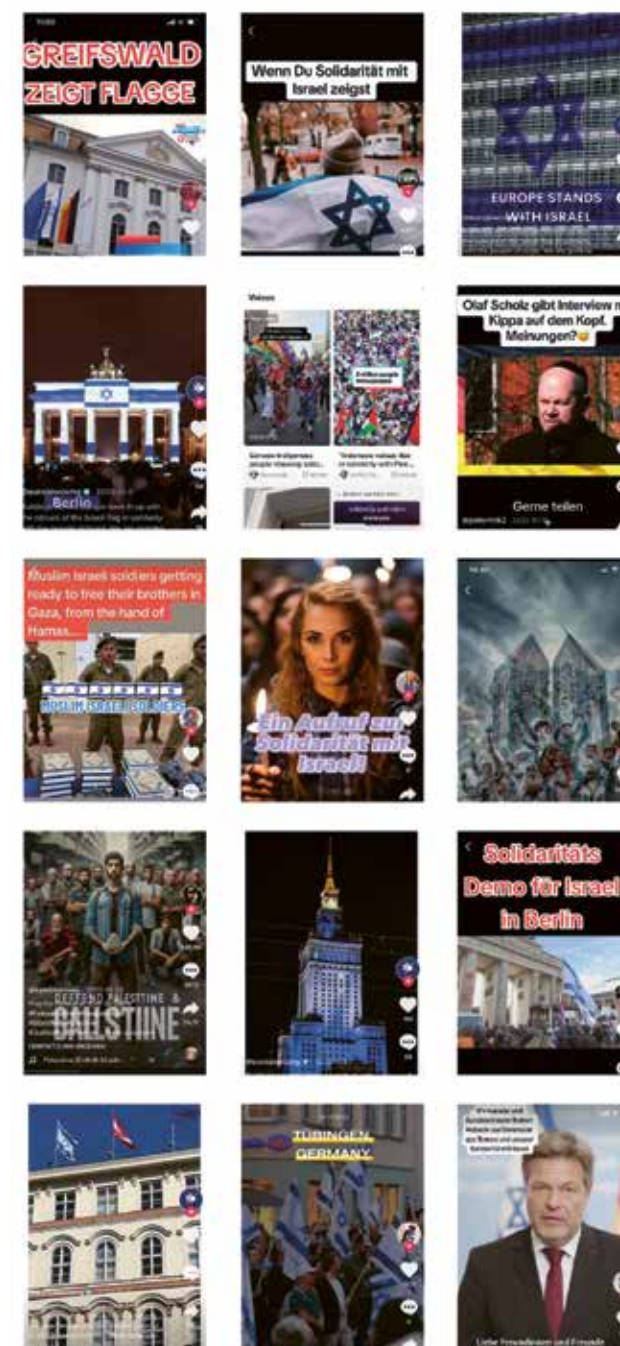
Celeste-Sarah Ilkanaev

Dabei sein in Echtzeit. Der Boden übersät von Leichen, Menschenmassen rennen in alle möglichen Richtungen, es wird geschrien und geschossen. Mir wird ein verstörendes Video auf TikTok gezeigt. Es reißt mich aus meiner Routine. So hatte ich wie viele andere der Generation Z vom Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober erfahren.

Sofort rief ich die Nachrichten ab. *Zeit im Bild* hatte auf Instagram noch nichts gepostet. War dieses Video ein Fake? Was war geschehen? Ich googelte und schon kam eine Meldung. „1200 Menschen wurden getötet – die meisten Zivilisten und Zivilistinnen“. Die nächste Meldung folgte: „Israels Armee erklärt Kriegszustand“.

Noch bevor ich meine Großmutter oder meine gleichaltrige Cousine anrufen konnte, die in Israel lebt, las ich schon in den Kommentaren auf Instagram die ersten Solidaritätsbekundungen: #WirstehenzuIsrael, #FreePalestine, #ProIsrael, #ProPalestine. Innerhalb von Minuten waren Zigttausend Kommentare zu diesem Geschehnis von Instagram-Nutzer:innen zu lesen. Währenddessen saß ich überfordert und schockiert in der U-Bahn und merkte nicht einmal, dass ich weinte. Von der ersten Nachricht über den Angriff bis zu den Reaktionen in den sozialen Medien durchlebte ich eine rasante Informationsflut.

Am nächsten Montag in der Vorlesung taten alle so, als wäre nichts geschehen. Als wäre ein ganz normaler Uni-Tag. In den sozialen Medien sah es ganz anders aus: Hier hatten alle was zu sagen, hier hatten alle eine Meinung, hier posteten alle, auch jene, die in der Vorlesung schweigend dasaßen. Während meine Freund:innen und alle, denen ich folge, in sozialen Medien ein Statement nach dem anderen posten, sich positionieren, zur Solidarität entweder mit Israel oder Palästina aufrufen, kommt keiner von ihnen auf die Idee, mir zu schreiben, wie es mir gehe oder meiner Familie in Israel und in Wien. Ihre Präsenz und ihre Meinung in den sozialen Medien erscheinen ihnen wichtiger, als ihrer Freundin zu schreiben. Es erscheint ihnen auch wichtiger, als tatsächlich zu handeln: zu Demos zu gehen, Petitionen zu unterschreiben, Geld zu spenden.



SCREENSHOTS TIKTOK



Auf TikTok wurden unzählige Solidaritätsbekundungen gestreamt. Hier ein Konzert im Harvard Chabat

Ausleben im Internet

Nun ist der 7. Oktober zwei Monate her. Über eine Million unschuldiger Menschen werden in Gaza vertrieben, ausgehungert, ihre medizinische Versorgung wird unterbunden, Tausende Kinder haben aufgrund des Krieges ihr Leben verloren, und weitere Tausende Menschen wurden getötet. Auf israelischer Seite wurden über tausend Menschen brutal getötet, entführt, gefoltert und vergewaltigt, Babys, Frauen, unschuldige Zivilist:innen. Die Medien bringen die Zahlen, und wieder beginnen unzählige Nutzer:innen das Leid von Menschen abzuwiegen: „Und was ist mit der Seite? Das war viel brutaler!! Da sind mehr gestorben!!!“

Ich sehe auf meinem Feed auf Instagram oder auf meiner „For you“-Seite auf TikTok nichts anderes mehr als Beiträge zu Israel/Palästina. Die Frage, die ich mir stelle: Welche Auswirkungen hat dieser politische Umgang in sozialen Medien? Wie weit triggert er den Rassismus in unserer westlichen Gesellschaft? Nur vier propalästinensische Videos musste ich auf TikTok ansehen, um in einem rechtsextremen Algorithmus zu landen: Hakenkreuze, Anspielungen und mehr oder weniger versteckte Aufrufe zu einem neuen Holocaust. Nicht nur gegen Juden und Jüdinnen, sondern auch gegen Muslime und Musliminnen.

TikTok musste allein zwischen dem 7. und dem 31. Oktober mehr als 925.000 Videos entfernen, weil gegen die Richtlinien bezüglich Gewalt, Hassrede, Desinformation und Terrorismus verstoßen wurde. Solche Verstöße werden mithilfe künstlicher Intelligenz aufgespürt, aber die KI versteht nicht immer, was ein Mensch aufnehmen kann. Nun sprechen die westlichen Länder von einem „importierten Antisemitismus“, und so steigen

Islamophobie und Fremdenfeindlichkeit. Aber wer ein wenig Ahnung von Geschichte hat, weiß ganz genau, dass der Antisemitismus nicht nach Europa importiert wurde, sondern in christlichen und westlichen Ländern entstanden ist. Seit dem 7. Oktober 2023 gibt es einen Anstieg von 320 Prozent bei antisemitischen Vorfällen in Deutschland im Vergleich zu 2022. Ich bezweifle, dass der Antisemitismus allein von Menschen kommt, die sich auf die Seite Palästinas stellen. Viele scheinen nur darauf gewartet zu haben, wieder ihren Antisemitismus und ihren generellen Rassismus ausleben zu können. Spielen wir den Rechtsextremen mit dieser hitzigen Diskussion in der Gesellschaft in die Hände?

Weiter scrollen

Ein so polarisierendes Thema wie den Nahost-Konflikt gab es in den sozialen Medien vermutlich noch nie. Vielleicht ist es aber auch nur eine Momentaufnahme meinerseits. Wenn ich ehrlich bin, wenn wir alle ehrlich sind, wissen wir ganz genau, dass der Nahost-Konflikt in den sozialen Medien so schnell untergehen wird wie der Krieg in der Ukraine. Ukraine? Russland? Ist da noch Krieg? Haben wir alle schon vergessen, oder?

Ich habe seit dem 7. Oktober keinen einzigen Beitrag zum Ukraine-Krieg gesehen, obwohl immer noch Krieg geführt wird. Im Jahr 2022 erfuhr die Solidarität mit der Ukraine eine enorme Resonanz: Unter dem Hashtag #WeStandWithUkraine wurden auf Instagram 1,8 Millionen Beiträge geteilt, auf TikTok sogar 186,1 Millionen. So ist das eben mit sozialen Medien: So schnell wie virale Videos über weltweite Ungerechtigkeiten darin kursieren, entstehen auch Solidaritätsbekundungen und Protestbewegungen. Und so schnell verschwinden sie auch wieder. Dafür verfolgen uns die schrecklichen Bilder und Videos für eine lange Zeit.

Der Mord an George Floyd durch einen Polizisten und der Satz „I can't breathe“ sind in meinem Gedächtnis für immer verankert. So wie die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan und die Zustände am Flughafen Kabul, oder iranische Frauen, die aus Solidarität zu Mahsa Amini ihre Kopftücher ablegen, Reichsflaggen, Hitlergrüße und Schikanen während der Corona-Demonstrationen. Wir scrollen schneller durch unseren Feed, als wir diese Bilder, Videos und Informationen verarbeiten können, und werden überfordert zurückgelassen.

Vom Hashtag zur Massendemo

Allein auf TikTok hat der #Solidarität 87,2 Millionen Aufrufe, das englische Wort solidarity hat 866,1 Millionen. Auf Instagram findet man 337.000 Beiträge unter dem #Solidarität. Hierbei sind nicht die Variationen des Wortes oder Hashtags mitgezählt, die spezifisch für eine Bewegung verwendet werden. Die Bedeutung sozialer Medien für solidarische Protestbewegungen der vergangenen Jahre ist unbestreitbar. Aus dem Hashtag Black

Lives Matter ist die größte antirassistische Bewegung in der US-Geschichte entstanden. Das erschreckende Video vom Mord von George Floyd im Jahre 2020 löste eine internationale Mobilisierung aus. Allein in Wien waren 2020 50.000 Menschen bei der #BlackLivesMatter-Demonstration. Ich war eine von ihnen. 26 Millionen Beiträge wurden unter diesem Hashtag auf Instagram geteilt.

Seither sind drei Jahre vergangen. Das Thema ist sowohl in den sozialen Medien als auch in der Gesellschaft in den Hintergrund getreten. Nicht etwa, weil die Polizeigewalt und der Rassismus in den USA sowie weltweit abgenommen haben. Im Gegenteil, die Zahl der von Polizisten erschossenen Menschen in den USA stieg allein 2022 auf 1.097. Auch Österreich leidet unter einem Rechtsruck und zunehmenden Rassismus. Die Polizeigewalt nimmt ebenfalls zu. Das sieht man deutlich beim Eingreifen der Polizei bei friedlichen Klimademonstrationen. Bei solchen Zuständen sollte man meinen, dass das „Black Voices – Das Anti-Rassismus-Volksbegehren in Österreich“ Wellen schlägt. Das Volksbegehren scheiterte. Wo blieb die Solidarität?

Viele, die ich kenne, die auch an der Demonstration teilgenommen hatten, haben das Volksbegehren nicht unterschrieben. Meistens mit Ausreden wie Faulheit, Vergessen oder Unwissenheit. Irgendwie hat es auch den Anschein, dass es ihnen egal ist, weil die Bewegung 2022 in den sozialen Medien nicht mehr im Trend war. Ganz nach dem Prinzip: Aus den Augen, aus dem Sinn.

Der Schatten von Corona

„Vergessenheit ist eine Tugend Österreichs“, kommentierte letzts eine Leserin eine meiner Kolumnen, in der ich über die Corona-Demos geschrieben habe. Denn auch die Rechtsextremen bei den Corona-Demos in Österreich und Deutschland hat man mittlerweile vergessen. Als die Corona-Demos in Wien bzw. in ganz Österreich so stark waren, dass Menschen jüdischen Glaubens Seite an Seite

mit Nazis marschierten, gab es in den sozialen Medien einen großen Wirbel. Politiker:innen, Aktivist:innen, Journalist:innen, Influencer:innen erklärten sich solidarisch mit Menschen jüdischen Glaubens und wollten keinen Antisemitismus mehr dulden. Bald war auch das vergessen und vorbei. Als wären die Rechtsextremen mit der Pandemie verschwunden, als wäre in der Geschichte Österreichs nie etwas passiert. Außer dass Politiker:innen jährlich zum Holocaust-Gedenktag ihr #niewieder predigen und ihren Solidaritäts-PR-Schmäh betreiben, wird gegen den Rechtsextremismus in Österreich wenig getan.

« Ihre Präsenz und ihre Meinung in den sozialen Medien erscheinen meinen Freund:innen wichtiger, als ihrer Freundin zu schreiben, wie es ihr oder ihrer Familie geht »

Nun sind die Politiker:innen mit dem Nahost-Konflikt plötzlich wieder ganz besorgt um die Sicherheit Menschen jüdischen Glaubens. Die israelische Flagge wird aufgezo-gen, propalästinensische Demos werden zum Teil verboten, politische Reden werden gehalten. Es hätten aber schon weit vor dem 7. Oktober Maßnahmen zum Schutz von Juden und Jüdinnen gesetzt werden müssen. Denn antisemitische Vorfälle sind nicht nur seit dem Ausbruch des Kriegs gestiegen. Sie steigen rasant schon seit der Pandemie. 2012 wurden noch 135 antisemitische Vorfälle in Österreich gemeldet, im Jahr 2021 stieg die Zahl auf 965. Seit dem 7. Oktober gibt es auch in Österreich nochmals eine Steigerung von 300 Prozent.

Alte Parolen, neu verpackt

Es gibt viele Faktoren, die den Anstieg des Antisemitismus in den letzten Jahren international erklären. Ein nicht zu unterschätzender Faktor sind die zahlreichen Verschwörungstheorien, die in den sozialen Medien

ISRAELITISCHE KULTUSGEMEINDE WIEN



FOTO: FOTO WILKE

Präsident Oskar Deutsch und die Israelitische Kultusgemeinde Wien wünschen allen Leser:innen, Freunden und Bekannten ein frohes Pessachfest!



Immer und überall verfügbar, wo es Internet gibt: die verschiedenen Social-Media-Dienste

ihren Ursprung finden, verstärkt und erweitert werden. Verschwörungstheorien von Flatearthers oder über Illuminati bis zu Corona-Theorien führen meist in eine Richtung: Die Weltherrschaft liegt in den Händen von Juden und Jüdinnen. Sie sprechen von einer jüdischen Elite. 2020 stimmten bei einer Befragung des Portals Statista in Österreich 28 Prozent der Aussage zu: „Eine mächtige jüdische Elite nutzt die Corona-Pandemie, um ihren Reichtum und Einfluss weiter auszubauen.“

« Viele scheinen nur darauf gewartet zu haben, wieder ihren Antisemitismus und ihren generellen Rassismus ausleben zu können »

Durch die Vernetzung verbreiten sich alte und neue antisemitische Verschwörungstheorien und ziehen weite Kreise. Die Rechtsextremen leben weiterhin unter uns und warten darauf, dass ihnen wieder das Mikrofon gereicht wird. Wie im Sommer 2023: Die Rechtsextremen erheben ihre Stimmen bei den Rammstein-Konzerten in Wien. Dabei sind ähnliche Zustände wie bei den Corona-Demos zu sehen und zu hören: Heil-Hitler-Grüße, rechtsextreme Parolen und sexuelle Gewalt. In einem viralen Video ist zu sehen, dass die Polizei mitlacht und wie bei den Corona-Demos nichts gegen die Hetze unternimmt. Die Rammstein-Debatte, die sich mit den Vorwürfen sexueller Gewalt gegenüber dem Sänger Till Lindemann beschäftigt, hat ebenso wie das Coronavirus keinen Bezug zu Menschen jüdischen Glaubens. Es kommt mir jedoch mittlerweile so vor, als ob Rechtsextreme jede Gelegenheit nutzen,

um ihren Rassismus und ihre Hetze gegenüber Menschen jüdischen Glaubens zu verbreiten, und niemand sie daran hindert.

Mit dem Wiederaufflammen des Nahost-Konflikts wurden die Stimmen der Rechtsextremen so laut wie seit Jahren nicht mehr. Endlich haben sie eine „Bestätigung“ dafür bekommen, warum sie antisemitisch sind. Nur diesmal leben sie nicht nur ihren Antisemitismus aus, sondern auch noch ihre Islamophobie. Dieser polarisierte Diskurs in den sozialen Medien gibt ihnen die Möglichkeit, laut und ungeniert rassistisch zu sein.

Apocalypse Now

Wie lange bleibt die Solidarität mit den palästinensischen und/oder israelischen Opfern und der Widerstand gegen Antisemitismus und Islamophobie bestehen, bevor sie wieder ersticken? Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Solange, bis die nächste Krise ausbricht, wird die Solidarität aufrechterhalten bleiben. Beim nächsten Solidaritätsaufruf wird der Nahost-Konflikt ebenso wie alle vorigen anderen Bewegungen, darunter auch die Rammstein-Debatte, untergehen und eine neue Solidaritätswelle wird entstehen. Das ist das Ausschlaggebende der heutigen Zeit: Es ist allen kollektiv bewusst, dass die nächste Krise bald eintreffen wird.

Zudem darf man nicht vergessen, dass wir momentan in einer der schlimmsten Krisen der Menschheit leben – der Klimakrise. Vor allem die Jugend macht sich Sorgen um ihre eigene Zukunft sowie die ihrer Kinder. Die Klimakrise hängt mit vielen anderen Krisen und Leiden zusammen. Eine gewisse apokalyptische Stimmung herrscht: Videos von Waldbränden, Hochwasser, Stürmen, und Trockenheit gehen in den sozialen Medien viral. Da wirken viele andere Krisen schon fast harmlos. Ich höre immer wieder in meinem Umfeld sowie auch in den sozialen Medien von Menschen meiner Generation: „Ach, ist eh scho wuascht. Die Welt geht eh unter.“ Und ich muss gestehen, dass ich manchmal dasselbe denke.

Überfordert

Wir sehen Videos, in denen unschuldige Menschen umgebracht, ausgebeutet und gefoltert werden, Kriege, Hungersnot und Unterdrückung. Die Generation Z, zu der ich gehöre, wurde von diesem ständigen Informationsfluss, von den schockierenden Bildern aus aller Welt, nie geschützt. Wir sind die erste Generation, die mit Internet und den sozialen Medien aufwächst. So großartig die Vernetzung, die Unterhaltungsmöglichkeiten, die Solidarität und die weiteren positiven Aspekte von sozialen Medien sind, hinterlassen sie auch einen bitteren Beigeschmack. Zu früh, zu schnell und zu heftig wurden wir mit dem Leid von Menschen konfrontiert. Ich habe schon so viel Leid über die sozialen Netzwerke mitbekommen und traumatisierende Bilder gesehen. Ohne Vorbereitung, ohne Vorwarnung und zu allen

Zeiten. Ob ich im Bett liege oder in der U-Bahn sitze, ich sehe erschreckende Videos und bin maßlos überfordert. Mit der Überforderung kam auch eine gewisse Abstumpfung gegenüber dem Leid anderer. Liken, reposten, weiter scrollen. Ganz nach dem Motto „Spread Awareness“. Zählt ein Like, ein Repost, ein Kommentar oder ein Hashtag bereits als Solidaritätszeichen?

Ein Like, Repost, einen Kommentar zu hinterlassen, dauert wenige Sekunden und schon empfindet man eine gewisse Selbstbefriedigung. Das Gefühl, etwas getan zu haben. Weil es so einfach und schnell getan ist, entstehen virale Themen und werden zu „Solidaritätstrends“. Daher wirkt der Begriff „Solidarität“ in den sozialen Medien schnell überholt. Es entsteht auch ein gewisser Zwang, sich solidarisch zu zeigen: „Wenn alle es posten, muss auch ich es tun.“ Es scheint, als würden die Abonnent:innen festlegen, wofür man sich solidarisch zeigen sollte und wofür nicht. So entsteht eine Art leere oder oberflächliche Solidarität. Das Unterschreiben eines Volksbegehrens ist dann doch zu aufwendig.

Clicks retten Leben

Trotz allem darf man die Bedeutsamkeit von Solidarität in den sozialen Medien nicht herunterspielen. Denn Fakt ist, dass diese „Solidaritätstrends“ Menschenleben gerettet und für Gerechtigkeit gesorgt haben.

Diktatorische Regime fürchten soziale Medien, ist es doch um einiges schwerer geworden, Ungerechtigkeiten zu verbergen.

Das konnte man beim Aufstand der Frauen im Iran beobachten. Durch das „einfache“ Liken, Reposten oder anders gesagt durch die „Spread Awareness“-Welle konnten im Iran schon Hinrichtungen verhindert bzw. verzögert werden. Aus soziale Medien sind starke internationale Bewegungen hervorgegangen. Ein Diskurs wird geschaffen, an dem sich jede Person beteiligen kann, unabhängig von ihrem Standort.

Die Probleme und die darauf reagierenden Bewegungen verschwinden nicht vollständig, wenn die Aufmerksamkeit in sozialen Medien nachlässt, sondern nehmen eine andere Form an.

Die #MeToo-Bewegung in sozialen Medien ist zwar kaum mehr präsent, aber gleichzeitig gegenwärtiger denn je, jedoch in einer anderen Form: Diesmal solidarisieren sich unzählige Frauen und Männer mit den Opfern im Fall Rammstein. Es ist dasselbe Thema, nur anders verpackt. Das Gleiche gilt für den Antisemitismus in Österreich während der Pandemie, über den wir seit zwei Jahren nichts mehr gehört haben, bis das Thema mit den Anschlägen am 7. Oktober wieder in den sozialen Medien aufgetaucht ist.

ERSTE

**Unser Land
braucht Menschen,
die an sich glauben.**

**Und eine Bank,
die an sie glaubt.**

SHUTTERSTOCK

Die Kontinentaldrift eines Paralleluniversums

Es fühlt sich surreal an, in die Welt nach dem 7.10. zu erwachen

Julia Rabinowich

An manchen Tagen frage ich mich, ob die Welt, der entgegen ich seit Wochen morgens erwache, eine reale ist. Manchmal will man beinahe kräftig in die empfindliche Haut der Finger zwicken, die Arme zerkratzen wie die Oberfläche eines dünnen Eises, weil die Glätte dieser Oberfläche trügt, weil man sonst in Versuchung geriete, diese dünne Eisschicht der Zivilisation für eine tragende zu halten. Der Eindruck hält nicht, was er verspricht. Ich wache also Tag für Tag auf und kämpfe gegen ein Gefühl der Unwirklichkeit, gegen das Gefühl, in einer Parallelwelt aufzuwachen, auf der Suche nach einer Exitstrategie in die echte. Irgendwo war sie doch noch vor Kurzem! Wir haben sie leider verlegt.

Es fühlt sich surreal an, in die Welt nach dem 7.10. zu erwachen. Manchmal möchte man einfach die Augen schließen und sich in die weichen, warmen Decken verkriechen und der Erkenntnis noch eine Weile

«Manchmal möchte man einfach die Augen schließen und sich in die weichen, warmen Decken verkriechen und der Erkenntnis noch eine Weile standhalten, dass der 7.10.2023 real ist»

standhalten, dass der 7.10.2023 real ist. Dass alles, was sich danach weltweit entfaltete, real ist. Die unsagbaren Verbrechen, die man benennen muss trotz allem, damit sie in die Weltgeschichte eingehen. Die Gesichter der *first responder*, die nach Worten ringen, um das Grauen überhaupt beschreiben zu können, das geduldig in den zerstörten Häusern und auf dem Festivalgelände auf sie wartete, um sie vermutlich nie wieder zu verlassen. Die gebrochenen Gliedmaßen gefolterter israelischer Mädchen, die in den Tod hinein vergewaltigt wurden. Die bespuckten und geschlagenen leblosen Körper, auf Trucks hingeworfen wie Beutestücke, unter Gejohle der Bevölkerung durch die Menge paradiert. Die verbrannten Umriss eines Babys. Erste verstörende Augen-

zeugenberichte. Die Entführten, die Ermordeten, die Hoffnung der Angehörigen, dass die ihren zu der ersten Gruppe gehören würden.

Aus Freunden werden Fremde

Kleiner Zeitsprung in die neue Wirklichkeit: Nach und nach kommen Geiseln frei, nach und nach werden die Umstände ihrer Entführung klarer werden, wenn die Asche sich senkt, wird man wissen, wer überlebt hat. Einige von ihnen wussten nicht einmal, was sich nach ihrer Entführung abgespielt hat, manche erfahren erst jetzt, dass es keinen Ort gibt, an den eine Rückkehr möglich wäre, die Vergangenheit ist unerreichbar, sie ist vergangen. Ein Trauma.

Und die Juden und Jüdinnen weltweit? In Europa? In Österreich? In Deutschland? Was machen sie, während sich der progressiven Linken zuordnende Europäer und Amerikaner, die plötzlich die Sexyness der Terrororganisation Hamas für sich entdeckt haben, von „german guilt“ delirieren, etwas, das wortgleich auch aus den Mündern der überzeugtesten Rechtsextremisten kommen könnte?

Müssen in der neuen Zeit leben lernen. Ein jüdischer Kollege berichtet, dass die Buchhändlerin bei seiner Lesung nicht bereit war, vor Ort zu bleiben, sie schob nur die Kiste mit den Büchern in den Saal und verschwand, aus Sorge vor einem Anschlag. Die Lesung eines anderen wurde gleich abgesagt, aus Sicherheitsgründen. Es werden Konzerte abgesagt. Treffen. Bei einer *Solidarität-für-Israel-Demo in Wien* wird gebeten, keine Israelfahnen, keine Kippas zu tragen, man könne nicht garantieren, dass ...

Bei der Gegendemo wird um nichts gebeten, da schaut man halt zu. Es sind kleine Ereignisse, die aber ein großes Ganzes zusammenfügen, etwas ist gebrochen, wenn nicht zerbrochen. Ja, auch bei mir ist nach dem 7. Oktober vieles ins Wanken geraten. Menschen, die ich nahe wähnte, wurden zu Fremden. Menschen, die mir fremd waren, rückten solidarisch näher. Manche wollten sogar zu meinem Hausnazi werden, hätte ich es zugelassen. Alles dreht sich, alles bewegt sich, rien ne va plus.

Wir erwachen täglich in eine neue Weltordnung hinein, in der linke Studierende plötzlich blutrünstigste Parolen krakeelen. Wir erwachen täglich in eine Welt, in der große feministische Vereinigungen keine Worte zu dem Unfassbaren finden, das israelischen Frauen und Mädchen widerfuhr, es nicht als das bezeichnen, was es ist, ihr Schweigen ist das letzte Siegel, das gebrochen wird, um in die Hölle zu gelangen. Me too, if you're not a Jew.

Auch das muss man in Erinnerung behalten: Menschen, die Worte, die ihnen nicht passen, bereits als Gewaltverbrechen definieren, finden originelle Erklärungen dafür, warum man Vierzehnjährigen nach erfolgter Vergewaltigung in den Kopf schießen kann. Warum man Frauen, deren Kleidung zwischen den Beinen blutverschmiert ist, durch die Straßen treiben kann, es sei eben ein Befreiungskampf. Sorry. So isses nun mal. Freiheit, Freiheit über alles, auch über jede ethische Grenze hinweg.

Ich habe selten so viel Verachtung und Enttäuschung, ja auch Wut solchen Frauen gegenüber empfunden, die sonst immer als Erste den Mund offen hatten zu feministischen Themen. Schwestern: ja, aber nur die genehmen. Ein Feminismus, der nicht für alle Frauen

gleichermaßen sprechen will, ist tot. Tot sind auch die Opfer des Massakers. Aber das gerät mehr und mehr in den Hintergrund.

Wachsendes Misstrauen

Ich erinnere mich an jene muslimischen Frauen, die ich gern, und auch jetzt und heute nichts bereuend, als Dolmetscherin durch die Therapie begleitet habe, die selbst sexuelle Gewalt erlebt hatten, bei denen ich zuvor nie daran zweifelte, dass auch sie solidarisch sein würden – wie wäre es nun um sie bestellt? Es gibt Frauen, die als hübsch geschminkte Influencerinnen vor laufender Kamera den Israelinnen noch mehr sexuelle Gewalt gewünscht haben, es gibt Frauen, die im Interview zu dieser Gewalt selig lächelten und sich darüber freuten. Das sprengt die Grenzen meiner Vorstellungskraft davon, was Menschlichkeit bedeutet. Es gibt auch solche, die lautstark ihre Solidarität verkünden, erstaunlich viele dieser Unterstützerinnen sind Jesidinnen, die die Bestialitäten der Daesh erlebt hatten (oder ihre Angehörigen an die Terroristen verloren haben) und fliehen konnten. Diese Unterstützerinnen werden – jedenfalls online – massiv attackiert. Ich erlebe auch dieses: Freundinnen und Freunde mit Wurzeln in muslimischen Familien



PICTUREDESK/JOE KLAMAR

Solidaritätskundgebung in Wien, fünf Tage nach der Attacke auf Israel durch die radikale Terrororganisation Hamas

unterschiedlicher Nationen, die versuchen, meine Freundinnen und Freunde zu bleiben, so wie auch ich versuche, ihre Freundin zu bleiben. Und das Misstrauen, das wir auf beiden Seiten des Spaltes erleben, der sich plötzlich quer durch alle Lebensgeschichten aufgetan hat. Wie lange schaffen wir es, Freunde und Freundinnen zu sein? Schaffen wir es? Früher hätte ich gesagt: Selbstverständlich. Heute weiß ich es nicht mehr so sicher.

Es ist surreal: All die Gewalt, die jetzt in Abrede gestellt wird, trotz der selbst erzeugten, selbst gestreamten Videos der Terroristen. Die darauf dennoch einsetzende Opfer-Täter-Umkehr. Selber schuld, Juden und Jüdinnen. Wie immer. Wie damals. Damals ist mehrere Tausend Jahre alt. Die Bedrohung jüdischen Lebens weltweit. Die Linke beziehungsweise Teile der Linken, die sich

« Ich erinnere mich an muslimische Frauen, die ich gern, und auch jetzt und heute nichts bereuend, als Dolmetscherin durch die Therapie begleitet habe, die selbst sexuelle Gewalt erlebt hatten, bei denen ich zuvor nie daran zweifelte, dass auch sie solidarisch sein würden – wie wäre es nun um sie bestellt? »

dazu entschieden, nach dem größten Massaker an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust ihren bis dahin adrett kontrollierten Antisemitismus anlassbezogen völlig enthemmt von der Leine zu lassen. Das, was davor verschämt zwischen Augenaufschlag und Schweigen hervorblitzte, das steht jetzt flammend an der Wand geschrieben. Nicht einmal gefolterte kleine Kinder mildern die Schuldzuweisungen an die, die in Israel leben, oder auch die, die nicht in Israel leben, Jude bleibt Jude, egal wo. Alle sind sie selber schuld, sind die eigentlichen Aggressoren, da können sie noch so links und kritisch gewesen sein, sich noch so sehr für ein friedfertiges Zusammenleben eingesetzt haben – sie bleiben die Wurzel des Übels, eine Krake, die ihre Fangarme weltweit ausgeworfen hat. Und ich war sogar noch vor sehr Kurzem naiv genug zu glauben, dass die hübsche Plüschkrake in *Greta Thunbergs* Hintergrund ein Zufall war, anders erklärbar als ihr antisemitischer Vordergrund, der nun allzu deutlich an die Oberfläche drängt, die junge Frau hat ein neues Spielzeug gefunden und hofft immer noch auf ekstatische Bäder in der Menge, während Juden und Jüdinnen – nicht nur, aber natürlich auch durch ihre Worte – neuen Gefahren in ihrem Alltag entgegensetzen, und zwar weltweit. Weltweit. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, auf der Seele, in der klammen eisigen Grube hinter dem Herzen. Weltweit entlädt sich Pogromstimmung gegen das jüdische Leben, weil Juden und Jüdinnen es gewagt hatten, massakriert zu werden. Da befinden wir uns jetzt. Aber wie, in drei Teufels Namen, wie sind wir da hingekommen?

Friedensarbeit – eine Illusion?

Das alte Leben, das neue Leben. Je eine Kontinentalplatte, die von der anderen wegstrebt, und wir im Spagat, ich jedenfalls. Das alte Leben, das neue Leben: Vielleicht sind die Kontinentalplatten mit ihrem Drift gar keine Kontinentalplatten, es sind Eisschollen, die schmaler und schmaler werden, und wir sind die Eisbären, die auf diesen Schollen zusammenrücken, um nicht hinabzurutschen ins eiskalte Meereswasser. Viele, die immer für den Frieden gearbeitet haben, Jahre, Jahrzehnte, fragen sich nun, ob das illusorisch gewesen sei. Zu den ersten Opfern des Massakers gehört auch *Vivian Silver*, überzeugte Aktivistin der Friedensarbeit, die Hilfsprogramme für den Gazastreifen schuf und eine Initiative von Jüdinnen, Musliminnen und Christinnen für Frieden gründete. Terror wünscht keinen Frieden. Terror braucht keinen Frieden. Hier möchte ich zu schreien beginnen, eigentlich. Und ich möchte diesen Menschen, die so viel Zeit ihres Lebens dafür geopfert haben, an das Miteinander zu glauben, zubrüllen über den Abgrund, der sich zwischen uns allen auftut: Ihr hattet recht, ihr hattet recht. Zweifelt nicht daran! Hat man auch nur einen einzigen Menschen erreicht, hat man das nicht umsonst getan! In diesen Momenten fühle ich mich überzeugter, sicherer. Aber es bleibt nicht nur bei diesen Momenten. Es gibt auch andere. Tintendunkle. Ein Blick in die Abgründe der Social Media genügt für dieses Dunkle.

Das *Ja, aber*, das zuerst ertönte, wird zu einem: *ja freilich!* Was begehren diese Juden auf. Was muten sie der Welt mit ihrem hartnäckigen Dasein zu. Was erlauben! Direktorinnen der berühmtesten amerikanischen Universitäten winden sich bei ihrer Befragung, ob die Ankündigung, Juden und Jüdinnen zu ermorden, Folgen an ihrer Universität haben würde. Es sieht so aus, dass nicht. Es sind ja nur Worte. Wir erinnern uns, in anderen Bereichen werden Worte als Gewaltverbrechen definiert, aber nicht hier, nicht jetzt, da geht es schließlich nur um jüdisches Leben. Ich fühle große Bitterkeit, ich teile sie mit, ein paar Bekannte rücken sofort pikiert ab. Was erlauben. Aber. Freilich! Ich fühle große Trauer, große Einsamkeit, gespeist aus einem übergroßen Schweigen. Das Schweigen, das sind die anderen. *Da hat sich Sartre vielleicht geirrt.*



Verleihung des Dr. Alexander Friedmann-Preises 2023

FOTOS: VIDEO ANDRÉ



Am 18. 01. 2024 wurde der Dr. Alexander Friedmann-Preis 2023 an das Projekt „Train of Hope: Flüchtlingshilfe“ (www.trainofhope.at) verliehen. Die Verleihung fand in ESRA statt, mit Familie Friedmann, den Mitgliedern des Dr. Alexander Friedmann-Preis-Fonds und der Jury sowie Mitgliedern des ESRA-Vorstands, der -Geschäftsführung und -Mitarbeiter:innen.

ESRA-Obfrau Dr. Dwora Stein eröffnete die Verleihung und em.O.Univ.Prof.Dr.h.c.mult. Dr.med. Siegfried Kasper (Dr. Alexander Friedmann Preis Jury) hielt die Laudatio, gefolgt von einer Rede der Preisträgerinnen Nina Andresen und Manuela Ertl (Train of Hope). Im Anschluss wurde die Urkunde feierlich überreicht. Musikalisch begleitet wurde die Preisverleihung von Priv. Doz. Dr. Marcus Patka und Mark Peters.

Herzlichen Dank für die Förderung der Veranstaltung durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich und den Dr. Alexander Friedmann-Preis Fonds.

Wir gratulieren den Preisträger:innen sehr herzlich – zu ihrem großartigen Projekt und tagtäglichen Einsatz für die „Hoffnung“, die wir in Zeiten wie diesen so dringend brauchen, mehr denn je!



Israel braucht keine Solidarität. Nur Fairness

Ein Plädoyer für eine gesamtheitliche und umsichtige Bewertung des israelischen Staates

Ben Segenreich

Ich bin natürlich wieder meinem Wunschdenken in die Falle gegangen, wie immer seit Jahrzehnten. Als im Jänner 1991 Palästinenser:innen auf den Dächern von Ramallah und Tulkarem die ballistischen Raketen bejubelten, die der Diktator Saddam Hussein aus dem Irak auf Tel Aviv und Haifa schießen ließ, wo Millionen Menschen mit Gasmasken in Schutzräumen saßen, dachte ich: Jetzt wird man in der Welt begreifen, mit wem Israel es zu tun hat.

Das dachte ich auch im Juni 2001, als ein Hamas-Selbstmord-Terrorist im „Dolphinarium“, einer Diskothek am Strand von Tel Aviv, mit einem Sprengstoffgürtel 21 junge Menschen zerfetzt hatte. Und dann die Gaza-Kriege 2008, 2012, 2014, 2021. Das Muster war immer wieder das gleiche. Jedes Mal feuerte die dschihadistische Palästinensergruppe tagelang Raketen und Granaten auf israelische Städte und Dörfer, bis Israels Führung notgedrungen die Armee losschickte, um das abzustellen.

«Israel hat das Recht, sich zu verteidigen“, hörte man dann jedes Mal aus Europa und Amerika. Doch jedes Mal war nach ein, zwei Wochen schon wieder vergessen, wie es angefangen hatte»

„Israel hat das Recht, sich zu verteidigen“, hörte man dann jedes Mal aus Europa und Amerika. Doch jedes Mal war nach ein, zwei Wochen schon wieder vergessen, wie es angefangen hatte. Die unablässig hereinströmenden Bilder von den weinenden Kindern und Frauen im Gazastreifen, den überforderten Krankenhäusern, den zerstörten Gebäuden besetzten das Bewusstsein und verdeckten den Kontext.

In den Köpfen nistete, ob ausgesprochen oder nicht, der unsinnige Gedanke: Die Palästinenser:innen sind schwächer, also sind sie im Recht – die Israelis sollen doch nicht so empfindlich sein und nachgeben. Jedes Mal mündete das dann in einen Waffenstillstand, der es der Hamas erlaubte, sich als Siegerin zu gebärden, trotz

der schweren Verluste und trotz des Elends, in das sie die bestohlene und als Schutzschild missbrauchte eigene Bevölkerung gestürzt hatte. Israel musste sich damit arrangieren, dass es weiterhin aus nächster Nachbarschaft mit Raketen beschossen wurde. Und die Hamas konnte (über insgesamt 16 Jahre) ihr „Aufbauwerk“ fortsetzen: Dem israelischen Reservegeneral Giora Eiland zufolge hat sie den Gasastreifen zur „stärksten Festungsanlage der Weltgeschichte“ gemacht.

Zivilisationsbruch

Aber jetzt! Der Überfall der Hamas auf Südisrael am 7. Oktober 2023 war kein Kriegsverbrechen (wie es jede einzelne der Raketen aus dem Gazastreifen war und ist), das war kein Terroranschlag, das war auch kein Massaker – die deutsche Sprache hat kein Wort, das dem entsprechen würde, was an diesem Tag geschehen ist. Jetzt musste doch allen klar sein, was hier los ist!

Aber natürlich begann die Erinnerung daran, wie es angefangen hatte, auch diesmal wieder schon nach ein, zwei Wochen zu verblassen. Demonstrant:innen, Medien und Politiker:innen in aller Welt vergaßen wieder den Kontext, schauten auf die „humanitäre Lage“ im Gazastreifen, wünschten sich treuherzig einen sofortigen Waffenstillstand und träumten von der „Zwei-Staaten-Lösung“ (ausgenommen jene, die Parolen für ein Palästina „vom Fluss bis zum Meer“ brüllten, also für die Ausradierung Israels).

In Israel ist seit jenem schwarzen Samstag nichts mehr wie zuvor. Die Hamas hat vorsätzlich und planmäßig die Grundnormen der Zivilisation gebrochen. Die Israelis haben daraus den Schluss gezogen: „Neben so einem Nachbarn kann man nicht leben.“ Das ist keine Floskel, sondern wörtlich und physisch gemeint. Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, jederzeit damit rechnen müssen, dass vom Nachbargrundstück Ungeheuer in Ihr Wohnzimmer kommen und die Eltern vor den Augen der Kinder erschießen, die Kinder vor den Augen der Eltern erschlagen, die Tochter zu Tode vergewaltigen, dem Baby den Kopf abschneiden, die Familie fesseln und

bei lebendigem Leib verbrennen, die Oma verschleppen – dann können Sie so nicht weiterleben.

In Israel hatte man es immer vermieden, irgendwas mit den Naziverbrechen zu vergleichen. Jetzt hörte man: Die Hamasverbrechen sind sogar schlimmer als die Naziverbrechen, denn die Nazis haben versucht, ihre Verbrechen geheim zu halten, doch die Hamas-Schergen streamen die ihren live und prahlen damit.

Laut dem „Reichsführer SS“ Heinrich Himmler (in der Posener Rede vom 4. Oktober 1943) war der Massenmord an den Juden ein „niemals genanntes und niemals zu nennendes Ruhmesblatt“, und die Nazis würden „in der Öffentlichkeit nie darüber reden“. Für die Hamas ist der Massenmord an Juden auch ein Ruhmesblatt, das sie noch dazu euphorisch in der Öffentlichkeit ausbreitet. Nie hätte ich mir vorgestellt, dass ich jemals etwas schreiben könnte, was die Naziverbrechen in irgendeiner Weise relativiert, und die Hamas hat mich jetzt doch dazu gebracht.

„Egal, wie lange es dauert“

Die Israelis haben also seit dem 7. Oktober ein klares Ziel vor Augen: Die Hamas muss verschwinden. Das hörte man augenblicklich von allen Seiten: vom Staatspräsidenten, der Regierung und der Opposition, vom Armeechef, von gegenwärtigen und früheren hohen Offizieren der Armee und leitenden Funktionären der Geheimdienste, von Expert:innen und Kommentator:innen (auch solchen, die bis dahin immer für Zurückhaltung gewesen waren), bei den Debatten im Fernsehstudio, am Familientisch und im Hundepark. Besonders deutlich hört man es von den Überlebenden, den Bewohner:innen von Beerli und Nir Os und Nativ Haassara und all den anderen Dörfern in Südisrael, die von der Hamas verwüstet worden sind.

Die Menschen dort sind zum Großteil „Linke“ und haben immer an einen Frieden mit den Palästinenser:innen geglaubt. Doch nun sagen sie: Ja, wir werden die Kraft aufbringen, in unsere Dörfer zurückzukehren, obwohl dort Hunderte unserer Verwandten, Freundinnen und Freunden ermordet wurden, und dort unser Leben, unsere Häuser, unsere Landwirtschaft wieder aufzubauen. Aber die Bedingung dafür ist, dass auf der anderen Seite des Grenzzauns keine Hamas mehr sitzt. Allen ist dabei klar, dass die Ideologie der Hamas nicht ausgerottet werden kann und vielleicht in Millionen Köpfen weiterleben wird. Doch gemeint sind nicht die Köpfe, sondern die Hände: Die Hamas darf keine Kommandanten, keine Brigaden, keine Kampfzellen, keine Raketen, keinen Sprengstoff, keine Handgranaten, keine Sturmgewehre mehr haben und den Gazastreifen nicht mehr regieren. Hier drängt sich wieder der Vergleich mit den Nazis auf. Ihre Ideologie geistert bis heute herum, aber die Bedrohung war vorüber und ein Neubeginn war möglich, als ihre Divisionen geschlagen und ihre Führer tot oder im Gefängnis waren.



Ein Mitglied der israelischen Armee trauert am Gelände des Nova-Festivals um zwei Familienmitglieder

Für die Israelis geht es in diesem Krieg darum, ob sie in ihrem Land weiterexistieren können. Ein Waffenstillstand, durch den die Hamas als Organisation überleben kann, ist für Israel daher genauso inakzeptabel wie seinerzeit für die Alliierten ein Waffenstillstand, durch den das NS-Regime überlebt hätte. Das ist nicht bloß eine von „denen da oben“ im Kriegskabinett eingenommene „politische Position“, sondern so denkt „das Volk“.

Zur Lebensplanung vieler junger israelischer Frauen und Männer gehört es, nach dem Grundwehrdienst monatelang als Rucksacktouristen in entlegenen Gegenden in Fernost oder Südamerika unterwegs zu sein. Aber sofort nach dem 7. Oktober haben sich Hunderte von ihnen in die Flugzeuge gedrängt, die sie heimholten. Sie sind nach Zehn-Stunden-Flügen nur rasch nach Hause gefahren, um die Angehörigen zu umarmen, und dann gleich weiter an die Front. Bei der Mobilmachung meldeten sich mehr Reservistinnen und Reservisten, als einberufen worden waren.

Seit dann Ende Oktober die Bodenoffensive begann und Infanterist:innen in Gaza-Stadt und Dschebalia und Khan Yunis von Haus zu Haus huschen, um ein Terror-

nest nach dem anderen auszuräumen, hört man immer wieder: „Wir müssen diese Arbeit zu Ende führen – wir bleiben hier, egal, wie lange es dauert.“ Die Rede ist hier von Menschen, die aus ihrem normalen, „bürgerlichen“ Leben ausgestiegen sind und sich bewusst in Lebensgefahr begeben haben. Für viele Wochen werden sie ihre Partner:innen und jungen Kinder, ihr Unternehmen, ihren Arbeitsplatz, ihre Universität nicht sehen. Und nein, das ist keineswegs blinde Kriegsbegeisterung, sondern ganz im Gegenteil Realitätssinn.

Keine Rache

Diejenigen, die reflexartig wieder zu einem Waffenstillstand aufgerufen haben, zeigen bloß, dass sie Israel im Allgemeinen und die nach dem 7. Oktober entstandene Situation im Besonderen einfach nicht verstehen. Wie etwa Frankreichs Präsident Emmanuel Macron für die „Eliminierung“ der Hamas und zugleich für einen Waffenstillstand einzutreten, der die Hamas rettet – das ist ein Widerspruch in sich. Das grundlegende Missverständnis, ja die Ahnungslosigkeit drückt sich auch in der Wortwahl deutschsprachiger Medien aus. *Orf.at* meldete „Vergeltungsangriffe auf den Gazastreifen“ oder „Vergel-

« Man braucht nicht zu Israel zu halten, weil Israels Gegner:innen vielleicht durchwegs Antisemit:innen wären, oder weil der Holocaust vielleicht aufs Gewissen drückt, oder weil Israel vielleicht schwach und hilflos wäre. Nein, man soll einfach nur zu Israel halten, wenn Israel im Recht ist »

tungsmaßnahmen Israels gegen die Hamas“. Dem *Standard* zufolge „hat Israel mit harten Vergeltungsschlägen reagiert“. „Die Regierung in Jerusalem kündigt Vergeltung an“, las man im *Stern*, „Repräsentanten des Staats Israel schwören Rache“, formulierte der *Spiegel*, und beim *ZDF* hieß es: „Israels Ministerpräsident Netanjahu kündigt Rache für Hamas-Angriffe an“.

Nein, wer diese Terminologie gebraucht, hat wirklich nichts verstanden. Der Krieg Israels gegen die Hamas hat nichts mit „Vergeltung“ und „Rache“ zu tun. Natürlich, angesichts dessen, was die Hamas verbrochen hat, müssen bei jedem normal empfindenden Menschen Rachegelüste hochkommen. Aber in zivilisierten Gesellschaften gibt man Rachegelüsten eben nicht nach, und Rachegelüste können nicht die Grundlage von politischen und militärischen Entscheidungen sein. „Wir suchen keine Rache, sondern die Sicherung unserer Zukunft“, sagte der frühere Verteidigungsminister Benny Gantz, ein Oppositionspolitiker, der für die Dauer des Kriegs der Regierung beigetreten ist, „das ist der wichtigste Krieg seit der Staatsgründung.“

An einigen Orten wurde Israels Lage ja doch verstanden, zum Beispiel bemerkenswerterweise besonders gut in Österreich. Es sei „ganz klar, dass Österreich an der Seite Israels steht“, sagte Bundeskanzler Karl Nehammer in Tel Aviv bei einem „Solidaritätsbesuch“. Die Hamas praktiziere Terror „in einer Brutalität, in einer Barbarei, wie wir sie uns alle nicht vorstellen können“, und „es gibt keine Neutralität im Kampf gegen den Terror – das ist auch völkerrechtlich so, das heißt, wir sind tatsächlich Verbündete“. Der Nationalrat nahm mit den Stimmen aller Parteien einen Entschließungsantrag an, wonach „das österreichische Parlament seine uneingeschränkte Solidarität mit Israel und dessen Bevölkerung bekundet“. Das ist genau die Haltung, die selbstverständlich sein sollte.

Bitte keine „Solidarität“

Nur der Begriff „Solidarität“ bereitet mir dabei etwas Unbehagen. Gegenüber denjenigen, mit denen man sich solidarisiert, haben diejenigen, die das tun, sicher die allerbesten Absichten. Und in ihrer reinen Form ist eine „solidarische Haltung“ ja einfach moralisch motiviert und schon allein deswegen zu würdigen. Doch diese positive Grundbesetzung des Begriffs Solidarität wird von zusätzlichen Schichten überlagert. Gerade in den letzten Jahren wird Solidarität speziell in Verbindung mit Migration, Flucht, Katastrophen und wirtschaftlicher Not gefordert und bekundet. Es geht um Mitgefühl und Engagement für Benachteiligte und Verfolgte. So gesehen haftet, ob man will oder nicht, jeder Solidarität immer auch ein Flair von Paternalismus und Herablassung an. Wenn ich mit dir solidarisch sein kann, dann heißt das, ich bin stark, während du schwach bist.

Wenn die „Solidarität“ mit Israel aus Deutschland oder Österreich kommt, wird das durch den historischen Aspekt noch zusätzlich kompliziert. Ausdrücklich oder unausgesprochen spielt dann der Gedanke mit, Deutsche und Österreicher:innen müssten wegen der Schuld aus der Nazizeit ja auf jeden Fall zu Israel halten, wie in einer Paraphrase des Spruchs „My country, right or wrong“. Und die ergänzende Kehrseite davon ist, dass Israel-„Kritiker:innen“ relativ häufig als Antisemit:innen bezeichnet werden, wodurch die Israel-Debatte zu einer Antisemitismus-Debatte wird. Gerade jetzt ist das so manifest wie vielleicht nie zuvor. Die Katastrophe am 7. Oktober hat in Israel stattgefunden, aber die „Solidarität“ mit Israel scheint hinter die „Solidarität“ mit den jüdischen Mitbürger:innen in Berlin, Paris oder sonst wo zurückgetreten zu sein.

Antisemitismus muss selbstverständlich angeprangert und bekämpft werden, und Antizionismus ist bestimmt mit Antisemitismus verknüpft. Aber mich interessiert der (offenbar vorhandene) Antisemitismus im aktuellen Zusammenhang mit Israel kaum. Die Beschäftigung damit führt dazu, dass man das Thema verfehlt. Mir reicht es, darauf hinzuweisen und zu bele-



Ein israelischer Soldat im Kampf gegen Hamas-Terroristen im Gazastreifen

gen, dass Israel unfair behandelt wird, das allein ist schlimm genug. In die Köpfe der Israel-„Kritiker:innen“ kann ich nicht hineinschauen, und daher kann ich nicht wissen, ob sie die Jüdinnen und Juden hassen oder „nur“ die Zionist:innen.

Ich kann etwa nicht in die Köpfe der Verfasser:innen des Berichts von *Amnesty International* hineinschauen, der Israel „Apartheid gegen die Palästinenser:innen“ vorwirft, aber ich kann beweisen, dass das eine unsinnige Verleumdung ist. Ich kann auch nicht in den Kopf von António Guterres hineinschauen, der soeben ausgerechnet und ausschließlich gegen Israel den Artikel 99 der UN-Charta aktiviert hat, aber ich kann aufzeigen, dass der Generalsekretär Israel strenger behandelt als andere Staaten.

Schon gar nicht kann ich in die unzähligen Köpfe im UN-„Menschenrechtsrat“ hineinschauen, wo Israel allein seit Jahrzehnten Jahr für Jahr öfter verurteilt wird als alle anderen Staaten der Welt zusammengenommen, aber es ist völlig klar und bedarf keines Beweises, dass das eine absurde Ungerechtigkeit ist.

Zudem ist es sogar schädlich, wenn der Antisemitismus in die Israel-Debatte geworfen wird, denn das

eröffnet den Israel-„Kritiker:innen“ einen Fluchtweg, in den sie dankbar einschwenken. Sie gehen dann nicht auf die sachlichen Argumente ein, sondern können darüber jammern, dass man sie ungerechterweise „immer“ zu Antisemit:innen abstempelt. Man braucht also nicht deswegen zu Israel zu halten, weil Israels Gegner:innen vielleicht durchwegs Antisemit:innen wären, oder weil der Holocaust vielleicht aufs Gewissen drückt, oder weil Israel vielleicht schwach und hilflos wäre. Nein, man soll einfach nur zu Israel halten, wenn Israel im Recht ist. Israel braucht keine „Solidarität“, sondern Fairness.

Und fair ist, wer erkennt, was den Israelis angeboten wurde und was in Israel auf dem Spiel steht. Daran gemessen sind Vorfälle, die jetzt europäische Jüdinnen und Juden verständlicherweise schockieren, etwa das Abreißen einer israelischen Flagge von der Synagoge in der Seitenstettengasse, Lappalien.

Es geht nicht darum, wer was bei einer Demonstration auf dem Stephansplatz oder dem Heldenplatz schreit, es geht darum, ob es Israel gelingt, die Hamas-Dschihadisten unschädlich zu machen. In diesem Sinn kämpft Israel nicht nur für sich selbst, sondern für die Werte der freien, demokratischen Welt. ☞

Israels Freiheit und Existenz

Mein Vater hat den Kampf Israels um seine Existenz von Anfang an miterlebt. Eine Geschichte des Staates aus persönlicher Sicht von jenen, die aus Europa flüchten mussten

Doron Rabinovici

Israels Existenz ist darin begründet, seit Anbeginn der Zeiten infrage gestellt zu sein. Dieser Zirkelschluss ist es, der alle Debatten über das jüdische Kollektiv, seine Politik und den zionistischen Staat prägt und beherrscht. Wer so tut, als wären die Ideen des Theodor Herzl nichts als Herrscherträume eines Kolonialimperiums gewesen, blendet aus, dass es die damals noch unbestimmte Angst vor einer vollkommenen Vernichtung war, die den Gedanken an ein „Nachtsyl“ entfachte. Damit soll nicht verleugnet werden, wie sehr auch Herzls Vorstellungen noch dem imperialen Weltbild des europäischen Abendlandes jener Ära entsprangen. Aber das, was Herzl letztlich bewegte, war das, was er mit dem Wort „Judennot“ zusammenfasste.

In nicht wenigen, wenn auch keineswegs in allen postkolonialen Studien der Gegenwart wird der Zionismus alleinig zum Sinnbild kolonialistischer Unterdrückung gestempelt, wodurch die besondere Geschichte der jüdischen Schicksalsgemeinschaft ausgeblendet bleibt, was im Grunde eine Geschichtsklitterung und Auschwitzleugnung von links genannt werden kann. Aber jene antisemitisch Verfolgten, die damals auf eine jüdische Besiedlung Zions hofften, sahen in dieser politischen Strömung eine Befreiungsbewegung, denn sie wurden in den Staaten Europas unterdrückt. Sie wurden als vorgeblicher Fremdkörper vertrieben oder ausgelöscht.

« Wer an den Vorzügen nationaler Souveränität zweifelt, frage bloß jene nach ihrer Meinung, die noch ohne eigene Heimstätte leben müssen, etwa die Palästinenser und Palästinenserinnen »

Jene, die am Ende des neunzehnten und im Anbruch des zwanzigsten Jahrhunderts nach Palästina strömten, um hier jüdische Städte und Dörfer zu gründen, waren nicht aufgebrochen, um die arabische Bevölkerung auszubeuten oder zu vertreiben. Sie hofften nicht auf billige Sklavenarbeit oder riesige Plantagen. Sie wollten beweisen, dass auch Juden ein Feld pflügen, die Saat ausstreuen und die Ernte einfahren, Kühe und Schafe hüten konnten.

Niemand ging in den Kibbuz, um Reichtum anzuhäufen. Bereits in den 1930er-Jahren waren viele eingewandert, um den Pogromen und dem nazistischen Furor zu entkommen. Damals machte die ironische Frage im Land die Runde: „Kommen Sie aus Überzeugung oder aus Deutschland?“ Für die Einsicht in die Notwendigkeit von einem souveränen jüdischen Heim in Zion brauchte es keine ideologische Theorie, sondern alleinig den Willen, nicht ermordet und nicht als Volk ausgelöscht zu werden.

Die Hoffnung im Gepäck

Mein Vater war noch minderjährig, da brach er aus einem kleinen Marktflecken im rumänischen Moldawien auf, zunächst nach Bukarest, wo er als Jude zur Zwangsarbeit eingeteilt wurde und Leichen aus Häusern zu bergen hatte, danach schaffte er es aus dem nazistischen Europa über das Meer in die Türkei. 1944 erreichte er Palästina auf jener Route, die auch heute nicht wenige Flüchtlinge nehmen, nur in umgekehrter Richtung. Als Teenager wurde er zum Arbeiter, zum Streikführer, zum Linken, der gemeinsam mit arabischen Kollegen für eine bessere Zeit stritt, der nach dem Sieg über Hitler mit palästinensischen Genossen nach Jugoslawien reiste, um dem antifaschistischen Partisanenhelden Tito zu helfen, einen Tunnel zu bauen.

Aber als die Truppen der Arabischen Liga den neu gegründeten Staat angriffen, um, wohin sie auch gelangten, alles jüdische Leben auszutilgen, meldete er sich für das eben erst begründete Militär des jungen Israel und wurde in jenem Unabhängigkeitskrieg zweimal lebensgefährlich verwundet. Dessen ungeachtet verfiel mein Vater nie dem rassistischen Hass, glaubte weiterhin an eine friedliche Lösung, zeigte Verständnis für das Leid jener Unschuldigen, die Opfer der Nakba, der Vertreibung, geworden waren, und stritt für die Gleichberechtigung der Minderheiten in jenem Land, für das er gekämpft hatte.

Meine Mutter hatte nicht das Glück, sich früh genug nach Zion gerettet zu haben. Gemeinsam mit meiner Großmutter überstand sie das Morden im Ghetto Wilna, im Konzentrationslager Kaiserwald, im Vernichtungslager Stutthof und auf dem Todesmarsch. Auch ein Onkel von ihr überlebte. Der Rest ihrer Familie wurde



Eine Bewohnerin des Kibbuz Mischmar Ha-Negev im Gespräch mit einem arabischen Nachbarn im Jahr 1947

umgebracht. Selbst nach der Befreiung wurden jüdische Gemeinden in Polen noch Opfer antisemitischer Pogrome. Anfang der 1950er-Jahre erreichte meine Mutter endlich Israel.

Auch meine Mutter hoffte immerzu auf eine demokratische, soziale und friedliche Zukunft für alle Menschen in Israel, ganz gleich welcher Herkunft oder Religion. Sie bekämpfte jeglichen Rassismus. Sie setzte auf einen Kompromiss zwischen den Völkern. Sie tolerierte nie die Ungerechtigkeiten gegenüber arabischen Israelis und lehnte die Siedlungspolitik ab.

Meine Eltern waren damals keine Einzelfälle. Die Vision, die Theodor Herzl entworfen hatte, war der „Judenstaat“, wie er seine programmatische Schrift nannte. Er glaubte, die nationale Souveränität sei notwendig, damit die Juden nicht mehr als Ausgestoßene und Verfolgte, sondern in Freiheit und Würde leben könnten.

Jude zu sein ist seit der Entstehung Israels kein Stigma mehr. Aber anders als erhofft, ist der Antisemitismus nicht verschwunden. Der Hass bleibt bestehen und richtet sich teils gegen Israel selbst. Wegen des Antisemi-

tismus entstand der Staat, weswegen nicht wenige, die heute gegen die Existenz dieser Nation an sich sind, nur allzu gern diesen Antisemitismus gegen Israel leugnen, ihn kleinreden, ihn beschönigen, ihn rechtfertigen und so ihm in letzter Konsequenz auch das Wort reden. Das Recht auf jüdisches Leben zu negieren ist Grundlage des Judenhasses. Es kann deshalb keinen redlichen Kampf gegen Antisemitismus geben, ohne für den Bestand und das Selbstbestimmungsrecht der israelischen Nation einzutreten.

Die Feststellung, Israels Existenz sei umstritten, kann von Anfang an den Staat und zugleich das Volk Israel, wie die jüdische Gemeinschaft insgesamt genannt wird, meinen. Wer an den Vorzügen nationaler Souveränität zweifelt, frage bloß jene nach ihrer Meinung, die noch ohne eigene Heimstätte leben müssen, etwa die Palästinenser und Palästinenserinnen. Aber die Erwähnung der Palästinenser und Palästinenserinnen macht deutlich, was die europäische Geschichte schon lehrte, denn der Nationalstaat an sich ist noch lange kein Garant für Frieden und Gerechtigkeit. Israel und seine



Frühe Siedler bei der Arbeit in den Kibbuzim (links). Doron Rabinovicis Vater David gelang 1944 die Flucht aus Rumänien nach Palästina (rechts)

Gesellschaft werden nicht sicher sein ohne Hoffnung auf einen gerechten Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern und Palästinenserinnen, ohne ein Ende der Siedlungspolitik, ohne eine Zukunft jenseits von Blutvergießen, von Terror und Besatzung, ohne volle Gleichberechtigung für alle Bürger und Bürgerinnen, ohne Rechte für die Minderheiten und liberale Demokratie.

Von Anfang an stieß das zionistische Projekt auf den Widerstand der arabischen Bevölkerung im Land. Jüdische Gemeinden, Siedlungen, Kibbuzim und Städte in Palästina wurden überfallen, als noch die Briten das Land kontrollierten. Die arabischen Massaker und Pogrome gegen Juden sind bekannt. Hier einige, ohne Vollständigkeit zu beanspruchen: 1921 Jaffa, 1929 Hebron und Safed, 1936 Jaffa, 1938 Tiberia, 1947 Jerusalem. Kaum war der neue Staat gegründet, wurde er von den Armeen der Nachbarnstaaten angegriffen. Zu Recht wird von dem Leid des palästinensischen Volkes berichtet, von den Vertreibungen und Massakern der Nakba, doch auch arabische Armeen vertrieben und mordeten die jüdische Bevölkerung an vielen Orten, in die sie einmarschierten. Weshalb ebenso wichtig ist, weiterhin in Erinnerung zu behalten, dass Israels Existenz darin begründet und auch davon bestimmt ist, von Beginn an infrage gestellt zu sein. Dieser permanente Konflikt prägte die Entwicklung und Ausformung israelischer Politik und prägt sie bis heute.

Vision und Wirklichkeit

Ist darin vielleicht ein Grund zu sehen, weswegen die Vision von Theodor Herzl der gegenwärtigen Realität Israels so wenig ähnelt? Herzl wollte einen Judenstaat, doch keineswegs einen jüdischen Staat. Er führte in seinen Schriften aus: „Der Glaube hält uns zusammen, die Wissenschaft macht uns frei. Wir werden daher theokratische Velleitungen unserer Geistlichen gar nicht aufkommen lassen. Wir werden sie in ihren Tempeln festzuhalten wissen, wie wir unser Berufsheer in den Kasernen festhalten werden. Heer und Klerus sollen so hoch geehrt

werden, wie es ihre schönen Funktionen erfordern und verdienen. In den Staat, der sie auszeichnet, haben sie nichts dreinzureden, denn sie werden äußere und innere Schwierigkeiten heraufbeschwören. Jeder ist in seinem Bekenntnis oder in seinem Unglauben so frei und unbeschränkt wie in seiner Nationalität. Und fügt es sich, dass auch Andersgläubige, Andersnationale unter uns wohnen, so werden wir ihnen einen ehrenvollen Schutz und die Rechtsgleichheit gewähren.“

Kein Wunder, dass ein großer Teil der Orthodoxie den Zionismus ablehnte. Nicht nur deshalb, weil diese geistlichen Autoritäten meinten, es sei ein Frevel an Gott und dem Glauben, der himmlischen Verheißung von der Rückkehr ins Gelobte Land mit politischen Mitteln vorgreifen zu wollen. Sie störte zudem die Vision von

« Damals machte die ironische Frage im Land die Runde: „Kommen Sie aus Überzeugung oder aus Deutschland?“ »

einem Staat, in dem die Juden so frei, modern, säkular und ungebunden leben sollten wie alle anderen Völker auch. Die Mehrheit der Gründergeneration waren keine Religiösen. Ihnen ging es um einen Staat im Land, das einst Wiege des Judentums, das Herrschaftsgebiet des biblischen Israel und des Königreichs Juda gewesen war. Sie sehnten sich nach jenem Zion, das als Sinnbild der Erlösung gegolten hatte.

Der frühe Zionismus sah seine Bindung zu Eretz Israel historisch begründet, doch verwendete er dafür religiöse Bilder und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn die sozialistisch-atheistischen Vordenker der jüdischen Nationalbewegung in das Land aufbrachen, das jener Gott ihnen zugesagt hatte, an den die meisten von ihnen gar nicht glaubten. Aus dem Hebräisch der Thora wurde das Iwrit der Moderne, doch an



„Ich setze mich dafür ein, dass aus Klängen Bilder werden.“

Stefan, Produktionstechniker

Ein Mitarbeiter des ORF, der wie all seine Kolleginnen und Kollegen den Auftrag hat, mit einem ausgewogenen Programm zu einer funktionierenden Gemeinschaft in Österreich beizutragen.



Schoschana und David Rabinovici bei ihrer Hochzeit

den alten Worten klebte noch viel vom sakralen Erbe. Diese Motive gewannen nach 1967, nach dem Krieg, den die arabischen Diktatoren geplant und verloren hatten, im Zionismus an Macht. Die Eroberung der Gebiete westlich des Jordans, die Jahre der Besatzung und der Siedlungspolitik weckten jene Kräfte, die vorher nur wie ein Überbleibsel, das bald verschwinden sollte, wirkten. Die Sehnsucht nach dem Heiligen Land und nach der biblischen Zeit stand von nun an in Konkurrenz zum Wunsch nach einem territorialen Kompromiss zwischen der palästinensischen und der israelischen Nation.

Unterschätzte Macht der Religion

David Ben Gurion billigte der Orthodoxie von Anfang an viel Macht zu. Sie sollte die Kontrolle über jüdische Eheschließungen und Scheidungen erlangen, sollte über ein eigenes Bildungssystem verfügen. Die Studenten der Jeschiwoth, der Schulen fürs Pauken der Thora und des Talmud, wurden vom Militärdienst befreit, 1948 waren das nur wenige Hundert gewesen. Mittlerweile zählen sie jährlich Zigtausende. Zudem wurde darauf verzichtet, eine Verfassung zu erlassen, teils auch, um das Verhältnis zwischen Staat und Religion in der Schwebe zu halten. Die jüdische Orthodoxie, für die nur die Thora der letztgültige Gesetzestext ist, sollte nicht von Beginn an vor den Kopf gestoßen werden. Geplant war, eine Verfassung später auszuarbeiten.

Kaum gegründet, entbrannte der Konflikt ums Land. Zugleich stand die Masseneinwanderung von Millionen jüdischer Menschen noch bevor. Das eigentliche Staatsvolk war erst im Entstehen. Ben Gurion ging davon aus, die streng Frommen seien insbesondere nach der Vernichtung großer Teile des europäischen Judentums bloß eine aussterbende Art, gleichsam die letzten

Mohikaner der Orthodoxie. Er erhoffte sich zudem von den rabbinischen Autoritäten die geistige und geistliche Legitimation des neuen Israel.

Die zionistischen Nationalreligiösen, doch auch die chassidischen Haredim, die überhaupt nicht zionistisch sind, wollen keinen Staat, in denen die Juden so frei und modern leben sollten wie alle anderen Völker auch. Ihnen geht es nicht um einen Judenstaat, der nur ein Staat für alle jüdisch Verfolgten und in dem das Jüdische nicht mehr benachteiligt sein soll, sondern sie fordern den jüdischen Staat, einen Staat, in dem das Jüdische vor allen anderen bevorzugt wird. Dieser Ideologie ist das Land wichtiger als der Staat, die Erde heiliger als das Leben der Einwohner. Das Volk Israel gilt ihnen mehr als die Bevölkerung Israels.

Das alles geschieht im Namen des Zionismus, doch ist das, was von rechtsextremen Kahanisten angestrebt wird, noch jener Zionismus, den einst seine Gründer erdachten? Schlummerten im Zionismus nicht auch immer Kräfte, die von einer Errichtung des dritten Tempels, vom Erscheinen des Messias und einer endgültigen Apokalypse träumten? Wenn die Staatsgründung die Vollendung des Zionismus war, könnte dann die Besatzung sein Ende sein? Findet die zionistische Revolution hier die ihr innewohnende Konterrevolution?

Offene Gesellschaft in Gefahr

Vielleicht sollte aber weniger vom Zionismus geredet werden als von der Realität der israelischen Existenz. Seit 1948 ist eine vielfältige Gesellschaft, eine avancierte Kunst, eine weithin gelesene und übersetzte Literatur, eine aufblühende Wirtschaft, eine einzigartige Wissenschaft, eine weltweit anerkannte Medizin, eine demokratische Öffentlichkeit entstanden, zu der linke Kibbuzniks, urbane Intellektuelle, akademische Autoritäten, erfolgreiche Geschäftsleute, innovative Internetmogule, philosophische Geistesgrößen gehören wie auch islamische Geistliche, muslimische Feministinnen, schwule Nationalreligiöse, queere Konservative und pornosüchtige Orthodoxe ...

Aber im Jahr 2023 geriet das Projekt Israel auf doppelte Weise in die Krise, der schiere Zusammenhalt des Staates ist in Gefahr. Bis zum 6. Oktober stand das Land unter dem Bann des Vorhabens der rechtsrechten Regierung, den Obersten Gerichtshof zu entmachten und gegen die unabhängige Justiz vorzugehen, doch nach den Massenmorden wurde klar, dass es unmöglich war, den Status quo der Besatzung aufrechtzuerhalten und einen Frieden an der palästinensischen Nation vorbeischießen zu wollen.

Vor den Massakern protestierten große Teile der Zivilgesellschaft gegen den Angriff der Regierung auf die liberale Demokratie. Die rechtsextremen Fraktionen im Kabinett machten kein Hehl von ihren fundamentalistisch-theokratischen Vorstellungen. Keine Richter und Richterinnen sollen ihre Ideen einschränken,

wenn es darum geht, mit den universalistischen Werten zu brechen. Manche dieser Politiker wollen die universalen Grundrechte allein deshalb abschaffen, um das besetzte Gebiet umso leichter annektieren zu können. Aber in Wahrheit ist es nicht die Annexion der besetzten Gebiete durch den Staat, sondern jene des Staates durch die Besatzung, die der israelischen Gesellschaft droht. In diesem Fall stimmt wohl, was einst Friedrich Engels,

« Als Teenager wurde mein Vater zum Arbeiter, zum Streikführer, zum Linken, der mit arabischen Kollegen für eine bessere Zeit stritt, der nach dem Sieg über Hitler mit palästinensischen Genossen nach Jugoslawien reiste, um dem antifaschistischen Partisanenhelden Tito zu helfen, einen Tunnel zu bauen »

aber später auch Lenin darlegte: Nie kann ein Volk, das andere Völker unterdrückt, frei sein.

Die rechtsextremen Fraktionen rund um Itamar Ben Gvir und Bezael Smotrich machen alles, um zu beweisen, wie sehr dieses Diktum stimmt. Während das zionistische Konzept allen, die als jüdische Menschen verfolgt werden, immer ein Rückkehrrecht und den automatischen Anspruch auf Staatsbürgerschaft garantierte,

träumen die fundamentalistischen Fraktionen davon, nur noch jene als Juden zu akzeptieren, die nach streng orthodoxen Regeln als solche gelten. Die Mehrheit der jüdischen Diaspora, etwa das Judentum in den Reformgemeinden in den USA, wäre dann von einem Moment zum anderen nicht mehr gemeint.

Andere rechtsextreme Abgeordnete wollen nur noch Veranstaltungen, in denen die Geschlechter getrennt werden, subventioniert sehen. Zugleich verlangen manche Abgeordneten jener radikalen Koalitionsparteien, die Gleichberechtigung von Homosexuellen abzuschaffen. Teile der Regierungsfaktionen fordern ein Verbot der Pride-Paraden. Finanzminister Smotrich befürwortete die Trennung von jüdischen und arabischen Frauen in den Entbindungsstationen. Er sagte von sich selbst: „Ich mag ein Rechtsextremist, ein Homophober, ein Rassist, ein Faschist sein, aber mein Wort gilt.“ Wer will ihm da noch widersprechen?

Die Mandatare rund um Ben Gvir und Smotrich hetzen gegen die arabisch-israelische Minderheit. Zugleich schüren sie den Hass auf die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Manche der kahanistischen Mandatare bejubeln offen Ausschreitungen und Pogrome gegen palästinensische Städte und Dörfer im Westjordanland.

Hunderttausende aus der Zivilgesellschaft gingen bis zum 7. Oktober, bis zu den Massenverbrechen der



Die Bank Austria wünscht der jüdischen Gemeinde ein schönes Pessach-Fest.



Demonstranten gegen die Justizreform vor der Knesset und dem Obersten Gerichtshof im Juli 2023

Hamas, auf die Straße, um gegen die Koalition und gegen ihre Angriffe auf den Rechtsstaat und die Demokratie zu protestieren. Die Gefahr wurde von ihnen klar benannt: Der Staat, der gegründet wurde, damit Juden nicht mehr Ausgestoßene sein sollen, sondern in Freiheit und in Würde leben können, droht, geht es nach den Vorstellungen der Rechtsrechten, zu einem zu werden, in dem Juden, die in Freiheit und in Würde leben wollen, Ausgestoßene sein werden.

Terroristen unterscheiden nicht

Von Anfang an warnte die Zivilgesellschaft vor der Spaltung des Landes, insbesondere angesichts der äußeren Bedrohung, die seit jeher eine existentielle ist, denn die Hamas, der Islamische Dschihad, die Hisbollah, die Huthis in Jemen und die iranischen Mullahs unterscheiden nicht zwischen den fundamentalistischen Siedlern in Hebron, den Richtern und Richterinnen in Jerusalem oder jenen, die in Tel Aviv für Menschenrechte, gegen die Besatzung oder für allgemeine Gleichberechtigung auf die Straße gehen. Sie hassen auch humanistische und friedenswillige Kibbuzniks aus dem Grenzgebiet zu Gaza, doch ebenso jene, die auf einer Rave-Party unter dem Motto „Peace and Love“ tanzen wollen. Zu Recht schrieb Natan Sznaider: „Es ist Israels Krieg und nicht der Krieg der israelischen Regierung.“ In gewissem Sinne kann sogar von einem Krieg des Iran mithilfe seiner terroristischen Bündnispartner gegen Israel als Symbol des Westens schlechthin geredet werden. Diesen islamistischen Feinden Israels geht es nicht um ein Ende der Besatzung, sie wollen kein unabhängiges Palästina, in dem alle frei und sicher leben können, sondern sie sehen in allen verschiedenen Fraktionen des Landes nur Juden und Jüdinnen, die es auszulöschen gilt, ob Kranke, Alte, Kinder oder Säuglinge. Sie foltern Kinder

im Angesicht der Eltern, morden Väter und Mütter vor den Augen der Kleinsten, vergewaltigen Frauen vor ihren Männern, schänden Leichen, schlachten Schwangere ab. Seit fünfzehn Jahren feuern sie mit ihren Raketen, wann immer es ihnen passt, auf zivile Ziele, auf jüdische Städte und Dörfer. Sie feiern die Massaker an Juden. Die genozidale Gewaltorgie ist ihre Losung. Diese Botschaft wird von allen dschihadistischen Gruppen verstanden, ob in Dagestan oder Lyon, ob in Paris, in Berlin oder in Harvard.

Die islamistischen Aufrufe zur Vernichtung verstehen auch die jüdischen Gemeinden weltweit. Es ist kein Widerspruch, angesichts dieser Mordbanden mit der israelischen Nation solidarisch zu sein, zugleich ihre Zivilgesellschaft im Einsatz für den demokratischen Rechtsstaat zu unterstützen und gerade deswegen auch die Gewalt rechtsextremer Siedler zu benennen, die etwa im Schatten des Krieges gegen die Hamas palästinensische Dörfer des Westjordanlands überrennen.

Das andere Israel

Benjamin Netanyahu meinte, es sei möglich, das Abraham-Abkommen voranzutreiben, während der Status quo und die Besatzung „gemanagt“, also verwaltet, werden könnten. Sein Konzept war es, auf den Waffenstillstand mit der Hamas zu setzen und keinen territorialen Kompromiss anzustreben.

Es war kein Zufall, dass der Protest gegen seine Regierungsvorhaben insbesondere von den Elitetruppen des Militärs vorangetragen wurde. Kein Wunder auch, dass es genau jene Protestkräfte waren, die im Moment der islamistischen Kriegsverbrechen den Überlebenden der Massaker und den Angehörigen der Geiseln zuallererst zur Seite sprangen. Sie wussten, was auf dem Spiel stand.

In vielen Ländern erleben wir derzeit den Aufstieg von Kräften, die gegen eine unabhängige Justiz, gegen die freie Presse, gegen die Gleichberechtigung, gegen Migrant:innen und Minderheiten hetzen, wobei der Hass auf andere sich zumeist auch früher oder später gegen Juden wendet. Der Kampf gegen Antisemitismus ist darum nicht nur ein jüdisches Anliegen, denn der Antisemitismus richtet sich im Grunde gegen die offene Gesellschaft selbst, gegen ihren Pluralismus, gegen alle, die als anders oder nicht normal abgestempelt werden. Aber überall gibt es auch Unzählige, die ihre Stimme gegen die Angriffe auf den unabhängigen Rechtsstaat und die Demokratie erheben. Sie warnen vor jeder Koalition mit Rassismus, sei es in Österreich oder in Israel.

War das nicht das Vermächtnis der Überlebenden und der Widerstandskämpfer? Bis zum Ausbruch des Krieges gingen Hunderttausende Israelis neun Monate lang jede Woche auf die Straße, um für ein demokratisches Israel zu kämpfen. Würde Theodor Herzl selbst mit einem Mal aus seinem „Altneuland“ herauspringen,

um im heutigen Tel Aviv aufzutauchen, wüsste ich, wo ich ihn zu suchen hätte. Er wäre unter jenen vielen, die auf die Straße gehen für die israelische Nation, für ihre Demokratie und ihren Rechtsstaat. Er wäre dort, wo Hunderttausende das Lied der Hoffnung singen, die Hatikva, die Hymne Israels, in der es heißt: „מע תויהל“ (Liot am chofschi), ein freies Volk zu sein.

« Dieser Ideologie ist das Land wichtiger als der Staat, die Erde heiliger als das Leben der Einwohner. Das Volk Israel gilt ihnen mehr als die Bevölkerung Israels »

Diese Sehnsucht nach einer offenen Gesellschaft, nach einem unabhängigen Rechtsstaat, nach einer liberalen Demokratie, doch auch nach Frieden und Sicherheit eint unzählige Menschen unterschiedlicher Herkunft, ob in Jerusalem oder Brüssel, ob in Washington oder Teheran, ob in Tel Aviv oder Ramallah, ja auch in Gaza leben nicht wenige, die sich Freiheit, Verständigung, Wohlstand und Selbstbestimmung wünschen. Juden in der Diaspora dürfen bei israelischen Wahlen nicht mitstimmen, aber

so manche von ihnen sind Mitglieder zionistischer Gruppierungen, die seit jeher auch für den „Judenstaat“ aktiv waren, Jugendbewegungen unterhalten und Zeitungen herausgeben. Die meisten derer, die vor dem 7. Oktober in London, in Paris, in Berlin, New York oder in Wien mit der blau-weißen Fahne in der Hand sich den Protest anschlossen und in Solidarität mit der israelischen Zivilgesellschaft für die Demokratie und für den Rechtsstaat die Stimme erhoben, standen eben deshalb auch nach dem 7. Oktober zur Sicherheit dieser Zivilgesellschaft Israels, sie gingen wieder mit der Fahne des Staates auf Kundgebungen gegen Antisemitismus und für die Solidarität mit der Existenz Israels, denn nun war diese Flagge genauso wie alle anderen Symbole jüdischen Lebens Ziel von einschlägigen Attacken geworden. So zeigen viele, ob nun jüdisch oder nicht, ihre Verbundenheit mit der israelischen Zivilgesellschaft nicht alleinig durch ihre Solidarität im Moment elementarer Bedrängnis, sondern auch durch ihre kritische Sicht, deretwegen sie das Land nicht automatisch mit der Regierung und mit der Politik gleichsetzen, denn sie wissen, die Freiheit und die Existenz Israels sind untrennbar miteinander verbunden, beide Ziele bedingen einander und das eine ginge ohne das jeweils andere unweigerlich verloren. ☞

Bezahlen. Sicher.

So zahlen Sie sicher.
Tipps der OeNB finden Sie unter:
www.oenb.at/sicherbezahlen

Eine entgeltliche Information der Oesterreichischen Nationalbank.

ÖNB
OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

PICTUREDESK/HAZEM BADER

Bilderkriege oder wie Wirklichkeiten erzeugt werden

Was auf den ersten Blick überzeugend wirkt, sieht bei näherem Hinschauen plötzlich ganz anders aus

Friedrich Orter

Ikonen einer Zeitenwende

Nichts bleibt in der Medienwelt, was und wie es einmal war, seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, seit dem 7. Oktober 2023, dem Überfall der Terrororganisation Hamas auf Israel. Beide Gewaltausbrüche produzieren einen beispiellosen Bilderkrieg, eine Flut an Falschmeldungen, Manipulationen und Desinformation. Bilder, die sich im Hirn einbrennen sollen und Medien und soziale Netzwerke überschwemmen. Bilder können kriegsentscheidend sein, werden zu aufrüttelnden Dokumenten der Anklage, zu Ikonen der Kriegsberichterstattung.

Ein prominentes Beispiel: Das schreiende nackte vietnamesische Mädchen Phan Thi Kim Phuc, am 18. Juni 1972 vom US-amerikanisch-vietnamesischen Pressefotografen Nick Ut nach einem südvietnamesischen Napalmangriff auf das Dorf Trang Bang aufgenommen, wird zu einem universellen zeitlosen Beweis des Kriegsgrauens. Die ursprüngliche Aufnahme wurde für die Veröffentlichung in der *New York Times* und ande-

« Was dürfen wir zeigen, was verschweigen, oder wie es einer meiner Kollegen einmal formulierte: Wie filmt man eine Leiche? »

ren Zeitungen am rechten Bildrand beschnitten, um die Aufnahme zu dramatisieren, denn im Original sieht man eine Fotografenmeute, die das Mädchen verfolgt, ohne ihm zu helfen. Das stellt uns Journalisten vor ein ethisches Problem. Was dürfen wir zeigen, was dürfen wir verschweigen, oder wie es einer meiner Kollegen einmal formulierte: Wie filmt man eine Leiche?

Täuschen und Blenden

Die Macht der Bilder, Täuschen und Blenden, das Handwerk der Propaganda habe ich aus eigener Erfahrung als Reporter in Kriegs- und Krisengebieten oft genug erlebt. So zum Beispiel im Dezember 1989 nach dem Sturz und

der Hinrichtung des rumänischen kommunistischen Diktator-Ehepaars Elena und Nicolae Ceausescu. Wir wurden von einer Gruppe verfolgter Regimegegner auf den Armenfriedhof in Temesvar geführt, wo uns auf weißen Leintüchern liegende vermeintlich frisch ausgegrabene Revolutionsopfer von Ceausescus Geheimdienst Securitate präsentiert wurden – als Beweis für die besiegte Schreckensherrschaft. Die Bilder gingen um die Welt. Später stellte sich heraus, dass die Leichen aus der Kühlkammer der Prosektur eines Temesvarer Krankenhauses stammten.

Eine ähnliche Erfahrung zehn Jahre später im Kosovo. Der US-amerikanische Diplomat William Walker lässt Journalisten in das kosovarische Dorf Racak bringen. In einem Hohlweg liegen 45 Leichen, unter ihnen eine Frau und ein Bub, am Vortag angeblich von jugoslawischen Polizei- und Armeeeinheiten hingerichtete Zivilisten. Ein von mir interviewter Albaner schwor beim Augenlicht seiner Kinder, dass diese von den Serben angezeifelte Darstellung die Wahrheit sei. Für die Serben waren die Toten von Racak Soldaten der albanischen Untergrundarmee UCK.

Bis heute sind die Hintergründe dieses Massakers nicht restlos geklärt, doch der Vorfall diente der NATO zur Legitimation des Kosovo-Krieges. Am 24. März 1999 begann das westliche Militärbündnis den ohne UNO-Mandat geführten Luftangriff gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Es wurde der erste Internetkrieg der Militärgeschichte. Die UCK nutzte das neue Medium erstmals für gezielte Kriegspropaganda.

Eine der dreistesten Propagandalügen wurde im Zweiten Golfkrieg nach dem Überfall Saddams auf Kuwait inszeniert, die Ermordung von 15, in Brutkästen liegenden, Säuglingen in einem Krankenhaus. Ein vermeintlich von irakischen Soldaten verübtes Verbrechen. Vor dem Menschenrechtsausschuss des US-Kongresses bezeugte die angebliche Hilfskrankenschwester Nayirah im Fernsehen diese Gräueltaten, die Mitleid erwecken und die US-Bevölkerung für den Krieg gegen den Irak einstimmen sollten. Nach Kriegsende stellte sich



Bilder bilden Meinung: Ein Soldat des 4. US-Marine-Regiments platziert die amerikanische Flagge auf dem Gesicht des ehemaligen irakischen Präsidenten Saddam Hussein, bevor die Statue medienwirksam umgestürzt wird

heraus, dass die Zeugin Nayirah in Wahrheit Nayirah Al-Sabah, die 15-jährige Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, war.

Im Dritten Golfkrieg, nach dem Sturz der Saddam-Hussein-Statue am 9. April 2003 am Firdos-Platz in Bagdad, konnte das Fernsehpublikum historischer Augenzeuge zweier scheinbar verschiedener Ereignisse werden: *CNN* zeigte die Befreiung Bagdads als propagandistisch perfekt vorbereitete Jubelfeier US-amerikanischer Soldaten mit begeisterten Einwohnern von Bagdad, die auf die gestürzte Saddam-Statue einprügelten. *Al Jazeera*, der von Katar finanzierte einflussreichste Sender in der arabischen Welt, berichtete gleichzeitig

von brutalen Besatzern, zeigte verstümmelte Leichen und interviewte Iraker, die sich über US-amerikanische Verbrechen empörten.

Medien als Waffe

Zeitsprung-Zeitenwende: 7. Oktober 2023. Auf *Al Jazeera* ruft Ismail Haniyeh, der politische Führer der Hamas im katarischen Luxusexil in Doha, der mir vor Jahren in einem Interview unverblümt erklärt hatte, das Ziel der Hamas sei die Vernichtung Israels und der Jüdinnen und Juden, zum Widerstand gegen den zionistischen Aggressor auf. Wenige Stunden zuvor hatten Hamas-Verbrecher Israel überfallen, Zivilisten entführt,

PICTUREDESK/ LAURENT REBOURS



Ikonomischer Beweis für das Grauen des Kriegs: Die Aufnahme aus dem Vietnamkrieg wurde bei der Erstveröffentlichung in der „New York Times“ am rechten Bildrand beschnitten, um zu dramatisieren. Die Fotografen waren nicht zu sehen

gefoltert, vergewaltigt und massakriert. *Al Jazeera* spielt im Nahost-Konflikt ein Doppelspiel. Einerseits durfte der Hassprediger Scheich Yousif Al Qaradawi die Shoah „als Allahs Rache an den Juden“ verherrlichen, andererseits kommen auch israelische Militärsprecher zu Wort. Das Luxusleben der Haniyeh-Söhne zeigt *Al Jazeera* nicht. Darüber erfährt man nur in Social Media.

« Bilder verdrängen die realen Schrecken des Krieges, sie zerstören unser Vermögen zu Empathie »

Social Media wurden zu einer Waffe, die auch die Hamas zu nützen weiß. Eine neue Kriegstaktik der Terrororganisation, die Israels Medienprofis unterschätzen.

Kibbuz Nir-Oz, 7. Oktober 2023. Hamas-Terroristen filmen die Ermordung der 74-jährigen Bracha Levinson mit dem Handy der Sterbenden. Die Aufnahme laden sie auf der Facebook-Seite der Toten hoch.

Verrohung statt Empathie

Der Bilderkrieg wird unkontrollierbar. Die Bilder aus dem Shifa-Krankenhaus in Gaza mit sterbenden Neugeborenen gegen Bilder von verbrannten israelischen

Babyleichen. Die Aufmerksamkeit gilt dem eigenen Leiden, um internationale Sympathie und Zustimmung zu erreichen. TikTok und Instagram werden zu einer wichtigen Informationsquelle und ein Nährboden für die Radikalisierung künftiger Terroristen.

Rückblende: Irpin, 6. März 2022, in der Nähe von Kiew. Unter einer zerstörten Brücke, dem einzigen Fluchtweg, wird eine Gruppe ukrainischer Zivilisten von russischen Mörsergranaten beschossen. Die *New York Times*-Journalisten Lynsey Addario und Andrij Dubchak halten die Szene filmisch fest. Die *New York Times* veröffentlicht die blutverschmierten Gesichter auf der Titelseite. Serhiy Perebylis erfährt vom Tod seiner Frau Tetiana und der gemeinsamen Kinder Mykyta und Alisa auf Twitter. In Echtzeit verliert der Tod in den Social Media seine Anonymität.

Bilder von Grabhügeln, weinenden Müttern, Flüchtenden, Verwundeten, zerfetzten Kindern, Zerstörungen: immer brutalere Aufnahmen im Propagandakrieg mit Hilfe von Social Media. Sie führen zu Voyeurismus und Verrohung, zu Abstumpfung und Verletzung journalistischer Standards. Bilder verdrängen die realen Schrecken des Krieges, sie zerstören unser Vermögen zu Empathie. Letztlich ist das Grauen unsagbar und nicht abbildbar.

Aber das Grauen bleibt, auch wenn man nichts mehr sieht.

PICTUREDESK/ NICK UT

KOMMENTAR

Gefährliche Spaltung

Die Polarisierung der amerikanischen Juden und Jüdinnen gefährdet die Solidarität mit Israel

Peter Frey, New York

Die jüdische Bevölkerung der USA von etwa sechs Millionen Menschen stand viele Jahre lang als verlässlichste Wählergruppe für liberale Politik. Bei Präsidentenwahlen haben seit den 1980er-Jahren 75 Prozent der amerikanischen Juden und Jüdinnen für die Kandidat:innen der Demokraten gestimmt. Etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung gehört keiner religiösen Gemeinschaft an, ein Viertel ist bei Reformgemeinden, und zehn Prozent sind bei den Orthodoxen.

Während orthodoxe Juden und Jüdinnen zunehmend mit den Republikanern sympathisieren, unterstützen die anderen Gruppen weiterhin die Demokraten. Diese Überschneidung von religiösen und politischen Lagern hat in den letzten Jahren die Haltung der amerikanischen Juden und Jüdinnen zu Israel bestimmt.

Seit Benjamin Netanyahu israelischer Premierminister wurde, ist es ihm gelungen, die republikanische Partei und ihre evangelikalen und jüdisch-orthodoxen Wähler:innen auf seine Seite zu ziehen. So wurden die wichtigsten jüdischen Organisationen wie AIPAC (American Israel Public Affairs Committee), AJC (American Jewish Committee) und ADL (Anti-Defamation League) in ihrer Unterstützung Israels konservativer und dogmatischer, als es die jüdische Bevölkerung insgesamt ist. De facto machten sie sich zum verlängerten Arm der rechtsgerichteten Regierungen Israels in der Netanjahu-Ära.

Der schreckliche, brutale Überfall der Hamas am 7. Oktober des Vorjahres und die darauffolgende israelische Militäroperation in Gaza haben die Kluft innerhalb der jüdischen Gemeinschaft der USA noch vertieft. So sehen die führenden jüdischen Organisationen ihre Aufgabe darin, die israelische Militäroperation bedingungslos zu unterstützen, ohne Rücksicht auf die humanitären Folgen, und jeden Kritiker zum Antizionisten oder sogar zum Antisemiten zu stempeln.

Auf der anderen Seite identifizieren sich progressive Gruppen wie JVP (Jewish Voice for Peace) und IfNotNow mit der Sache der Palästinenser, werden zunehmend antizionistisch und sehen ausschließlich nur die Opfer

auf palästinensischer Seite. Noch nie war die Spaltung der jüdischen Bevölkerung so tief und so entmutigend.

Nur einige wenige Organisationen wie J Street, IPF (Israel Policy Forum) und APN (Americans for Peace Now) versuchen eine differenzierte Position durchzuhalten. Sie verurteilen nicht nur die barbarischen Attacken der Hamas, sondern beklagen die zivilen Todesopfer auf israelischer und palästinensischer Seite und drängen die US-Regierung dazu, einen Plan für den ‚Tag danach‘ zu unterbreiten.

Die Polarisierung innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zeigt sich auch darin, wie die Diskussion über Demonstrationen an US-amerikanischen Universitäten geführt wird. Rechte Gruppen lenken alle Aufmerksamkeit auf diese gegen Israel gerichteten Kundgebungen, um von den bestürzenden Bildern aus Gaza abzulenken, während linke Gruppen Öl ins Feuer gießen und die Aggression gegen Israel weiter schüren.

Aber weder werden die einen Israel mehr Sicherheit geben, noch werden die anderen den Palästinensern eine hoffnungsvollere Zukunft ermöglichen. Es gibt für diesen Konflikt keine militärische Lösung.

Der einzige Weg nach vorne besteht für Israelis und Palästinenser:innen in einer politischen und diplomatischen Lösung, die zu einem palästinensischen Staat neben dem Staat Israel führt. Nur die Zwei-Staaten-Lösung gibt den Israelis die Sicherheit, die sie verlangen und die ihnen zusteht, und den Palästinenser:innen die Selbstbestimmung, die sie verlangen und die ihnen zusteht.

Die furchtbaren Ereignisse vom 7. Oktober und der darauffolgende Gaza-Krieg haben deutlich gemacht, dass es ein schlimmer Fehler wäre, den bisherigen Weg fortzusetzen und sich darauf zu verlassen, dass die USA, die EU und die arabischen Partner der Abraham-Verträge zusammenarbeiten werden, um Israelis und Palästinensern eine bessere Zukunft zu sichern.

Peter Frey ist in Wien aufgewachsen und lebt seit über vierzig Jahren in New York. Derzeit ist er Vorsitzender von J Street, einer einflussreichen jüdischen Organisation, die sich bei der amerikanischen Regierung, im Kongress und in der Öffentlichkeit für eine politische Lösung des Nahost-Konflikts einsetzt.



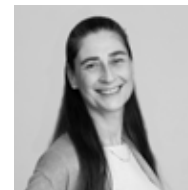
NEARLY HALF
THE POPULATION
OF GAZA ARE
CHILDREN.

WAR IS NOT
HEALTHY
FOR
CHILDREN

REBECCA ODES

Kapitel 2

Wenn ich nur für mich bin, was bin ich?



Judith Stelmach ist im Alter von fünf Jahren mit ihren Eltern nach Israel übersiedelt. Sie arbeitet als Projektmanagerin bei der Friedrich-Ebert-Siftung in Tel Aviv zu Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, zum israelisch-palästinensischen Konflikt, zu Erinnerungsarbeit und zum Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

Itay Mashiach, israelischer Journalist. Schreibt unter anderem für die Zeitung *Haaretz*.



Danny Leder, geboren in Mailand, aufgewachsen in Wien. Seit 1981 als Journalist in Paris tätig. Im *Jüdischen Echo* schreibt er seit Jahrzehnten auch über das Verhältnis von Jüd:innen und Muslim:innen in Frankreich.

Werner T. Bauer und Lilli Bauer leiten seit 2010 die Dauerausstellung „Das Rote Wien“ im Waschsalon Karl-Marx-Hof. Zur Zeit bereiten sie eine Sonderausstellung über die jüdische Wiener Sozialwissenschaftlerin, Gewerkschafterin und Pazifistin Käthe Leichter vor, die 1942 in einem KZ in Sachsen-Anhalt ermordet wurde.



Joana Radzyner, in Warschau geboren. Arbeitete als Korrespondentin für den *ORF* in Warschau und Prag.

Barbara Staudinger, Historikerin und Judaistin, leitet seit 2022 das Wiener Jüdische Museum. Davor leitete sie das Jüdische Museum Augsburg.



Wenn ich nur für mich bin, was bin ich?

וכשאני לעצמי מה אני

Rabbi Hillel, Sprüche der Väter (Pirke Avot/hebr. פרקי אבות)

Jüdisch-arabische Solidarität in Israel

In Israel scheinen die arabischen Teile der Bevölkerung sehr weit weg von den jüdisch-israelischen Staatsbürger:innen zu leben

Judith Stelmach, Tel Aviv

Daheim in einer gemischten Stadt

Als ich fünf Jahre alt war, beschlossen meine Eltern, „Aliyah“ zu machen und aus meiner Geburtsstadt Wien nach Israel auszuwandern. Im Oktober 1972, genau ein Jahr vor dem Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges, bezogen wir unsere neue Wohnung in Haifa. Mein Vater arbeitete als Arzt an der Universitätsklinik Rambam und war Dozent an der medizinischen Fakultät des Technion, meine Mutter war Hausfrau. Meine Geschwister und ich lebten uns rasch in unser neues Leben und unsere neue Heimat ein. Aus heutiger Sicht betrachtet erstaunt es mich ein wenig, wie selbstverständlich, unmittelbar und umfassend mein Heimatgefühl war. Ich war nicht nach Israel eingewandert oder gar nach 2.000 Jahren in der Diaspora „heimgekehrt“, vergisst nicht, ich war erst fünf Jahre alt, nein, ich war einfach zu Hause.

« Wie es dazu gekommen war, dass aus der ehemaligen arabischen Mehrheitsbevölkerung vor 1948 im Staat Israel eine Minderheit geworden war, wurde nicht sehr ausführlich diskutiert »

Natürlich fällt es Kindern meist leichter, sich an neue Lebensumstände zu gewöhnen und sich diese zu eigen zu machen. Aber ich glaube, dass hier noch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben. Wir waren nun Teil einer Gesellschaft, die uns willkommen hieß und uns als zu ihr zugehörig sah. Mit unserer Einwanderung nach Israel hatten wir nicht nur unsere Adresse gewechselt, sondern uns einer Schicksalsgemeinschaft angeschlossen. Ihr erklärtes Ziel war die Schaffung, der Auf- und Ausbau wie auch die Verteidigung einer Heimstätte für das jüdische Volk.

Die Herausforderungen der Aufbauarbeit und die ziemlich unfreundlichen, um nicht zu sagen feindseligen Nachbarn an den Staatsgrenzen waren belastend,

gleichzeitig schweißten sie uns (jüdische) Israelis aber auch zusammen. Dass es im selben Staat, der nun meine über alles geliebte Heimat war, auch arabische Staatsbürger:innen gab, die nicht Teil dieser solidarischen Gemeinschaft waren oder sich zu dieser nicht zugehörig fühlten und fühlen konnten, war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bewusst.

Haifa ist eine der historisch gewachsenen „gemischten“ Städte Israels, in der Jüd:innen und Araber:innen zusammenleben. In diesem Bewusstsein eines friedlichen Miteinanders von Jüd:innen und Araber:innen, welches das Leben in Haifa prägte, wuchs ich auf. Aber war es wirklich ein Miteinander?

Ja, natürlich hatte auch ich sporadisch Kontakt zu Araber:innen. Einige Kolleg:innen meines Vaters im Krankenhaus und am Technion waren Araber:innen, mit einem von ihnen war mein Vater sogar so sehr befreundet, dass sich unsere Familien gegenseitig besuchten. Ab und zu gingen wir auf den Markt in der unteren Stadt, wo die meisten Verkäufer:innen Araber:innen waren, und natürlich aßen wir regelmäßig in dem von uns bevorzugten arabischen Lokal auf dem HaMeginim Boulevard.

Manchmal besuchten wir am Wochenende die arabische Altstadt des nördlich von Haifa gelegenen Akko, ebenfalls eine „gemischte“ Stadt. Auch die beiden drusischen Dörfer Daliyat al-Karmel und Isfiyah waren beliebte Ausflugsziele unserer Familie an den Wochenenden. Wir besuchten dort gern den Markt und aßen manchmal in einem der örtlichen Restaurants. Aber unsere Interaktion mit den Einwohner:innen beschränkte sich auf den Handel und das Bestellen von Speis und Trank.

Später, als ich das Realgymnasium besuchte, waren auch einige arabische Schüler:innen in meinem Jahrgang. Ich kannte sie allerdings nicht sehr gut, da sie nicht in meine Klasse gingen. Ich wusste nichts über ihre Familien, über deren Lebensgeschichte, über ihr Leben als Mitglieder einer Minderheit in „meiner“ Heimat.

Genauso wenig oder noch weniger wusste ich über das Leben meiner arabischen Mitbürger:innen in

Haifa. Wir lebten in getrennten Stadtteilen und hatten keine persönlichen Anknüpfungspunkte. In der Schule lernten wir so gut wie nichts über ihre Kultur(en) und ihre Geschichte. Auch die arabische Sprache wurde nur drei Jahre lang verpflichtend unterrichtet, so dass die Arabischkenntnisse der meisten von uns Jüd:innen sehr beschränkt waren. Wie es dazu gekommen war, dass aus der ehemaligen arabischen Mehrheitsbevölkerung vor 1948 im Staat Israel eine Minderheit geworden war, wurde nicht sehr ausführlich diskutiert.

In der Schule lernten wir, dass viele arabische Einwohner:innen des Landes im Zuge des Krieges 1948 in die benachbarten arabischen Staaten geflüchtet und die meisten nach dem Krieg nicht zurückgekehrt waren. Es hieß, die Anführer der arabischen Armeen aus dem Irak, Transjordanien, Syrien, dem Libanon und Ägypten hätten die arabische Zivilbevölkerung dazu ermuntert, ihre Häuser vorübergehend, bis zum Sieg über die Zionisten, zu verlassen. Durch den Sieg der jüdischen Streitkräfte sei die Rechnung unserer arabischen Feinde nicht aufgegangen, sodass für sehr viele der geflüchteten Araber:innen das Vorübergehende zu einem Dauerzustand geworden war.

Von der aktiven Vertreibung vieler Araber:innen durch die jüdischen Streitkräfte wie auch von der Verhinderung der Rückkehr der meisten Flüchtlinge wurde nicht gesprochen. Die verbliebenen Araber:innen erhielten die israelische Staatsbürgerschaft und durften bereits ab der ersten Wahl zum israelischen Parlament, der Knesset, wählen. Aber sie standen bis 1966 unter einem sehr strikten Militärregime und wurden auch nach Abschaffung dieser Einschränkung weiterhin als potenzieller Feind von innen gesehen und behandelt.

Über all das erfuhren wir in der Schule kaum etwas. Schon gar nicht setzten wir uns mit der Frage auseinander, wie sich all diese Entwicklungen und Umstände auf unsere arabischen Mitbürger:innen auswirkten, wie sie sich fühlten. Für mich als Kind und später Jugendliche war diese Ausparung von Fakten und emotionaler Auseinandersetzung die Normalität. Sie störte mich nicht, da sie mir und meinen gleichaltrigen Freund:innen einfach nicht bewusst war.

Aufgrund der friedlichen Stimmung, die in Haifa zwischen Jüd:innen und Araber:innen herrschte, und aufgrund der positiven Haltung gegenüber arabischen Mitmenschen, die meine Eltern stets an den Tag legten, empfand ich weder Hass noch Argwohn gegenüber Araber:innen in Israel. Ihre Gegenwart war natürlicher Bestandteil des Alltags, positiv besetzt, da mit einem freundlichen Umgang, gutem Essen und bunter Folklore assoziiert.

Ich nahm selbstverständlich an, dass „meine“ Heimat auch ihre Heimat sei, die wir alle gleichermaßen lieben. Dass die Gründung des Staates Israel, also die Erfüllung des jahrtausendealten Traums des jüdischen



Standing Together: Wurud Jayusi, Judith Stelmach und Maisam Jaljuli bei einer Veranstaltung in Tira

Volkes und mein persönliches Glück, in den Augen der Araber:innen ein großes Unglück, „Nakba“ genannt, war, wusste ich. Aber ich ordnete dieses Unglück nicht den arabischen Bürger:innen des Staates Israel zu. Denn sie waren ja geblieben und lebten nun weiter in ihrer „geliebten Heimat“, friedlich an meiner Seite. Wie wenig wusste ich über sie! Wie gedankenlos war ich über so viele Jahre, während derer ich keinerlei Notwendigkeit empfand, diese Wissenslücken zu füllen!

Das andere Israel

Im Jahr 2013 erhielt ich das Angebot, als Projektmanagerin im Israel-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung zu arbeiten. Bei meinem Vorstellungsgespräch wurde ich vom damaligen Büroleiter gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, den Bereich „Jüdisch-arabische Koexistenz“ zu verantworten. Ich zögerte nicht und sagte ohne Umschweife zu. Schließlich war ich doch in Haifa aufgewachsen und davon überzeugt, dass eine Koexistenz der beiden Bevölkerungsgruppen nicht nur wichtig, sondern auch möglich sei.

An dieser Überzeugung hat sich bei mir im Laufe des vergangenen Jahrzehnts nichts geändert. Im Gegenteil, mehr als je zuvor glaube, ja weiß ich heute, dass ein Miteinander von Jüd:innen und Araber:innen essenziell für Israels Zukunft ist. Es birgt auch das größte Hoffnungspotenzial für dieses Land in sich. Aber nie hätte ich mir im Jahr 2013 die Lernkurve vorstellen können, die ich im Zuge meiner Arbeit erfahren sollte – inhaltlich, menschlich und emotional.

Durch die Zusammenarbeit mit arabischen Nicht-Regierungsorganisationen und Kolleg:innen hatte ich erstmals Gelegenheit, Menschen aus der arabischen Gesellschaft in Israel näher kennenzulernen. Ich konnte mich über ihr Leben, ihre Gedanken und Gefühle,

ihre Träume und Enttäuschungen aus erster Hand informieren. Ich fand heraus, wie tiefgehend und systematisch die Benachteiligung der arabischen Bevölkerung seit der Staatsgründung bis zum heutigen Tag ist, wie fragil und oft beeinträchtigt die Rechte arabischer Bürger:innen in Israel sind, wie tief die Angst vor den Behörden bei vielen sitzt, wie zerrissen sich viele arabische Bürger:innen fühlen zwischen ihrem Staat, der sie jedoch oft als Menschen zweiter Klasse behandelt, und dem eigenen Volk, das in der ganzen Welt zerstreut und teilweise unter israelischer Besatzung lebt.

Ich erlebte den Frust darüber, in Israel, dessen Bürger:innen sie unfreiwillig geworden waren, nicht wirklich dazugehören, und gleichzeitig von vielen Araber:innen außerhalb von Israel als Verräter:innen betrachtet zu werden. Ich erfuhr von Familien, die durch den Krieg auseinandergerissen wurden, von Dörfern, die im Krieg geräumt, zum Teil zerstört, zum Teil nach dem Krieg durch jüdische Siedlungen ersetzt wurden. Ich sah die Überreste von verlassenen arabischen Dörfern, in die die Rückkehr der arabischen Bewohner:innen von den israelischen Behörden bis heute verboten wird, obwohl es hierfür keinen ersichtlichen Grund gibt. Außer dem Widerwillen staatlicher Behörden, die arabische Bevölkerung als gleichberechtigten und inhärenten Teil des Staates zu akzeptieren.

Aber neben all diesen schwierigen Erkenntnissen lernte ich auch mutige, stolze, intelligente, ihrer Arbeit und ihrem Volk uneingeschränkt verpflichtete Menschen kennen. Sie glauben wie ich an Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenwürde, Solidarität und den Frieden. In langen, zum Teil auch sehr emotionalen

und aufrüttelnden Gesprächen, die aber stets von gegenseitigem Respekt und der Bereitschaft, einander zuzuhören, geprägt waren, entdeckten wir auch viele Gemeinsamkeiten: unsere Liebe für dieses schwierige, von Konflikten gerüttelte und doch so wunderbare Land; unsere Entschlossenheit, alles daran zu setzen, für unsere Kinder eine bessere Zukunft zu schaffen; einen Galgenhumor und vieles mehr. Einige dieser Menschen wurden über die Jahre zu Freunden.

Die barbarische Terrorattacke der Hamas im Süden Israels am 7. Oktober 2023 und der seit jenem Tag andauernde Krieg gegen die Hamas sowie der an der Nordgrenze Israels brodelnde Konflikt mit der Hisbollah haben uns alle in Israel aus der Bahn geworfen. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass wir alle traumatisiert sind. Aber gerade in dieser schweren Stunde gibt es auch eine Vielzahl von Solidaritätsbekundungen. Innerhalb der jüdischen Bevölkerung, aber auch zwischen Jüd:innen und Araber:innen, die meine Hoffnung auf eine bessere Zukunft nähren.

Füreinander da sein

Die erste WhatsApp-Nachricht, die ich am Morgen des 7. Oktober erhielt, war von meiner Freundin Maisam, die in der, meinem Wohnort Kfar Saba benachbarten, arabischen Kleinstadt Tira lebt. Sie schrieb, sie hätte Angst, es gäbe bereits so viele Tote, es sei die Rede von entführten Israelis. Das israelische Militär habe total versagt und die Menschen nicht schützen können. Es werde nun Krieg geben, und dieser wird furchtbarer als alles, was wir in den letzten Jahren gekannt und gegen den wir uns u. a. bei Women Wage Peace gemeinsam engagiert haben.

Meine arabische Freundin hing an den Nachrichtensendungen wie an einer Infusionsflasche. Sie weinte um die vielen getöteten und entführten Israelis und um die vielen Palästinenser:innen, die bald vom israelischen Gegenschlag getötet würden. Ich weinte mit ihr.

Als mein Sohn zwei Tage später den Einberufungsbefehl zum Reservedienst erhielt und ich eine mittlere Panikattacke erlebte, war Maisam eine der Ersten, denen ich schrieb. Sie rief sofort an. Und wieder weinten wir gemeinsam.

Jafar, der Direktor einer NRO in Haifa, mit der ich seit Jahren zusammenarbeite, ein überzeugter Kommunist und Pazifist, fragte alle paar Tage nach meinem Sohn und versuchte mich zu bestärken.

Eine meiner drusischen Kolleginnen, die im Norden Israels lebt, lud mich ein, zu ihr zu ziehen, nachdem sie von einem Raketenanschlag in der Nähe meines Wohnortes gehört hatte. Einige Wochen später wurde ihr Neffe, der als Offizier bei der IDF diente, im Gazastreifen getötet. Nun war es an mir, sie zu trösten.

Seit Kriegsbeginn organisieren jüdisch-arabische Initiativen wie „Standing Together“ Solidaritätsveranstaltungen im ganzen Land. Dabei sprechen sich Jüd:innen und Araber:innen gemeinsam für eine friedliche Lösung des Konflikts aus. Aber auch für ein demokratisches Israel, in dem alle Bürger:innen wirklich gleich sind. Im Moment geht es vor allem darum, füreinander da zu sein.

Jüdische Volontäre verteilen Essen und Kleidung in den, vom Staat nicht anerkannten, beduinischen Siedlungen in der Negev. Ein arabischer Fahrradgeschäftsinhaber spendet Dutzende Fahrräder für aus dem Süden und dem Norden Israels evakuierte Kinder. Jüdische und arabische Friedensaktivist:innen demonstrieren gemeinsam in Tel Aviv für eine Feuerpause und für die Freilassung aller Entführten. Beim Begräbnis der am 7. Oktober von Hamas-Terroristen ermordeten Friedensaktivistin Vivian Silver waren Tausende Jüd:innen und Araber:innen. Eine der berührendsten Reden hielt Ghadir Hani, eine streng religiöse Muslima und Friedensaktivistin aus Akko, für die Vivian wie eine zweite Mutter gewesen war. Das sind nur einige wenige Beispiele für Akte der Solidarität zwischen Jüd:innen und Araber:innen in Israel.

Ich bin nicht naiv. Ich weiß, dass es neben den soeben beschriebenen hoffnungsvollen Beispielen in beiden Bevölkerungsgruppen auch Tendenzen einer weiteren Radikalisierung und der gegenseitigen Ablehnung gibt. Die Unwissenheit über die jeweils andere Gruppe ist aufgrund der starken Segregation groß. Sie führt zu einer besonders brutalen Realität, in der wir leben, zu viel Misstrauen, Angst und Hass. Aber ich glaube fest daran, dass die konstruktiven Kräfte in unserer Gesellschaft schließlich die Oberhand haben werden. Das Gute muss gewinnen!

Givat Haviva – ein Ort der Begegnung

Das jüdisch-arabische Friedenszentrum Givat Haviva versteht sich als offenes Haus, in dem Gleichberechtigung und gegenseitiger Respekt vorgelebt werden. Zahlreiche Kurse, Seminare und Konferenzen sollen Dialog und Verständnis fördern und in Zeiten verschärfter Spannungen eine Brücke bauen. Das Ziel von Givat Haviva lautet *shared society*, ein gesellschaftliches Miteinander.

Für junge arabische Bürger:innen Israels werden Sprachkurse und Trainings im Hightechbereich angeboten. Außerdem können sie zu Mediator:innen ausgebildet werden, die Konflikte innerhalb ihrer Gemeinschaft bearbeiten.

Nach dem 7. Oktober 2023 hat Givat Haviva kurzfristig zweihundert Israelis aufgenommen, die aus dem Süden und Norden des Landes evakuiert wurden. Klassenzimmer wurden in Kliniken verwandelt, in der Bücherei wurde ein Kindergarten eingerichtet.

Mit unseren multikulturellen Programmen wollen wir jüdischen und arabischen Mitbürger:innen helfen, sich

in diesem Krieg zurechtzufinden. Wir wollen Hoffnung geben und Organisationen als Vorbild dienen, die sich mit den Auswirkungen des Krieges auseinandersetzen.

Seit 2016 bietet unser Projekt „Mit den Augen der Anderen“ arabischen und jüdischen Teenagern die Möglichkeit, sich als Fotograf:innen ausbilden zu lassen und dabei voneinander zu lernen. Fragen der Identität, Nationalität und Religion werden gemeinsam erforscht. Am Ende des Jahres können die Studierenden ihre Werke ausstellen und dabei die Komplexität ihrer Identitätssuche und ihren Blick auf die Welt und auf ihre Gesellschaft präsentieren.

Im Kunstzentrum von Givat Haviva finden jüdische und arabische Künstler:innen einen geschützten Raum, um ihren Blick auf die vielschichtige Realität des Landes mit einem multikulturellen Publikum zu teilen.

Wer unsere Arbeit unterstützen möchte, findet nähere Informationen auf unserer Website: www.givathaviva.org

Wiener
**GENUSS
GRÄTZL**

mit Florian Holzer

W24
dabei

SAMSTAG
19:30

50 JAHRE
mehr wien zum leben.
wienholding

Das Wiener Stadtfernsehen im Kabelnetz von Magenta, A1 TV, Kabelplus, SimpliTV, R9-Satellit und auf W24.at

Prügel einstecken für Gerechtigkeit

In der Westbank nützen jüdische Siedler den Gaza-Krieg, um gewaltsam gegen palästinensische Hirten und Bauern vorzugehen, unterstützt von Teilen der israelischen Armee und Polizei. Israelische Aktivist:innen stellen sich dem in den Weg

Itay Mashiach

Auf der anderen Seite

Einmal in der Woche entfernt Netta Ben Porat das gelbe Band von ihrem Auto, das an die jüdischen Geiseln in Gaza erinnert. Über dem Armaturenbrett breitet sie eine Keffiye aus, einen palästinensischen Schal, und befestigt auf dem Rückspiegel eine muslimische Gebetsschnur. Auf diese Weise fühlt sie sich sicherer, wenn sie mit den gelben Nummerntafeln Israels über die Straßen der Westbank fährt. Wenn sie dann zu Fuß über die Felder geht, fürchtet sie die jüdischen Siedler. „Die kennen keine Grenzen. Schon einmal haben sie versucht, mich umzubringen.“

« Das Militär richtet sich nach den Launen der Siedler:innen. Es bleibt nicht bei der einfachen Art von Gewalt, die man früher kannte, wenn die Siedler:innen kamen und die Herden auseinandertrieben »

Als ich sie in einem Café in ihrem Heimatort Modi'in treffe, deutet nichts an ihrer Erscheinung auf ihr langjähriges Engagement in den besetzten Gebieten hin. Beruflich ist die dreifache Mutter Abteilungsleiterin in einem High-tech-Unternehmen und unterhält sich mit Begeisterung über Computerviren. „Abgesehen von meinem Aktivismus bin ich die normalste Person auf der Welt“, betont sie.

Ben Porats Aktivismus begann in der Balfour Street in Jerusalem, gegenüber der Residenz des Ministerpräsidenten. „Damals war ich bei der Protestbewegung ‚Alles nur nicht Bibi‘ engagiert“, erklärt sie. „Ich dachte, es wäre noch nicht die Zeit, gegen die Besetzung der Westbank zu kämpfen. Zuerst mussten wir unseren inneren Kampf zu Ende führen. Doch 2021 habe ich mich

einmal einer Gruppe von Menschen angeschlossen, die Hirten in der Westbank begleiteten.“ Da tauchten zwei Siedler auf ihren Motorrädern auf und rasten durch die Schafherde, um die Tiere zu erschrecken. „Ich war fassungslos, konnte es einfach nicht glauben“. Heute wäre ein solcher Vorfall vergleichsweise harmlos. Aber die Bösartigkeit schockierte mich. Nach einer Weile begann ich, einmal die Woche dort hinzufahren.“

Meistens passierte nicht viel, wenn sie palästinensische Bauern und Hirten auf ihren Feldern begleitete. „Man sitzt im Schatten, hört gemeinsam Musik, dämert ein bisschen dahin und geht wieder heim. Man sieht Rehe, Füchse und Vögel. Im Hintergrund blöken die Lämmer. Alles in allem sehr nett.“

Aber an einem Novembertag 2021 kam es anders. Ben Porat half Olivenbauern und -bäuerinnen in Surif, in der Nähe der jüdischen Siedlung Bat Ayin, südlich von Jerusalem. „Ihre Olivenhaine waren verwahrlost, weil sie Angst hatten, hinzugehen“, erinnert sie sich. „Ein paar Stunden lang hat es Spaß gemacht. Wir haben die Bäume gepflegt und die Oliven gepflückt. Wir waren acht Israelis, ich als einzige Frau darunter, und mit uns ein paar palästinensische Familien. Auch Armeeinghörige waren da, die uns beschützen sollten, so war es mit ihnen abgemacht. Zwar versuchte eine Gruppe junger Siedler, sich uns zu nähern, aber die Armeeinghörigen hielten sie fern. Gegen Mittag verschwand die Armee. Zehn Minuten später sahen wir, wie die Siedler sich formierten. Dutzende von ihnen tauchten auf, aus drei Richtungen. Jugendliche mit Macheten und Schlagstöcken. Wir sahen ein gepanzertes Fahrzeug, das aus einer nahegelegenen Siedlung kam, und der Sicherheitschef der Siedlung hielt eine Flinte in der Hand. Uns war klar, dass sie uns angreifen würden. Eine Dreiviertelstunde lang versuchten wir, die Armee zur Hilfe zu rufen. Wir sagten: ‚Wir können sie sehen, bitte

kommt!‘“ Auch wenn ich viele Geschichten von Siedlern gehört hatte, die Leute verprügeln, so hätte ich doch nie gedacht, dass sie auch mich schlagen würden“, sagt Ben Porat. „Aber als ich sah, dass es zu einer Rauferei kommen würde, ging ich etwas zur Seite, um mich zu schützen. Da kamen sie auf mich zu.“

Videoaufnahmen zeigen Dutzende maskierter Männer, die von den umliegenden Hügeln heruntergelaufen kommen und die Bauern und ihre israelischen Begleiter:innen mit Steinen bewerfen. Zwei von ihnen zielen Richtung Netta Ben Porat und dann direkt auf sie. An dieser Stelle endet das Video.

Mit ihren Holzprügeln schlugen sie auf die Frau ein, trafen ihren Kopf. „Ich denke, die große Menge Blut, die aus meiner Wunde herausströmte, muss sie erschreckt haben, denn sie liefen davon.“ Der Arzt, der sie in der Klinik von Surif behandelte, sagte, ihre Wunde sei klein, aber tief, wahrscheinlich weil an dem Holzschläger ein Nagel angebracht war. „Die Armee wusste genau, was passierte, und stoppte die Siedler erst, nachdem wir verprügelt worden waren“, sagt sie heute. „Soweit ich weiß, wurde keiner der Siedler verhaftet, außer einem einzigen, und der wurde nicht bestraft, weil er eine Bewährung aushandeln konnte. Der Polizeistaatsanwalt nannte es einen Streit zwischen Nachbarn.“ Einen Monat später kam sie zurück, um Bauern zu begleiten.

Netta Ben Porat wurde in Kfar Kisch geboren, im Norden Israels. Aufgewachsen ist sie im Kibbutz Kabri, nahe der libanesischen Grenze. Der Großteil ihrer Familie ist orthodox oder ultraorthodox. Einige ihrer Verwandten waren unter den Gründer:innen der Siedlung Elkana in der Westbank. So kommt sie, wenn sie arabische Hirten begleitet, oft in die Nähe von Siedlungen, in denen Angehörige leben. Ihren Mann hat sie vor zwanzig Jahren kennengelernt, als er noch die Likud-Partei unterstützte.

Offen Zeugnis ablegen

Aus ihrem Aktivismus macht sie kein Geheimnis, weder zu Hause noch am Arbeitsplatz. Manchmal kam sie mit Wunden in die Firma, nachdem Siedler sie verprügelt hatten. Über den Überfall in Surif sagte sie als Zeugin vor der Menschenrechtskommission der UNO aus. Man bot ihr an, ihre Einvernahme hinter verschlossenen Türen abzuwickeln, doch das lehnte sie ab. „Zeugnis abzulegen ist ein wichtiger Teil von dem, was ich tue, ich muss darüber reden“, schreibt sie an die Kommission.

Am 6. Oktober 2023 besuchte Netta Ben Porat wieder einmal die Hirten in der Westbank. Doch am nächsten Tag waren ihre Gedanken bei ihren jüdischen Freund:innen, die in der Nähe von Gaza wohnten und von Hamas überfallen wurden. „Persönlich habe ich lange gebraucht, es zu begreifen; ich war wie gelähmt“, sagt sie heute. Doch dann erreichten sie Berichte von gewaltsamen Aktionen in der Westbank, von Razzien, Drohungen und Übergriffen gegen arabische Zivilist:innen. Da beschloss



Eine israelische Aktivistin mit ihrem palästinensischen „Schützling“ in seiner Schafherde

sie, wieder zu den Hirten zu gehen und sie zu begleiten. „Ich tue das nicht aus Mitleid oder weil ich die Palästinenser liebe“, sagt Netta. „Ich tue es, weil es für mich schwer ist, hinzunehmen, was wir Israelis tun, was aus uns geworden ist.“

Arbeit für das Hier und Jetzt

Der Druck, dem die Bewohner:innen der Zone C ausgesetzt sind, einem Gebiet, das sechzig Prozent der Westbank umfasst und voll unter israelischer Kontrolle steht, zeigt Wirkung: Im Schatten des Gaza-Krieges haben Drohungen und Gewaltakte die Bewohner:innen von 16 palästinensischen Dorfgemeinschaften dazu gebracht, ihre Häuser zu verlassen. Diese Menschen sind der Gewalt von Siedlern und Militärs schutzlos ausgeliefert.

Weiterhin hoffen israelische Aktivist:innen, dass ihre bloße Anwesenheit den Hirten und Bauern als Schutzschild dient. Manche leben rund um die Uhr bei arabischen Familien. Sie koordinieren sich untereinander über WhatsApp-Gruppen.

Die meisten sind entweder in den frühen Zwanzigern, oder sie haben Kinder in diesem Alter. Beide Gruppen sind pessimistisch, was die Zukunft betrifft, aber ihre Weltanschauung ist auf das Hier und Jetzt gerichtet. Sie wollen Gutes tun, auch wenn sie keine langfristige Lösung sehen. Sie haben keine Vision eines Einheitsstaates oder einer Zwei-Staaten-Lösung. Sie lassen sich nicht auf das Minenfeld der Diskussionen darüber ein, „was getan werden sollte“. Sie tun einfach, was sie für richtig halten.

Schichtdienst bei den Hirten

Gil Alexander, siebzig, kann nicht erklären, warum er keine Angst hat, wenn er mit Hirten auf den Feldern

DAVID BACHAR; ABRUCK MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG VON HAARETZ.COM

unterwegs ist. Im Dezember hat er zum ersten Mal die ganze Nacht mit Hirten verbracht. „Aus dem Alter, wo man im Schlafsack übernachtet, bin ich heraus, aber sie haben unbedingt jemanden gebraucht“, erzählt er. „Ich war sicher, dass alles ruhig verlaufen würde, weil in den Wochen davor nichts passiert war“.

Al-Farisiya ist eine kleine Hirtengemeinde im nördlichen Jordan-Tal. In einem anderen Universum würden Tourist:innen und Wandernde hier Rast machen, um die Aussicht zu genießen und die Lebensweise der Einheimischen zu erkunden.

Ein kleiner Teich, eine Ziegenherde auf begrünten Wüstenhängen, der entfernte Klang von Kuhglocken. Ab Mitte Oktober wurden die Bewohner:innen von Siedlern und Soldaten drangsaliert, die sie aufforderten, ihre Sachen zu packen und zu verschwinden. Aus Vorsicht haben einige Hirten ihre Frauen und Kinder weggeschickt, zurückblieben sind nur ein paar Familien. Seither haben israelische Aktivist:innen hier ihre Zelte aufgeschlagen, wechseln einander schichtweise ab. Al-Farisiya hat vorerst überlebt.

Meinungsstreit um Siedler-Gewalt

Die israelische Presse berichtet immer wieder über Gewaltakte jüdischer Siedler gegen Palästinenser:innen, umstritten ist aber deren Ausmaß und wie die Vorfälle eingeordnet werden sollen. So wird in einem Kommentar der *Jerusalem Post* die Darstellung der US-Regierung zurückgewiesen, Gewalt vonseiten israelischer Extremisten gegen Bewohner:innen der Westbank habe seit dem Gaza-Krieg in einem beispielloses Maß zugenommen. Es handle sich dabei um einen Mythos, der letztlich dazu dienen solle, die Gewalt der Hamas zu relativieren, ist in der *Post* zu lesen.

David M. Weinberg, der Autor des Kommentars, beruft sich auf seine Recherchen beim israelischen Sicherheitsdienst Shin Beit. Demnach habe es im Jahr 2023 insgesamt tausend Gewaltakte jüdischer Siedler gegeben, das seien aber nicht mehr als im Jahr davor. Zu Gewaltakten würden Beschimpfungen, Steinewerfen und das Sprayen antiarabischer Slogans ebenso gezählt wie Brandanschläge, die in der Statistik des Shin Beit als „Terroranschläge“ ausgewiesen werden. Aber gerade gravierende Anschläge diese Art seien im Jahr 2023 zurückgegangen.

Demgegenüber hatte der israelische Armeesender im Dezember 2023 berichtet, Übergriffe von Siedlern hätten seit dem Überfall der Hamas vom 7. Oktober um fünfzig Prozent zugenommen. Der Sender stütze sich dabei auf eine interne Untersuchung des Militärs. Laut der regierungsnahen Zeitung *Israel Hayom* habe dieser Bericht aber auf einer problematischen Zählmethode beruht. Bewohner jüdischer Siedlungen hätten als Reservisten im Rahmen sogenannter schneller Eingreifteams gegen potenzielle Terroristen agiert. Ihre

Am 14. Dezember 2023 wurden Alexander Gil und Sasha Povolotosky, ein weiterer Aktivist, in ihrem provisorischen Schlaflager geweckt. Von einem der angrenzenden Hügel kam Lärm. Es war zwei Uhr früh. Alexander sah eine Gruppe von Siedlern, die von einem Traktor aus die Behausungen der Hirten mit Steinen bewarfen. In dieser Nacht wurde Alexander aus nächster Nähe mit Pfefferspray besprüht, schrie auf und brach zusammen, worauf er von Siedlern geschlagen wurde.

Religiös, Zionist und links

Bei unserem Treffen hinkt Alexander noch ein wenig. Eine ungewöhnliche Gestalt unter den Aktivist:innen. Vor fünfzig Jahren war er von Frankreich nach Israel eingewandert, damals gerade zwanzig. „Ich bin in einer religionsfernen und nicht zionistischen Familie aufgewachsen“, sagt er. „Wir sind fünf Brüder, heute sind wir alle religiös und Zionisten und leben in Israel. Ein Beispiel für gescheiterte Erziehung.“ Seine Frau Esther lernte er kennen, als sie beide in der national-religiösen

Einsätze seien in den Statistiken des Militärs irrtümlich als Siedler-Gewalt gegen Zivilist:innen eingestuft worden, so *Israel Hayom*.

Israel Hayom und *Jerusalem Post* weisen auch die Darstellung der israelischen Menschenrechtsorganisation T’Selem zurück, wonach 600 Palästinenser:innen aus Angst vor der Gewalt der Siedler ihre Dörfer verlassen mussten. „Es stimmt leider, dass Aggressionen von Siedlern im Jahr 2022 (dem Jahr vor dem Gaza-Krieg) zugenommen haben“, schreibt David Weinberg. „Das liegt aber vielleicht daran, dass die Bewohner von Judäa und Samaria, wie alle Bürger Israels, im Jahr 2022 das Ziel einer Welle mörderischer Terroranschläge von palästinensischer Seite waren.“

Andererseits berichten die linksliberalen *Times of Israel*, dass jüdische Siedler für Gewalttaten an Palästinenser:innen selten zur Rechenschaft gezogen würden. Nur in sechs Prozent der Fälle sei es zu Verurteilungen oder Strafen gekommen. Dabei beruft sich die Zeitung auf die Menschenrechtsorganisation Yesh Din, die von der regierungsnahen Presse als einseitig bezeichnet wird und teilweise sogar als Propagandistin der palästinensischen Seite.

Dass die Gewalt der Siedler außer Kontrolle geraten sei und sogar von Teilen des Militärs und der Polizei indirekt unterstützt werde, bestreitet der Kommentar der *Jerusalem Post* vehement. „Und stimmt es, dass es in den Siedlungen eine Kultur der Gewalt gibt? Nein.“ Bei den Extremisten, die Palästinenser oder ihren Besitz angreifen, handle es sich um eine kleine Randgruppe, verglichen mit einer halben Million friedlicher Siedler, die hinter der Grünen Linie leben.“

Jugendbewegung Bnei Akiva waren. „Seit ich in Israel angekommen bin und wo immer ich gelebt habe, im Kibbuz Ein Hanatziv oder später im Kibbuz Ma’aleh Gilboa, wurde ich als Linker angesehen. Mein Standpunkt als religiöser Zionist ist, dass Menschenrechte wichtiger sind, als das gesamte Land Israel zu besitzen.“

Auch wenn Alexander Jahrzehnte lang in der Landwirtschaft gearbeitet hat, sagt er von sich, er sei immer ein politisches Tier gewesen, aufgewachsen in einer politischen Familie. Sein Vater war am 14. Juli geboren worden, dem französischen Nationalfeiertag, und verstand sich als französischer Patriot, der den Zionismus ablehnte. Während des Zweiten Weltkrieges hat er bei der Résistance gekämpft. „Besatzung ist Besatzung ist Besatzung“, würde er sagen.“

Zwei Söhne hat Alexander verloren: Amit, der Älteste, und dessen Bruder Yotam haben beide während ihres Militärdienstes Selbstmord begangen, im Abstand von dreizehn Jahren.

„Aber das hat nichts mit dem zu tun, was ich jetzt tue“, sagt er. „Ich kann nur sagen, dass man, wenn einem solche Dinge geschehen, einen Lebenssinn suchen muss, um aus dem Abgrund herauszufinden.“ Im Zuge dieser Sinnsuche engagierte Alexander sich freiwillig bei einer Organisation, die Selbstmordverhütung anbietet. Danach brachte er Palästinenser:innen, die medizinische Versorgung brauchten, aus der besetzten Stadt Jenin in israelische Spitäler. Er half in Israel Kindern mit Beeinträchtigungen und alten Leuten, und er spielt bei einer Theatergruppe.

„Heute kann ich sagen, dass ich mich mehr als ganze Person fühle als jemals“, erklärte er letztes Jahr in einer Rede vor den Familien gefallener Armeeingehöriger. „Ich habe entdeckt, wie gut es mir tut, wenn ich etwas für andere tue.“

Vor vier Jahren erzählten ihm Freunde von den Attacken auf palästinensische Hirten im nördlichen Jordantal. Diese Gegend kennt er gut, weil sein Kibbuz in der Nähe liegt. Beim ersten Mal begleitete er eine Hirtenfamilie mit ihrer Herde. Da trafen sie auf drei Jugendliche von einer illegalen jüdischen Siedlung, die auf die Palästinenser:innen schimpften. „Ich fragte sie, warum sie sich so schlecht benehmen. Sie sagten ‚Dieses Land hat Gott uns gegeben und ihr müsst von hier weg‘“, erinnert sich Alexander. Dann tauchte ein Mann namens Zuriel auf, der die illegale Siedlung aufgebaut hatte. „Ich sagte zu ihm: ‚Weißt du was, lad mich auf eine Tasse Kaffee ein!‘ Am nächsten Tag bin ich mit Esther hingegangen. Wir haben darüber gesprochen, dass wir beide Zionisten sind, beide Juden, beide unsere Religion praktizieren, was trennt uns also? Eine Stunde lang haben wir über das Judentum und über Ideologie gesprochen.“

Das Gespräch lief in eine Sackgasse. „Von ihrem Standpunkt aus sind die Araber:innen Gäste, und sie, die Siedler, sind die Eigentümer, und wenn die Araber:innen sich nicht wie Gäste zu benehmen wissen, müssen sie

weg von hier.“ Für Alexander war diese Begegnung aber wichtig. „Es hat mich darin bestärkt, dass ich dem religiösen Zionismus eine andere Stimme geben muss.“

Dass er mit seiner Identität als linker Nationalreligiöser manche irritiert, ist für Alexander nicht neu. In Tel Aviv hat er am 4. November 1995 die Friedenskundgebung besucht, bei der Ministerpräsident Yitzhak Rabin von einem jüdischen Rechtsextremisten ermordet wurde. Als er und Esther zur Gedenkfeier am ersten Jahrestag wiederkamen, fühlten sie sich von den Blicken der anderen wie gekreuzigt, weil man ihnen ansieht, dass sie religiös sind.

„Die jüdischen Siedler macht seine Anwesenheit besonders wütend“, sagt seine Frau Esther. „Ein religiöser Mensch reizt diese Leute viel mehr, weil sie ihn als ‚einen von uns‘ ansehen. Wenn einer nichts mit Religion zu tun hat, können die Siedler ihm mit der Torah kommen, und er weiß darauf nichts zu antworten.“ Alexander stimmt ihr zu. „Religiöse Leute sagen zu mir oft: ‚Du bist ein Linker, wie kannst du religiös sein? Nimm die Kippa herunter, du bist ein falscher Gläubiger. Die Hirten schätze ich sehr, und manchmal kommt mir vor, dass auch sie mich respektieren, weil ich religiös bin. Sie sehen die Kippa und die Fransen von meinem Gebetsschal, und das gibt ihnen zu denken. Einer der Hirten spricht hervorragend Hebräisch – jedes Gespräch mit ihm ist für mich wie Sauerstoff. Mit einem anderen Hirten habe ich Gegenteiliges erlebt. Als er einmal zu beten begann, kam auch die Zeit für das jüdische Nachmittagsgebet, und so beteten wir nebeneinander. Danach sagte er: ‚Deine Religion ist nicht die richtige. Nur der Islam ist die richtige Religion.‘ Dabei lächelte er, aber für mich war das wie ein Stich ins Herz.“

Im Schatten des 7. Oktobers

In jener Dezembernacht, als ihr Freund Gil Alexander in Al-Farisiya von Siedlern attackiert wurde, erhielt Yifat Mehl in ihrem Haus im Norden Israels einige dringende Nachrichten. Sofort setzte sie sich ans Lenkrad und fuhr an den Ort des Geschehens. Um vier Uhr früh war sie dort. „Das sind meine Freunde“, sagt sie über die Bewohner:innen von Al-Farisiya.

Zwei Jahre lang hatte sie an dieser Stelle, im nördlichen Jordantal, zweimal im Monat arabische Hirten zu ihren Weideplätzen begleitet, aber seit der Gaza-Krieg begonnen hat, macht sie das jede Woche. Bei unserem Gespräch sitzen wir im Schatten einer Hütte, nicht weit von der Stelle, wo Alexander verprügelt wurde. Vor uns kehrt eine Schafherde gemächlich von der Weide zurück.

Im vorangegangenen Monat hatte Yifat Mehl an dieser Stelle einen dramatischen Moment erlebt. „Wir waren auf dem Feld, in einer reizenden Gegend mit gutem Gras“, erzählt sie. „Plötzlich erscheint ein Trupp von zwölf Soldaten, die alle in einer nahegelegenen Siedlung wohnen und wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Krieg einberufen worden sind. Einer von ihnen duckte sich unter einem Gebüsch und zielte mit seinem Gewehr

auf mich. ‚Was tust du?‘, rief ich. Mir kommt vor, er wollte sich unbedingt wie ein wirklicher Kämpfer fühlen.“

Die Soldaten kamen näher und befahlen dem Hirten und seinen Begleitern, zu verschwinden. Sie behaupteten, das Feld gehöre zur Siedlung Shadmit Mehola. „Hier war nichts als ein Hirte mit drei Aktivisten, an einem Ort, wo er seit Jahren seine Herde weiden hat lassen. Aber sie sagten uns, der Mann könnte ein Terrorist sein, der uns einen ‚7. Oktober‘ antun könnte. Sie waren von Kopf bis Fuß bewaffnet.“

Seit 7. Oktober sei ihr aufgefallen, dass die Armee enger mit Siedlern zusammenarbeitet, die ihren Militärdienst leisten oder so tun als ob.

„Das Militär richtet sich nach den Launen der Siedler. Es bleibt nicht bei der einfachen Art von Gewalt, die man früher kannte, wenn die Siedler kamen und die Herden auseinandertrieben. Wir haben uns dagegen gewehrt, aber mit diesen harmlosen Aktionen geben sie sich nicht mehr zufrieden. Jetzt ziehen sie bei der Armee die Fäden, als wäre das ihre Marionette.“

Yifat ist Projektmanagerin bei einer zivilgesellschaftlichen Organisation. Sie hat drei Söhne, zwischen zwanzig und 28. Sie ist in einem „sehr zionistischen, sogar rechtsgerichteten“ Zuhause in Nahariya groß geworden. „Mit ganzem Herzen“ habe sie als nicht kämpfende Soldatin in einem Artilleriebataillon gedient. Weil ihr Vater noch starb, bevor sie mit ihrem Aktivismus begann, blieb ihrer Familie ein großer Krach erspart. Ihre Mutter ist besorgt und traurig. „Sie findet, ich sei nicht diejenige, die so etwas tun sollte.“

Warum sind Sie diejenige, die das tun sollte?

„So wurde ich erzogen, oder? Der Zionismus hat mir beigebracht, aufzustehen, mich einer Sache hinzugeben, mich nicht meiner Pflicht zu entziehen. Das hat mich immer angesprochen, diese Geschichten über Heldentum, Mut und Kameradschaft. Bis heute treibt mich das an. Nur der Inhalt hat sich verändert.“

Was wäre gewesen, wenn während der Shoah kein Mensch versucht hätte, jemanden zu retten? Wie wären wir nach all dem, was geschehen ist, wieder aufgestanden, wenn es nicht auch diese Geschichten von Menschen gäbe, die zumindest taten, was sie konnten?“

Ist es das wert, einen so hohen Preis zu zahlen?

„Welchen Preis zahle ich schon? Meine beschissene Zeit? Einer der Gründe, warum ich hier bin, ist, weil ich nicht genug bezahle. Deshalb komme ich immer wieder. Wann werde ich genug bezahlt haben? Wann werde ich mich von dieser Schuld befreien? Ich weiß es wirklich nicht. Manchmal denke ich, dass ich mich erst beruhigen werde, wenn ich einen wirklichen Schlag bekomme.“

Ein herzzerreißendes Winseln unterbricht unser Gespräch. Das Kind eines Hirten zerrt einen Hundewelpen hinter sich her, der von der Leine beinahe erwürgt wird. Yifat zuckt zusammen. Wie gut kennt sie die Menschen, die sie schützt? Was weiß sie von ihren Wünschen,

von ihren Sehnsüchten, von dem, was sie über ihre Anwesenheit denken? Die Welt, die sie zu kennen glaubte, wurde am 7. Oktober auf die Probe gestellt. „Es war ein schrecklicher Tag“, sagt sie. „Die Kräfteverhältnisse waren auf einmal umgedreht. Ich wusste nicht, ob wir überhaupt eine Armee hatten.“

Und Sie sind auch damals hierhergekommen?

„Am 7. Oktober fühlte ich mich sehr jüdisch und sehr israelisch, und ich dachte, ich würde vielleicht nicht mehr hierher zurückkommen. Sollen sie zur Hölle gehen! Meine Identität als Teil des Kollektivs wurde plötzlich verstärkt. Ich war dabei, engstirnig zu werden, mich von meinem Mitgefühl zurückzuziehen, von dem, was meine wahre Identität ausmacht. Vielleicht aus Angst, dass mir genau das passieren könnte, dass meine Gedanken über meine Gefühle siegen würden, bin ich am 8. Oktober um 6 Uhr früh wieder losgefahren.“

« Vom Standpunkt der Siedler:innen aus sind die Araber:innen hier Gäste, und wenn sie sich nicht wie Gäste benehmen, müssen sie verschwinden »

Diese Leute brauchten Wasser, und das Dorf hat ein Tor, und die Armee entscheidet, wann es geöffnet wird. An diesem Tag schloss die Armee das Tor und den Leuten ging das Wasser aus. Also gingen wir zu den Soldaten, aber sie sagten: ‚Schämt ihr euch nicht, an einem Tag wie diesem? Wie könnt ihr euch um diese Leute kümmern?‘“

Die Spannung in ihr wurde schlimmer, als sie am 8. Oktober durch die arabischen Dörfer fuhr. Eine Art Rausch sei in der Luft gelegen. Aus Radiogeräten war eine Stimme zu hören, die zu jubeln schien. „Die Palästinenser sagten zu mir nicht, dass sie glücklich waren, aber etwas lag in der Luft“, erinnert sie sich. „Ich war entgeistert.“

Wie geht es Ihnen dabei, wenn Sie denken, dass die Ereignisse vom 7. Oktober das gewesen sein könnten, was diese Leute wollten?

„Ich glaube nicht, dass es stimmt. Ein paar Tage später verstand ich, dass es die Freude über einen Sieg war, über eine Gelegenheit, die sie nicht oft haben: Einmal die Stärkeren zu sein. Aber sie kannten noch nicht die Details, die wir Israelis zu diesem Zeitpunkt schon kannten.“

Aber begleitet Sie dieser Zwiespalt nicht, wenn Sie diese Menschen begleiten?

„Nein, ich würde nicht sagen, dass sie sich freuten. Diese Menschen hier.“ Sie deutet zu der Hütte neben uns. „Ich garantiere Ihnen, dass sie alles tun würden, um uns zu schützen.“

Leid verringern helfen

Das Dorf Al-Tuwani liegt verstreut auf den Hügeln südlich von Hebron, ein Zentrum der Aktivist:innen. Im

Dezember konnte man zahlreiche Israelis auf den steilen Straßen und Wegen wandern sehen, von Dorf zu Dorf. Die meisten sind jung, und so wie sie angezogen sind, könnte man für einen Moment meinen, hier sei ein Treffpunkt für Rucksacktourist:innen.

Der 24-jährige Hillel Garmi zeigt mir den Raum, wo die Aktivist:innen schlafen. Schlafsäcke, Landkarten an der Wand, eine Computerecke und hebräisch-arabische und englisch-arabische Wörterbücher auf einem unaufgeräumten Bücherregal.

„Am 7. Oktober waren wir zufällig hier“, erzählt er. „Schon früh am Tag braute sich etwas zusammen, zwischen Al-Tuwani und Havat Maon, der nahegelegenen jüdischen Siedlung. Wir standen mit unseren Kameras bereit, damit nichts passiert.“

Dass „nichts passieren“ soll, ist das Hauptziel der israelischen Freiwilligen. Aber die Dorfbewohner:innen versammelten sich am Dorfrand, nachdem sie ein Geländefahrzeug der Siedler gesehen hatten, das näherkam. Dann kamen Soldaten und forderten die Leute auf, auseinanderzugehen. Die Spannung stieg.

Garmi: „Noch nie hatte ich so wütende Soldaten gesehen. Man konnte mit keinem reden, für sie verkörperten wir die Hamas. An einem bestimmten Punkt kamen sie auf uns zu, wirkten sehr gereizt, verfluchten uns: ‚Verschwindet!‘ Wir versuchten, die Lage so ruhig wie möglich zu halten.“

An diesem Tag war in Al-Tuwani auch ein Freund von Hillel, der aus dem Kibbuz Be’eri stammte, jenem Kibbuz, der von Hamas brutal überfallen wurde. „Da standen wir also um sieben Uhr früh, vier Linke auf einem gottverlassenen Hügel mitten im Nichts. Mein Freund telefonierte den ganzen Tag immer wieder mit seiner Mutter, die sich in ihrem Kibbuz in einem Sicherheitsraum versteckte, und keine Soldaten kamen, um sie zu retten“, erinnert er sich. „Das war schockierend.“

Mathematik sei das Einzige, was ihn sein ganzes Leben lang interessieren werde, sagt Hillel. Er sieht jugendlich aus, und doch sieht man ihm an, dass er einiges erlebt hat. Vor sechs Jahren hat er den Wehrdienst verweigert und ist dafür drei Monate im Gefängnis gesessen, gefolgt von einem Jahr Zivildienst mit schwierigen Jugendlichen.

Hat Ihr Kampf für die Hirten und Bauern eine Perspektive?

„Viel Hoffnung sehe ich nicht, aber es gibt hier ein paar Leute, die ich bereits als meine Freunde empfinde und denen gegenüber ich mich verpflichtet fühle, weiterhin zu kommen und sie nicht im Stich zu lassen. Das mit dem großen Ziel ist etwas für die Ewigkeit, ein bisschen wie der jüdische Messianismus. Wenn wir Humanisten sind und wir menschliches Glück vermehren und menschliches Leid verringern wollen, müssen wir tun, was wir können, damit diese Leute ein besseres Leben haben.“

Quelle: www.haaretz.co.il

 Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

IHRE VOR DER REISE, FÜR DIE REISE-APP.

Sie fahren weg, wir informieren. Jetzt kostenlos und bequem über den QR-Code oder den App-Store die Auslandsservice-App downloaden und gut vorbereitet ins Ausland fahren. Registrieren Sie sich vor Ihrer Reise für Ihre Reise. Wir informieren Sie über die aktuelle Lage in dem Land, in dem Sie sich aufhalten, und helfen, sollten Sie Unterstützung brauchen. – Ihr Außenministerium



ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



GET IT ON
Google Play

Download on the
App Store

24/7



Das kleine Jerusalem der Pariser Banlieue

Sarcelles, die erste Plattenbaustadt in der äußersten Peripherie von Paris, galt als Melting Pot mit einer starken Präsenz jüdischer und muslimischer Familien aus Nordafrika. Aus dem Miteinander ist ein fragwürdiges Nebeneinander geworden

Danny Leder

Die französische Öffentlichkeit verbindet mit der Stadt Sarcelles an der nördlichen Peripherie von Paris vor allem zwei Aspekte: Die erste am Reißbrett entworfene und Anfang der 1960er-Jahre fertiggestellte „Ville nouvelle“ (Neue Stadt), vornehmlich aus Plattenbausiedlungen und Inbegriff der französischen Banlieue. Heute ist Sarcelles per S-Bahn in 16 Minuten von Paris aus erreichbar, sofern keine der allzu häufigen Pannen oder Streiks die Pendelnden quälen. Aber ihre ursprüngliche Abgeschiedenheit in einem damals noch durchwegs agrarischen Umfeld und die Eintönigkeit ihrer Bauten prägten den pseudomedizinischen Krankheitsbegriff der „Sarcelitte“. Er wurde 1966 von einem Journalisten erfunden, nachdem eine Einwohnerin durch den Sprung aus ihrer Wohnung in einem Hochhaus Selbstmord begangen hatte. Seither gilt dieses Wort als Synonym für Depressionen, die Bewohner und Bewohnerinnen solcher Satellitenstädte befallen.

Sarcelles wurde aber auch als „das kleine Jerusalem“ der Pariser Banlieue berühmt, nachdem in den 1960er-Jahren dort Tausende jüdische Familien aus Nordafrika einquartiert worden waren und die Stadt prägten. Wobei die meisten nach dem Sechstagekrieg und seinen gefährlichen Folgewirkungen für die jüdische Minderheit im Maghreb aus Tunesien kamen.

Beide Aspekte stimmen inzwischen nur mehr bedingt. Die Betonbauviertel von Sarcelles, eine Mischung aus vierstöckigen Bauten und Hochhäusern, sind vielfach renoviert und teilweise bereits wärmedämmend, verfügen über Grünanlagen, neu errichtete ansehnliche Sporthallen und Schulen, eine Straßenbahn und Nahversorger aller Art. Auch wenn Sarcelles als neuntärmste Stadt des Pariser Großraums eingestuft wurde, ist der Lebensstandard der Menschen hier und die Qualität der Infrastrukturen insgesamt höher als in umliegenden Banlieues. Einer der Gründe dafür ist, dass in Sarcelles vielfach

öffentlich Bedienstete eine Wohnung zugewiesen bekommen haben, also Menschen, die über langfristig stabile Jobs verfügen. Ihr Anteil verringert sich aber nun.

Auch die jüdische Präsenz hat abgenommen, und ihre Erscheinung hat sich verändert. Bis in die 1990er-Jahre waren jüdische Einwohner und Einwohnerinnen in etlichen Vierteln stark vertreten. Sie lebten meist Tür an Tür mit Einwandernden anderer Konfessionen und verkehrten miteinander eher freundlich. Die Kinder jüdischer Familien teilten die Schulbänke in den öffentlichen Schulen und ihre Freizeit mit den Kindern anderer Konfessionszugehörigkeit. Das Heranwachsen inklusive der ortsüblichen Bandenbildung war oft eine gemeinsame Sache.

Die damalige Religiosität der meisten Juden und Jüdinnen äußerte sich in einer traditionellen und gleichzeitig lockeren Weise, bei der man Festlichkeiten auslassen zu feiern wusste, aber die Überzahl ritueller Gebote augenzwinkernd zu umgehen verstand. An den jüdischen und muslimischen Feiertagen wurden zwischen Etagenachbarn Glückwünsche und die eigens angefertigten Mehlspeisen (die sowieso ähnlich waren) ausgetauscht. Koschere Lebensmittelgeschäfte, Restaurants und Kaffees waren über die Stadt verstreut, zu den Gästen zählten selbstverständlich muslimische Anrainer und Anrainerinnen. All dies trug Sarcelles den Ruf eines funktionierenden ethno-konfessionellen Melting Pots ein, auch wenn die seinerzeitige Realität des Zusammenlebens vor Ort vielschichtiger und zeitweilig auch spannungsgeladener war, als es im Nachhinein erscheinen mag.

Vom Melting Pot zur Abschottung

Nun ist Sarcelles gewissermaßen zu einem letzten Refugium für praktizierende Juden und Jüdinnen in der nördlichen Pariser Peripherie geworden, nachdem in den letzten Jahren in den meisten Vororten die jüdische



Graffito in Sarcelles. Der Street-Artist Combo hat es seinem Motto „Co-exist“ gewidmet

Bevölkerung enorm geschrumpft ist. Gleichzeitig ist Sarcelles auch zum Inbegriff der ethno-religiösen Abschottung geworden. Jüdische Kinder besuchen fast nur mehr jüdische Schulen. Die jüdische Bevölkerung verkehrt jetzt fast nur mehr in ein paar wenigen Straßenzügen.

Da reihen sich noch koscher-maghrebinische Bäckereien und Metzgereien aneinander, junge Leute, oft mit Gesichtszügen, die man aus dem Maghreb gewohnt ist, tragen manchmal die Kluft der aus Osteuropa stammenden jüdischen Orthodoxie. Auch wenn es gleichzeitig Restaurants und Konditoreien gibt, die vage an die Ausgelassenheit des Tel Aviver Strandlebens (von vor dem jüngsten Krieg) erinnern, und auf deren Terrassen Männerrunden, Frauengruppen und Familien sitzen, die mit selbstsicherer mediterraner Körperlichkeit und dem entsprechend sinnlichen Outfit auffallen.

Ich besuchte dieses Viertel Ende September 2023. Das war also noch vor dem Angriff der Hamas auf Israel. Dabei stieß ich laufend auf kleine Verkaufsstände, die Schüler der umliegenden jüdischen Schulen errichtet hatten. Sie verkauften für das damals bevorstehende Laubhüttenfest die traditionellen Symbole, also „Lulav“ (Palmzweige) und „Etrog“ (Zitronatzitrone). Außerdem boten sie Thora-Nachbildungen in Stoffform für Kinder

an, so als würde es sich um Plüschtiere handeln. Einer der anwesenden jungen Verkäufer meinte: „Ich mag dieses Ghetto“, einen Begriff, den er positiv verstanden wissen wollte. „Ich studiere in Israel, aber ich fühle mich hier wohler als drüben.“ Von Angst und Bedrohung war unter diesen Jugendlichen keine Rede, vielleicht auch, weil so ein Eingeständnis für heranwachsende junge Männer schmerzlich wäre. Mehrere versicherten, sie würden problemlos in der S-Bahn nach Paris mit der Kippa auf dem Kopf fahren.

Angst vor Anfeindung

Ältere Semester trugen hingegen ihren Pessimismus offen zur Schau. Da war einerseits das Gefühl, es würden immer mehr Juden und Jüdinnen aus der Neustadt Sarcelles wegziehen. Sogar die Zahl der Anwesenden in der größten Synagoge während der höchsten Feiertage sei stark im Abnehmen. „Das kleine Jerusalem gibt es nicht mehr“, meinte ein Vierzigjähriger, der die Schuld dafür aber der mangelnden wirtschaftlichen Attraktivität von Sarcelles und den seiner Meinung nach „zu hohen Ortssteuern“ ankreidete.

Andere gaben offener zu, sich vor Anfeindungen zu fürchten. Alle erwähnten den Aufmarsch von Tausenden



Moise Kahloun, Präsident der jüdischen Gemeinde, vor der Synagoge in Sarcelles (l.). Im Gemeindezentrum spielen jüdische und arabische Rentner Karten. Eine Frau mit Kind auf dem Markt, wo Zusammenleben praktiziert wird

propalästinensischen Demonstranten und Demonstrantinnen aus sämtlichen Vororten in Sarcelles während des Gaza-Kriegs von 2014 und deren gescheiterten Versuch, die Große Synagoge zu stürmen. Dem folgten Brandschatzungen und die Zerstörung von Läden, die als „jüdisch“ eingestuft wurden. Dabei kamen aber auch Lokale der Chaldäer, eine in Sarcelles stark vertretene Gemeinschaft von irakischstämmigen Christen, zu Schaden.

Ich besuchte die Buchhandlung „Otzar“ („Schatz“ auf Hebräisch). Sie ist mit religiöser Literatur volkstümlicher Art, Bilderbüchern für Kinder, aber auch Spielzeug vollgerammelt. Mein Blick fiel auf einen aus den USA importierten Baukasten mit einer Bahnhofsszene. Auf Nachfrage entdeckte ich seine Besonderheit: Vom Lokführer bis hin zu den Fahrgästen trugen alle Plastik-Figuren entweder Kippot oder sonstige Kopfbedeckungen.

Ich fragte einen Buchhändler, ob er sich in Sarcelles sicher fühle: „Wir sind hier in diesen Straßen gewissermaßen im Hinterland der großen Avenuen und dadurch geschützt“, antwortete er und spielte damit auf das Geschehen in Sarcelles während der landesweiten Unruhen vom Juni 2023¹ an. Bedenkt man, dass diese Revolte jenseits der üblichen Krisenviertel der Großstädte auch zahlreiche Kleinstädte erschütterte, wobei landesweit über tausend Gebäude, darunter Kommissariate, Ämter, Bibliotheken und Schulen angegriffen und zum Teil schwer beschädigt wurden, so kann man in Sarcelles von einer vergleichsweise begrenzten Schadensbilanz sprechen. Allerdings kam es auch hier zu Ausschreitungen. Unter anderem hatte eine Schar von Jugendlichen damit begonnen, auf einer Großavenue Straßenbahngleise herauszureißen. Die unmittelbar angrenzenden Straßen des jüdischen Viertels waren diesmal kein Angriffsziel.

Ungewisse Zukunft

Der Buchhändler erzählte: „Mein Vater kam aus Marokko und glaubte damals an Frankreich. Für mich ist Frank-

reich aus und beendet.“ Es sei der im Vergleich zu seinen Eltern strengere Glaube, der ihm jetzt Halt gebe. „Wir sind den Lubawitschern² dafür dankbar, dass ihre Abgesandten während unserer Jugend zu uns kamen und uns zu den Grundsätzen des Judentums zurückgeführt haben.“

Der Buchhändler wohnt außerhalb der Stadt in einem Reihenhaushaus, die nächsten Nachbarn sind ein muslimisches Ehepaar. „Sie waren und sind noch immer höflich, ja freundlich zu uns. Aber er trägt jetzt den Bart der Salafisten und sie den Hidschab. Vor vierzig Jahren begannen bei den Muslimen und Musliminnen die salafistischen Prediger mit ihrer Arbeit. Jetzt geht die Saat auf.“ Nach einer kurzen Nachdenkpause fügte er hinzu „Das ist ähnlich wie bei uns, als die Lubawitscher auch vor vierzig Jahren kamen. Jetzt sind die meisten unter uns religiös.“ Unausgesprochen stand das Mehrheitsverhältnis zugunsten der Muslime und ihrer teilweise radikalisierten Jugend im Raum, als der Buchhändler zum Abschied meinte: „Noch leben wir hier in einer gewissen Geborgenheit, aber ich zweifle daran, dass das so bleibt.“

1 Ein Polizist hatte im Juni 2023 den 17-jährigen Nahel Merzouk durch ein offenes Autofenster aus nächster Nähe erschossen. Der Lenker hatte trotz der rot geschalteten Ampeln zuvor in hohem Tempo Kreuzungen überquert und Stoppbefehle der Polizei missachtet. Zum Zeitpunkt der auf ihn abgegebenen Schüsse war das Auto zwar zum Stillstand gekommen, dann aber wieder neu gestartet. Laut Aussage eines mitfahrenden Freundes (der von Merzouk zu einem Prüfungstermin gefahren wurde) habe es sich aber nur um ein Weiterrollen gehandelt, das durch eine unwillkürliche Beinreaktion des bereits verletzten Lenkers ausgelöst wurde.

2 Die „Lubawitscher“, auch unter dem Namen „Chabad“ bekannt, sind die weltweit vermutlich rührigste und auffälligste orthodox-jüdische Bewegung der letzten Jahrzehnte. Das liegt an ihrer emsigen Missionsarbeit unter fast allen jüdischen Gemeinden, ausgehend von ihrem Hauptsitz in New York. Eine Strategie, die sie möglicherweise der weltumspannenden Missionstätigkeit der evangelikalen Neokirchen in den USA abgekupfert haben. Innerhalb des Judentums gehören die Lubawitscher zur Strömung des „Chassidismus“, der in der Ukraine im 18. Jahrhundert entstand.

Der Drahtseilakt eines Banlieue-Bürgermeisters

Wie Patrick Haddad, Bürgermeister von Sarcelles, den besorgten Juden und Jüdinnen seiner Stadt wieder Hoffnung einflößen, dem Abgleiten der ethno-religiösen Gemeinschaften in Parallelgesellschaften gegensteuern und die Armut bekämpfen möchte

Interview: Danny Leder

Herr Bürgermeister, drei Tage nach dem Angriff der Hamas auf Israel kamen der Innenminister und der Unterrichtsminister Frankreichs zu Ihnen nach Sarcelles. Deren Besuch sollte die prioritären Schutzmaßnahmen für die jüdische Bevölkerung unterstreichen. Die französischen Behörden haben seither einen Rekordanstieg antijüdischer Vorfälle im Land registriert. Aber in Sarcelles, dem Zentrum des jüdischen Lebens im Pariser Vorortegürtel, gab es bisher scheinbar keine bemerkenswerten Vorkommnisse. Stimmt der Eindruck?

PATRICK HADDAD: Ja. Gemeldet wurden uns bloß eine Schmiererei in einem Stiegenhaus und eine abgerissene Mesusa. Natürlich war die jüdische Gemeinschaft anfänglich erschüttert. Das jüdische Gemeindeleben kam zum Erliegen. Aber inzwischen haben die Dinge wieder ihren üblichen Verlauf genommen.

Wie erklären Sie das? Haben Sie ein besonderes Rezept? Unsere kontinuierliche Arbeit macht sich bezahlt. Die Botschaft unseres Rathausteams kommt an, nämlich das Versprechen auf Gleichbehandlung abseits jeglicher Bevorzugung von einzelnen „Communautes“¹ und die gemeinsamen Initiativen gegen Rassismus und Antisemitismus, gestützt auf ein Netz von diversen Vereinsaktivist:innen. Hier überwiegt eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens. Die örtliche Dachorganisation der muslimischen Vereine, in der vier von fünf Moscheen vertreten sind, hat den Angriff der Hamas verurteilt und davor ausdrücklich gewarnt, den Nahost-Konflikt zu importieren. Wir sind nicht dagegen gefeit, dass morgen ein Irrer etwas anrichtet, aber unsere Stadt steht auf soliden Grundfesten.

Einer Ihrer markantesten Vorgänger und politischer Rivale, François Pupponi, hat mir das etwas



Patrick Haddad will die Mauern zwischen den Menschen in Sarcelles abbauen

anders geschildert. Er ließ einen gewissen Fatalismus durchblicken und meinte sinngemäß, man müsse in Sarcelles durch Verteilung von Pfründen an scharf getrennte ethno-religiöse Gemeinschaften für Ruhe sorgen und sich mit der gegenseitigen sowohl konfessionellen als auch sozialen Abschottung abfinden. Unterscheiden Sie sich da von Pupponi?

Frankreich tut sich mit den „*Communautés*“ schwer. Sie gelten vielen als Gegensatz zur französischen „*Laïcité*“². Ich teile diese Meinung nicht. Diesen Gegensatz gibt es nur, wenn sich die „*Communautés*“ völlig abschotten. Dann wird das zum „*Communautarisme*“ (sinngemäß: Parallelgesellschaften), den wir ablehnen. Die „*Communautés*“ ermöglichen es den Einwanderern, sich besser zu integrieren, weil sie Menschen finden, mit denen sie sich am Anfang leichter verständigen können. So etwas kann man nicht per Dekret auflösen. Aber man darf als Bürgermeister keine Gemeinschaft bevorzugen. Man darf auch nicht die Auswahl seiner Mitarbeitenden so vornehmen, als wären sie Repräsentanten einer „*Communauté*“. Ich habe auch damit Schluss gemacht, kommunale Grundstücke für einen symbolischen Euro an religiöse Gemeinschaften abzutreten. Fortan müssen sie den Preis bezahlen, die die staatliche Grundstückskommission eruiert. Juden, Chaldäer (Christen aus dem Nahen Osten), Katholiken und Muslime haben mich gefragt, warum ich das mache, und ich habe jedes Mal geantwortet: Frankreich respektiert eure freie Meinung, deswegen glauben wir auch nicht, dass man euch eure Gesinnung mit einem Euro abkaufen kann. Was meinen Vorgänger betrifft: Vor den Gemeinderatswahlen kam ein Videomittschnitt in Umlauf, da sah man Pupponi bei einem Auftritt in einer Synagoge der Lubawitscher Juden. Da zählt er den Anwesenden alles auf, was er für sie getan hat, und sagt sinngemäß: Wenn das so weitergehen soll, müsst ihr für mich stimmen. Das hat hier viele Leute aufgewühlt. Damit musste ich Schluss machen, um die Stadt symbolisch zu beruhigen.

Spricht man mit Juden hier, merkt man, dass der Juni 2014 tiefe Spuren hinterlassen hat. Damals tobte auch ein Krieg zwischen Israel und Gaza. Aus diesem Anlass versammelten sich in Sarcelles Tausende propalästinensische Demonstranten, ein Teil versuchte die größte Synagoge zu stürmen, das konnte gerade noch verhindert werden, aber etliche Geschäfte wurden verwüstet. Gab es damals Muslime, die sich bei Ihnen meldeten und ihr Bedauern ausdrückten?

Das gab es sofort. Ich war damals Vizebürgermeister. Menschen haben mich am Tag darauf angerufen und gesagt: Wir sind nicht so, diese Angreifer repräsentieren uns nicht.

Wer war das?

Genossen aus der Sozialistischen Partei ...

Okay, und gab es auch andere?

Verantwortliche aus der Vereinsszene, Freunde, Bekannte, die spontan reagierten. Unter den Angreifern gab es zwar Jugendliche aus Sarcelles, aber nicht nur. Da waren viele von auswärts dabei. Das war damals ein Rendezvous der extremen propalästinensischen und Pro-Hamas-Antisemiten aus allen Vororten. Einer der Gründe, weshalb ich es akzeptiert habe, für das Bürgermeisteramt zu kandidieren, war, dass ich mir sagte: Man kann die Stadt, in der ich aufgewachsen bin, nicht so abgleiten lassen, und man kann diese jüdische Bevölkerung nicht in einer derartigen Unsicherheit belassen. Man hat nicht das Recht, die Menschen verzweifeln zu lassen. Das sind ja noch ein paar Tausend Juden, vielleicht 8.000.

Eine Zeitlang hieß es, die Juden wären ein Drittel der Stadtbevölkerung von derzeit rund 60.000.

Das ist ein Mythos. Wahrscheinlich gab es einmal 12.000 Juden in Sarcelles. Einige sind weggezogen, andere zugezogen. Die jüdische Bevölkerung hat sich auch auf einen angrenzenden Ort, Saint-Brice-sous-Forêt, wo es mehr Einfamilienhäuser gibt, ausgedehnt. Wenn man das berücksichtigt, war die jüdische Bevölkerung in dieser Gegend noch nie so zahlreich. Die Juden aus den umliegenden Orten kommen nach Sarcelles, um in die koscheren Supermärkte und Restaurants zu gehen, sie schicken ihre Kinder in die hiesigen jüdischen Schulen. Insgesamt betrachtet ist die jüdische Bevölkerung viel religiöser und sozial schlechter gestellt als früher.

Sozial schlechter situiert als zuvor?

Ja. Nehmen wir ein religiöses Paar, das im Pariser Großraum arbeitet, zwei Mindestgehälter verdient und vier Kinder hat. Die wollen koscher essen, ihre Kinder in eine jüdische Schule schicken, eine Synagoge um die Ecke haben, eine gute Öffi-Anbindung und vor Ort mit der Kippa auf dem Kopf spazieren, ohne belästigt zu werden. Die haben wenige Orte, wo sich das finanziell ausgeht. Da ist Sarcelles unschlagbar. Da ziehen dann Familien her, die sich nach einem dritten oder vierten Kind eine Wohnung in Paris nicht mehr leisten können, die auch ein bisschen Geld zur Seite legen wollen, um doch noch auf Urlaub zu fahren. Die konstatieren: Sarcelles ist gar nicht so schlecht wie sein Ruf.

Aber hiesige Juden, die ich traf, äußern meist Ängste und ziehen es auch deshalb vor, unter sich in ein bis zwei Straßenzügen zu bleiben.

Als Stadt weltweiter Herkunft sind wir naturgemäß anfällig für internationale Konflikte. Mein Ziel ist es, dagegen eine Art Schutzschicht zu errichten. Ich sage den Menschen: Ich weiß, es gibt Länder, deren Situation euch am Herzen liegt. Aber in diesen Ländern, im Nahen Osten oder anderswo, haben die Menschen nicht die Chance, in Frieden zu leben wie wir hier. Also sollten

wir als Vorbilder wirken, damit Menschen anderswo sich daran ein Beispiel nehmen können. Exportieren wir den Frieden. Die Leute, die etwa schreiben, die Juden könnten nicht mehr in Sicherheit in Sarcelles leben, sind dieselben, die sagen, dass man nicht in Sicherheit in Frankreich leben kann. Was global gesehen nicht wahr ist.

Kann man das so sagen nach all der Auswanderung von Juden aus Frankreich in den letzten Jahren?

Ja, sonst wäre es nicht möglich, dass es noch etwa eine halbe Million Juden in Frankreich gibt, obwohl der Staat Israel bereit ist, sie mit offenen Armen aufzunehmen. Es stimmt schon, dass wir in Frankreich tragische antisemitische Attacken erlebt haben. Ich habe sofort nach meinem Amtsantritt einen Plan gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung auf die Wege gebracht. Erst kürzlich war der Vorsitzende der Union jüdischer Studenten gemeinsam mit Vertretern von SOS Rassismus (in Österreich mit SOS Mitmensch oder Zara vergleichbar) in einem öffentlichen „Collège“ (Gesamtschule für üblicherweise alle 10- bis 14-Jährigen) im Rahmen einer Aktion, die „Co-exist“ heißt. Wir haben zwei bis drei solcher Aktionen im Monat.

Und diese Aktionen verlaufen gut?

Alle unsere Aktionen werden sehr gut aufgenommen.

Wir haben zum Beispiel: „Sukkot expliqué à nos Potes“ (Ein Reim, der bedeutet: Das jüdische Laubhüttenfest wird meinen Kumpeln erklärt). Vor jüdischen Feiertagen werden Menschen aus allen Vierteln in die Große Synagoge eingeladen, da kommen auch Frauen, die den Hidshab tragen. Und jedes Mal erhalte ich dann monatelang Dankeschreiben. Man muss die Mauern zwischen den Menschen zu Fall bringen.

Aber wie kann man Mauern einreißen, wenn man etwa daran denkt, dass hier inzwischen fast alle jüdischen Eltern ihre Kinder, nicht zuletzt aus Furcht vor Anfeindungen, nicht mehr öffentlichen Schulen, sondern nur jüdischen Schulen anvertrauen?

Ich bedauere nicht, dass die Menschen freie Entscheidungen, die ihnen zustehen, fällen. Dass die Menschen in religiöser Hinsicht mehr praktizieren als zuvor, und dass die jüdischen Eltern schon seit dreißig Jahren in wachsendem Ausmaß ihre Kinder in jüdische Schulen schicken, darin sehe ich kein besonderes Problem. Das muss aber ein Ansporn sein, um außerhalb der Schulen desto mehr Brücken zu bauen. Wir organisieren unter den Kindern antirassistische Poesie- und Kurzfilm-Wettbewerbe. Da haben wir sehr schöne künstlerische Leistungen. Aber vor allem übernehmen die Teilnehmenden dieser Wettbewerbe nach einiger Zeit die Rolle der jeweiligen anderen, sie versetzen sich in ihre Situation.

„Für das Kind“



„Für das Kind“ – Museum zur Erinnerung an die Kindertransporte nach Großbritannien 1938/39

Infos unter: www.milliseagal.at

Mit der „Operation Kindertransport“

gelang es jüdischen Kindern aus Deutschland, Österreich und der ehemaligen Tschechoslowakei aus ihren Heimatländern auszureisen und so den Nazis zu entkommen. Das Ziel stand fest, es war England. Für die Kinder – vom drei Monate alten Baby bis zum 17-jährigen Teenager – war die Zukunft ungewiss und viele von ihnen traten die Reise schweren Herzens an.

„Für das Kind“ erinnert an die Ankunft

von 10.000 Flüchtlingen zwischen 1938 und 1939 in London. Die fotografischen Arbeiten, 23 Bilder, basieren auf einer Serie von Stillleben, die Dinge zeigen, die die Kinder auf die Reise mitnahmen, als sie in dieser schrecklichen Zeit ihr Zuhause verlassen mussten. Die Fotos zeigen Objekte wie Bücher, private Fotografien, Hausübungshefte, Schulmitteilungen, Puppen, Eislaufschuhe, Kleidungsstücke, Schuhspanner, Bettwäsche und die Schürze einer Mutter.



Hat keine Berührungsängste: Bürgermeister Patrick Haddad setzt auf Kommunikation und Toleranz

Dadurch können die Gegensätze zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen deutlich verringert werden. Das ist ja eine der Lehren aus den Unruhen im vergangenen Sommer, dieser tiefgehende Riss in der Bevölkerung.

Sie haben gerade die landesweiten Unruhen vom Juni 2023 angesprochen, die durch den Tod des 17-jährigen Nahel Merzouk ausgelöst wurden. In einem von Ihnen soeben veröffentlichten Buch³ schreiben Sie, während der damaligen Unruhen habe Sarcelles vergleichsweise wenig Schäden erlitten. Wie auch jetzt, angesichts des Kriegs im Nahen Osten, habe es damals in Sarcelles Faktoren gegeben, die die Spannungen abschwächen.

Es gab auch bei uns schwere Schäden. Aber wir hatten auch schon bei den vorhergehenden landesweiten Un-

ruhen 2005 weniger Zerstörungen als anderswo. Im Vergleich zu 2005 wurde bei den Unruhen 2023 kein Anstieg der Verwüstungen in Sarcelles verzeichnet. Das lief der allgemeinen Entwicklung zuwider, weil landesweit die Schäden von 2023 dreimal so hoch wie 2005 ausfielen.

Dafür gibt es mehrere Gründe: Erstens ist das „Grand Ensemble“ (die zentralen Platten- und Hochbauten, die den 1961 fertig gestellten Kern der Satellitenstadt Sarcelles darstellen) in einem Wurf konzipiert worden, so ähnlich wie amerikanische Städte, die komplett am Reißbrett konzipiert wurden. Mit großen Avenuen und einem Park in der Mitte, einem Einkaufszentrum, Sporteinrichtungen und Wohnbauten, die sich ähneln und einen Eindruck der Gleichheit erwecken. In anderen Städten haben sie meistens das historische Zentrum mit seinen wohlhabenderen Einwohnern und ein entlegenes Viertel, in dem sich alle Sozialbauten konzentrieren.

Und obendrein oft mit einer Autobahn dazwischen. Genau. Und in diesen entlegenen Sozialbau-Vierteln fehlt die Nahversorgung und Öffi-Anbindung.

Aber ist denn in Sarcelles das Netz der Nahbereichsgeschäfte ausreichend erhalten geblieben? Ihr Büro schaut auf das größte Einkaufszentrum von Sarcelles. Auf dem Weg zu Ihnen bin ich da an vielen Läden vorbeigekommen, die dicht gemacht haben.

Dieses Einkaufszentrum wird gerade umgestaltet. Wir haben einen Qualitätsverlust des kaufmännischen Angebots. Dahinter steckt die Verarmung der Stadt. Das bleibt für mich das Hauptthema. Ich behaupte nicht, dass ich diesbezüglich optimistisch bin. Ich sage nur, dass wir gegen diese Spirale des Abstiegs kämpfen müssen. Das Identitätsproblem kann man viel leichter angehen als die sozialen Probleme.

Zurückkommend auf Ihre Frage, weshalb Sarcelles den Unruhen besser widerstehen konnte, sehe ich als zweiten Grund die Vielfalt der Ursprungsnationen der Einwohner, nämlich achtzig Länder. Es gibt Städte, wo sich die Wohnblöcke der Maghrebiner oder Afrikaner und die der Weißen von Anfang an gegenüberstanden. Das schafft sofort einen gewissen Gegensatz. Hier ist das nicht so. Die Wohnviertel sind gemischt. Die Menschen sind den Umgang mit dieser Vielfalt gewöhnt.

Und drittens verfügen wir hier über ein Netz an aktiven Personen in Vereinen, in oder auch außerhalb der „Communautés“, im Sport, unter Kaufleuten, bei Erzieherinnen und Erziehern, die sich alle regelmäßig austauschen.

Der Schwerpunkt Ihrer Politik liegt im sozialen Bereich. Sarcelles zählt zu den zehn ärmsten Städten der Pariser Großregion. Sie erklären aber auch in Ihrem Buch, dass diese Einstufungen nur einen Teil

der örtlichen Realität wiedergeben. In Sarcelles gab es auch stets einen hohen Anteil an Personen, die beruflich aufstiegen. Dieser Anteil ist sogar höher bei denjenigen, deren Eltern Migranten waren. Diese sozialen Aufsteiger werden allerdings laufend von neuen Zuziehenden ersetzt, die sich in einer sozial viel heikleren Situation befinden.

Und da schreiben Sie in Ihrem Buch, fast so nebenher, einen Satz, der im Mittelpunkt der Tagesaktualität steht: „Können wir in unseren Städten, die bereits mit derartig viel Schwierigkeiten kämpfen, weiterhin derartig viele Ausländer aufnehmen, ob sie nun Asylwerber oder Arbeitsmigranten sind? Wahrscheinlich nicht.“ Diese Frage belastet fast überall den Abwehrkampf der humanistisch-demokratischen Kräfte gegen die Rechtsaußen-Parteien. Sind wir diesbezüglich hilflos?

Wir können eine Weltreise machen, ohne Sarcelles jemals zu verlassen. Das ist für die CO₂-Bilanz fantastisch. Aber man kann von den Städten, die schon so viele Migrantenwellen aufgenommen haben und sehr arm sind, nicht verlangen, ständig neue Einwanderer aufzunehmen. Auf französischer und europäischer Ebene könnte man diese Ströme kanalisieren. Es gibt politische Flüchtlinge, die wir aus Gründen der Humanität aufnehmen müssen, und Leute, die wir dringend brauchen. Aber alle können

wir nicht akzeptieren. Es ist doch unglaublich, dass in diesem Land weniger als zwanzig Prozent der Ausweisungsbescheide umgesetzt werden.

Das bedauern Sie?

Ja natürlich. Das kann niemand verstehen.

Wie wollen Sie dem abhelfen?

Man braucht mehr Zentren für Verwaltungshaft. Wir können welche bauen.

Das halten Sie für gerechtfertigt?

Ich bin für alles, was die Anwendung der Gesetze erleichtert. Wenn es nicht die Verteidiger der Republik und die Linken sind, die die Migrationsströme regulieren, dann droht der Machtantritt der extremen Rechten⁴. Da liegt der Unterschied zur Aufschwungsphase nach dem Krieg. Es ist nicht so, dass ich für diese Periode eine besondere Nostalgie hegen würde, heute sind viele Dinge besser. Aber damals gab es eine Art von Hoffnung, und man hatte den Eindruck, dass die öffentliche Hand die Dinge im Griff habe. Heute überwiegt das Gefühl, dass eine Welle der Deregulierung und Prekarisierung des Arbeitsmarkts mit der unkontrollierten Einwanderung einhergeht, und das alles trifft mit voller Wucht die ärmsten Viertel.

BEIGESTELLT

iv

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

in diesen herausfordernden Zeiten, geprägt von globalen Unruhen, ist es mir ein besonderes Anliegen, Ihnen zum Pessachfest die guten Wünsche unseres Hauses zu übermitteln. Während sich Menschen darauf vorbereiten, ein Fest der Befreiung zu feiern, erkennen wir die Bedeutung von Freiheit und Solidarität in einer Welt, die von Ungewissheit geprägt ist, mehr denn je.

Pessach erinnert uns an die Stärke und den Zusammenhalt der jüdischen Gemeinschaft in Zeiten der Unterdrückung und des Leidens. Es ist eine Zeit der Reflexion über die Vergangenheit und eine Gelegenheit, uns zu verpflichten, gegen jegliche Form von Ungerechtigkeit und Diskriminierung einzutreten.

In Gedanken sind wir bei all jenen, die weiterhin unter der Last der Ungerechtigkeit leiden, sei es durch rassistische Gewaltakte, religiöse Diskriminierung oder die Bedrohung ihrer grundlegenden Menschenrechte. Insbesondere stehen die Geiseln im Vordergrund, die nach wie vor von der Hamas verschleppt sind. Möge dieses Pessachfest ein Moment der Einheit und des gemeinsamen Engagements für Gerechtigkeit sein. Erinnern wir uns daran, dass unsere gemeinsame Stärke in der Solidarität liegt.

**Ich wünsche Ihnen allen ein erfülltes und gesegnetes Pessachfest!
Chag Pessach kasher ve sameach!**


Christoph Neumayer,
Generalsekretär der Industriellenvereinigung

Aber jene, die jetzt hier, sagen wir, auffällig werden, sind oft keine Neueinwanderer, sondern kommen aus der zweiten oder dritten Generation zugezogener Familien. Das führt auch wieder zur Situation der jüdischen Bevölkerung.

Die Gefahr für die Juden kommt nicht nur von den Neueinwanderern, sondern von einem Teil der hier aufgewachsenen muslimischen Jugend. Da wurde eine Art von Neo-Fundamentalismus und auch Dschihadismus auf europäischer Basis erdacht, bei dem natürlich Einflüsterer aus dem Nahen Osten eine Rolle spielten.

Tatsächlich gab es bei den Unruhen vom Sommer 2023 viele Jugendliche der zweiten oder dritten Generation aus Einwandererfamilien. Bei den Anstiftern habe ich aber auch Jugendliche gesehen, die offensichtlich nicht aus Migrantenfamilien stammten. Da waren auch Leute aus der (ultralinken) Black-Block-Szene dabei. Es gab keine religiöse Dimension bei diesen Unruhen. Es handelte sich um eine Konfrontation zwischen der Polizei und einem marginalen Teil der Jugend, es waren ja nur ein bis zwei Prozent der Jugendlichen der betroffenen Viertel dabei. Das ist ein Teil derjenigen, die arbeitslos sind oder von ihrer Arbeit nicht wirklich leben, die ständig anecken und logischerweise mit der Polizei in Konflikt geraten. Die sagen sich: Wir haben nichts zu verlieren und können uns daher jeden Blödsinn leisten. Wir haben auch einen Teil der Jugend, die in eine Parallelwelt der sozialen Netzwerke abgetaucht ist. Während der Unruhen sah ich auf Instagram eine ständig wiederkehrende Botschaft: Wir werden in Sarcelles das Einkaufszentrum „My Place“ angreifen und zum „American Nightmare“ machen. Ich bin da ungebildet und musste erst Nachforschungen anstellen, bevor ich verstanden habe, dass es sich um eine US-Horror-Serie handelt, in der einmal im Jahr die Menschen das Recht haben, jedes Verbrechen zu begehen.

Überdies hatten wir Unruhen in einer österreichischen Stadt, in Linz, denen Hinweise im Web auf den Film „Athena“ von Romain Gavras vorausgingen. Dieser Film hat eine französische Banlieue zum Schauplatz, aber er steht in keinem direkten Zusammenhang mit der Situation in Linz.

Das ist interessant, diese Virtualisierung der sozialen Beziehungen. Einige Jugendliche sind also imstande, ausgehend von einer Fiktion eine Stadt zu erschüttern. Wir haben hier allerdings viele Jugendliche mit alleinerziehenden Müttern, die sehr früh zur Arbeit gehen und sehr spät heimkommen. Da wird die Überwachung der Kinder immens schwer. Da kann von vier Geschwistern schon mal eines in die Fänge der Unruhestifter geraten. Die öffentliche Hand ist bei der Begleitung der Eltern gefragt. Diese Arbeitnehmerinnen erweisen Frankreich sehr wichtige Dienste.

Die zu Recht gepriesene „vorderste Front“.

Genau, wir haben das ja während Covid gesehen. Das waren die Pflegerinnen, die Krankenschwestern, die Reinigungskräfte und all diese Arbeitnehmer, die sehr belastende Berufe ausüben, wenig verdienen, in entlegenen Vororten leben. Aber es stimmt auch, dass sich die Beziehungen mit der Polizei verschlechtert haben.

Auch in Sarcelles?

In Sarcelles würde ich sagen: Es geht. Wir bereiten die Errichtung eines neuen Kommissariats vor, inmitten von Sportanlagen. Ich bedaure, dass die Einführung der seinerzeitigen Nahbereichspolizei gestoppt wurde (*vom konservativen Innenminister und späteren Staatschef Nicolas Sarkozy*). Schon seit den 1980er-Jahren gab es Pläne, um die Polizei lokal stärker zu vernetzen, auch mit mehr Polizeistreifen zu Fuß.

Zu Fuß, das kann man sich heute in gewissen Orten gar nicht mehr vorstellen. Die wären ja Freiwild.

In Sarcelles ginge das. Diese Polizisten müssen das Terrain gut kennen, die Codes für die nötige Verständigung handhaben, mit Vereinsverantwortlichen und Erzieherinnen und Erziehern verkehren.

Bei den sich häufenden Feuergefechten zwischen rivalisierenden Dealern handelt es sich fast schon um Kriegsgeschehen.

Es gibt verschiedene Ebenen der Polizeiintervention. Wir brauchen eine Nahbereichspolizei, die sich um störendes Verhalten und Vandalismus kümmert, die Verständnis für die Bevölkerung zeigt und Beobachtungen anstellen kann. Diese Beobachtungen kann man dann nach oben weitergeben. Das nützt, um gegen das bewaffnete Verbrechen oder den Terrorismus zu kämpfen. Aber die Nahbereichspolizei wird man natürlich nicht auf Fahrrädern in die gefährlichsten Siedlungen schicken. Die Polizei muss aus einem Kontinuum bestehen, in dem jede Ebene für ihre spezielle Aufgabe ausgebildet ist.

Sie zitieren in Ihrem Buch den Sohn eines Amtskollegen, der seinem Vater gesagt hat: „Papa, das Problem dieses Landes ist, dass wir nicht dieselben Toten beweinen.“

Ja, der Grad der Entzweiung unserer Gesellschaft ist dermaßen, dass es Leute gibt, denen der Tod von Menschen, die ihnen nicht ähneln, völlig gleichgültig ist. Ich habe grauenhafte Dinge in den sozialen Netzen gelesen. Bezüglich des jungen Nahel schrieb jemand: Das war ein Gesetzesbrecher, ihm sei recht geschehen. Nahel hatte der Aufforderung des Polizisten, seinen Wagen anzuhalten, nicht Folge geleistet. Aber wie konnte man ihn deswegen aus nächster Nähe erschießen? Der Staatspräsident und der Innenminister haben diese Vorgangsweise ja sofort verurteilt. An den Reaktionen auf diese

Ereignisse kann man den Grad der Gegensätze in diesem Land erkennen, den man unbedingt verringern muss, nicht zuletzt im Interesse der Polizisten. Man muss auf zwei Beinen gehen, und das fällt hierzulande schwer: Wir haben entweder ausschließlich sicherheitsorientierte Diskurse, wonach die Vorbeugung nichts nützt, und andere, die schlicht sagen: Die Polizei tötet. Das ist absurd. ☹️

1 Wortwörtlich wäre „Communautés“ mit „Gemeinschaften“ im Deutschen zu übersetzen. Gemeint sind damit in Frankreich hauptsächlich ethno-religiöse Gemeinschaften, für die im deutschen Sprachraum inzwischen der englische Begriff der „Communities“ verwendet wird, der aus den USA übernommen wurde. Das damit teilweise einhergehende und ebenfalls aus den USA stammende politische Konzept, das diese „Communities“ gewissermaßen zum Grundstein eines multikulturellen Staatsgebildes macht, ist in Frankreich eher negativ konnotiert. Die meisten politischen Kräfte Frankreichs sehen im Überhandnehmen des Einflusses dieser „Communautés“ eine Aushebelung der säkularen Republik und ihrer einheitlichen Rechtsstaatlichkeit. Deswegen ist der aus dem Wort „Communautés“ abgeleitete Begriff des „Communautarisme“ in Frankreich ein Synonym für den im Deutschen negativ gedachten Begriff der „Parallelgesellschaft“.

2 Wie in der Fußnote (1) dargelegt, stützt sich das französische Staatsverständnis auf einen Säkularismus, der sich als strenger versteht als in anderen demokratischen Staaten Europas, weil er auf den schwierigen Kampf zurückgeht, den die Anhänger der Republik gegen die Vormachtstellung der katholischen Kirche in den 1880er-Jahren führen mussten. Um diese konstitutionell stringente Trennung von Religion und Staat begrifflich zu fassen, ist in Frankreich von „Laïcité“ die Rede, während man in den Ländern des deutschen Sprachraums mit dem Wort „säkular“ (das auch im Französischen existiert) auskommt.

Historisch betrachtet, sicherte die „Laïcité“ den religiösen Minderheiten und Atheisten die Gleichberechtigung. Aber neuerdings sehen viele Muslime in der Betonung dieser „Laïcité“ eine Kampagne, die sich speziell gegen ihre religiöse Praxis richtet.

3 „Nos Racines fraternelles“ von Patrick Haddad, Editions Philippe Rey, Paris. September 2023.

4 Im deutschen Sprachraum und namentlich in Österreich werden jene Parteien als „Rechte“ tituliert, die sich rechts von den traditionellen bürgerlichen oder konservativen Volksparteien (ÖVP oder CDU/CSU) bewegen – also in Österreich die FPÖ und in Deutschland die AfD. In Frankreich hingegen bezeichnen sich die traditionellen konservativen Parteien selber vorbehaltlos als „rechts“. Während etwa das „Rassemblement national“ von Marine Le Pen von den Medien durchwegs als „L'extrême-droite“, also die extreme Rechte, bezeichnet wird (wogegen sich Marine Le Pen allerdings wehrt).

Zur Person

Patrick Haddad ist seit 2018 Bürgermeister von Sarcelles, nachdem er zuvor als Uniprofessor für Ökonomie wirkte. Der fünfzigjährige Sohn eines Beamten stammt aus einer jüdischen Familie, die aus Tunesien eingewandert ist – sein Familienname „Haddad“ („Schmidt“ auf Arabisch) ist ein sehr geläufiger Nachname unter Juden aus dem Maghreb. Er ist Mitglied der Sozialistischen Partei und gehörte ursprünglich zum Kreis um Dominique Strauss-Kahn, dem einstigen Hoffnungsträger der französischen Linken. Dieser strauchelte, nachdem seine schweren Vergehen gegenüber Frauen publik wurden, darunter der Vergewaltigungsvorwurf einer Hotelbediensteten in New York im Mai 2011, der zu seiner spektakulären Festnahme in den USA führte (Strauss-Kahn war damals Präsident des Internationalen Währungsfonds). Strauss-Kahn war ebenfalls Bürgermeister von Sarcelles (1995–97). Haddad amtiert und empfängt heute in dem einstigen Büro von Strauss-Kahn.



TOP INFORMIERT

Servicetipps zu Arbeitsrecht, Beruf und Familie oder Konsumentenschutz. Mit dem Newsletter der AK Wien sind Sie immer top informiert.

Hier geht's zur Anmeldung
wien.arbeiterkammer.at/newsletter

Ein Blick auf die Solidarność

Unter den Veteran:innen der „Solidarność“, die 1980 das Recht auf freie Wahlen erkämpften, waren neben polnischen Arbeiter:innen auch jüdische Intellektuelle. Sie können sich heute bestätigt fühlen

Joana Radzyner

Ich trage sie schon lange nicht mehr, die Uhr mit dem roten Schriftzug der Solidarność am Zifferblatt und dem Buchstaben N mit der polnischen Flagge an der Spitze, die den Sekundentakt schlägt. Hinter dem weltberühmten Logo, das der Grafiker Jerzy Janiszewski im August 1980 an der streikenden Danziger Lenin-Werft für die neue Gewerkschaftsbewegung entwarf, steht schon lange keine solidarische Wertegemeinschaft mehr.

Aus Mitstreitenden im Kampf gegen das kommunistische Einparteiensystem wurden politische Todfeinde, aus einer breit gefächerten, bunten gesellschaftlichen Widerstandsbewegung bildeten sich zwei politische Lager heraus, die mit in sich geschlossenen Wertesystemen und eigenem Medienarsenal unversöhnlich um das Erbe der Solidarność und das Deutungsmonopol über die jüngste Geschichte des Landes kämpften: das liberale und das nationale Polen.

Die „Liberalen“ stehen mit der von Mitte-rechts bis zu Mitte-links reichenden „Bürgerplattform“ des früheren Europaratsvorsitzenden Donald Tusk für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte und konstruktive Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Die „Nationalen“ um die rechtskonservative, populistisch-xenophobe Partei „Recht und Gerechtigkeit“ von Jarosław Kaczyński schöpfen aus der Gedankenwelt der vor dem Zweiten Weltkrieg mächtigen „Nationalen Demokratie“, einer nationalistisch-katholischen, antisemitischen Hasspartei. Kaczyńskis politische Allianz mit dem in der polnischen Kirche heute dominierenden nationalistischen, offen antisemitischen Flügel um das *Radio Maria* des Redemptoristen-Paters Tadeusz Rydzyk sichert seiner Partei vor allem in Kleinstädten und ländlichen Gebieten Zulauf.

Umstrittener Held

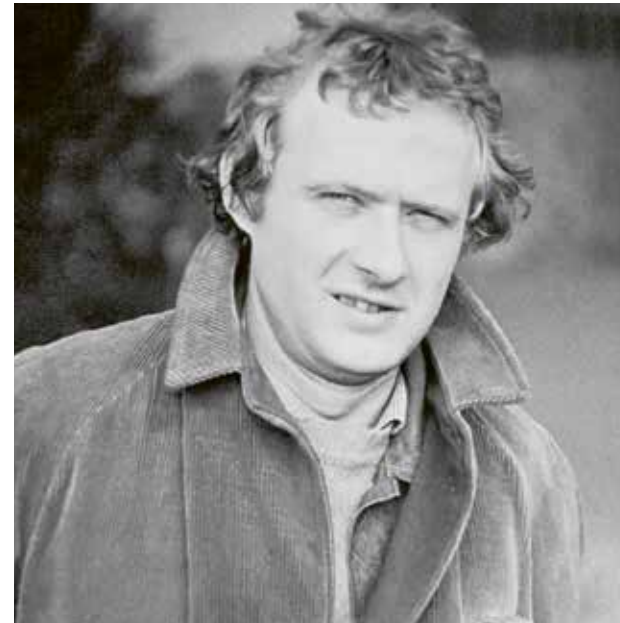
Von den noch lebenden Vorkämpfenden und Mitbegründer:innen der Solidarność sind nur noch wenige bereit, auf die Barrikaden zu steigen, um die großen Ideale von damals zu verteidigen. Einer von ihnen ist

der legendäre Streikführer des Sommers 1980 in Danzig Lech Wałęsa, der als Achtzigjähriger noch trotzig um die Ehrenrettung „seiner“ Solidarność kämpft.

Das Abbild der Schwarzen Madonna von Tschenstochau, der Schutzpatronin Polens, das der schnaubbärtige Gewerkschafter einst am Revers seiner verbeulten Jacken trug, hat einem mausgrauen T-Shirt mit der kämpferischen Aufschrift „Konstytucja“ (Verfassung) Platz gemacht. Die wichtigste Botschaft des Friedensnobelpreisträgers von 1983: Jarosław Kaczyński müsse auf Dauer von der Macht vertrieben werden. Er säe Hass, sei ein verantwortungsloser „Geschichtsfälscher“ und der „Totengräber der Demokratie“ – jener Demokratie, die Solidarność für den gesamten ehemaligen Ostblock erkämpft hatte.

« Aus Mitstreitenden im Kampf gegen das kommunistische Einparteiensystem wurden politische Todfeinde, aus einer bunten gesellschaftlichen Widerstandsbewegung bildeten sich zwei politische Lager heraus »

Tatsächlich hat der Zwillingbruder des 2010 bei einem Flugzeugabsturz verunglückten früheren Staatspräsidenten Lech Kaczyński in der achtjährigen Regierungszeit seiner Law-and-Order-Partei die liberal-demokratische rechtsstaatliche Ordnung Polens erschüttert. Auf die staatsstreichartige Entmachtung des Verfassungsgerichtshofs folgte die parteipolitische Umbesetzung der unabhängigen Gerichte, des öffentlich-rechtlichen Fernsehens sowie aller anderen Medien im Einflussbereich der Regierung. Dass Jarosław Kaczyński seinen früheren Chef Lech Wałęsa seit Jahrzehnten als „Spitzel des kommunistischen Geheimdienstes“ und „Verräter der Nation“ vernichten will, lässt den ersten demokratisch gewählten Staatspräsidenten Polens seit einem gerichtlichen Freispruch kalt. „Es stimmt“, wird Wałęsa mir später erklären. „Ich habe tatsächlich mit dem Geheimdienst geredet. Aber ich habe das als Anführer gemacht. Das eine Mal, um Menschen



Adam Michnik, polnischer Essayist und politischer Publizist, zur Zeit dieser Aufnahme 1981 in Haft (links).



Die Aktivisten Lech Wałęsa, Tadeusz Mazowiecki und Adam Michnik beim Verlassen der Werft in Danzig im Mai 1988

zu schützen, das andere Mal, um unsere wahren Pläne zu vertuschen und diese Leute in die Irre zu führen!“

Arbeiter und Intellektuelle – eine brüchige Allianz

Zielscheibe jahrzehntelanger Diffamierungsversuche der nationalen Rechten ist auch der international geschätzte Historiker und bis heute aktive Publizist Adam Michnik. Als einer der Anführer der Studierendenproteste vom März 1968 in Warschau inhaftiert und von der Warschauer Universität relegiert, wurde der Mitbegründer des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter KOR“ später zu einem engen Berater Lech Wałęsas und sogar zum Taufpaten eines seiner acht Kinder.

Als die Solidarność im Frühling 1989 ihren ersten Wahlkampf schlagen durfte, übernahm der scharfzüngige Intellektuelle die Leitung ihrer „Wahlzeitung“ *Gazeta Wyborcza*, die bis heute zu den auflagenstärksten meinungsbildenden Tageszeitungen Polens zählt. Die nationalistische Rechte nennt das Blatt „koschere Zeitung“ und dämonisiert es als Machwerk von Juden und Freimaurern. Adam Michnik, dessen Vater Jude und Kommunist war, sei nur ein verkappter Kollaborateur des „Ancien Régime“.

Ich lernte Adam über gemeinsame Freunde Mitte der 1970er-Jahre kennen, als ich für meine Doktorarbeit über einen galizischen Politiker der Habsburgermonarchie ein Jahr lang in polnischen Archiven forschte. Ich erinnere mich noch gut an seine glasklaren politischen Analysen bei hitzigen Debatten im oppositionellen Freundeskreis und an seine wertvollen historischen Hinweise für meine eigenen Archivrecherchen. Dass sich eines der von ihm wärmstens empfohlenen Bücher später

als sein eigenes Werk entpuppte, das nur unter Pseudonym veröffentlicht werden konnte, lässt mich immer noch schmunzeln.

Nach dem Fall des Kommunismus erlebte ich mit, wie Adams Freundschaft mit Lech Wałęsa an dessen autoritärem Führungsstil, seinem destruktiven Ruf nach „Beschleunigung“ des Systemwandels und seiner notorischen Beratungsresistenz zerbrach. Dann spaltete sich auch der eingeschworene Freundeskreis aus Oppositionszeiten. Denn Adam gehörte zu den leidenschaftlichsten Gegnern der vom rechtsnationalen Flügel der parlamentarischen Vertretung der Solidarność geforderten „Lustration“, mit der die neuen politischen Eliten auf Grundlage der Archive des kommunistischen Geheimdienstes durchleuchtet werden sollten: „Es kann doch nicht sein“, polterte er, „dass die oft bewusst gefälschten Geheimdienstberichte, die uns Oppositionelle spalten, diffamieren oder in den Knast bringen sollten, jetzt zum Maßstab unseres Anstands und unserer Glaubwürdigkeit erhoben werden!“ Seine Meinung ging unter, die Geheimdienstarchive wurden geöffnet. Die Folge: eine gnadenlose Hexenjagd, der auch viele verdiente Aktivist:innen aus kommunistischen Zeiten unschuldig zum Opfer fielen.

Rückblende: Der Karneval der Freiheit

Im August 1980 ist die Welt noch eine andere. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Wirtschaftskrise und dramatischer Lebensmittelknappheit löst die Ankündigung von Preiserhöhungen für Fleisch in zahlreichen Schwerindustriebetrieben der polnischen Ostseeküste den Ausbruch lokaler Streiks aus. Auch an der Lenin-Werft in Danzig fällt der Streikbeschluss. Gefordert wird

PICTUREDES/DIRK EISERMAN, KAROL MALCZYŃSKI

die Wiedereinstellung einer soeben entlassenen älteren Kranführerin und eines wegen Aufmüpfigkeit schon vor vier Jahren gekündigten Elektrikers, den die Kollegen jetzt um Beistand bitten und in die Werft einschleusen. Der 37-jährige Lech Wałęsa hatte schon bei den Arbeiterunruhen vom Dezember 1970 zu den mutigsten Anführern gehört. Aus der blutigen Niederwerfung dieser Proteste, bei der achtzig Arbeiter erschossen wurden, hat der schnauzbärtige Tischlersohn folgenreiche Schlüsse gezogen. Als die Betriebsleitung alle Forderungen der Belegschaft zu erfüllen verspricht und er den Streik schon beenden will, überreden ihn einige Gewerkschaftskollegen zur Ausrufung eines Solidaritätsstreiks mit allen Betrieben, wo den Lohnforderungen der Arbeiter noch nicht stattgegeben wurde.

Die Gewerkschafter spüren, dass sich die Stimmung im Land seit der Wahl des Krakauer Erzbischofs Karol Wojtyła zum Papst im Herbst 1978 und seinem ersten Heimatbesuch im Juni 1979 gewandelt hat. Millionen Polen hatten sich erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges unter freiem Himmel zum Gebet versammeln dürfen. Jetzt gelte es, Wojtyłas Appell an die Landsleute, „Fürchtet euch nicht!“, mit Leben zu erfüllen.

Diesmal jedoch, entscheidet Wałęsa, werden die Arbeitenden nicht mehr auf die Straße gehen und sich wie Freiwild abschießen lassen. Diesmal wird das als besetzt erklärte und abgeriegelte Werfigelände zum Schauplatz des Kampfes und zur Zentrale eines zwischenbetrieblichen Streikkomitees. Als prominente Vertreter der Warschauer kritischen Intelligenz mit einer Solidaritätserklärung am Tor erscheinen, holt Wałęsa sie gegen den Widerstand der allermeisten Kolleg:innen als „Experten“ mit ins Boot. Der erfahrene Gewerkschafter weiß diese Allianz zu nutzen: Im Dezember 1970 war die Intelligenz passiv geblieben, nicht zuletzt als Antwort auf die von der herrschenden Partei orchestrierten Knüppelorgien von Arbeiter-Schlägertrupps bei den Studierendenunruhen im März 1968.

Jetzt, wo Arbeiterschaft und Intelligenz erstmals gemeinsame Sache machen, beginnt ganz Polen und bald auch die Weltöffentlichkeit gebannt nach Danzig zu schauen. Nach achtzehn nervenaufreibenden, von in- und ausländischen Journalist:innen verfolgten Verhandlungstagen mit Vertretern der Regierung wird am 31. August 1980 im „Danziger Abkommen“ als wichtigster von 21 Punkten die Zulassung der ersten unabhängigen, selbst verwalteten Gewerkschaft im kommunistisch beherrschten Ostblock vereinbart und das Recht auf Streik anerkannt. Darüber hinaus wird die Zensur aufgehoben, die Errichtung eines Denkmals für die Opfer der Dezemberunruhen 1970 zugesichert und nicht zuletzt die Übertragung von Sonntagsgottesdiensten im polnischen Rundfunk garantiert.

Die Bilder von jubelnden Arbeitenden, die ihren Anführer auf den Schultern aus dem Sitzungssaal tragen, gehen um die Welt. Nur sechzehn Monate später ist Schluss

mit dem „Karneval der Freiheit“. Nach immer weiteren Zugeständnissen, die eine von ihrem Sieg ermutigte Zivilgesellschaft einer zunehmend gelähmten Zentralgewalt abpressen kann, nach immer lauter werdenden Rufen nach Loslösung von Moskau in der inzwischen auf rund zehn Millionen Mitglieder angewachsenen Gewerkschaft Solidarność verhängt Partei- und Regierungschef General Jaruzelski am 13. Dezember um fünf Uhr früh das Kriegrecht über Polen. Zu diesem Zeitpunkt sind Tausende Gewerkschaftsaktivist:innen und kritische Intellektuelle bereits verhaftet und auf dem Weg in Internierungslager.

Gemeinsam im Untergrund

Flüchtige Gewerkschaftsaktivist:innen und Intellektuelle bauen im Untergrund die zerschlagenen Strukturen der Solidarność wieder auf. Politische Kampfschriften erscheinen im Untergrund. Bürger:innen verstecken die verfolgten Aktivist:innen und organisieren für sie Lebensmittelkarten. Die Kirchen werden zu Schutzhäusern für geheime Treffen der zersprengten Solidarność-Führung.

Der Kopf der Bewegung, Lech Wałęsa, wird unter internationalem und internem Druck zwar schon Ende 1983 aus der Internierungshaft entlassen, doch zugleich zur „Privatperson“ degradiert. Dennoch wird er auf Schritt und Tritt von Geheimdienstfunktionären beschattet, wie mein Kamerateam und ich im Sommer 1984 bei einem Interview für den *ORF* miterleben können. Das Gespräch am See verläuft zwar ungestört. Doch auf der Autobahn nach Warschau werden wir von der Polizei angehalten und zur Herausgabe unseres Filmmaterials gezwungen. Zum Glück hat unser lebenskluger Fahrer Jurek dem Kameramann rechtzeitig eingeschärft, die bespielte Filmkassette aus der Kamera zu entfernen und eine neue einzulegen, Unser „heißes“ Filmmaterial verschwindet in einer Innentasche von Jureks Daunenjacke.

Der zermürbende innerpolnische Stellungskrieg unter wirtschaftlich immer untragbareren Bedingungen wird noch mehrere Jahre dauern. Doch dann strecken die ermüdeten kommunistischen Machthaber der nicht minder ermüdeten Opposition die Hand zum Dialog aus. „Unsere Dialogbereitschaft kam damals nicht von ungefähr“, wird mir Jahre später der General in einem Interview erläutern. „Ohne Gorbatschow und seine Glasnost und Perestroika wären die Umwälzungen nicht möglich gewesen. Moskau war es schon müde, auf die Bruderstaaten aufzupassen, und in Polen war die Erkenntnis gereift, dass sowohl die Opposition als auch die Staatsführung inzwischen so geschwächt waren, dass es sinnlos erschien, weiterzukämpfen.“

Anfang Februar 1989 werde ich von einem Urlaub in Ägypten nach Warschau beordert. Doch Journalist:innen wird der Zutritt zum Verhandlungssaal im Warschauer Präsidentenpalais verweigert. Nur Kameralleute dürfen eine Minute lang über den eigens für diese Gespräche gezimmerten neun Meter langen Runden Tisch mit 58

Stühlen schwenken. Mir gelingt es, mich als Stativträgerin des *ORF*-Teams in den Saal zu schmuggeln und kurze Aussagen von einigen Teilnehmern zu filmen.

Das kalte Wasser der Realpolitik

Anders als im Sommer 1980 ziehen längst nicht mehr alle Oppositionsgruppen an einem Strang. Ein Teil boykottiert ganz offen die international als historisch eingestuften „Verhandlungen am Runden Tisch“. Bei den anschließenden teilweise freien Wahlen am 4. Juni 1989 fährt die Solidarność einen Erdrutschsieg ein.

Die unversöhnlichen Gegner:innen des Runden Tisches wollen nicht begreifen, dass Polens Mitgliedschaft im Warschauer Pakt und die Bündnistreue zur Sowjetunion noch nicht verhandelbar sind und vor diesem Hintergrund in Polen nur ein vertrauenswürdiger Kommunist zum Staatsoberhaupt gewählt werden kann: General Wojciech Jaruzelski. Um die Wut und Enttäuschung vieler Pol:innen über diese Entscheidung zu mildern, ergreift damals Adam Michnik die Initiative und lässt in der *Gazeta Wyborcza* den Aufruf drucken: „Euer Präsident, unser Premier!“

Die Ereignisse überstürzen sich. Schon im Herbst 1989 wird die erste nichtkommunistisch angeführte Regierung im gesamten Ostblock vereidigt. Wenig später macht Staatspräsident Jaruzelski unter dem Druck der Zivilgesellschaft den Weg für die ersten demokratischen Präsidentenwahlen frei. Aus der Stichwahl geht nach einem harten Wahlkampf gegen einen unbekannten kanadisch-polnischen Millionär doch noch Lech Wałęsa als Sieger hervor.

Vor den Freiheitskämpfer:innen, die ohne praktische politische Erfahrung ins kalte Wasser der Realpolitik geworfen werden, liegt eine Zeit harter Bewährungsproben. Es geht um den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates und die Umstellung der bankrotten kommunistischen Planwirtschaft auf die kapitalistische Marktwirtschaft. Dass die Solidarność für dieses große Ziel sogar bereit ist, auf die Abrechnung mit den Träger:innen des kommunistischen Regimes zu verzichten und einen dicken Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, wird ihr die große Mehrheit der Pol:innen genauso wenig verzeihen wie die wirtschaftliche „Schocktherapie“, die der erste nachkommunistische, vom US-Liberalismus geprägte Ökonom und Finanzminister Leszek Balcerowicz seinem Land verordnet. Die Schließung Hunderter unrentabler Schwerindustriekolosse macht mehr als drei Millionen Pol:innen arbeitslos, die künstliche Drosselung der Löhne führt zur Verarmung weiterer Millionen Menschen.

Die große Ernüchterung

Die neue Führung wiegt sich in der Hoffnung, dass die Sehnsucht der Bevölkerung nach Freiheit und Wohlstand die Schmerzen des Übergangs erträglicher machen würden. Ein schwerwiegender Irrtum. Polens Industrie-

arbeitende, auf deren Schultern die freie Gewerkschaftsbewegung Solidarność an die Macht gekommen war, wollen nicht akzeptieren, dass ausgerechnet sie die ersten Opfer des Systemwandels sind. Bei den Parlamentswahlen 1993 wählen sie in ihrer Verzweiflung die Kommunist:innen an die Macht zurück. Und nur zwei Jahre später wird auch Lech Wałęsa, der „Verräter der Arbeiterklasse“, entmacht.

Sein Nachfolger an der Spitze des Staates heißt Aleksander Kwaśniewski, Minister für Jugend und Sport in der letzten kommunistischen Regierung. Die Hoffnungen vieler Pol:innen werden abermals enttäuscht. Die Kommunist:innen verstehen sich als Sozialdemokrat:innen und setzen den Weg der Reformen konsequent fort.

« Polens Industriearbeitende, auf deren Schultern die freie Gewerkschaftsbewegung Solidarność an die Macht gekommen war, wollen nicht akzeptieren, dass ausgerechnet sie die ersten Opfer des Systemwandels sind »»

„Wir haben uns das selbst eingebrockt“, bilanziert ein verbitterter Adam Michnik Jahre später in einem privaten Gespräch. Die „Kriege an der Spitze“, die „Beschleunigung“, die „Lustration“, das alles habe nur Ekel hervorrufen können und die Abwendung von der Solidarność und von ihren Träger:innen. Zu lange habe er gedacht, fügt er selbstkritisch hinzu, dass es Kaczyński und ihm, da sie doch beide im Untergrund gekämpft hatten, um dasselbe ginge, ein freies, demokratisches Polen.

Rückkehr der Demokrat:innen

Inzwischen hat an der Weichsel das politische Pendel wieder umgeschlagen. Nach acht Jahren Herrschaft der Rechtsnationalen haben die Pol:innen im Oktober 2023 bei einer Rekordwahlbeteiligung von fast 75 Prozent und trotz Kaczyńskis übermächtigem Propagandaapparat den proeuropäischen Liberalen eine klare Parlamentsmehrheit gesichert. Die sozialen Wohltaten der Rechtsnationalen, wie Kindergeld und höhere Pensionen, haben diesmal nicht gereicht, um Kaczyńskis EU-feindlichen, Demokratie und Minderheitenrechte zersetzenden Kurs weiter mitzutragen.

Die Veteran:innen der Solidarność, die 1980 den Kommunismus besiegten und 1989 das Recht auf freie Wahlen erkämpften, können sich bestätigt fühlen. Manche in Polen erinnern sich an die Ballade „Ausgrabungsfunde“, mit der Jacek Kaczmarski, ein legendärer Liedermacher, den über die politischen Entwicklungen enttäuschten Landsleuten Mut machen wollte: „Es sind keine Ruinen, es sind Fundamente.“ Der in Trümmern liegende Geist der Solidarność hat sich als tragfähiges Fundament erwiesen – vielleicht auch für die Europäische Union. ☞

CLAIMS CONFERENCE
Committee for Jewish Claims on Austria

Unser Büro in Wien wünscht
allen Freunden und Bekannten
ein fröhliches Pessachfest!

SALOMONOWITZ
Rechtsanwälte

Dr. Sascha Salomonowitz
MBL-HSG, LLM (NYU)

wünscht allen Freunden, Bekannten
und Geschäftspartnern
ein fröhliches Pessachfest!

Gertner Immobilien GmbH

OneOfficeSpace

Ihr günstiges Büro in 1190 Wien
– komplett serviciert

www.oneofficespace.com

wünscht allen Geschäftspartnern und Freunden
des Unternehmens ein fröhliches Pessachfest!

Prof. (FH) Mag.
Julius Dem,
MBA

Gerichtlich beeideter
Dolmetscher für
Hebräisch

wünscht allen
Verwandten, Freunden
und Kunden
ein fröhliches
Pessachfest!

PIERRE
LOPPER

wünscht
allen Freunden
und
Bekannten
ein fröhliches
Pessachfest!

COLUMBUS
Immobilienvermittlungs GmbH

wünscht allen Freunden und Kunden
ein fröhliches Pessachfest!

Die Mitarbeiter:innen des
Jüdischen Museum der Stadt Wien

wünschen allen
Freunden und Bekannten
ein fröhliches Pessachfest!



ein museum der **wien**holding

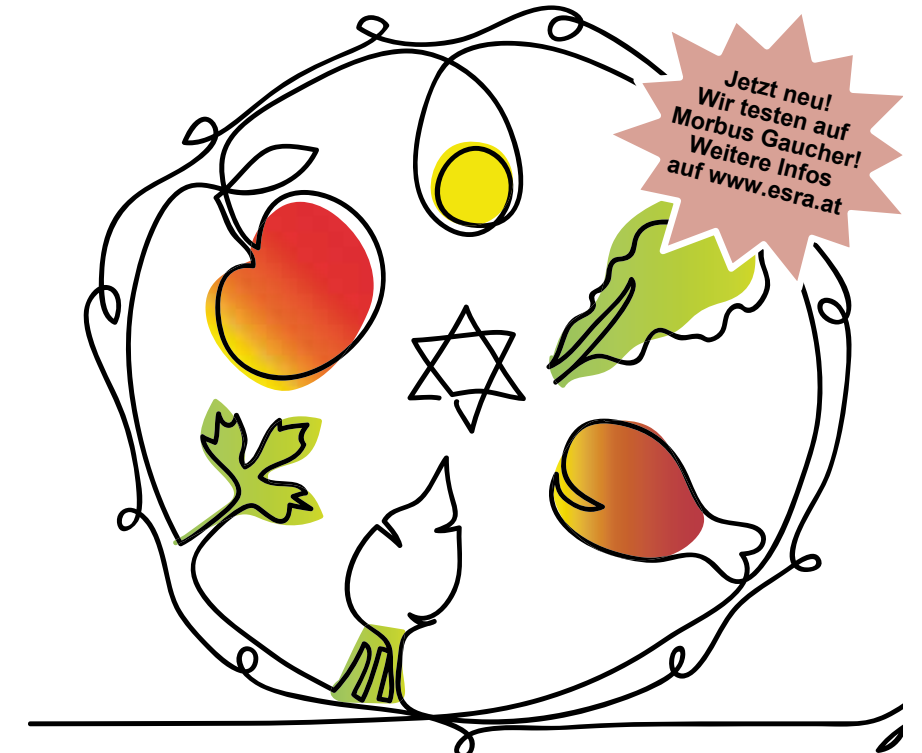


Wo der Mensch
im Mittelpunkt steht.

Obfrau:
Dr. Dwora Stein

Ärztlicher Geschäftsführer:
Prim. PD Dr. Benjamin Vyssoki

Kaufmännische Geschäftsführerin:
PD Dr. Susanne Schütt



Das ESRA Team wünscht allen KlientInnen
und FreundInnen Chag Pessach Sameach!

**RA DR.
THOMAS FRIED**

wünscht allen
Verwandten, Freunden
und Klient:innen
ein fröhliches
Pessachfest!

**IMMOBILIEN VERSICHERUNGEN
Dkfm. Viktor Maier & Dr. Peter Maier Ges.m.b.H.**

Fasangasse 18, 1030 Wien, Tel. 01/798 44 99

wünschen allen Freunden, Bekannten
und Geschäftspartnern
ein fröhliches Pessachfest!

Ich wünsche meiner Familie und allen Freunden
ein fröhliches Pessachfest!

**Milli Segal, Agentur für Presse,
PR und Veranstaltungen**



Chocolaterie FABIENNE

wünscht allen Kunden
und Freunden
ein fröhliches Pessachfest!

SIGMUND FREUD MUSEUM

wünscht allen Freund:innen
ein fröhliches Pessachfest!



Familie Eden

wünscht allen Freunden, Bekannten und
Geschäftspartnern ein fröhliches Pessachfest!

**Jüdisches
Museum
Wien**
Dorotheergasse

WHO CARES?

Jüdische Antworten auf Leid und Not

31.01.2024 – 01.09.2024

SO-FR 10:00–18:00

Dorotheergasse 11, Wien 1

jmw.at #WhoCares?

Wohnen als Menschenrecht

Von der „Sicherung des Obdachs“ zum „Recht auf Schönheit“

Werner T. Bauer, Lilli Bauer

Das Rote Wien beginnt bescheiden. „Die christlichsoziale Hinterlassenschaft ist entsetzlich: die Kassen der Gemeinde sind leer“, schreibt die *Arbeiter-Zeitung* am 22. Mai 1919.¹ Zunächst geht es vor allem um die „Sicherung des Obdachs“. Schon in der imperialen Residenzstadt Wien waren die Lebens- und Wohnverhältnisse katastrophal. Eine Wohnungszählung stellt 1917 fest, dass über siebzig Prozent der rund 554.000 Wiener Wohnungen über maximal eineinhalb Zimmer verfügen. 16 Prozent müssen ohne Küche auskommen.²

Im Jahr 1919 besitzen nur etwa zwei Prozent aller Wiener Wohnungen ein Vorzimmer. Bei über neunzig Prozent befinden sich Klosett und Wasserleitung auf dem Gang. Nur 14 Prozent haben Gas eingeleitet, gerade einmal sieben Prozent verfügen über elektrisches Licht. In solchen Kleinstwohnungen leben in der Regel sechs und mehr Bewohner, in über einem Viertel der Haushalte auch Untermieter:innen und sogenannte Bettgeher.

Bereits 1896 fordert die junge Sozialdemokratie in der *Arbeiter-Zeitung* von den Kommunen deshalb, ihr „Grundeigentum durch Erwerbung noch unverbauter Grundstücke in großem Maßstabe zu vermehren und darauf systematisch Häuser mit billigen Wohnungen zu errichten.“³

In seiner Schrift „Der Weg zum Sozialismus“ legt der spätere Parteiführer Otto Bauer noch nach: Der Staat müsse jedem Staatsbürger „einen klagbaren Anspruch gegen die Gemeinde“ auf Zuweisung einer angemessenen Wohnung zum „ortsüblichen Mietzins“ zugestehen. Bauer spricht sogar von einem „Recht auf Wohnung“.⁴

Am 1. Februar 1923 beschließt die seit Mai 1919 mit einer absoluten Mehrheit ausgestattete sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion eine von Finanzstadtrat Hugo Breitner ersonnene zweckgebundene Wohnbausteuer und noch im selben Jahr ein erstes kommunales Wohnbauprogramm. Bis zum Bürgerkrieg im Februar 1934 wird das Rote Wien insgesamt 382 kommunale Wohnbauten mit knapp 65.000 neuen, gesunden, menschenwürdigen und dabei günstigen Wohnungen errichten.

Bald geht es nicht mehr nur um das Dach über dem Kopf. „Beim Wohnhausbau soll nicht nur an die Sicherung des Obdachs, sondern auch an die körperliche und

seelische Gesundheit und an den kulturellen Aufstieg der Bevölkerung gedacht werden“, heißt es 1928 in einem „Merkbüchlein für Mieter“.⁵ Vor allem die großen Wohnhausanlagen der Gemeinde werden mit einer Fülle von Folge- und Infrastruktureinrichtungen ausgestattet: Volksbüchereien, in welchen der Jugend die Freude am Schaffen beigebracht wird, Tuberkulosen- und Mutterberatungsstellen, Zahnkliniken, Geschäftsräume für notwendige Lebensmittelbetriebe, Konsumvereine, Krankenkassen und dergleichen.⁶

Der frühere Bankdirektor Hugo Breitner, der rasch zu einer der wichtigsten und gleichzeitig meistgehassten Persönlichkeiten des Roten Wien aufsteigen sollte, bringt seine Steuerpolitik recht anschaulich auf den Punkt: Mit den Steuern aus den Nachtlokalen und Bars bestreite er die Kosten der Schülernauspeisung, für die Kinderspitäler und Schulzahnkliniken müssten Demel, Gerstner, Sluka und Lehmann herhalten, das Entbindungsheim im Brigittaspital finanziere er durch die Steuern der Jockeyclub mit der Pferderennsteuer, die diversen Tanzveranstaltungen finanzierten die Kindergärten, die Kinderübernahmestelle lebe von den Steuern der Kinos, ihre Betriebskosten lieferten die Heurigen, die Wärmestuben bezahle das Graben-Café ...⁷

Prägnant und unverwechselbar ist auch die expressive, oft monumentale Architektur der neuen Wohnhausanlagen, die das erwachte Selbstbewusstsein und den Machtanspruch einer kämpferischen Arbeiterschaft unterstreicht. Die vor allem von Otto-Wagner-Schülern errichteten „Volkswohnpaläste“ sind auch als „Eroberung des öffentlichen Raums als Bühne des Politischen“ zu verstehen.⁸

Diese Wohnbauten sind gleichsam „Werkzeuge zur Schaffung eines Neuen Menschen“. Das Leben in ihnen soll Gemeinschaftsgefühl und Solidarität fördern, mit ihrer Hilfe wird, so die Hoffnung, eine „proletarische Gegenwart“ entstehen. Der Neue Mensch, diese „Obsession des 20. Jahrhunderts“, sie ist aufgeladen mit Sehnsüchten jeglicher Art und dient „Diktatoren und Schlächtern“ ebenso als Leitbild wie „Revolutionären, Aufklärern und Humanisten“.⁹ Oder mit den Worten Julius Tandlers: „Die Menschen, die in unseren neuen Häusern wohnen,



Der Reumannhof im 5. Bezirk am Margaretengürtel. Entwurf von Hubert Gessner (1871–1943)



Kindergarten der Stadt Wien im Waldmüllerpark in Wien Favoriten um 1926

sind neue Menschen, leben und atmen nicht nur in neuen Räumen, sondern fühlen und denken auch anders.“¹⁰ Tandler, der aus ärmlichen Verhältnissen stammende Universitätsprofessor, ist seit 1920 Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen. Er ist „Gefühlssozialist“, seine Affinität zur Sozialdemokratie „logisch“. Er habe oft genug, erzählt er später, im Schein der Acetylenlampe des Maronibraters auf der Gasse studieren müssen, um Licht zu sparen, er wisse, was Armut eines Studenten sei. Ausgesprochen spannungsgeladen ist deshalb das Verhältnis zu seinem Freund und Kollegen Finanzstadtrat Breitner, der Tandler halb scherzhaft als seinen „teuersten Freund“ bezeichnet.

Bei seiner Bestellung legt Tandler dem Gemeinderat am 30. Juni 1921 seine vier Grundsätze vor. Deren wichtigster lautet: Jedes Mitglied der menschlichen Gesellschaft hat ein Anrecht auf Hilfe, die menschliche Gesellschaft hat sie pflichtgemäß zu leisten.¹¹ Schluss mit der „Wohltätigkeit“, die Fürsorge ist die Erfüllung eines klaren ethischen Vertrages innerhalb der menschlichen Gesellschaft.¹² Tandlers „Totalität der Fürsorge“ umfasst tatsächlich das gesamte Leben, von der Ehe- und Schwangerenberatung – „Die Fürsorge beginnt schon beim Embryo.“¹³ – bis zum Friedhofs- und Bestattungswesen. Letztendlich aber, so Tandler, habe der Fürsorger die Aufgabe, sich selbst überflüssig zu machen; denn mit dem Begräbnis des letzten Fürsorgers wird die Menschheit befreit sein.¹⁴

Wien – eine „Juden-Republik“

Parteigründer Victor Adler, der austromarxistische Theoretiker Otto Bauer, die Stadträte Hugo Breitner und Julius Tandler, der im Hintergrund agierende „Hauptarchitekt des Wiener Kommunalsozialismus“ Robert Danneberg¹⁵, der Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung* Friedrich Austerlitz und sein Nachfolger Oscar Pollak, die Sozialwissenschaftler Marie Jahoda und Paul Felix

Lazarsfeld und noch unzählige andere im Roten Wien tätige, ja das Rote Wien prägende Persönlichkeiten sind Juden und Jüdinnen oder werden von ihren antisemitischen Gegnern, den Christlichsozialen ebenso wie den Deutschnationalen, trotz Assimilation und Konvertierung, aufgrund ihrer „Herkunft“ erst wieder zu solchen gemacht.

„In keiner Partei sitzen die Juden so dick wie in der Sozialdemokratie“, schreibt die *Reichspost*, das „unabhängige Tagblatt für das christliche Volk“, am 14. Jänner 1919.¹⁶ Ausgehend von Persönlichkeiten wie Karl Marx oder Ferdinand Lassalle, geht die Gleichsetzung von „Judentum“ und „Sozialismus“ bereits auf das 19. Jahrhundert zurück. Auch der zunächst noch dominante politische Liberalismus wird mit dem Judentum assoziiert. Nach der Gründung der Republik verunglimpfen Christlichsoziale und Deutschnationale den neuen ungeliebten Staat gern als „Judenrepublik“, und die *Reichspost* zieht regelmäßig über die „verjudete Sozialdemokratie“, die „jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörer“ oder die „jüdisch-sozialdemokratischen Volksverhetzer“ her.

Bereits bei Tandlers Bestellung zum Unterstaatssekretär und Leiter des Volksgesundheitsamtes am 9. Mai 1919 heißt es in der *Reichspost* vom 10. Mai lapidar, aber unmissverständlich: „Mit Dr. Tandler zieht der vierte Jude unter 17 Regierungsgliedern ins Kabinett ein.“¹⁷

Der unermüdliche Kampf der Christlichsozialen um „die Befreiung Wiens“ richtet sich dezidiert gegen den „Austrobolschewismus im Rathause“.¹⁸ Ende Mai 1932 bezeichnet der Abgeordnete des Heimatblocks, Franz Hueber, Otto Bauer im Nationalrat als „bolschewistischen Juden“¹⁹. Und die Redakteure der *Arbeiter-Zeitung* werden von der *Reichspost* regelmäßig als „Die Juden von der Wienzeile“ geschmäht.

In ihrem Bemühen, den (klein-)bürgerlichen Antisemitismus und die Heuchelei der Christlichsozialen, die sich trotz ihrer Schmähungen gern von „reichen Juden“ unterstützen lassen, zu entlarven, bedient sich allerdings auch die sozialdemokratische Presse derselben Klischees. Jüdische Kapitalisten werden nicht nur als Kapitalisten, sondern auch als stereotype „Juden“ dargestellt. Klein, rundlich-dick, mit Glatze, Hakennase und Oberlippenbart, prächtigen Ringen, in leicht gebückter Haltung – so präsentiert sich „der Jude“ auch in der Arbeiterpresse. Die Volksseuche des Antisemitismus ist eben überall zu Hause.

Henry O. Leichter, einer der beiden Söhne der 1942 in Bernburg an der Saale ermordeten Sozial- und Staatswissenschaftlerin Käthe Leichter, schreibt in seinen Erinnerungen: „Viele sozialdemokratische Politiker waren Juden, etwa der sehr geachtete Victor Adler oder Otto Bauer, der unbestrittene Führer der Partei nach dem Krieg. Der Chefredakteur der Parteizeitung und die wichtigsten sozialdemokratischen Theoretiker und Stadtreformer waren Juden. Das hatte den eigenartigen Effekt,



Zierbrunnen im Lindenhof in der Kreuzgasse in Wien Währing

daß die Partei und deren jüdische Führungsgruppe ihre eigene Ausschlußpolitik entwickelte. Um dem ‚jüdisch-bolschewistischen‘ Vorwurf zu entgehen, sicherte sich die Partei ab, indem sie nicht allzu viele zusätzliche Juden in die höheren Führungsschichten holte.“²⁰

Gläubig und religiös sind die in der politischen Linken aktiven Juden und Jüdinnen allesamt nicht. Viele stammen aus gut situierten, assimilierten, nicht selten auch zum Protestantismus konvertierten Familien, andere, wie Julius Deutsch oder Julius Braunthal, aus dem jüdischen Kleinbürgertum, manche, wie Tandler, gar aus der Unterschicht.

Ein Paradebeispiel für die schwierige Identitätsfindung vieler Juden und Jüdinnen ist Parteigründer Victor Adler selbst. Aus einer wohlhabenden Familie stammend, leidet Adler bereits im Gymnasium und erst recht an der Universität an seinem Judentum. Religion hat für ihn keine Bedeutung, dennoch lässt er sich und seine Kinder protestantisch taufen, um von ihnen den Fluch des Pariaums abzuwenden.²¹

Zu Beginn ihrer politischen Laufbahn schließen sich Adler und sein bester Freund, Engelbert Pernerstorfer, der zu Adlers Leidwesen auch nicht ganz frei von Antisemitismus ist, der deutschnationalen Burschenschaft Arminia an und geraten ins Fahrwasser einer Bewegung, die von den Idealen der Revolution von 1848 inspiriert und noch nicht dezidiert antisemitisch, sondern demokratisch-republikanisch, bürgerlich-liberal, sozialreformistisch

und vor allem antiklerikal ist. Ihr Held ist Georg von Schönerer, einer der wenigen Abgeordneten im Reichsrat, der in seinen Reden für die Rechte der Arbeiterschaft eintritt. Schönerer, der die Gründung einer Deutschnationalen Partei vorbereitet, reicht 1879 die Statuten für den Deutschnationalen Verein ein, die 1882 genehmigt werden. Das im selben Jahr verkündete „Linzer Programm“ der Deutschnationalen fordert die Demokratisierung des Staates, das allgemeine Wahlrecht, Presse- und Vereinsfreiheit sowie Sozialreformen. Es ist in weiten Teilen das Werk der Juden Victor Adler und Heinrich Friedjung.

Als Schönerer wenige Jahre später einen rabiaten Rassenantisemitismus annimmt und sogar einen Arierparagraphen erlässt, verlassen Adler und Friedjung die Deutschnationalen. Adler wendet sich der Arbeiterbewegung zu, gibt sich allerdings noch der Illusion hin, dass es möglich sei, als Bourgeois unter Bourgeois für die Arbeitersache zu wirken.²²

Vom Bourgeois zum Arbeiterführer

Victor Adler bezeichnet sich selbst scherzhaft gern als „Antisemit strengster Observanz“. Doch wie viel an jüdischer Tradition auch in ihm fortlebt, schildert der ebenfalls aus großbürgerlichen Verhältnissen stammende spätere Bundeskanzler Bruno Kreisky, den es trotz seiner Herkunft 1927 zur Sozialistischen Arbeiterjugend zieht: „Ausstaffiert, als ginge es zu einem Jugendball, [...] bin ich bei der sozialistischen Arbeiterjugend in der Wiedner Haupt-



Die Tuberkulosen-Fürsorgestelle im Zürcher Hof in Wien Favoriten an der Laxenburger Straße/Columbusgasse

straße 60b aufgekreuzt. Mein Aufzug war offensichtlich Anlaß zum Spott; manche gaben ihrem Mißtrauen auch direkt Ausdruck. Schon am ersten Tag ist mir das widerfahren, was man die Intellektuellenfeindlichkeit nennt. [...] Verwirrt über diese ungnädige Aufnahme, wandte ich mich an einen Freund, der den Sprung bereits geschafft hatte, und der hat mich aufgeklärt: Diese Haltung sei auf Victor Adler zurückzuführen, der immer gesagt habe, Intellektuelle müsse man dreimal wegschicken, und wenn sie dann noch immer zur Mitarbeit bereit seien, dann dürfe man sie behalten.“²³

Auf Victor Adler, weder „Revoluzzer“ noch großer Theoretiker, geht überdies eine der revolutionärsten Forderungen des Roten Wien zurück. In seiner Rede anlässlich der Eröffnung des Arbeiterheims Favoriten beschwört er das neue Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse und schließt mit den Worten: „Heute verlangen wir weit mehr: das Recht auf die Frucht unserer Arbeit, das Recht auf Schönheit, auf Gesundheit, auf Wissen!“

Das Recht auf Schönheit! Welche Vermessenheit angesichts einer in Armut und Not hineingeworfenen Arbeiterschaft. Menschenwürdige Wohnungen, gerechten Arbeitslohn, die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit, soziale Absicherung – all das zu fordern, ist angesichts der realen Lebensumstände der Menschen

ohnehin „normal“, beinahe schon „banal“. Doch das Recht auf Schönheit, auf Teilhabe an Kunst und Kultur, das Recht, durch die Konfrontation mit „dem Schönen“ die Welt mit anderen Augen sehen und begreifen zu können, zu einem neuen, „erweiterten“ Bewusstsein zu gelangen, das verweist auf ein zutiefst humanistisches Menschenbild.

Menschen kann man nur durch Schönheit erziehen, wird auch Julius Tandler 1931 während einer Rede im Gemeinderat sagen, und: „Man muss die Leute gern haben, wenn man in die Politik geht“, Bruno Kreisky sehr viel später.²⁴

Jahrzehnte nach dem gewaltsamen Ende des Roten Wien, nach Bürgerkrieg, Faschismus und Zweitem Weltkrieg, erinnert sich die Ko-Autorin der bahnbrechenden sozialwissenschaftlichen Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“, die mittlerweile in Großbritannien tätige Sozialpsychologin Marie Jahoda: „Als ich allmählich zum Bewusstsein der sozialen Welt außerhalb des Elternhauses erwachte, stand die sozialdemokratische Bewegung in Wien auf ihrem sozialen, intellektuellen und kulturellen Höhepunkt. Trotz Wirtschaftskrise, Inflation und Arbeitslosigkeit war diese Massenbewegung, deren Grundlage der Austromarxismus war, erfüllt von einem Geist der Lebensbejahung, der – wie ich glaube –



Die Wohnhausanlage Karl-Seitz-Hof von Hubert Gessner, erbaut 1926 in der Jedleseerstraße in Wien Floridsdorf



Das GÖC-Warenhaus im Zürcher Hof in Favoriten (links), Keramische Plastik „Caristas“ im George-Washington-Hof ebenfalls im 10. Bezirk und das Café Sandeiten in der gleichnamigen Wohnhausanlage in Ottakring

im 20. Jahrhundert keine Parallele hat. [...] Austromarxismus war nicht nur ein Versprechen für eine bessere Zukunft, sondern eine das ganze Leben umfassende Aktivität. Von den Wohnbauten zu den Arbeitersymphoniekonzerten, von der Schulreform zum Schilaufen, von den Kinderkolonien zum Kaninchenzüchten, tatsächlich von der Wiege bis zum Grab, hat die Bewegung das Leben von Hunderttausenden bereichert.“²⁵ Wo stünde unsere Gesellschaft also heute, wäre diese reale Utopie eines menschlichen, demokratischen Sozialismus nicht in Bürgerkrieg und Faschismus untergegangen?

1 Arbeiter-Zeitung, 22.5.1919, 1.

2 Die Ergebnisse der Wohnungszählung in Wien vom Jahre 1917, hrsg. vom Wohnungsamte der Stadt Wien. Wien, 1918.

3 Arbeiter-Zeitung, 2.2.1896, 1.

4 Bauer, Otto (1919): Der Weg zum Sozialismus, Berlin.

5 Merkbüchlein für Mieter in den Volkswohnhäusern, herausgegeben von der Magistrats-Abteilung 17, 1928.

6 Das Neue Wien, Bd. III, Wien 1927, 56.

7 Vgl. Breitner, Hugo (1926): Kapitalistische oder sozialistische Steuerpolitik: Wer soll die Steuern bezahlen? Die Armen oder die Reichen?; ders. (1927): Seipel-Steuern oder Breitner-Steuern? Die Wahrheit über die Steuerpolitik der Gemeinde Wien.

8 Weismann, Helmut (2019): Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934, Wien.

9 Lepp, Nicola/Roth, Martin/Vogel, Klaus (Hrsg.) (1999): Der Neue Mensch. Obsessionen des 20. Jahrhunderts Katalog zur Ausstellung im Deutschen Hygiene-Museum Dresden, 22.4.–8.8.1999, Dresden.

10 Tandler, Julius (1927): Städtisches Wohlfahrtswesen, in: Das Neue Wien, Bd. 2, 340.

11 Gisel, Alfred (1964): „Julius Tandler“, in: Leser, Norbert (Hrsg.), Werk und Widerhall. Große Gestalten des österreichischen Sozialismus, Wien, 409–414.

12 Sablik, Karl (1983): Julius Tandler. Mediziner und Sozialreformer. Eine Biographie. Wien, 206; siehe auch: Blätter für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien 29, 1930:176.

13 Danneberg, Robert (1929): Zehn Jahre neues Wien, 37.

14 Tandler, Julius (1930): „Richtlinien für die Anstaltsfürsorge“, in: Die Anstaltsfürsorge der Stadt Wien für das Kind. Tagung der Stadt Wien am 3. und 4. Mai 1930 in Wien. Sondernummer der „Eos“, Zeitschrift für Heilpädagogik, 6–15.

15 Pacher, Roland J. (2014): Robert Danneberg. Eine politische Biografie, Frankfurt am Main, 2f.

16 Reichspost, 14.1.1919, 2.

17 Reichspost, 10.5.1919, 4.

18 Reichspost, 7.4.1930, 1.

19 Arbeiter-Zeitung, 1.6.1932, 2.

20 Leichter, Henry O. (1995): Eine Kindheit. Wien – Zürich – Paris – USA, Wien.

21 Braunthal, Julius (1965): Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien, 29.

22 Braunthal (1965): 27

23 Kreisky, Bruno (1986): Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin, 155f.

24 Kreisky Bruno (2007): Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers. Herausgegeben von Oliver Rathkolb, Wien.

25 Jahoda, Marie (1980): „Aus den Anfängen der sozialwissenschaftlichen Forschung in Österreich“, in: Zeitgeschichte 8, 133–141.



Das Jüdische Museum Wien verfügt über zwei Standorte: in der Dorotheergasse 11 und am Judenplatz 8

Mit Missverständnissen arbeiten

Worauf jüdische Museen wie das in Wien heute achten sollten

Barbara Staudinger

Superjuden. Jüdische Identität im Fußballstadion“ hieß eine Wechselausstellung des Jüdischen Museums Wien in der Dorotheergasse. Eine Ausstellung über jüdische Fußballgeschichte zu machen, ist für ein jüdisches Museum nicht unüblich. Vor einigen Jahren gab es eine Ausstellung über die Hakoah. Und so glaubten zunächst viele, die nur den Titel der Ausstellung kannten, dass es hier um die Fußballsektion des jüdischen Sportklubs gehen sollte. Ein Missverständnis, denn tatsächlich kommt der SC Hakoah nur in der Einleitung der Ausstellung vor. Was von einem jüdischen Museum vielfach erwartet wird und was jüdische Museen meiner Ansicht nach heute leisten sollten, darum soll es im Folgenden gehen.

Museen als Brückenbauer

Die Ausstellung selbst behandelt die mehr oder weniger jüdische Geschichte von fünf Wiener und internationalen Fußballklubs und fragt, ob und wie die Vereine und die Fans diesen jüdischen Hintergrund als Teil ihrer Identität verstehen. Das Ergebnis sind sehr unterschiedliche Geschichten, die von zunächst zögerlicher, in den letzten Jahren aber zunehmender Bewusstwerdung, von kultureller Aneignung, Vermarktung jüdischer Geschichte und Antisemitismus erzählen. Nicht zuletzt zeigen sie, dass jüdische Geschichte nicht nur ein Thema eines „jüdischen Vereins“ wie der Hakoah oder eines „jüdischen Bezirks“ wie der zu Beginn des 20. Jahrhunderts als „Mazzeinsel“ bezeichneten Leopoldstadt ist, sondern dass jüdische Geschichte überall ist, in jede Stadt- oder Vereinsgeschichte verwoben. Jüdische Geschichte ist ein Bestandteil der Stadtgeschichte und nicht bloß „Beitrag“. Dem Vorurteil zu begegnen, Jüdinnen und Juden wären zwar ein Teil der Stadtbevölkerung, von dieser jedoch separiert, ist eine der Aufgaben jüdischer Museen – ebenso wie die Aufgabe, das Klischee, die Ringstraße wäre mehr jüdisch als Favoriten, zu brechen.

Nach 1945 wurden jüdische Museen, die ersten in den 1980er-Jahren, vermehrt aber in den späten 1990er- bis 2000er-Jahren, in Österreich und Deutschland als Erinnerungsorte für eine in der Shoah untergegangene

jüdische Kultur begründet bzw. wiederbegründet. Konzipiert für ein nichtjüdisches Publikum, sollten sie die ehemals jüdische Geschichte der betreffenden Stadt oder Region ebenso vermitteln wie die Grundlagen jüdischer Religion.

Diese Aufgabe hat sich in den letzten zwanzig Jahren in vielerlei Hinsicht geändert, nicht zuletzt, da sich an vielen Orten neue jüdische Gemeinden gebildet oder die bestehenden vergrößert hatten und jüdische Museen sich nicht mehr an ein mehr oder weniger rein nichtjüdisches Publikum richteten, sondern auch ein jüdisches Gegenüber hatten.

Heute verstehen sich jüdische Museen als Brückenbauer nicht nur zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung, sondern zwischen allen unterschiedlichen Kulturen einer Gesellschaft.

« Wer steht hinter der Sammlungsstrategie, welchem Kanon entspricht diese, wer spricht durch die Sammlungen und durch die Ausstellungen, wer schweigt und was wird verschwiegen? »

Museumsdefinition und Pluralität

Eine neue Museumsdefinition des International Council of Museums (ICOM), die zum ersten Mal auch Communities, also einzelne Gemeinschaften, an die sich ein Museum richtet, als Stakeholder inkludiert und Partizipation, also Teilhabe, festschreibt, erfordert in vieler Hinsicht eine Neuorientierung von Museen. Sie ist aber auch Ausdruck einer gewandelten musealen Realität: Heute gibt es nicht mehr nur die klassischen Museen, es gibt Museen ohne Gebäude, es gibt Museen, die manchmal nur eine sehr kleine Sammlung haben, es gibt virtuelle Museen, die nur im Internet existieren.

Auch die Sammel- und Ausstellungspraxis am Museum haben sich geändert: Die bisher nicht hinterfragte Autorität von Museen wurde infrage gestellt. Wer steht hinter der Sammlungsstrategie, welchem Kanon

JEN FONG



Boaz Arad („The Nazis Room“), Baseballschläger des Bear Jew aus „Inglourious Basterds“ und „Endsieger sind dennoch wir“ von Arye Wachsmuth und Sophie Lillie

entspricht diese, wer spricht durch die Sammlungen und durch die Ausstellungen, wer schweigt und was wird verschwiegen? Wer darf für ein Museum sammeln und wer nicht?

Ein Museum, das sich wie alle Museen in ihren Mission Statements an eine pluralistische und diverse Gesellschaft richtet, muss sich diesen Fragen stellen.

Für jüdische Museen bedeutete dies einen Umbruch. Ausstellungen über einen jüdischen Beitrag zu einer nichtjüdischen Kultur, wie sie lange Zeit üblich waren, kamen in den letzten Jahren zunehmend in die Kritik. In jüdischen Museen, dies ist mittlerweile common sense, müssen jüdische Perspektiven im Mittelpunkt stehen, auch wenn diese widersprüchlich sein mögen und vielleicht ein nicht so leicht erklärbares Bild abgeben. Auch kann es nicht sein, dass unterschiedliche kuratorische Stimmen im Museum nicht zugelassen werden. Leider läuft diese Entwicklung, so wie ich es sehe, in den Museen gerade in eine andere Richtung. Getrieben von der Angst vor Fake News und Shitstorms sind Museen heute mehr denn je darauf bedacht, auf allen verschiedenen Ebenen mit einer Stimme zu sprechen. Dies beginnt mit der Kontrolle aller Kommunikation nach außen und endet damit, dass jede Instagram-Story durch die/den Direktor:in freigegeben wird.

Museumsräume und Museumspublikum

Kulturhistorische Museen sind oft in historischen Gebäuden untergebracht. Die Erhabenheit des Musentempels, die sich in diesen Gebäuden widerspiegelt, ist gleichzeitig auch eines der wesentlichsten Probleme von Museen: die Bildungshürde. Denn so sehr kulturhistorische Museen breite Bevölkerungsschichten ansprechen wollen, so sehr ist das reale Publikum meist akademisch gebildet und besteht nicht aus der pluralistischen, diversen Öffentlichkeit, an die sich das Museum richten will.

Bei jüdischen Museen kommt zu dieser Hürde noch eine weitere hinzu: die Vorurteilhürde. Oft sind es nicht antisemitische Vorurteile, sondern Projektionen, die alles Jüdische betreffen, die potenzielle Museumsbesucher:innen davon abhalten, ein jüdisches Museum zu betreten. Nicht unterhalten zu werden, sondern mit Schuld und Trauer konfrontiert zu werden, ein unter Umständen religiöses Museum zu betreten ... Es sind eine Reihe an Vorurteilen und Bildern von oder gegenüber Jüdinnen und Juden, mit denen ein jüdisches Museum nicht nur umgehen, sondern die es auch adressieren muss.

Genau mit diesen Fragen hat sich die Ausstellung „100 Missverständnisse über und unter Juden“ auseinandergesetzt, die bis Juni 2023 im Jüdischen Museum Wien zu sehen war. Die vielbesprochene Ausstellung setzte sich mit Projektionen gegenüber Jüdinnen und Juden bzw. allem Jüdischen auseinander. Ihre breite Akzeptanz belegt, dass jüdische Museen die „Vorurteilhürde“, wie ich es nannte, abbauen können, indem sie genau diese Vorurteile ansprechen. Nicht mit erhobenem Zeigefinger und einer moralischen Überlegenheit, sondern mit einem Augenzwinkern, das die Besucher:innen selbst zum Nachdenken bringt. „Ich habe in der Ausstellung viel nachgedacht über Fremdzuschreibungen, aber auch über meine eigenen Vorurteile“, schrieb mir eine Besucherin. „Man kann sich in der Ausstellung selbst beim Denken zuhören“, berichtete mir ein Guide über die Wahrnehmung eines Wiener Schülers.

Der Schritt hinaus

Eine weitere Aufgabe für kulturhistorische Museen und speziell für jüdische Museen ist nicht nur, die Erwartungen an das spezifische Museum anzusprechen und manchmal auch zu konterkarieren, sondern auch, den Museumsraum zu erweitern und auch den öffentlichen Raum oder auch andere Räume in seine Museumsarbeit miteinzubeziehen. „Outreach“ ist nicht nur ein Modewort, sondern eine Verpflichtung gegenüber der Stadtgesellschaft, sich mit dieser auseinanderzusetzen.

Das Jüdische Museum Wien erarbeitet derzeit mehrere Outreach-Programme, erste kleine Schritte in die Öffentlichkeit wurden bereits umgesetzt, wie eine Intervention an der temporären Kontextualisierung des Denkmals von Karl Lueger oder die Einrichtung einer

Schaufensterausstellung am Standort Dorotheergasse. In Arbeit ist gerade ein Outreach-Projekt, das das Jüdische Museum Wien in die Schulen bringen wird. Damit ist „Outreach“ nicht nur der Schlüssel, um ein anderes, neues Museumspublikum anzusprechen, sondern auch die pluralistische, diverse Stadtgesellschaft zu adressieren, die jedes Museum erreichen möchte.

Genauso wichtig ist es auch für jüdische Museen, ihre Räume in der virtuellen Welt zu erweitern. Längst kommunizieren jüdische Museen auf allen Social-Media-Kanälen und vermitteln darüber ihre Inhalte. Zu dieser Vermittlung gehört auch eine Onlinesammlung, die einem breiten Publikum einen Überblick über die musealen Inhalte des Museums gibt. Sammlungs-

« Dem Vorurteil zu begegnen, Jüdinnen und Juden wären zwar ein Teil der Stadtbevölkerung, von dieser jedoch separiert, ist eine der Aufgaben jüdischer Museen, ebenso wie die Aufgabe, das Klischee, die Ringstraße wäre mehr jüdisch als Favoriten, zu brechen »

digitalisierung und Aufbau einer Onlinesammlung sind aufwendige Unterfangen, vor allem auch in finanzieller Hinsicht. Mit Hilfe von Drittmitteln konnte jetzt die finanzielle Basis für die Onlinesammlung des Jüdischen Museums Wien geschaffen werden, die 2024 schrittweise online gehen wird.

Relevanz und Ausstellungen

Ausstellungen, die der Bedeutung, die Museen haben können, gerecht werden, greifen Fragen auf, die unsere Gesellschaft heute beschäftigen. Das heißt nicht, dass historische Inhalte nicht Gegenstand von Ausstellungen sein können, aber die Fragestellung sollte gesellschaftspolitische Gegenwart aufgreifen. Jüdische Geschichte in einem modernen Museum des 21. Jahrhunderts ist daher kein nostalgischer Rückblick, sondern eine Auseinandersetzung mit Themen über Inklusion und Ausgrenzung, Antisemitismus und Deradikalisierung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Gesellschaftliche Relevanz zu haben ist heute essenziell für Museen, umso mehr für jüdische Museen. In einer immer weiter polarisierenden Gesellschaft kommt Kulturinstitutionen eine besondere Bedeutung zu – als Institutionen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und gewährleisten wollen und sollen.

Als Museen einer historischen und gegenwärtigen Minderheit können dies insbesondere jüdische Museen, indem sie andere Perspektiven auf die Geschichte eröffnen, indem sie andere Stimmen sprechen lassen, indem sie der großen Erzählung, wie sie auch heute noch häufig präsentiert wird, andere, oft verschwiegene Geschichten

hinzufügen und dadurch über den Tellerrand schauen lassen. In einer Zeit des erstarkenden Nationalismus kann jüdische Geschichte eine Perspektive auf eine internationale Geschichte eröffnen, kann partikularistischen Bestrebungen universalistische Antworten entgegensetzen.

Jüdische Museen sind damit ein Ort des Perspektivenwechsels, eine Chance des Hinterfragens bisher nicht hinterfragter Annahmen, eine Möglichkeit, andere und vielleicht auch neue Fragen zu stellen, und der Beweis, dass Geschichte nur aus unterschiedlichen Perspektiven vieler erzählt werden kann. In der Ausstellung „Superjuden. Jüdische Identität im Fußballstadion“ wird davon einiges eingelöst, denn sie zeigt, dass jüdische Geschichte nicht ein wie immer geartetes „Nischenprogramm“ ist, sondern dass jüdische Geschichte überall ist, es kommt nur auf die Fragestellung an.

Das Ausstellungsprogramm und alle Aktivitäten des Jüdischen Museums Wien werden sich auch in den nächsten Jahren damit beschäftigen, der gesellschaftlichen Relevanz, die das Jüdische Museum für sich einfordert, auch gerecht zu werden. „Frieden“ nennt sich eine Ausstellung. In einer Zeit kriegerischer Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Gaza ist es umso wichtiger, darüber nachzudenken, was Frieden bedeutet und wie dieser hergestellt werden kann.

Ein relevantes jüdisches Museum nimmt seine Aufgabe nicht nur ernst, sondern beleuchtet sich auch selbst kritisch. Denn nur in einem selbstreflexiven Ansatz kann es auch glaubwürdig sein. Angesichts des dramatisch ansteigenden Antisemitismus und der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung kommt jüdischen Museen eine ganz besondere gesellschaftliche Aufgabe zu – eine Aufgabe, der wir uns heute und in der Zukunft widmen.



Unterschiedliche Exponate der Ausstellung „Missverständnisse“ im Jüdischen Museum Wien



« Wie wären wir nach all dem, was im zwanzigsten Jahrhundert geschehen ist, wieder aufgestanden, wenn es nicht auch diese Geschichten von Menschen gäbe, die zumindest taten, was sie konnten? »

Yifat Mehl im Beitrag von Itay Mashiach auf S. 46



DAVID BACHAR: ABDRUCK MIT FREUNDLICHER GENEHMIGUNG VON HAARETZ.COM

STEFAN KNITTEL, NURTH WAGNER-STAUSS, REINHÖHL&REINHÖHL, GERALD MUTHSAM, SOPHIA LINDSEY, NINI TSCHAVOLL

Kapitel 3

Wenn nicht jetzt, wann?



Alexia Weiss ist Journalistin und Autorin. Sie schreibt für Medien und für das Magazin *Wina* und bloggt auf *wiener.zeitung.at* wöchentlich zum Thema „Jüdisch leben“. 2023 erschien ihr Buch „Zerschlagt das Schulsystem und baut es wieder auf!“.



Emanuel Salvarani ist freier Journalist in Wien, war unter anderem für Radio Orange und Radio Wien tätig.



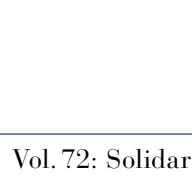
Gerlinde Kreuzeder hat bis zu ihrer Pensionierung 2023 als Krankenpflegerin in einer psychiatrischen Anstalt gearbeitet.



Stella Schuhmacher ist gebürtige Salzburgerin und lebt seit über zwanzig Jahren in den USA. Sie hat für die UNO, die UNICEF und die Weltbank im Bereich Kinderschutz und Frauenrechte gearbeitet. Sie schreibt mit einem Fokus auf Holocaustüberlebende und jüdisches Leben in New York.



Evelyn Böhmer-Laufer ist Psychotherapeutin in Wien. Mit ihrem Mann **Ronny Böhmer** hat sie im Sommer 2004 das Project *Peacecamp* ins Leben gerufen, das jüdische und arabische Jugendliche aus Israel mit Schüler:innen aus Wien und Budapest zusammenführt.



Lilly Maier ist Historikerin und Autorin. In ihrer Arbeit widmet sie sich v. a. der Rettung von jüdischen Kindern während der Shoah. Sie spricht regelmäßig in Schulen und liest aus ihren Büchern.



Christian Schüller, Journalist und Buchautor. Hat als Korrespondent in den USA, Lateinamerika, in der Sowjetunion, der Türkei und im Iran gearbeitet und in Wien die TV-Reportagensendung „Am Schauplatz“ geleitet. Von ihm sind zwei Reportagen-Bücher erschienen: *Unter Außenseitern* (2010) und *Die Frau, die gegen den Strom schwamm* (2023).



Wenn nicht jetzt, wann?

ואם לא עכשיו, אימת

Rabbi Hillel, Sprüche der Väter (Pirke Avot/hebr. פרקי אבות)

Was, wenn das Fundament nicht passt?

Das Schulsystem braucht dringend einen Totalumbau, soll es gewährleisten, was derzeit so gar nicht gelingen mag: Chancengleichheit für alle Kinder

Alexia Weiss

Diskussionen werden abgewürgt

Der 9. Oktober 2023, ein Montag, war kein Schultag wie jeder andere. Manche Lehrperson hatte da vom massiven Attentat der Hamas in Israel am Samstag zuvor mit über 1.200 Ermordeten wenn überhaupt nur rudimentär in den Nachrichten gehört. Wie viele andere nicht so politaffine Erwachsene auch mag sich da der eine oder die andere gedacht haben: Wieder einmal eine Eskalation des Nahost-Konflikts. Weit weg. Nichts, was meinen Unterricht tangiert. Aber auch jene Lehrer und Lehrerinnen, die politikinteressiert sind, waren teils überrascht, was sie nach diesem Wochenende erwartete.

Vielen Kindern und Jugendlichen hatte es da bereits seit Samstag via TikTok unzählige Videoclips auf ihre Smartphones gespült. Teils zeigten sie Aufnahmen von Morden, von Toten, Bilder, die traumatisieren, verunsichern, über die geredet gehört. Teils lieferten sie die propagandistische Untermalung und Rechtfertigung für die Verbrechen der Hamas, Stichworte „Freiheitskampf“, „Freiultgefangnis Gaza“.

Das macht etwas mit Schülern und Schülerinnen, die keine Printzeitungen mehr lesen, die keine TV-Nachrichten, weder im ORF noch im Privatfernsehen, anschauen. Da wird der Gerechtigkeitssinn angesprochen, da wird massiv Mitleid und damit auch Verständnis für die Morde erzeugt, insbesondere wenn es sich um Kinder handelt, deren Religionsbekenntnis der Islam ist („Palästinenser sind unsere Brüder!“), aber nicht nur.

Da saßen in vielen Klassen vor allem in Mittelschulen, Gymnasien und berufsbildenden höheren Schulen Kinder und Jugendliche mit massivem Redebedarf (im besten Fall) oder aber auch mit Aggressionen (im schlechteren Fall). Und viele Lehrpersonen waren überfordert. Das führte dann dazu, dass das Thema abgewürgt und darauf gepocht wurde, den Stoff, der am Lehrplan steht, durchzunehmen.

Manche Lehrperson ließ eine Debatte zu – und merkte, dass sie der Position mancher Schüler und

Schülerinnen, die die Ansicht vertraten, das Vorgehen der Hamas sei angesichts der Situation von Palästinenser:innen in Gaza eh ganz o. k., wenig entgegenzusetzen hatten. Nicht jeder Deutschlehrer, nicht jede Englisch-, Biologie-, Mathematiklehrerin ist seiner- oder ihrerseits ad hoc sattelfest, wenn es um die Vorgeschichte des Nahost-Konflikts geht. Und hier ist auch niemandem ein Vorwurf zu machen. Darüber hinaus, aber dazu später mehr: Ist es in so einer Akutsituation überhaupt sinnvoll, mit Fakten zu kontern?

Wenn solche Debatten in offenen Antisemitismus münden, dann sind Lehrpersonen allerdings dringend gefragt. Und genau das passierte, spätestens ein paar Tage darauf, nachdem ein Krankenhaus in Gaza einen Angriff mit Toten vermeldete. Israel habe das Spital attackiert, hieß es sofort, und dann war da kein Halten mehr. Dass dies kurze Zeit später entkräftet und nachgewiesen werden konnte, dass hier eine Rakete der Hamas fehlgeleitet wurde? Egal. In der TikTok-Welt war das Urteil bereits gefällt.

Und da war er wieder, der Slogan „Kindermörder Israel“, fortan auch bei propalästinensischen Kundgebungen regelmäßig auf dem Stephansplatz in Wien zu hören.

Kampfplatz Klassenzimmer

In mancher Klasse ohne jüdische Schüler und Schülerinnen wurde Antisemitismus offen artikuliert. An den wenigen, meist Wiener Schulen, die auch vereinzelt von jüdischen Kindern und Jugendlichen besucht werden, mehrten sich Fälle direkter Beschimpfungen oder sogar Bedrohungen. Nein, kein Massenphänomen, dazu ist die jüdische Community zu klein, einerseits. Andererseits besucht das Gros der jüdischen Kids eine der jüdischen Schulen. Die Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien erhielt aber diesbezügliche Meldungen von jüdischen Familien, deren Kinder eine öffentliche oder auch private nichtjüdische Schule besuchen. Aus Datenschutzgründen und um



Neue Mittelschule in der Plankenmaissstraße im 22. Bezirk: Auch hier passieren Suspendierungen nach Gewaltdelikten

Betroffene nicht irgendwie in eine größere (mediale) Öffentlichkeit zu ziehen, hält man sich hier mit konkreten Auskünften allerdings sehr bedeckt.

Der Befund ist dennoch mehr als unerquicklich. Plötzlich gerieten hier jüdische Kinder und Jugendliche von einem Tag auf den anderen in eine Situation, in der sie sich einer weit größeren Anzahl von muslimischen Mitschülern und Mitschülerinnen gegenübersehen, die ihrerseits teils den vermeintlichen Gerechtigkeitskampf auch auf jene übertrugen, die keiner der beiden Religionen angehörten. Da waren sie dann wieder, die antisemitischen Vorurteile, die offenbar nicht wegzubekommen sind, die sich dann je nach Weltanschauung mit Kapitalismuskritik und Kolonialismuskritik vermischen.

Jüdische Jugendliche waren damit aber nicht nur im Klassenzimmer, sondern massiv auch in Social Media konfrontiert, wobei die Grenzen verschwimmen: Kommunikation findet in dieser Generation in der Freizeit eher über WhatsApp, Instagram und Co. als face to face oder übers Telefon statt. Und wenn der Klassenkollege ein antisemitisches Pro-Hamas-Meme nach dem anderen postet, in welche Kategorie fällt das dann? Was macht das am nächsten Tag für eine Stimmung beim Pausengespräch? Gestern Abend wolltest du mich (stellvertretend für alle Juden und Jüdinnen) noch tot sehen, heute bittest du mich um Hilfe bei einer Hausübung? Da braucht es schon sehr viel Selbstverleugnung, damit sich das ausgeht.

Machtlos gegen Extremismus

Stichwort Social Media: Da fühlen sich viele Schulen nicht zuständig. Wird etwas Übergriffiges im Klassenzimmer artikuliert, besteht Handlungsbedarf. Social-Media-Aktivitäten aber fallen unter Freizeit. Dass hier Kinder aneinandergeraten, die einander ohne ihre gemeinsame Klassenzugehörigkeit gar nicht kennen würden, wird dabei außer Acht gelassen.

Zum Thema Nahost-Konflikt trudelte dann aber doch langsam Unterrichtsmaterial herein: vom Bildungsministerium, von einzelnen Bildungsdirektionen. Und als dann doch die Zunahme von Antisemitismus an Schulen medial erörtert wurde, da war er wieder, der Zuruf der Politik: Hier muss gegengesteuert werden! Wie gut kann das aber gelingen, wenn Lehrpersonen hier nicht firm sind? Reichen da ein paar Seiten Handout? Ein paar Landkarten, die die Entwicklung der Grenzen Israels und der Palästinensergebiete seit 1948 aufzeigen?

Eher nicht. Die Karten, vielerorts dann hervorgezaubert, erwiesen sich übrigens als eher kontraproduktiv. Die Palästinensergebiete werden hier über die Jahre kleiner – inwiefern soll das den Schülern und Schülerinnen etwas erklären, wenn es nicht mit profundem historischem Wissen, vom Jom-Kippur-Krieg bis zum Oslo-Friedensprozess, unterfüttert wird? Dazu kommt, wie mir der Extremismusexperte Andreas Peham vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands



Wenn Schüler:innen Fragen haben, klemmen sie eine Klammer an ein Seil an der Tafel. So weiß die Lehrkraft, dass sie angesprochen werden wollen

(DÖW) in einem Interview erklärte, dass man in so aufgeheizten Akutsituationen mit Fakten bei Jugendlichen ohnehin nichts erreichen kann. Da gehe es vielmehr darum, die allgemeine Stimmung zu beruhigen und die Jugendlichen persönlich abzuholen. Da bringe es etwa mehr, Burschen, die aggressiv und bereits auch extremistisch auffielen, über die Risiken aufzuklären, die sie eingehen, wenn sie sich etwa zu Gewalt hinreißen lassen. Da mache Aufklärung über die strafrechtliche Situation, über die möglichen persönlichen Folgen für den Einzelnen Sinn. Inhaltlich arbeiten könne man erst wieder, wenn sich die Situation insgesamt etwas abgekühlt, der akute Konflikt beruhigt habe.

Was Peham aber auch anmerkt: Extremismusprävention sei eben Prävention. Wenn der Antisemitismus steige und sich das auch an Schulen bemerkbar mache, sei er wieder da, der Ruf nach raschen Lösungen, nach rasch zur Verfügung stehenden Fortbildungsangeboten für Lehrpersonen. Diese Arbeit werde aber außerhalb von Krisenzeiten gemacht. Und da erzählt Peham durchaus kritisch: In den vergangenen Jahren seien entsprechende Lehrveranstaltungen, die er an einer Pädagogischen Hochschule angeboten habe, mangels Interesse nicht zustande gekommen. Er plädiert daher dafür, dass sich hier Lehrer und Lehrerinnen eben auch abseits akuter Krisen weiterbilden.

Stichwort Krise: Immer wieder zeigt sich das System Schule hier überfordert. Covid-Pandemie, Ukraine-Krieg, Energieknappheit und -teuerung, Inflation, Temperaturrekorde im Sommer: Viel prasselte da in den vergangenen Jahren auf uns alle ein. Schule tut aber teils immer noch so, als ob es einfach nur darum gehe, den

vorgesehenen Lehrplan zu vermitteln – und that's it. Dabei ist gerade Schule der Ort, wo Zukunft gemacht wird oder gemacht werden sollte. Hier sollen Kinder und Jugendliche im Idealfall das Rüstzeug erhalten, um ihr Leben gut bestreiten zu können. Aber auch das gelingt der Schule nicht.

Chancengleichheit? Nicht genügend!

Wie ich das meine? Seit mittlerweile Jahrzehnten untermauert eine Studie nach der anderen, dass Österreich es nicht schafft, Chancengerechtigkeit im Bildungssystem zu erreichen. Bildung wird vererbt. Wer Eltern hat, die einen schulisch unterstützen können, hat bessere Karten. Dabei geht es auch um den ökonomischen Background: Nachhilfe ist ein für viele Familien unerschwingliches Gut. Sie wird aber dringend gebraucht: Da ist einerseits die Dauerbaustelle Mathematik, da ist auf der anderen Seite sprachlicher Unterstützungsbedarf für jene, deren Familiensprache nicht Deutsch ist.

Bis heute schafft es das System Schule nicht, hier entsprechende Förderangebote für alle, die dies brauchen, anzubieten. Mehr noch: Bis heute geht das System Schule mehrheitlich davon aus, dass das Lesetraining in der Volksschule zu Hause erfolgt. Ausnahme sind hier Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht, also abwechselnden Unterrichts-, Übungs- und Freizeiteinheiten vormittags und nachmittags. Gerade sinnerfassendes Lesen ist es, was so dringend gebraucht wird. Ohne diese Kulturtechnik zu beherrschen, ist es schwer, ein Referat vorzubereiten, eine Textaufgabe in Mathematik zu lösen, geschweige denn selbst gute Texte zu verfassen.

« Gestern wolltest du mich, stellvertretend für alle Juden und Jüdinnen, noch tot sehen, heute bittest du mich um Hilfe bei einer Hausübung? Es braucht schon sehr viel Selbstverleugnung, damit sich das auslegt »

Vergangen Dezember wurden die Ergebnisse der PISA-Studie von 2022 veröffentlicht. Welcher Befund ergab sich aus diesem OECD-Vergleich für Österreich? Dass der sozioökonomische Status (also Bildung und Beruf der Eltern sowie materieller Wohlstand) hierzulande viel Einfluss auf die Leistungen von Schülern und Schülerinnen hat. Getestet wurden 15- und 16-Jährige, und zwar in Mathematik, Lesen, Naturwissenschaft. Die Jugendlichen aus dem Viertel mit dem höchsten sozioökonomischen Status haben im Schwerpunktfach Mathematik um 106 Punkte mehr erreicht als jene aus dem niedrigsten Viertel.

Besonders trifft das Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das sind mittlerweile österreichweit 27 Prozent der Schüler und Schülerinnen. Im urbanen Raum

PICTUREDESK/ GILBERT NOVY



★★★★
HOTEL STEFANIE
WIEN



400 Jahre Tradition im ältesten Hotel von Wien



SCHICK HOTELS -
WIENS CHARMANTE
PRIVATHOTELS

Österreichische Gastlichkeit ist seit jeher eine lang gehegte Tradition im Hotel Stefanie, dem ältesten Hotel Wiens. Rückwirkend bis ins Jahr 1600 finden sich Aufzeichnungen über eine Gastwirtschaft auf der Taborstraße 12.

Schon seit über 130 Jahren befindet sich das Traditionshotel im Besitz der Familie Schick, die es sich zur Verpflichtung gemacht hat, diese Tradition zu wahren und ganz im Sinne von „Wiens charmante Privathotels“ weiterzuführen.

Der Geist vergangener Tage trifft hier auf moderne Annehmlichkeiten. Im Mittelpunkt des Hotellebens steht der Gast, so dass er sich rundum betreut und immer herzlich willkommen fühlt. Rücksicht auf spezielle Wünsche und religiöse Gebote sind eine Selbstverständlichkeit.

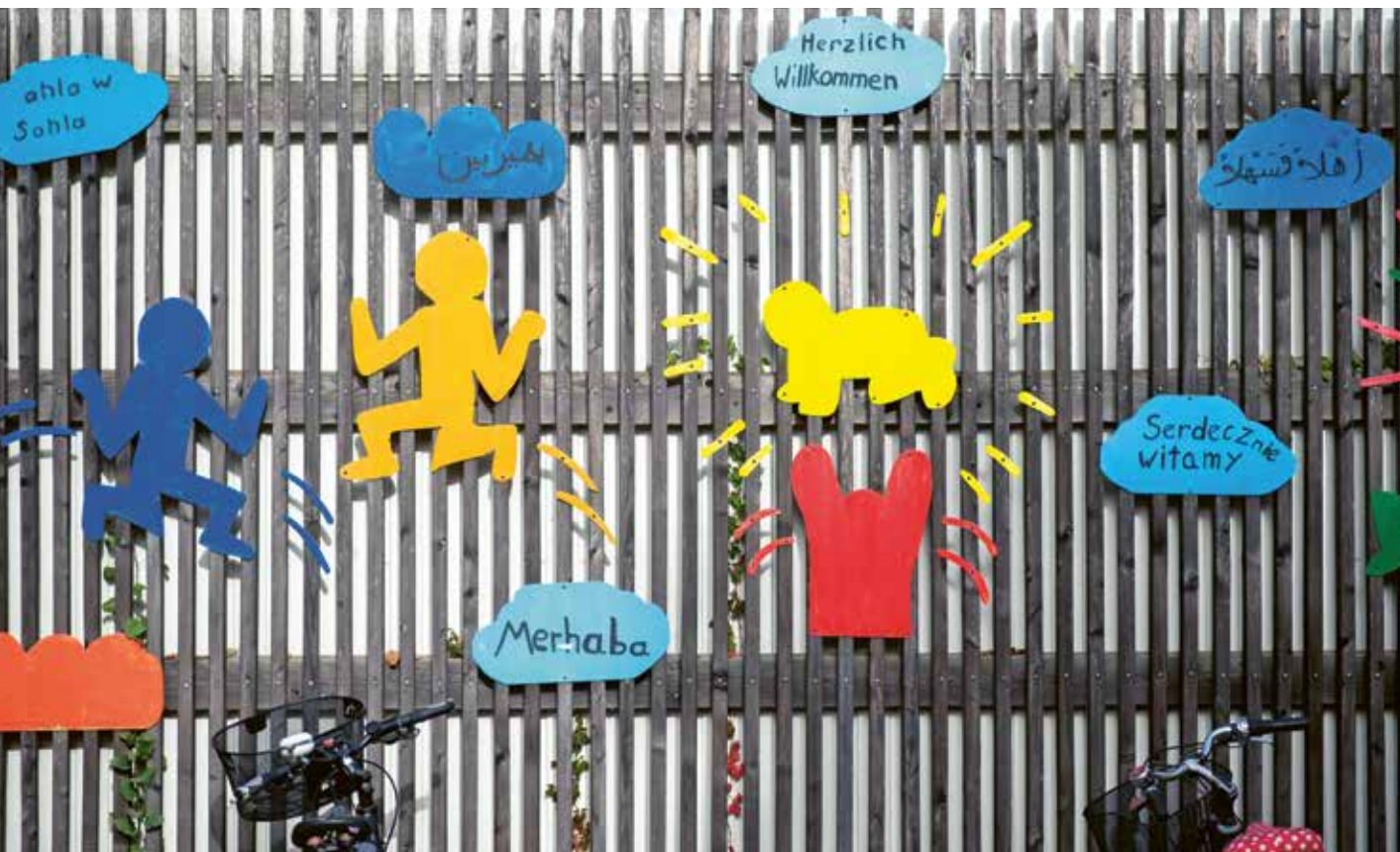
Gerne servieren wir Ihnen auf Wunsch ein koscheres Frühstück.

Der unterteilbare, klimatisierte Festsaal des Restaurant Stefanie ist ideal um Ihre Bar Mizwa-Feier oder Ihre Hochzeit zu arrangieren.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch im

HOTEL STEFANIE

1020 Wien, Taborstraße 12
Tel. +43 (1) 211 50-0, Fax +43 (1) 211 50-160
E-Mail: stefanie@schick-hotels.com
www.hotelstefanie.wien



Verschiedene Nationen und unterschiedliche Konfessionen sind an den Schulen Alltag

und vor allem in Wien ist ihr Anteil entsprechend höher, hier gibt es Klassen, in denen ausschließlich Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache sitzen. In der PISA-Studie zeigte sich, dass sie im Vergleich zu autochthonen Gleichaltrigen Rückstände von zwei bis drei Lernjahren aufweisen. 63 Prozent der in der PISA-Studie erfassten Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund wurden allerdings in Österreich geboren. Und nur sieben Prozent waren bei ihrer Ankunft in Österreich älter als zwölf Jahre.

Schule als soziales Ghetto

Aber auch aus einer anderen Perspektive zeigt sich, wie schwierig es für migrantische Kinder ist, Schule erfolgreich zu absolvieren. Das Institut für Höhere Studien (IHS) sah sich Zahlen zu Bildungslaufbahnen an. Etwas mehr als ein Drittel aller Kinder wechselt nach der Volksschule an eine AHS, etwas weniger als zwei Drittel besuchen eine Mittelschule. Hier gibt es zwar ein deutliches Stadt-Land-Gefälle, doch Kinder mit einer anderen Familiensprache als Deutsch landen eher in der Mittelschule als in einem Gymnasium. Haben sie es aber geschafft, eine AHS zu besuchen, halten sie oft nicht bis zur Matura durch. Laut IHS scheiden knapp 42 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Abschluss aus der Schule aus – bei Schülern und Schüle-

rinnen ohne ausländische Wurzeln beträgt die Drop-out-Rate 23 Prozent.

Gleichzeitig sind migrantische Kinder in Sonderschulen überrepräsentiert. Ihre Zahl ist um nahezu fünfzig Prozent höher, als sie entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung sein sollte. Dazu kommt, dass diese Schulform gar nicht für Schüler und Schülerinnen gedacht ist, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen.

Unterm Strich kann man sagen: Hier wachsen Menschen heran, denen von klein auf vermittelt wird, dass sie nichts können, dass sie keine Zukunft haben. Gleichzeitig mehren sich Berichte über eine zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen und auch über Gewaltausbrüche in Klassen. Das ergibt mit dem massiven Mangel an Lehrpersonen eine gefährliche Mischung.

Und trotz des immer wiederkehrenden Befunds, dass Bildung in Österreich vererbt wird, hält die ÖVP, die in der Regierung für Bildung verantwortlich ist, am derzeitigen Schulsystem fest. Die flächendeckende Ganztagschule wird abgelehnt und an dem zweigleisigen System von AHS und Mittelschule ab dem Alter von zehn Jahren festgehalten. Wer das Wort Gesamtschule in den Mund nimmt, wird einer angestrebten Nivellierung nach unten bezichtigt.

Was dabei übersehen wird: Eine Förderung besonders guter Schüler und Schülerinnen findet auch im

derzeitigen System meist kaum statt. Die Nivellierung nach unten betrifft dagegen jetzt schon viele – eben vor allem migrantische – Kinder. Ihnen werden nämlich von Beginn an kaum Chancen eingeräumt.

Unaufholbare Defizite

Gegenkonzepte liegen seit Jahren auf dem Tisch, Schulversuche haben gezeigt, dass die Gesamtschule auch in Österreich funktionieren würde. Eine der prononciertesten Kämpferinnen für den Umbau der österreichischen Schullandschaft ist Heidi Schrod, frühere Lehrerin und AHS-Direktorin in Wien, heute ist sie Vorsitzende der Initiative BildungGrenzenlos und Mitglied im Wiener Integrationsrat. Sie plädiert für aufsuchende Familienarbeit von Geburt an, wie es sie in skandinavischen Ländern wie Finnland und Norwegen gebe. So kann rasch Förderung für Kinder angeboten werden, wenn es Bedarf gebe. Denn Bildungsrückstände seien in Österreich schon enorm, wenn die Kinder im Alter von sechs Jahren in die Schule eintreten. Die Volksschule könne in ihrer derzeitigen Konzeption diese Defizite allerdings nicht mehr ausgleichen. Durch die Teilung in AHS und Mittelschule werde die Bildungsungleichheit nur noch weiter verstärkt.

Eine gemeinsame Schule für alle mit innerer Differenzierung könnte dagegen jedem Kind das zur Verfügung stellen, was es brauche, um sich ideal zu entwickeln. Für den einen sei das zusätzlicher Deutschunterricht, für die andere massive Bewegungsangebote. All das wäre in einer Ganztagschule besser zu bewerkstelligen. Was zudem dringend nötig wäre, sei, viele andere Professionen an die Schulen zu holen.

„Eine Lehrkraft kann nicht für 25 Kinder, manchmal sogar mehr, einen Unterricht gestalten, wie er heutzutage State of the Art sein sollte. Zusätzlich mangelt es an sogenanntem Unterstützungspersonal – ich sage sogenannte Fachkräfte, also Schulpsychologen und -psychologinnen, Förderlehrkräfte, Sozialarbeiter und -arbeiterinnen, in manchen Ländern gibt es auch Nurses, also Pflegekräfte. Da sind wir im OECD-Vergleich auf den letzten Plätzen“, so Schrod.

Es brauche zwar nicht jede Schule die gleiche Anzahl an Unterstützungskräften, aber gerade Schulen und Kindergärten mit Kindern, die aus Elternhäusern kämen, die sehr benachteiligt seien, sowie mit Quereinsteigenden, also geflüchteten und migrantischen Kindern, die quer ins Schulsystem einsteigen, müssten viel mehr Ressourcen erhalten. „Und so lange das nicht flächendeckend passiert, können Lehrpersonen noch so gut und engagiert arbeiten, sie können das nicht schaffen.“

Demokratie? Nicht genügend!

Womit wir wieder beim Anfang und dem nach dem 7. Oktober auch in der Schule aufgepoppten Anti-

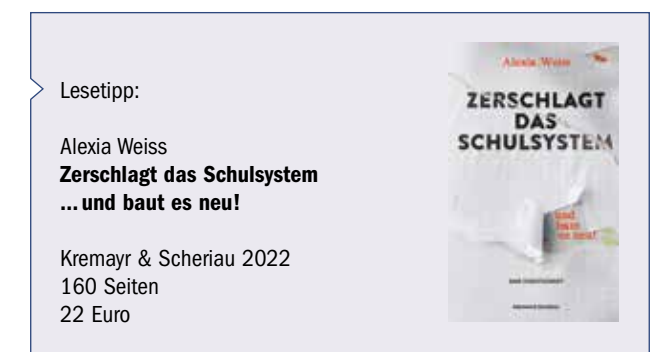
semitismus sind. Bildungsminister Martin Polaschek meinte dazu Anfang Dezember im Nationalrat, die gesamte Arbeit zum Thema Antisemitismus in den Schulen müsse neu gedacht werden. Die Art und Weise, wie hier bisher unterrichtet worden sei, müsse hinterfragt werden. Das betreffe auch das Thema Demokratiebildung. Es sei bereits eine Arbeitsgruppe mit Experten und Expertinnen eingerichtet worden.

Das ist ein bisschen ein Déjà-vu. Wann immer ein Problem dieser Art aufkommt, wird auf das bestehende Schulsystem noch etwas aufgepfropft, Stichwort Digitalisierung und Covid-Pandemie. Das schaffen jene Menschen, welche die Schule tragen – Direktorinnen und Direktoren sowie Lehrpersonal – aber nicht mehr. Um für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gewappnet zu sein, braucht es eine fitte, eine heutige Schule. Es braucht ein völliges Neuaufsetzen des Schulsystems.

« Hier wachsen Menschen heran, denen von klein auf vermittelt wird, dass sie nichts können und keine Zukunft haben. Gleichzeitig mehren sich Berichte über eine zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen und auch über Gewaltausbrüche in Klassen »

Schule ist das Fundament der Gesellschaft. Was hier bearbeitet wird, schafft später weniger Probleme, Stichwort Radikalisierung. Sie ist aber auch Fundament des Lebens jedes Einzelnen. Die absolvierte Bildung entscheidet stark über Erfolg oder Nichterfolg im Berufsleben, über ein Leben am Existenzminimum oder eben nicht, über Teilhabe an der Gesellschaft. Und als diese Gesellschaft können wir es uns weder leisten, zuzuschauen, wie Jugendliche in Gewalt abrutschen, noch, wie fast ein Drittel der Kinder, weil sie Migrationshintergrund haben, keine Bildungschancen erhält. All das geht Hand in Hand.

PICTURESK/ HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH



Starthilfe ins Leben

Wie Erwachsene im Verein FREI.Spiel sich benachteiligter Jugendlicher annehmen

Emanuel Salvarani

Anderen etwas zurückgeben wollen“

„Ich will etwas zurückgeben“, fällt Wolfgang Köppl ein, wenn man ihn fragt, warum er als pensionierter Manager regelmäßig in die Schule geht, um Kindern beim Mathematiklernen zu helfen. Einmal die Woche besucht er die Volksschule Koppstraße II und erledigt dort mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam die Rechenaufgaben.

Das Feedback ist von allen Beteiligten durchwegs positiv. Denn gerade Kinder, die von zu Hause nicht die notwendige Unterstützung bekommen, profitieren von Wolfgang's Hilfe. Er selbst muss schmunzeln, wenn er davon erzählt, denn während seiner eigenen Schulzeit habe er sich in Mathematik auch schwergetan. „Das habe sich dann in der Studienzeit jedoch gebessert“, scherzt er.

Wolfgang Köppl engagiert sich für den Verein FREI.Spiel. Wie er besuchen etwa 160 aktive FREI.Spieler:innen regelmäßig Schulklassen und Horte. Sie lernen, spielen oder hören auch einfach nur zu, wenn Kinder erzählen, was ihnen am Herzen liegt. Dadurch sollen sich ihre Chancen verbessern.



Elisabeth Wense war bis zur Pensionierung im Gesundheitsbereich tätig. Jetzt ist sie „FREI.Spielerin“

Während seiner Zeit als Manager für einen Medizintechnikkonzern war er für etwa 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem in Zentral- und Osteuropa, zuständig. Da bringt ihn eine Schulklasse mit etwa 23 Schülerinnen und Schülern nicht so schnell aus der Ruhe. Bildung sei ihm immer ein Anliegen gewesen, sagt er. Jetzt hat er auch Zeit, sich persönlich dafür einzusetzen. Schließlich habe er während der Ära Kreisky auch selbst von bildungspolitischen Reformen wie der Schülerfreifahrt oder dem Gratisschulbuch profitiert. Verbesserungen dieser Größenordnung würde er sich auch heute wieder mehr wünschen.

„Früher hat es in der Schule kaum die Möglichkeit gegeben, nicht mitzutun. Das ist heute anders.“ Die Bereitschaft der Kinder, am Unterricht aktiv teilzunehmen, sei deutlich gesunken, beobachtet er. Über die Gründe für diese Entwicklung kann Wolfgang nur spekulieren. „Es sind wahrscheinlich einfach zu große Klassen, es gibt zu wenig Personal und zu wenig Zeit, um auf individuelle Probleme einzugehen.“ Auch die Sprache zählt er zu den Problemen. „Wenn es an den Deutschkenntnissen mangelt, ist es schwerer, auch in anderen Fächern – wie Mathematik in meinem Fall – zu helfen.“

Dabei sollte es keine Rolle spielen, woher ein Kind kommt oder welche Sprache es spricht. Es seien nicht nur die Schulen und die Bildungspolitik in die Verantwortung zu nehmen. Auch das Elternhaus trage einen erheblichen Anteil zum schulischen Erfolg der Kinder bei. Da das jedoch oft aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich ist, brauche es Organisationen wie FREI.Spiel, so der gebürtige Mühlviertler.

Ehrenamtlichkeit ist bei Wolfgang in der ganzen Familie ein großes Thema. Seine Frau lernt ebenfalls ehrenamtlich mit Kindern und Jugendlichen. Sein Bruder ist schon länger bei FREI.Spiel aktiv, und über ihn hat auch Wolfgang dahin gefunden.

Nicht nur auf sich selbst schauen

„Ich kann doch nicht nur auf mich schauen“, sagt Elisabeth Wense. Das ziehe sich seit ihrer Kindheit wie ein roter Faden durch ihr Leben. Als sechstes von acht Kindern lernt die Steirerin schnell, sich nicht nur um sich selbst, sondern auch um ihre Geschwister zu kümmern.

STEFAN KNITTEL



Mathematik mit Wolfgang Köppl macht Spaß. Bevor er zu FREI.Spiel kam, war er Manager bei einem Technikkonzern



Barbara Schmid hilft, weil sie es selbst nicht immer leicht hatte. Zweimal wöchentlich kommt sie in die Volksschule

STEFAN KNITTEL

„Frauen müssen eine Ausbildung machen“, lautete das Motto ihrer Mutter. Davon geprägt und darin bestärkt, entschließt sich Elisabeth, mit 16 Jahren nach Wien zu gehen und die Ausbildung zur Krankenpflegerin zu beginnen. Anschließend folgt eine Weiterbildung zur Intensivpflegerin.

Bis zu ihrer Pension arbeitet Elisabeth in verschiedenen Wiener Spitälern als Krankenpflegerin, Oberschwester und als stellvertretende Direktionsleiterin. Während ihrer Berufslaufbahn steht für sie eines immer an oberster Stelle: die Menschlichkeit. Die bringt sie seit beinahe zehn Jahren auch ehrenamtlich beim Verein FREI.Spiel ein. Für eine Tätigkeit bei FREI.Spiel hat sie sich aufgrund des niederschweligen Eintritts und eines großen Fortbildungsangebots entschieden. Dazu zählen etwa regelmäßige Supervision und Schulungen.

Momentan kommt Elisabeth einmal die Woche für zwei bis drei Stunden in einen Hort in der Stranitzkygasse im zwölften Bezirk. Für sie war von Anfang an klar, dass sie sich auch während ihrer Pension weiter sozial engagieren möchte. Dass ihre Tätigkeit etwas mit Kindern zu tun haben soll, war ebenfalls rasch klar. „Denn Kinder sind unsere Zukunft“, sagt die ehemalige Krankenpflegerin. Besonders die Jüngsten haben es ihr angetan, denn gerade

« Schließlich habe er während der Ära Kreisky auch selbst von bildungspolitischen Reformen wie der Schülerfreifahrt oder dem Gratisschulbuch profitiert. Verbesserungen dieser Größenordnung würde er sich auch heute wieder mehr wünschen »

sie brauchen viel Aufmerksamkeit und emotionale Bindung. Bei ihren wöchentlichen Besuchen baut Elisabeth diese mit etwa zwanzig Kindern auf, indem sie gemeinsam mit ihnen liest, lernt, spielt oder bastelt. Dabei versucht sie ihnen beizubringen, sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen. Denn schließlich hat jede und jeder andere Stärken, mit denen man einander helfen kann.

Was ihr an den gemeinsamen Nachmittagen besondere Freude bereitet, ist der Sitzkreis am Ende des Tages. Dabei werden Themen besprochen, die für ein gutes Miteinander wichtig sind. Zum Beispiel „Nein sagen“ oder „Grenzen setzen“. So lernen die Kinder von klein auf einen respektvollen Umgang mit anderen Menschen. Dabei setzt Elisabeth auf „einen Kontakt auf Augenhöhe. Die Kinder sind alle kreativ, motiviert und saugen alles wie ein Schwamm auf, man muss nur das Umfeld dafür schaffen.“

Elisabeth hat für FREI.Spiel schon in mehreren Horten gearbeitet. Eine wesentliche Rolle spielt für sie die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen sowie der Hortleitung. Denn es mache für die Kinder einen

großen Unterschied, ob sie lediglich beaufsichtigt oder aber angeleitet und gehört werden. Auch eine den Kindern und ihren Tätigkeiten entsprechende Raumaufteilung hält die FREI.Spielerin für wichtig, damit sie sich gut entwickeln können. „Es kann nicht funktionieren, wenn in einem Raum gleichzeitig gelernt, gegessen und gespielt wird.“ Um Kinder bestmöglich fördern zu können, brauche es deutlich mehr Geld, mehr Fachkräfte und mehr passende Räumlichkeiten.

Über die Jahre hat Elisabeth eine ganz besondere emotionale Verbindung zu Larissa aufgebaut. Kennengelernt haben sich die beiden im Hort in der Ruckergasse, Elisabeths erster Station als FREI.Spielerin. In ihrer verträumten Art sei die damals Sechsjährige ihr in die Arme gelaufen. Schnell war Elisabeth klar, dass Larissa mehr Zeit und Aufmerksamkeit benötigen würde.

Larissas Eltern waren aus Nepal nach Wien gekommen. Vor allem in der Anfangsphase während Larissas Volksschulzeit waren ihre Eltern viel damit beschäftigt, in Österreich Fuß zu fassen, sich und ihren Kindern ein neues, besseres Leben aufzubauen. Elisabeth nahm sich Larissas an, schenkte ihr Zeit und lernte mit ihr. All das konnten ihr die Eltern zu Hause nicht ermöglichen. Sie führen ein nepalesisches Geschäft sowie ein Restaurant. Das bedeutet Arbeit rund um die Uhr.

Um Larissa und ihre Familie zu unterstützen, beginnt Elisabeth auch an den Wochenenden Zeit mit der Volksschülerin zu verbringen. Gemeinsame Ausflüge, Museumsbesuche, auf den Spielplatz gehen helfen Larissa in ihrer Entwicklung. Sie geht mittlerweile in die fünfte Klasse AHS und ist dort Klassenbeste. Zeit mit Elisabeth verbringt sie noch immer regelmäßig, etwa bei gemeinsamen Sommerurlaube in Gmunden. Und noch immer „lernen wir beide ständig voneinander“, so die Beinahe-Oma über ihre Fast-Enkelin.

Ein Wunder, dass ich noch lebe

Barbara Schmid ist mit 81 Jahren die älteste Freiwillige im Verein FREI.Spiel. Sie hatte eine schwere Kindheit, über die sie vor Kurzem einen kleinen Essay geschrieben hat (siehe S. 90–91). „Es ist ein Wunder, dass ich noch lebe“, sagt sie nur, „und ich fühle mich verpflichtet, etwas zurückzugeben“.

Die gebürtige Polin verließ Anfang der 1970er-Jahre ihre Heimat. Grund dafür war ein steigender Antisemitismus in Polen nach dem israelischen Sechstagekrieg. Seit fast fünfzig Jahren lebt sie nun in Wien. Und seitdem engagiert sich die pensionierte ORF-Technikerin ehrenamtlich bei verschiedenen Organisationen. Gerade weil ihr eigenes Leben nicht immer leicht war, zieht es Barbara zu Menschen, die Hilfe benötigen. Ein starker Gerechtigkeitssinn treibt sie an.

Einer ihrer ersten Anknüpfungspunkte in Wien war die jüdische Gemeinde. In einem Inserat der Gemeindezeitung las sie, dass Hilfe für nach Wien geflüchtete

Vom Gotteshaus zum Kulturzentrum

Die Ehemalige Synagoge St. Pölten wird nach Renovierung und Adaptierung wieder öffnen und lädt von 19. bis 21. April 2024 zu drei Tagen der offenen Tür.

Die Ehemalige Synagoge St. Pölten wird als modernes und barrierefrei zugängliches Zentrum für Ausstellungen, Geschichtsvermittlung und Kulturveranstaltungen ab 19. April 2024 wiedereröffnet.



Die baulichen Maßnahmen zur Erhaltung und langfristigen Nutzung der Ehemaligen Synagoge St. Pölten schaffen die Basis für eine zeitgemäße Geschichtsvermittlung sowie die Vermittlung gegenwärtiger jüdischer Kultur. Betreiberin des Standorts ist die NÖ Museum Betriebs GmbH, die wissenschaftliche Leitung übernimmt Dr. Martha Keil, die langjährige Direktorin des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs (Injoest).

Auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse des Injoest wurde auch das neue Nutzungskonzept erstellt. Die Gewaltgeschichte des Gebäudes macht eine Wiederbelebung als Sakralraum unmöglich, gleichzeitig sollte die Anlage nicht zweckentfremdet werden. Diese besondere Herausforderung wird auch im Innenraum der Ehemaligen Synagoge St. Pölten thematisiert. Bestehende Baubestandteile, wie die Kuppel, die Frauenempore, der Toraschrein und die farbenprächtigen Wandornamente werden restauriert. Andere rituelle Gebäudeelemente und die bunten Fenster wurden jedoch in der Vergangenheit unwiederbringlich zerstört.

Die Dauerpräsentation und Wechselausstellung

Die Dauerpräsentation „Die Synagoge und ihre Gemeinde“ auf der Frauenempore ist ab dem 19. April zu sehen und wird von einem umfassenden Vermittlungsprogramm für Schulen und Gruppen begleitet. Sie widmet sich den Leerstellen sowie der Geschichte der Gemeinde und dem Gedenken an ihre Mitglieder. Zusätzlich wird die Installation „Jahrzeit“ monatlich Opfer der Shoah ins Gedächtnis rufen.

Tage der offenen Tür

Von 19. bis 21. April können Sie bei freiem Eintritt in die Geschichte des Hauses eintauchen. Unter anderem wird auch ein umfassendes Führungsprogramm angeboten.

Jewish Weekends

Im Rahmen des saisonalen Betriebs der Ehemaligen Synagoge sind weitere Veranstaltungen, Vorträge und Buchpräsentationen geplant. Vor allem aber bietet sie den *Jewish Weekends* von 7. bis 9. Juni und 14. bis 16. Juni 2024 eine Bühne. Dieses Festival für jüdische Kultur, kuratiert von Johann Kneihls, bringt Starmusikerinnen und -musiker wie die Klarinetistin Sharon Kam oder den Trompeter und Komponisten Frank London nach St. Pölten.



Die Ehemalige Synagoge St. Pölten mit ihrem Ausstellungs- und Vermittlungsprogramm ist Teil des heurigen Kunst- und Kulturschwerpunkts *Kultur St. Pölten 2024*. Zeitgenössisch und vielfältig, aber auch durchaus selbstkritisch präsentiert sich die Landeshauptstadt St. Pölten in diesem Rahmen.



FREI.Spiel-Gründerin Dorith Salvarani-Drill hat beobachtet, wie Kinder (oft mit Migrationshintergrund) aus der Bildungslaufbahn geworfen wurden

georgische und bucharische Juden benötigt wurde. So lernte sie Georg Schwarz kennen, der sich für die Unterstützung jener Geflüchteten einsetzte. Anfangs erledigte sie Einkäufe für die neu angekommen Familien und unternahm Ausflüge mit den Kindern.

Später arbeitete sie auch in Sommercamps. Bis heute erkennen und grüßen sie die mittlerweile erwachsen gewordenen bucharischen Buben von früher, erzählt Barbara mit einem Lächeln. Nach den Sommercamps half sie auch im Maimonideszentrum mit, dem jüdischen Altersheim, sowie im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Heute besucht Barbara zweimal die Woche die Kinder in der Volksschule Darwingasse im zweiten Bezirk. Sie lernt und übt mit ihnen lesen. Die Arbeit mit

« Gerade weil ihr eigenes Leben nicht immer leicht war, zieht es Barbara zu Menschen, die Hilfe benötigen »

den Kindern gebe ihr Kraft, auch wenn es nicht immer einfach sei, sagt die 81-Jährige. „Ich bekomme immer die schweren Fälle.“ Sie meint jene Kinder, die mit dem Lesen Probleme haben oder aus besonders schwierigen Familienverhältnissen stammen. Sie habe einen guten Draht zu den Kindern und erreiche sie. „Vielleicht, weil ich selbst eine schwere Kindheit hatte und ihre Bedürfnisse gut nachvollziehen kann“.

Jedenfalls wünsche sie sich für ihre Schützlinge eine bessere Kindheit, als sie selbst sie erlebt habe, sagt sie. Als Barbara nach Wien kam, war sie auf sich allein gestellt. Sie hatte kein Geld, konnte die Sprache nicht und musste sich alles selbst beibringen und erarbeiten. Doch immer blieb ihr Hoffnung. Diese möchte sie jetzt auch den Kindern geben und sie auf dem Weg in eine bessere Zukunft begleiten.

Hilft aus eigener Erfahrung

Dass sie das Projekt FREI.Spiel ins Leben rief, habe mit ihrer Lebensgeschichte zu tun, sagt Dorith Salvarani-Drill. „Es ist eine jüdische Geschichte.“ Ihre Eltern waren als Kinder aus Wien und Berlin nach Palästina geflüchtet. Dorith Salvarani-Drill wurde in Israel geboren und wuchs dort auf, bis ihre Eltern nach Österreich zurückkehrten. Damals war sie dreieinhalb. Dreimal musste sie den Kindergarten wechseln. Immer mit dem Gefühl, fremd zu sein. Der Vater besaß in Niederösterreich eine Fabrik, ein Unternehmer mit einer ausgesprochen sozialen Haltung. Um seine Arbeiter:innen kümmerte er sich, auch wenn sie persönliche Schwierigkeiten hatten. In der Schule erlebte Dorith oft Unverständnis und Vorurteile. „Warum habt ihr Juden Jesus umgebracht?“ Ihre erste wirkliche Heimat fand sie in der zionisti-

schen Jugendorganisation Hashomer Hatzair in Wien, wo Solidarität und Gleichberechtigung gefördert wurden. Dass sie Rechtswissenschaft studiert habe, sei kein Zufall, erzählt sie. „Schon früh war mir klar gewesen, dass du nur selbstbestimmt leben kannst, wenn du über deine Rechte gut Bescheid weißt und wenn du finanziell unabhängig bist.“

Als Mutter eines Sohnes kam sie mit dem österreichischen Bildungssystem auf neue Weise in Berührung. Sie erfuhr, dass Mädchen, deren Eltern aus dem Krieg in Jugoslawien geflüchtet waren, kaum Chancen hatten, die Matura zu schaffen. Es fehlte die Unterstützung von zu Hause. Diese Erfahrungen gaben den Anstoß dazu, eine Organisation von Freiwilligen zu gründen, die Kindern, die vom Schulsystem benachteiligt werden, unter die Arme greift.

NINI TSCHAVOLL

Ehemalige Synagoge St. Pölten

19. April – 10. November 2024
Di – Fr, 10:00–17:00 Uhr | Sa, So, Ftg, 10:00–18:00 Uhr
Dr. Karl Renner-Promenade 22 | 3100 St. Pölten
ehemalige-synagoge.at



Sala, Lejb und Barbara

Eine Episode im Polen des Zweiten Weltkriegs

Barbara Schmid

22. November 1942

Eine bitterkalte Nacht, stundenlang ist Schnee gefallen. Lejb versucht, so rasch wie möglich Kazias Haus zu erreichen, um wenigstens ein paar Babykleider für sein neugeborenes Kind zu bekommen. Kazia ist eine der besten Freundinnen seiner Frau Sala, und er ist sicher, dass sie ihn nicht in Stich lassen würde.

Ja, er hat eine Tochter, sein erstes Kind. Aber er weiß schon jetzt, dass Sala und er sich von diesem Kind trennen werden. Damit es überlebt. Noch eine Trennung, noch ein Abschied, noch ein Schritt ins Ungewisse steht ihnen also bevor.

Fast ganz Minsk Mazowiecki gilt schon als „judenfrei“, nur eine kleine Gruppe ist noch am Leben. Ihnen ist es gelungen, im Kopernik-Werk Arbeit zu bekommen. Aber jeder dieser „Glücklichen“ weiß, dass sie alle früher oder später in Treblinka sterben oder auf der Stelle erschossen werden.

Und so läuft Lejb in dieser klirrend kalten, tiefen Nacht, verzweifelt, aber auch voll Hoffnung, die jedes neue Leben mit sich bringt, und mit dem Willen, seiner Tochter zumindest für kurze Zeit Geborgenheit zu geben. Sie soll durch die Babykleider zumindest für einen winzigen Augenblick ein menschliches Dasein erleben.

Am Tag der Entbindung ist Sala von polnischen Helfern ins Krankenhaus geschmuggelt worden. Auch in Minsk Mazowiecki ist ZEGOTA aktiv, eine katholische Untergrundorganisation, die Jüdinnen und Juden hilft. Nach der Geburt wird Sala in einen Krankensaal gebracht, wo nur deutsche Soldatenfrauen liegen, die gerade entbunden haben. Sala hat schreckliche Angst, erkannt zu werden, und drückt ihr Neugeborenes fest an sich. Am nächsten Tag muss sie die Klinik verlassen, um das Leben des Kindes zu retten. So fährt Sala drei Tage nach der Geburt mit dem Zug nach Warschau.

In den Zügen ist es sehr kalt. Sie drückt die Kleine an sich. Bald wird sie sich von ihr verabschieden müssen. Sie wünscht, die Reise nach Warschau würde ewig dauern. So unmenschlich es ihr erscheint, sich von ihrem Kind zu trennen – sie muss es tun.

Vielleicht würde es ja doch gelingen, das Kind zu retten, es würde bei neuen Eltern aufwachsen. Oder es geschieht ein Wunder, und sie überleben alle drei. Und eines Tages wird die Familie wieder vereint.

Mit diesen Gedanken und Ängsten erreicht sie Warschau. Die letzte Nacht mit ihrem Kind, die letzte Umarmung, die letzte Wärme von dem Kind, das gierig an ihr saugt.

Die ganze Nacht hat sie geweint, der Abschied ist unerträglich. Am nächsten Tag, zeitig in der Früh, legt sie das Kind an die Stiege eines Hauses und geht weg.

Jänner 1945

Allmählich wagen sich die Eltern aus ihren Verstecken heraus. Sie haben die Hölle des Holocaust überlebt. Alle anderen Verwandten sind tot, wie weitere drei Millionen polnische Jüdinnen und Juden.

Die Eltern beschäftigt jetzt aber nur ein Gedanke: Wie sie ihre kleine Tochter wiederfinden könnten. Alles, was sie wissen, ist, dass ihre Kleine in ein Waisenhaus gekommen ist. So kehren sie zunächst von Warschau nach Minsk Mazowiecki zurück, in das Shtetl von Salas Mutter, und fangen ihr Leben wieder von vorne an. Ihr Haus wird ein Unterschlupf für alle Jüdinnen und Juden aus Minsk Mazowiecki, die den Krieg überlebt haben. Obwohl der Krieg schon vorbei ist, werden sie immer noch von nationalistischen Banden angegriffen und ermordet.

In dieser Zeit trifft der Vater in einem kleinen Städtchen, nicht weit von Minsk Mazowiecki, zwei Nonnen. Er fasst Mut und fragt sie, ob sie wüssten, wo sich die Kinder vom Waisenhaus in Warschau befinden. Am 1. August 1944, als der Warschauer Aufstand begonnen hat, sind alle Kinderheime evakuiert worden. Die Nonnen erklären, dass die Kinder damals in Gruppen aufgeteilt worden sind. Die ganz Kleinen befänden sich in Südpolen in der Kleinstadt Kowaniec.

Minsk Mazowiecki, der Wohnort der Eltern, ist von sowjetischen Truppen befreit worden. In der Stadt gibt es eine sowjetische Kommandantur, und der Kommandant, selbst ein Jude, kommt manchmal auf Besuch. Eines Tages erzählt die Mutter ihm die Geschichte ihrer Tochter, und dass es für sie schwierig sei, nach Südpolen zu fahren. Der Kommandant entscheidet, sie mit seinem Fahrzeug hinzubringen. Und so fährt die Mutter an einem kalten Wintertag in einem offenen Jeep in Begleitung eines russischen Soldaten in Richtung Südpolen.

Ein kleines Städtchen, Kowaniec bei Nowy Targ, ist die letzte Station für kranke Kinder gewesen, die den Krieg überlebt haben. Auch Barbara ist krank. Ihre Stun-

den sind gezählt. Als ihre Mama das Haus betritt, versucht sie sich so klar wie möglich verständlich zu machen. Sie will zu ihrer Tochter. Aber es fällt ihr nicht leicht, die Ordensschwester davon zu überzeugen, dass ihre Tochter hier ist. Das Problem besteht darin, dass Barbara zum Lieblingskind einer Ordensschwester geworden ist, und darüber hinaus wirklich sehr krank.

Die Nonne betrachtet Barbara als ihr eigenes Kind und verbringt ganze Nächte mit Gebeten um ihre Genesung. Nun kommt eine Frau, die behauptet, Barbas Mutter zu sein, und will ihr das Kind wegnehmen. Sie will nicht hören, dass ihre Barbara ein jüdisches Kind ist.

So kommt es zu einer leidenschaftlichen und schmerzhaften Szene, in der beide Frauen um das Kind kämpfen. Keine will nachgeben. Das ganze Haus ist auf den Beinen. Was soll man tun, wie das Problem lösen? Wem gehört die kleine Barbara nun wirklich?

In diesem Rummel erscheint ein älterer Priester. Er lässt sich die ganze Geschichte genau erzählen und sagt dann, nach kurzer Überlegung: „Es war ein schrecklicher Krieg, die Leute haben aus Verzweiflung alles getan und riskiert, um das Leben ihrer Kinder zu retten. Dieses Kind muss wieder zu seiner Mutter.“

Aber so einfach will die Ordensschwester nicht aufgeben. Sie verlangt von der Mutter, dass sie ihr Kind selber finden soll. Dabei hatte Sala die kleine Barbara nur die ersten zwei Tage nach ihrer Geburt gesehen.

Jetzt, fast drei Jahre später, wird sie in einen großen Saal geführt, wo zweihundert oder noch mehr kranke Kinder ganz dicht aneinander in ihren kleinen Betten liegen.

Sie läuft von einem Bettchen zum anderen. Aber sie weiß, dass Barbara ein Muttermal auf dem Kopf hat, eine kleine Beule. Die Pflegerinnen sind berührt von der verzweifelten Suche der jungen Frau. Und schließlich gibt ihr eine der Ordensschwestern mit Tränen in den Augen ein Zeichen.

Die Kleine liegt fast bewusstlos im Bettchen, als Sala auf sie zuläuft und nach ihrem Kopf greift. Die Beule ist da. Endlich sind Mutter und Kind wieder vereint. Warum wir?

Kowaniec, siebzig Jahre später

Wenn ich eine junge polnische Klosterschwester sehe, schlägt mein Herz schneller. Die Gründe sind schnell erklärt: Ich stand fast drei Jahre lang unter der Obhut solcher Schwestern, und sie waren es, die mein Leben retteten. Ich bin das Findlingskind, das im November 1942 von einem katholischen Waisenhaus aufgenommen wurde. Siebzig Jahre später besuche ich den Ort Kowaniec in der Region Nowy Targ in Polen, von wo mich meine Mama unter schwierigsten Bedingungen abgeholt hat.

Ein verlassenes, verfallenes Haus. Ich sehe das Tor, durch das meine Mama gekommen ist, die Eingangs-



Barbara Schmid hatte eine schwere Kindheit. Drei Jahre nach ihrer Geburt wurde sie von ihrer Mutter, einer Holocaust-Überlebenden, in Südpolen wiedergefunden

tür zum Korridor und die kleinen Säle, wo die Kinder geschlafen haben.

Diesen Weg ist meine Mama an einem kalten Wintertag gegangen, um ihre Tochter wieder zu sich zu nehmen. Was fühlt sie? Welche Ängste begleiten sie wohl? Sie weiß ja nicht einmal, ob ihre Tochter noch lebt.

Meine arme Mutter, es muss schrecklich für sie gewesen sein, dieses Gefühl der Ungewissheit. Aber sie hat es geschafft, die Kriegsjahre haben sie hart und unnachgiebig gemacht. Sie hat damals vielleicht nicht den letzten, aber sicher den schwierigsten Kampf um ihr Kind geführt. ☞

STEFAN KNITTEL

15 Minuten Ruhm

Was wurde aus der viel beschworenen Solidarität mit Menschen, die Kranke und Schwache pflegen? Eine Pflegerin zieht Bilanz

Gerlinde Kreuzeder

Als ich am 17. März 2020 um fünf Uhr früh zur Schnellbahn ging, war die Stadt beängstigend still. Mein Dienstbeginn war um zweieinhalb Stunden vorverlegt worden, weil das gesamte Personal täglich Fieber messen musste. „Wieso kann ich nicht zu Hause bleiben?“, ging es mir durch den Kopf. Gehöre ich als beinahe Sechzigjährige nicht auch schon zur „Risikogruppe“?

Aber will ich das überhaupt? Ist es nicht erfüllender, unverzichtbar zu sein? Wie kann ich meinen erwachsenen Kindern helfen, wenn sie sich infizieren, weil ich mit Patient:innen arbeite? Fragen über Fragen tauchten auf, und es stellte sich ein Denk- und Gefühlschaos ein zwischen Glück, Verzweiflung, Trauer und Angst.

Glück, weil ich noch nicht krank war, eine unverzichtbare und wertvolle „Systemerhalterin“. Verzweiflung angesichts der Endzeitstimmung, die sich in mir breit machte, und weil ich wichtige Fragen nicht beantworten konnte, weshalb sie immer brennender wurden: Was ist, wenn ich mich oder meine zwei erwachsenen Kinder anstecke, oder wenn ich oder meine Kinder sterben? Bekomme ich Entschädigung, wenn ich im Dienst angesteckt werde? Sollten wir Pflegepersonen nicht sowieso schon längst eine doppelte oder dreifache Gefahrenzulage bekommen oder zumindest eine Gehaltsvorrückung für die Gefahr, der wir uns aussetzen?

Zwölf Stunden mit Maske arbeiten ist nicht so einfach. Ich höre weit und breit nichts davon, dass wir Arbeitenden dafür etwas bekommen, während andere im Pyjama im Homeoffice sitzen.

Meine Trauer gilt den bereits Verstorbenen und den auf den Intensivstationen um ihr Leben kämpfenden Patient:innen. Trauer um die einsamen, nicht mehr besuchten Pflegeheimbewohner:innen. Trauer, weil wahrscheinlich irgendwo irgendwer „triagieren“ muss, schenkt man den Berichten von den Intensivstationen Glauben. Trauer über das immer wieder auftauchende Bild der vielen Särge in Oberitalien oder in den USA. Trauer um meine verlorene Unbefangenheit und Normalität.

Die „neue Normalität“ war schrittweise gekommen, aber schnell. Zwischen Weihnachten 2019 und Dreikönigstag 2020 war im täglichen Stimmengewirr in der

Klinik immer lauter der Name „Wuhan“ zu hören. Von einem angeblich gefährlichen Virus war die Rede, dessen Eindämmung nicht gesichert schien. So begann das hygienische „Händewaschen“, anschaulich neben jedem Waschbecken plakatiert. Wir sollten es konsequent durchführen und auch den Patient:innen beibringen.

Am 25. Februar 2020 gab es erste bestätigte Fälle in Österreich: Ein italienisches Paar in Innsbruck wurde positiv getestet. Zwei Wochen später erklärte die WHO Covid-19 zur Pandemie. Größere Veranstaltungen (500 Teilnehmende outdoor, hundert indoor) wurden in Österreich verboten, die Einreise aus Risikogebieten wurde eingeschränkt. Am 12. März 2020 wurde der erste Corona-Todesfall in Österreich gemeldet. Vier Tage später kam der erste „Lockdown“ bei einer Siebentagesinzidenz von zwölf, bei 200 bis 300 Neuerkrankungen und inzwischen zwei Todesfällen.

Im Lockdown blieben alle zu Hause, nur das Spitalpersonal und andere „Systemerhalter“ nicht. Unser Sonderkrankenhaus galt als systemrelevant. Sucht ist eine Krankheit, und Süchtige galten im Lockdown als besonders gefährdet, weiter abzurutschen bis zur Lebensgefahr. Wer noch nicht süchtig war, aber dazu neigte, konnte in der Quarantäne so weit kommen.

« Verantwortliche üben sich lieber darin, stereotyp zu wiederholen, dass man ja gerne würde, wenn man nur könnte, aber leider sei das Geld nicht da »

Stationäre Patient:innen bekamen bis auf Weiteres ohne Ausnahme keinen Ausgang, die Ambulanz wurde eingestellt. Wer von sich aus eine stationäre Aufnahme anstrebte, musste mit Corona-Regeln und Quarantäne einverstanden sein. Angehörige der Patient:innen durften nur unter besonderen Auflagen etwas mitbringen. Solange die Eigenschaften des Virus nicht eingehend beforscht waren, wurde fast alles desinfiziert oder eine Zeitlang einfach abgestellt, um erst später verteilt zu werden. Ausgang gab es nur zu medizinischen Zwecken,



PICTUREDESK/GILBERT NOVY

Die Covid-19-Pandemie brachte viele Pflegekräfte an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Oder darüber hinaus



Bedienstete des LKH Graz während einer landesweiten Protestaktion der Offensive „Gesundheit 5 nach 12“

wenn Patient:innen ein anderes Krankenhaus oder eine Ambulanz aufsuchen mussten, was zu Zeiten des allgemein eingeschränkten Betriebes und des „Distancing“ alles andere als leicht war.

Die vor Corona bewährten Arbeitsabläufe mündeten durch die neuen Hygienemaßnahmen in einen aufreibenden und bremsenden Mehraufwand an Organisation und Veränderungsprozessen. Einige Patient:innen brachen die Therapie ab, was auf den Stationen zu angespannter Stimmung führte. Das Management machte sich Sorgen wegen fehlender Auslastung.

Dazu kam die Angst vor Demokratieabbau. Welche Folgen würde es haben, wenn jetzt Übergangsgesetze durchgepeitscht werden, die persönliche Freiheit so stark einschränken? Nur gute Musik, Filme und Bücher an freien Tagen verschafften mir einigermaßen innere Ruhe.

Irgendwann sah ich die daheimgebliebenen solidarischen Menschen auf den Balkonen oder aus offenen Fenstern für das Pflegepersonal klatschen. Da waren sie, die sprichwörtlichen „15 minutes of fame“, wie Andy Warhol das nannte, als er die Vergänglichkeit des Ruhms beschrieb. Dramatische Medienberichte über Intensivstationen und überarbeitetes Intensivpflegepersonal hatten Wirkung gezeigt.

Es bedeutete Anerkennung, ein Dankeschön für diese wichtige Arbeit und Anteilnahme. Ich war berührt, aber auch befremdet. Sollte ich mich jetzt freuen, wo

ich doch gar nicht zu den äußerst geforderten Intensivpflegerinnen gehörte? Was würde auf diese solidarischen Gesten folgen? Würde sich für das Pflegepersonal etwas verändern? Oder war es das?

Schnell wieder vergessen

Corona hat eine Schneise gezogen. Prekäre Verhältnisse aus Vor-Corona-Zeiten verschärften sich, und Angehörige des sogenannten Mittelstands hatten mit wirtschaftlichen Turbulenzen zu kämpfen. Lohnerhöhungen glichen nicht mehr die Inflation aus. Wer selbst Reallohnverluste einstecken musste, hatte seine zu Beginn der Pandemie gezeigte Solidarität mit Pflegenden nicht mehr auf dem Schirm, es sei denn, die Oma oder der Papa war in einem Pflegeheim oder auf einer Abteilung in einem Akutkrankenhaus. Eigennutz und Solidarität schließen einander nicht aus.

Die Arbeitgeber der Pflegepersonen reagierten zögerlich, hatten doch auch sie das erste Mal mit den Eigenheiten und Folgen einer Pandemie zu kämpfen. Und sei es nur einen Marathon an Verhandlungen und Umplanungen durchzustehen, bei dem das überbeanspruchte Personal für den besonderen Einsatz, die zusätzlichen Belastungen und Überstunden finanzielle Anreize forderte. Die Spitalsbetreiber sahen sich nicht imstande, das Geld dafür aufzutreiben. Das scheint nachvollziehbar, solange es keinen Wertewandel gibt. Es müssten Mittel umgeschichtet

werden, es müsste über neue Steuern nachgedacht werden wie etwa Vermögenssteuern (Idee des sogenannten linken politischen Lagers), eine Pflegeversicherung (Idee des wirtschaftsliberalen politischen Lagers).

In einer Gesellschaft, in der Vermögens- oder Erbschaftssteuern anzudenken mehrheitlich als purer Kommunismus und Enteignung gelten (was von Medien entsprechend aufbereitet wird) und Veränderungen des gesellschaftlichen Status quo nicht erwünscht sind, ist es in der Tat schwierig, die Geldmittel aufzubringen oder umzuschichten. Verantwortliche üben sich lieber darin, stereotyp zu wiederholen, dass man ja gern würde, wenn man nur könnte, aber leider sei das Geld nicht da.

Dennoch wurden die Forderungen der Interessensvertretungen lauter. Im November 2021 kam es nicht nur vor dem AKH zu einer Demonstration der Offensive „Gesundheit 5 nach 12“, sondern landesweit, auch

« Im freiwilligen „Verzicht“ auf monetäre Ansprüche orte ich bei manchen Pflegepersonen eine Art „Florence-Nightingale-Ethik“ und den Versuch, durch Selbstlosigkeit zu glänzen, die ich in dieser Gemengelage für kontraproduktiv halte »

von anderen Organisationen. Im Februar 2023 kam es zu Streiks des Pflegepersonals, unterstützt durch AK und Gewerkschaft. Der Widerhall auf diese Aktionen in den Medien blieb begrenzt. Demos von Impfgegner:innen und Rechtsextremen fanden mehr Echo als die Kundgebungen und Forderungen des Spitalpersonals.

Ein Leben am Limit

Unlängst, als mein Mann und ich über unsere Vergangenheit, Expartner:innen und Kinder sprachen, meinte ich: „Du musst dir vorstellen, dass zig Nachmittage, Abende, Nächte, Samstage, Sonntage, Feiertage weder mir zur freien Verfügung standen noch dass ich sie gemeinsam mit Kindern, Familie oder Freunden verbringen konnte. Dieser Eingriff in mein soziales Gefüge und in meinen Biorhythmus wurde mir erst spät klar, als es mir nicht mehr möglich war, den Beruf zu wechseln.“ – „Siehst du, das schreibst du gleich in deinen Artikel!“

Vielleicht wird das nur als Jammern aufgefasst, schließlich haben alle Menschen in allen Berufen ihr Paket zu tragen, ging es mir durch den Kopf. Aber es ist, wie es ist, und es ist ein harter Eingriff in die persönliche Integrität eines Menschen in körperlicher wie in sozialer Hinsicht, sich solche Dienstzeiten im Längsschnitt eines Berufslebens anzutun. Und mehr noch: die ständige Beschäftigung mit Krankheit und Leiden von Individuen, ohne dass man selbst gefühllos und grenzenlos belastbar ist.

Die Materie ist komplex, sie wurde in der wöchentlichen medialen Berichterstattung zu einer Art Causa prima mit einer gewissen Redundanz an Floskeln, Formulierungen und vor allem Unschärfen. Aus dem mulmigen Gefühl heraus, mich dieser Komplexität aus meiner persönlichen Sicht, geformt aus ungefähr vierzig Dienstjahren in der „Pflege“, zu stellen und mich gleichzeitig mit einigen meiner wunden Punkte zu konfrontieren, erinnere ich mich:

Arbeit mit Wachkoma-Patient:innen

Rückblende Sommer 1996: Während eines meiner nächtlichen Kontrollgänge hielt ich im Fünfbettzimmer inne. Das bodenlange Fenster stand offen, ein warmes Lüftchen blähte den weißen Store. Das monotone Brummen der elektronisch gesteuerten Wechselluftmatratzen, die ein Wundliegen verhindern (sollen), wechselte mit Atemgeräuschen, Husten, Stöhnen und gelegentlichen menschlichen Lauten ab. Hie und da raschelte eine Bettdecke oder es rutschte ein Körperteil über das Leintuch, was ich nur mit Anstrengung und durch erhöhte Aufmerksamkeit aus dem monotonen Motorenlärm der hilfreichen „elektrischen“ Matratzen herauszufiltern imstande war.

In solchen Momenten warf mein Bewusstsein Fragen auf: Wissen die Menschen, die täglich draußen am Gehsteig direkt an der Einfassungsmauer des Grundstücks vorbeigehen, wer hier aller drinnen ist? Wer hier im Bett liegt und nie wieder ins Leben gehen kann, aber auch nicht sterben kann, nicht sterben „darf“? Wer hier wie arbeitet? Einige unserer Patient:innen hatten als „Fall“ in der Zeitung gestanden: als Opfer eines Verkehrsunfalls, als Durchführender eines missglückten Suizids. Von manchen Patient:innen weiß ich es gar nicht so genau, kam mir in den Sinn.



Am Limit. Eine von vielen Intensivstationen im Pandemiejahr 2021



Eine Intensiv-Pflegerin am Höhepunkt der Pandemie

Warum bin ich hier? Warum tu ich das? Es ist anstrengend und hoffnungslos, gespickt mit unausgesprochenen und ausgesprochenen Konflikten innerhalb des Teams, gespickt mit Ungerechtigkeiten, Routinen, hierarchischer Festschreibung, wer anschafft und wer zu folgen hat. Könnte oder sollte „man“ das nicht ganz anders machen, damit es allen gut geht? Damit nicht nur der Pflicht und der empathischen oder professionell angelernten Grundhaltung und den hygienischen Richtlinien Genüge getan ist?

Letzten Endes kam ich zum Schluss, dass man es anders machen muss, die Öffentlichkeit aufgeklärt und informiert gehört. Kurzum das Thema „Pflege“ insbesondere von Wachkomapatient:innen in die „Mitte der Gesellschaft“ aufgenommen werden muss. Dass so „schwere“ Patient:innen nicht auf eine Station versammelt werden sollten, sondern aufgeteilt auf Stationen mit weniger „schweren“ Patient:innen, damit die Motivation des Personals zur individuellen Pflege erhalten bleibt und nicht zur täglichen Routine wird.

Doch damit stand ich allein da. Besonders gefordert auf dieser Station war ich mit dem Absaugen von Schleim über die Tracheostomiekanüle eines Patienten. Es ekelte mich so, dass ich ständig mit dem Erbrechen zu kämpfen hatte. Anschließend musste der Schleim aus dem Auffanggefäß entleert und das Gefäß gereinigt werden, also insgesamt drei Hürden, ein Erbrechen zu verhindern. Dieser Patient gehörte zu den wenigen nicht apallischen Kranken auf dieser Station. Er war jung, ehemals Student, kam aus einem anderen Land, wurde häufig von seinen fürsorglichen Eltern, die in einer Botenschaft arbeiteten, besucht und man konnte mit ihm nur auf Englisch kommunizieren.

Dadurch, dass er intellektuell imstande war zu erkennen, in welcher misslicher Lage er sich befand, war er sehr traurig, aber auch ungeduldig. Es gab wohl keine einzige Person und keine einzige Zimmermaus im ganzen Krankenhaus, die nicht manchmal am liebsten mit ihm mitgeweint oder ihn umarmt hätte. Gleichzeitig wurde man von ihm an die Grenzen der Geduld und Impulskontrolle gebracht.

Er hielt seinen Zustand überhaupt nicht aus, und wenn, nur unter Aufbieten sämtlicher psychischer Kräfte und auch dem Pflegepersonal zuliebe. Schließlich wusste er über unsere Arbeit Bescheid, da er uns Tag und Nacht, sobald er wach war, beobachtete. Hie und da blieb ich an seinem Bett, also bei ihm, stehen und unterhielt mich mit ihm über Musik oder seine Heimat Ägypten und über seine Zeit „vorher“. Er freute sich unfassbar über Gespräche, die für uns beide anstrengend waren: Für mich, ihn in seiner Heiserkeit, Verschleimung und Stimmlosigkeit zu verstehen, und für ihn grundsätzlich. Oft spritzte während der Unterhaltung Schleim oder er bekam einen Hustenanfall, der prompt auf ein gelöstes Lachen seinerseits folgte. Wie traurig und wie schlecht auch für Pflegende hinzunehmen.

Manchmal hielt er seine Abhängigkeit und sein Unverstandensein nicht aus und begann zu „toben“, also was bei seiner eingeschränkten Mobilität unter „Toben“ zu verstehen ist. Er bebte. Er schrie, ohne dass es laut wurde, das lag an der Tracheotomiekanüle, dafür umso heiserer und umso verzweifelter. Seine Tränen spritzten

« Ein kleiner Bonus hier und ein kleiner Reformansatz da werden nicht kitten, was zerbrochen ist »

nur so aus den Augen. Er war spastisch gelähmt, und ob er je die Kanüle im Hals loswurde, konnte ich nicht mehr erfahren, da ich vorher bereits gekündigt hatte.

An einem Tag, als ich morgens bei der Dienstübergabe allzu bildhaft Harnwegsinfekte, Ausscheidungen, Auswürfe, Durchfälle, Harne und Erbrechen geschildert bekam und später nach 12,5 Stunden Dienst dasselbe schilderte, kündigte ich am nächsten Tag, weil ich so nicht Lebenszeit um diesen Lohn verbringen wollte (egal ob Teil- oder Vollzeit): mit einer derartigen Konzentration auf Unappetitliches, ohne dass für die Kranken auf erhebliche Besserung zu hoffen ist und ohne dass sich mir Karriereaussichten auftaten. Ich fühlte mich mit meinen Gedanken und Gefühlen verlassen, und da ich nichts daran ändern konnte, suchte ich mir eine andere Stelle.

Tun, was sonst keiner tut

Nicht nur einmal erlebte ich es im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit, dass innerhalb des multiprofessionellen

Teams jemand die Frage an mich, die Diplomierte Psychiatrie Krankenpflegerin, richtete: Was tut ihr Pflegepersonen eigentlich? Meine Antwort darauf, nicht frei von Sarkasmus: Alles, was die anderen nicht tun. Oder: Was übrig bleibt von der Arbeit an unser aller Tätigkeitsobjekten, nämlich den Patient:innen, wenn ihr alle schon den Arbeitskuchen aufgeteilt habt, nämlich die Brösel oder was keiner machen will oder darf. So ähnlich jedenfalls.

Die dafür nötige fundierte Ausbildung dauert drei Jahre und ist ab 2024 nur mehr in Fachhochschulen mit dem akademischen Abschluss „Bachelor in Science in Health Studies“ möglich. Die dreijährige Ausbildung in der Diplompflege läuft aus. Es gibt die gesetzliche Verpflichtung zur Weiterbildung, um auf dem Laufenden zu bleiben, und es gibt Sonderausbildungen für Managementaufgaben, Intensivpflege, Palliativpflege, onkologische Pflege oder Wundmanagement etc.

Aufgrund des demografischen Wandels geht das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz davon aus, dass bis zum Jahr 2030 rund 76.000 zusätzliche Pflegekräfte benötigt werden. Dass so viele Menschen, die in der Pflege arbeiten, fehlen, hat auch etwas mit den dortigen Arbeitsbedingungen zu tun. Viele Menschen, die in der Pflege arbeiten, können aufgrund der physischen und psychischen Belastung keine Vollzeitstelle annehmen. Die sogenannte Schwerarbeitspension gilt ausgerechnet für diese Berufsgruppe nicht. Die Bezahlung scheint nicht ausreichend angesichts der Anforderungen. Entsprechend viele Pflegepersonen kündigen. Die entstehende Personalknappheit verschärft die Arbeitsbedingungen für die anderen.

Bis 2030 wird erwartet, dass 29 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter ist. Bis 2050 könnte diese Zahl auf 33 Prozent ansteigen. Parallel dazu entwickelt sich die Lebenserwartung eines Neugeborenen von durchschnittlich 81,9 Jahren 2019 auf 83 Jahre 2030. Im Jahr 2050 könnten es 85,5 Lebensjahre sein.

Die Problematik ist klar. Entsprechend wichtig ist es, zentrale Berufe in der Pflege attraktiver zu gestalten.

Rückblende, Winter 1996/97, vier Uhr früh, selbe Station, selbes Krankenhaus: Kollegin L. und ich reinigen gerade das stuhlverschmierte Bett, den stuhlverschmierten Patienten und machen uns nebenbei Gedanken, wie mit dem stuhlverschmierten bodenlangen Store neben dem Bett umzugehen sei, denn lassen könne man das nicht. Das alles gegen massiven Widerstand des nicht apallischen, jedoch in der Vergangenheit mit einem schweren Schädel-Hirn-Trauma zwischen Leben und Tod gekämpft habenden Patienten, zu einer Uhrzeit, wo auch eine Pflegeperson schlafen sollte und der Parasympathikus des vegetativen Nervensystems die Oberhand hat, also man leicht Magenschmerzen bekommt, wenn man den Parasympathikus ignoriert und nicht auf Anhiob sanft-freundlich lächelnd rasch

in die Gänge kommt. Professionell heißt in diesem Fall: sich bemühen und atmen. Nicht genug das alles, betritt die Pflegedirektorin (Gruß hörte ich keinen, den muss ich überhört haben) die Szene.

Kontrolle. Ob wir schlafen (haha). „Liegt der XY immer so da?“, sagt sie, auch nicht so lustig und weich im Ton wegen der Unzeit, und zeigt auf einen Patienten, der schräg gegenüber von jenem liegt, den wir gerade unter gutem Zureden reinigen, während dieser ordinär („Hua“ als Mundartform von „Hure“ war gar nicht so selten) mit uns schimpfte, aber so sanft blieb, dass er uns nicht schlug. Wir beide unisono: „Nein, er liegt nicht immer so!“ Logisch, dachte ich, sonst hätte unsere Arbeit ja gar keine Wirkung, wenn er immer „so liegen“ würde. Es ging um die Unterschenkel und Füße, die in einer extra für ihn angefertigten Schiene täglich oft gebettet und gerichtet wurden, weil die Beine durch die spastische Lähmung sich ständig nach innen drehen wollten und dies auch taten. Ganz von selbst und mit viel unwillkürlicher Kraft. Es war absolut frustrierend: Kein Gruß, keine Anerkennung für uns seitens der Pflegedirektorin für das, was wir gerade taten (und wir waren wirklich gut), sondern indirekt Kritik, weil wir ja scheinbar nicht unsere Arbeit ordentlich gemacht hatten, was nicht der Fall war: Die Position der Füße hielt nicht auf Dauer, da der Spasmus sehr stark unseren fachlichen Ambitionen entgegenwirkte und der Patient sich auch selbst bewegte, wenn er wach war. Manche Kollegin meinte, er mache das zeitweise absichtlich, damit wieder jemand zu ihm geht und ihn berührt. Manchmal musste man ihn am verlängerten Rücken kratzen, da es ihn juckte,



Ein Hinweisschild zur Isolierstation des Universitätsklinikums Tulln im November 2020

PICTUREDESK/ O+G, HELMUT FOHRINGER

was nachvollziehbar war, weil er nicht willkürlich seine Arme und Hände bewegen konnte. Ich hätte ein bisschen Freundlichkeit, ein Lächeln von meiner damaligen Pflegedirektorin erwartet. Oder dass sie im Dienstzimmer auf uns wartet, bis wir fertig sind, und uns anbietet, mit uns einen Kaffee oder ein Glas Wasser zu trinken. Fünf oder zehn Minuten hätte es gekostet. Doch sie war wortlos gegangen. Ich bekam das Gefühl, eine Nummer oder eine Funktion zu sein, keine respektable erwachsene Frau und gut ausgebildete empathische Person.

Es geht nicht nur ums Geld

Gehalt ist nicht nur eine der neu zu justierenden Stellschrauben, sondern eine sehr wichtige. Ein den Leistungen, der Ausbildung und der hohen Verantwortung angemessenes „gerechtes“ Gehalt ermöglicht nicht nur ein sorgenfreieres Leben, sondern ist als Anerkennung von Mehrwert und Leistung nicht wegzudiskutieren, egal wie oft wiederholt wird, dass es weniger um die Gehaltserhöhung als um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen geht. Im freiwilligen „Verzicht“ auf monetäre Ansprüche orte ich bei manchen Pflegepersonen eine Art „Florence-Nightingale-Ethik“ und den Versuch, durch Selbstlosigkeit zu glänzen, die ich in dieser Gemengelage für kontraproduktiv halte. Auch die Pflege, selbst wenn sie keine „Ware“ produziert und ihre Leistung nicht als haptisches Machwerk betrachten und es stolz vorzeigen kann, vermag ihren Lebensort nur innerhalb dieser neoliberalen Wirtschaft einzurichten und hat die verlangten Mieten und Preise zu zahlen.

« Viele, die in der Pflege arbeiten, können aufgrund der physischen und psychischen Belastung keine Vollzeitstelle annehmen »

Das Personal ist massiv unter Druck: Wochenend-, Nacht und Zwölfstunden-Dienste, spontanes Einspringen sowie alle Tätigkeiten, die dazu beitragen, physische, mentale und soziale Fähigkeiten im Alltag zu erhalten, wiederherzustellen oder anzupassen, gehören dazu. Um auf dem aktuellen Stand der Pflegewissenschaft sowie der medizinischen Wissenschaften zu bleiben, besteht eine Verpflichtung zur Fortbildung. Die Beschäftigten sind zu achtzig Prozent Frauen. Sie verdienen zwischen 2.000 und 2.800 Euro brutto.

Es geht um Würde

Was ist zu tun, um in Zukunft die Versorgung und Pflege Pflegebedürftiger sicherzustellen? Anders gefragt: Was ist zu tun, um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten? Der „Pflegebonus“ von rund 500 Euro, zu dem sich die Arbeitgeber und Geldgeber im Gesundheitswesen durchrangen, ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Diese 500 Euro Einmalzahlung bekamen Vollzeitkräfte, die anderen aliquot, nicht alle Berufsgruppen, und verspätet. Die allgemeine Teuerung hat ihn längst „geschluckt“, und an den Bedingungen hat sich nichts geändert.

Die überwiegende Anzahl der Pflegebedürftigen wird derzeit zu Hause gepflegt, meist von weiblichen Angehörigen. Aufgrund steigender Erwerbs- und Akademisierungsquote der Frauen können und wollen in Zukunft weniger Frauen die Pflege zu Hause übernehmen. Die Babyboomer gehen in Pension und werden selbst ab 2030 bis 2040 pflegebedürftig. Es kommen weniger Kinder zur Welt, womit in Zukunft mehr Pflegebedürftige weniger jungen Menschen in der Pflege gegenüberstehen.

Es müsste gleichzeitig an mehreren Stellschrauben gedreht werden: Verbesserte Ausbildung und mehr Personen ausbilden. Schnelleres Nostrifizieren von Pflegepersonen aus dem Ausland. Fachkräfte aus dem Ausland anwerben. Finanzierung erhöhen und sichern. Das allgemeine Image der Pflege verbessern.

Es ist jedoch nicht nur eine Frage der Finanzierung und des Organisierens, sondern eine gesamtgesellschaftliche Frage, die die Spitalerhalter selbst möglicherweise nicht interessiert, die sich die Gesellschaft zu stellen hat: Wie würdevoll können alte Menschen ihren Lebensabend verbringen?

Diese Frage ist mit vielen anderen Fragen verwoben: Budget, Personal, familienfeindliche Dienstpläne, die wegen ständigen Einspringens (Personalmangel) nicht „halten“ (fehlende Planbarkeit), zu wenige Pflegepersonen oder zu hohe Fluktuation. Pflege ist mehr als nur „Patient:innen und Bewohner:innen waschen“ und „Erkrankte behandeln“. Pflege ist auch Wissen über Gesundheit, deren Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung. Um die Attraktivität des Berufs zu steigern, muss eine Ausbildungsoffensive, die diese auch leistbar macht, gestartet werden, und zwar eine Ausbildung auf hohem Niveau. Mittels „Marketing“ könnte der Gesellschaft vor Augen geführt werden, wie wichtig, interessant, schön und sinnstiftend dieser Beruf neben den angeführten Belastungen ist.

Pfleger:innen sind keine Held:innen

Während der Pandemie beklatscht und hoch gelobt zu werden ist das eine, als „Held“ oder „Heldin“ bezeichnet zu werden geht jedoch zu weit. Ein Held ist eine unantastbare und unverwundbare Wundergestalt aus dem Märchen, während Pflegepersonen Menschen sind. Weder unbesiegbar noch frei von Schmerz, Krisen und Sorgen oder grenzenlos belastbar. Sie müssen ihre Rechnungen zahlen und dürfen auch manchmal aufgeben, wenn es für sie oder ihre Familienmitglieder zu viel wird. Das ist menschlich, und gerade dieser Beruf muss auch weiterhin menschlich bleiben.



Jeder Handgriff muss sitzen. Pflege auf der Intensivstation der Salzburger Landeskliniken im November 2021

Da die Pflege ein frauendominierter Beruf und generell in frauendominierten Branchen die Bezahlung niedriger ist, außerdem das Vorurteil herrscht (auch immer wieder in Interviews mit verantwortlichen und gebildeten Politiker:innen vernehmbar), dass diese Berufe ohne besondere Kenntnisse auszuüben sind, gibt es bisher kein angemessenes Gehalt.

Doch das Gegenteil von „ohne besondere Kenntnisse leicht ausübbar“ ist der Fall: Pflege ist ein „Knochenjob“. Die Pflege steht an der Schnittstelle von sämtlichen Gesundheitsberufen, koordiniert Ansprüche des Managements, Vorschriften und Forderungen des Gesetzgebers sowie die Bedürfnisse der Patient:innen.

Ein kleiner Bonus hier und ein kleiner Reformansatz da werden nicht kitten, was zerbrochen ist. Unabdingbar ist eine nachhaltige öffentliche Finanzierung, attraktive, finanziell abgesicherte Ausbildungen, nachhaltig verbesserte Arbeitsbedingungen und eine höhere Wertschätzung der Pflege- und Gesundheitsberufe in der Gesellschaft.

Die Idee mancher Stakeholder oder Pflegeverantwortlichen, „billigeres“ und vermeintlich willfähiges Personal aus dem Ausland zu „holen“, halte ich für frech und kolonialistisch dem Herkunftsland gegenüber, das diese Personen ausbildete und vermutlich nicht auf sie verzichten kann.

Pflege-Volksbegehren

Im Sommer wurde von der Initiative „Gerechtigkeit den Pflegekräften“ ein Volksbegehren auf den Weg gebracht. Im Vorfeld bekam es bereits mehr als 100.000 Unterstützungserklärungen. Das Gesamtergebnis (Unterstützungserklärungen + Eintragungen): 131.921 Stimmen. Damit ist der Schwellenwert von 100.000 Unterschriften überschritten, das Volksbegehren muss daher im Nationalrat in Behandlung genommen werden. Man darf gespannt sein.

Die Initiative möchte eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte in Österreich und eine bestmögliche und menschenwürdige Versorgung aller pflegebedürftigen Menschen erreichen.

Ob diese Initiative einem gewachsenen Selbstbewusstsein von Pflegekräften entsprungen oder durch den „Corona-Applaus“ im Frühling 2020 angeregt wurde, ist mir nicht bekannt, jedoch kommt diese Initiative nicht von ungefähr und zeugt von aktiv gelebter Solidarität mit Pflegenden und deren Schutzbefohlenen und Anvertrauten, den Patient:innen oder Klient:innen.

Mitgehn – gegen Beschämung und Stigmatisierung

Viele Menschen, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden, kennen Situationen, in denen sie abgewertet werden. Sie zu begleiten, hilft

Lebensskizzen, aufgezeichnet von Peter A. Krobath

Armut wird in einer reichen Gesellschaft oft als beschämend erlebt. Besonders Alleinerzieherinnen mit geringen Einkommen fühlen sich häufig inkompetent. Sie haben nicht geschafft, was anderen gelungen ist, und fürchten sich davor, verurteilt zu werden. Das führt oft dazu, dass Armut versteckt wird. Es macht für Menschen, die sich als sozial schwach erleben, den Gang zu Ämtern und Behörden, aber auch zu Gesundheitseinrichtungen besonders schwer. In dem preisgekrönten Projekt „Mitgehn“, einer Initiative der Österreichischen Armutskonferenz, bieten sich Menschen, die selbst solche Barrieren erlebt haben, als Begleitpersonen an, um Betroffenen den Rücken zu stärken. Im Folgenden erzählen einige von ihnen, wie es dazu kam, dass sie mit anderen mitgehen wollen.

Cosmina

Ich komme aus Rumänien. 2006 bin ich mit einer Bekannten aus meinem Dorf nach Österreich gekommen. Ich habe angefangen, in einem Restaurant im ersten Bezirk zu arbeiten, in der Küche, schwarz. Denn 2006 war Rumänien noch nicht in der EU. 2008 habe ich meinen Mann kennengelernt, also den Vater von meinen zwei Buben.

Die Zeit mit ihm war sehr schlecht. Schlecht ist zu wenig gesagt. Er hat uns oft bedroht. Er hat gesagt, er wird die Kinder umbringen, dann mich, dann macht er sich selber tot. Solche Drohungen waren das.

Ich habe eine Gemeindewohnung bekommen, auf meinen Namen. Und, Gott sei Dank, mit der Corona-Pandemie 2020 habe ich auf einmal klar gesehen: Ich

bezahle alles selbst, meine Kinder haben alles, was sie brauchen, nur von meinem Geld. So konnte ich ihn endlich rauswerfen.

Meine Erfahrung mit der Polizei war nicht so gut. Ich wollte wegen meiner Kinder nicht die Polizei zu Hause haben. Ich bin also ins Amt gegangen, um meinen Partner anzuzeigen. Da waren ein Mann und eine Frau, der Mann war irgendwie okay und hat ruhig zugehört, aber die Frau war so: Sicher hast du irgendetwas gemacht.

Die Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie hat mir sehr geholfen. Dort arbeiten nur Frauen und beraten Frauen. Sie haben mich auch auf Behördenwegen begleitet. Es war für mich sehr positiv, dass ich nicht überall allein hingehen musste.

Ich wollte selbst immer im Sozialbereich arbeiten. Es ist etwas, das ich von Herzen machen kann. Ein Job, den man nicht mag, nur wegen des Gelds, das ist traurig. Ich habe vom AMS einen Kurs bekommen, eine Ausbildung zum Integrationscoach. Da muss man auch ein paar Stunden Praktikum machen, und so bin ich auf das Projekt Mitgehn gestoßen. Ich wollte das machen, weil ich das ja selber erlebt habe, dass es dir sehr hilft, wenn du bei Behörden Terminen jemanden an deiner Seite hast. Da kann ich etwas aus meiner eigenen Erfahrung weitergeben und nicht etwas, das ich aus Büchern habe.

Eine Frau aus Afghanistan habe ich begleitet, weil sie eine Handysignatur gebraucht hat. Sie hat drei Kinder, eines mit Autismus. Ich habe mich in ihrer Geschichte gesehen. Ihr Mann arbeitet schwarz, aber er will nicht für die Kinder zahlen. Das ist auch bei mir so, aber ich bekomme vom Staat für meine zwei Kinder 790 Euro pro Monat. Diese Frau aus Afghanistan bekommt nur 75 Euro im Monat für alle drei Kinder. Ich verstehe diesen Unterschied nicht. Aber ich kann nicht mehr für diese Frau tun. Das ist nicht vorgesehen in diesem Projekt. Es geht nur um das Mitgehen. Wir dürfen uns nicht weiter treffen. So ist die Regel. Wenn der Termin erledigt ist, gehen wir auseinander.

Ich habe eine junge Frau aus dem Jemen begleitet, 19 Jahre alt. Sie kommt aus dem Krieg und ist noch nicht so lange in Wien. Sie hat Geld vom AMS bekommen. Einmal hat sie drei Wochen lang bei ihrer Tante in Baden gewohnt, sie kennt ja sonst niemand hier. Sie hat nicht gewusst, dass sie das dem AMS sagen muss, und dass sie deswegen eine Strafe bekommen kann. Bei Gericht war eine nette Frau, die hat gesagt, sie kann fünfzig Stunden in einem Sozialmarkt arbeiten, dann ist alles erledigt.

Trotzdem war ich sehr traurig für diese junge Frau. Wenn man so jung ist, sollte man nicht solche Probleme haben. Mit 19 ist man noch mehr Kind als Erwachsene. Als ich so alt war, war ich bei meiner Familie in Rumänien und der glücklichste Mensch der Welt.

Hat ihr das Mitgehen geholfen? Ich hoffe schon. Ich war mit in diesem Büro, ich habe mich nicht eingemischt, aber sie hat ein paar Mal zu mir geschaut. Nur so



Als pensionierter Mitarbeiter eines Magistrats weiß Michael, wo es im Behördenschwungel langgeht

kurz, als ob sie sicher gehen wollte, dass ich auch da bin. Und sie war zufrieden, dass ich da war. Und das war es.

Michael

Ich will nicht pauschalisieren. Es gibt solche und solche. Die einen gehen verantwortungsvoll um mit ihrer Macht. Andere nutzen sie aus. Spielen sie gegenüber den Schwächeren aus. Die Macht des Amtes. Ich habe ja selber lange in einer Behörde gearbeitet, auf einem Magistrat, als Assistent des Baudirektors. Wobei ich keinen Kund:innenkontakt gehabt habe. Aber natürlich habe ich mitbekommen, dass es da Konfliktpotenzial zur Genüge gibt. Die einen sind zuvorkommend und geben Kund:innen eine Möglichkeit, andere wieder sind gleich blockierend. Es gibt zum Beispiel Magistratsstellen, wo du das Gefühl vermittelt bekommst, du solltest schon auf den Knien rutschend hineingehen.

Als ich vor acht Jahren in Pension gegangen bin, wollte ich jetzt nicht den ganzen Tag zu Hause sitzen und mich übers Wetter ärgern. Ich wollte etwas Sinnvolles tun, etwas Soziales. Zuerst war ich bei den Samaritern, aber da hab' ich bemerkt, dass mir das körperlich zu anstrengend wird. Also hab' ich mich umgeschaut, was ich sonst tun kann. Es war nach dem Jahr 2015, wo sehr



Pferdenärrin Phönix begleitet Frauen zum Arbeitsamt und moderiert eine Radiosendung

LUKAS KÜHBERGER, MILENA KROBATH

viele zu uns gekommen sind, und da war es naheliegend, mich um einen Asylwerber zu kümmern. Dieser junge Mann aus Afghanistan hat dann eine Kochlehre gemacht und arbeitet heute als Koch, er spricht gut Deutsch, er hat seinen Weg gemacht. Aber behördenmäßig haben wir gerade das Spiel, dass er sich für eine Staatsbürgerschaft bewerben will, was theoretisch möglich ist, aber seltsamerweise praktisch nicht. Es geht technisch nicht.

Die Sache läuft so. Also theoretisch sollte sie so laufen: Um einen Termin zu bekommen, musst du dich bei der Landesregierung digital anmelden. Das kannst du für den jeweiligen Tag ab null Uhr. Aber auch wenn du dich um null Uhr oder kurz darauf dort anmeldest, ist kein Termin frei. Das Spiel haben wir jetzt seit über einem halben Jahr. Also wieder einmal ein unterschwelliges Machtspiel: Wir wollen nicht, aber wir müssen. Daher gestalten wir es so, dass es nicht wirklich funktioniert. Das Gesetz ist so und so, ich darf also nicht nein sagen, aber ja sagen tu ich deswegen noch lang nicht.

Da mein afghanischer Schützling heute selbstständig ist und auch ohne mich gut zurechtkommt, hab' ich mir noch etwas gesucht und bin auf das Projekt Mitgehn gestoßen. Im Grunde war ja vieles, was ich bei dieser Asylwerber-Patenschaft gemacht habe, auch schon eine Art „Mitgehn“.

Es gibt unterschiedliche Gründe, eine Begleitperson dabei haben zu wollen. Schlechte Erfahrungen. Die Angst, etwas nicht zu verstehen. Die Angst, nicht ernst genommen zu werden. Die Angst, gedemütigt zu werden. Die Angst vor all diesen Machtspielchen, von denen ich schon erzählt habe.

Wobei die Hemmschwelle, das in Anspruch zu nehmen, für manche wahrscheinlich auch hoch ist: Wen krieg' ich da? Wer soll denn das sein? Wird der oder die meine Probleme verstehen oder schlecht von mir denken? Da muss man manchen vielleicht ganz klar zu verstehen geben: Wir sind nur eine Begleitung, wir urteilen nicht, wir mischen uns nicht ein, aber wir sitzen auf deiner Seite, damit diese mehr Gewicht hat und nicht einfach übergangen werden kann.

Anna

Den Grund für meine Armut sehe ich in der Rückkehr meiner Familie mütterlicherseits 1946 aus dem Exil in England. Meine Großmutter hat ihre Wohnung nicht zurückbekommen, sie war dann obdachlos. Erst in den 1950er-Jahren hat sie eine geringe Ablöse erhalten. Meine Mutter ist in Pflegefamilien groß geworden, mit vielen Misshandlungen. Sie hat meinen Vater geheiratet, der kam aus einer sozialistisch-kommunistischen Familie, wurde mit 17 zur Wehrmacht eingezogen. Er wollte nicht für die Nazis kämpfen, hat sich schwer verletzen lassen und hat nur knapp überlebt. Und diese zwei Schwersttraumatisierten heirateten also und zeugen zwei schwersttraumatisierte Kinder.

Die Geschichte geht dann so weiter, dass ich ebenso einen schwersttraumatisierten Mann heirate, einen Flüchtling aus Algerien, die Mutter Waise, der Vater im Algerien-Krieg fast zu Tode gefoltert. Was bei all dem herauskommt, ist eine wunderbar dysfunktionale Familie.

Mein erster Mann war ein toller Mensch, Künstler, Innenarchitekt, Choreograf, fünf Fremdsprachen. Er hat uns mit seiner Lebensfreude unglaublich bereichert: Feiern wir, machma, essen wir gut, das Lebens ist wunderbar!

Ja, dann war es doch nicht so wunderbar. Er hat eine schwere Form von Multipler Sklerose gehabt. Sie geht mit einer psychiatrischen Erkrankung einher, was aber damals noch nicht ernst genommen und auch nicht behandelt wurde. Kurz gesagt: Meine drei Töchter und ich haben Gott sei Dank in einem Frauenhaus überlebt. Er ist mit knapp 48 an den Folgen dieser Krankheit gestorben.

Ich war dann noch einmal eine Zeitlang verheiratet, mit einem Mann aus Westafrika, der sehr lange im Asylverfahren war. Ich bin noch einmal schwanger geworden in dieser wirklich schwierigen Situation und habe meinen wunderbaren, heute 15-jährigen Sohn bekommen. Aber wie gesagt, die Ausgangslage war eher so: Oh mein Gott, ich schaff' drei Kinder nicht, wie soll ich vier Kinder schaffen, das geht sich emotional und finanziell gar nicht mehr aus.

Nun bin ich in Pension. Bis vor Kurzem habe ich als Textilrestauratorin gearbeitet, Teilzeit, zwanzig Stunden. Dafür habe ich gar nicht so schlecht verdient, aber natürlich war das zu wenig, wenn du vier Kinder durchbringen musst. Also habe ich nicht wenig Zeit und Nerven der Bürokratie opfern müssen. Denn jeder Antrag ist extra zu stellen, für jedes Kind auch extra, also vier Mal.

Durch meine zwei afrikanischen Ehemänner bin ich eine Art Fremdenrechtsexpertin geworden. Ich habe auch etliche Freundinnen zur berüchtigten MA 35 begleitet, zur Wiener Magistratsabteilung für Einwanderung und Staatsbürgerschaft. Diese Frauen haben bestätigt: Es ist ein riesengroßer Unterschied, wenn jemand mitgeht, noch dazu eine Österreicherin. Man nimmt sie dann als Menschen überhaupt erst wahr, hört sie an. Ohne meine Begleitung wäre für sie vieles nicht möglich gewesen.

Phönix

Der ganze Körper hat mir wehgetan. Als ob eine Pferdeherde drübergetrampelt wär. Oder als ob mich wer ganz arg verprügelt hätte. Wer das nicht selber erlebt hat, glaubt es einem nicht. Dass Long Covid tatsächlich so lang dauern kann. Dass man über eine so lange Zeit derart schlecht beieinander sein kann.

In der ersten Zeit habe ich es nicht einmal geschafft, eine Stunde lang durchgehend wach zu bleiben. Ich habe starke Kopfschmerzen, starke Gliederschmerzen, Kreislaufprobleme, Erschöpfung, Atemnot, Herzrasen

gehabt. Es verändert dein Leben radikal, wenn du körperlich nicht mehr belastbar bist und all die Sachen nicht mehr machen kannst, die du möchtest. Geistig willst du es ja, aber der Körper macht nicht mehr mit. Sogar banale Dinge wie anziehen bringen dich außer Atem. Oder duschen. Und dann das Sichabtrocknen. Dazu hab ich mich hinsetzen müssen, um nicht gleich umzufallen. Jetzt liegst eh schon am Boden, und dann kommen noch die Existenzsorgen dazu, weil das Krankengeld so niedrig ist. Ich hab' um Ergänzung durch Sozialhilfe ansuchen müssen, weil ich nur 678 Euro Krankengeld erhalten habe bei 560 Euro Fixausgaben, und da habe ich noch keinen Bissen gegessen. Von der aktuellen Teuerung ganz zu schweigen. Als Krönung hab' ich eine Nachzahlungsforderung von meiner Vermieterin bekommen, 1.500 Euro, eine Indexanpassung, die sich über drei Jahre summiert hat. Ich war einen Monat lang damit beschäftigt, das Geld aufzutreiben.

Eine Zeitlang habe ich eine arbeitslose Frau zum AMS begleitet, die konnte schon Wochen vor ihrem Termin nicht mehr schlafen und hat sich das Ohr blutig gekratzt, weil das für sie so belastend war. Sie hat da schlechte Erfahrungen gemacht. Es gibt strenge gesetzliche Vorgaben, was als zumutbar gilt, aber für bestimmte Menschen ist es dann doch nicht zumutbar, und da entsteht eine enorme Überforderungssituation, gesteigert durch den drohenden Entzug der Existenz mit Geldsperren.

Dazu kommt, dass du kaum Mitspracherecht hast, was Maßnahmen, Ausbildungen und Jobs betrifft. Sie können dir beinhaltet alles überstülpen, und das sind nicht selten Jobs bei Leihfirmen oder sonstige prekäre Jobs, die zu Recht kein Mensch freiwillig machen will. All das kann sehr an dir nagen, noch dazu, wo du dabei immer ein bisschen ins kriminelle Eck gestellt wirst, von wegen du bist eh nur eine Sozialschmarotzerin, ein Tachinierer.

Ich war einmal als Delegierte in Brüssel beim jährlichen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen aus ganz Europa. Das war schon besonders. Da konnte ich mich in der Pause bei einem Kaffee ganz nett mit der damaligen irischen Sozialministerin Joan Burton unterhalten, einfach so. Heuer hätte ich als „National Coordinator“ mitfahren sollen, doch dann ist meine Erkrankung dazwischengekommen.

Als Jugendliche wollte ich Tiermedizin oder Zoologie studieren, aber das hat meine Mutter zu verhindern gewusst. Arbeit soll schlimm sein und darf nicht Spaß machen, sonst ist es keine Arbeit, das war ihre Einstellung. Später hab' ich in einem Schmuck- und Handschuhladen gearbeitet, habe mit der Abendschule begonnen, aber das ist sich nicht ausgegangen, weil ich so oft Überstunden machen musste. Ich hab' in einem Baumarkt gearbeitet, in der Gastro und als DJane in einer Diskothek, da hab' ich mir den Künstlernamen Phönix zugelegt.

Zwei Jahre hab' ich mit dem AMS gekämpft, bis ich eine Ausbildung zur sozial- und berufspädagogischen



Anna weiß aus eigener Erfahrung: Es macht einen Unterschied, wenn man zu einem Amt begleitet wird



Cosmina hatte anfangs selbst Probleme, in Österreich Fuß zu fassen. Heute ist sie im Sozialbereich tätig

Trainerin machen durfte. 2021 hab' ich noch die Ausbildung zur Kinderbetreuerin und Tagesmutter gemacht, und seit vorigem Jahr arbeite ich als Kinderbetreuerin in einem Hort. Ich bin froh, dass das ein Mangelberuf ist, weil sonst wär' ich wegen meiner Long-Covid-Erkrankung schon längst rausgefliegen.

Diese Texte erschienen auf der Website der Armutskonferenz: lebensskizzen.at

Kinder helfen Flüchtlingen

Überlebende der Kindertransporte aus Wien setzen sich in den USA heute für Geflüchtete ein

Stella Schuhmacher

Robert M. Kaufman, 1929 in Wien geboren

Ein ganzes Buch hat er darüber geschrieben. Über seine Dankbarkeit, mit einem Kindertransport gerettet worden zu sein und eine neue Heimat gefunden zu haben, sowie über sein lebenslanges Streben, sich dafür erkenntlich zu zeigen und anderen zu helfen: „Paying Back. A Refugee Kid's Thank You to America.“

Robert M. Kaufman wurde 1929 in Wien geboren, und floh als Neunjähriger mit einem Kindertransport nach England. Danach baute er sich eine außerordentlich erfolgreiche Karriere als Jurist in den Vereinigten Staaten auf. Er wurde Partner in der renommierten New Yorker Anwaltskanzlei Proskauer Rose LLP und bekleidete verschiedenste juristische Regierungsämter.

Gleichzeitig unterstützte er Migrant:innen und Flüchtlinge finanziell und war jahrzehntelang ehrenamtlich für die unterschiedlichsten Organisationen tätig. Die Liste dieser Funktionen füllt neun Seiten am Ende des Buches.

„Ich habe mich integriert“, sagt Robert schmunzelnd. Er hat die Autobiografie 2013 selbst veröffentlicht. Vier Bücher hat er verkauft, 500 verschenkt. Ich erhalte eine Ausgabe mit der Widmung „with admiration!“.

Bis vor der Pandemie ging Robert täglich in sein Büro am Times Square. Das einzige Zugeständnis an sein fortgeschrittenes Alter war, dass er Taxi oder Bus statt der Subway benutzte, die in New York kaum mit Liften zugänglich ist. Seine E-Mails beantwortet er nach wie vor täglich.

Auf die Frage, wie gut sein Deutsch sei, antwortet er in sehr gutem Deutsch: „Nicht gut, aber nicht schlecht. Ich spreche nie Deutsch. Ich lese nur auf Deutsch, aber es ist noch immer ein bisschen da.“ Danach findet unsere Unterhaltung auf Englisch statt, manchmal höre ich einen leichten britischen Akzent. Robert meint, dass dieser stärker werden würde, wenn emotionale Erinnerungen hochkommen. Auf Deutsch zu lesen bereitet ihm keine Mühe.

Wien hat er nach seiner Flucht nur ein einziges Mal im Jahr 1957 besucht, zum Skifahren war er aber ein paar Mal in Österreich. Er erwähnt auch mit ein wenig Stolz, dass er bis vor Kurzem Ski gefahren sei, am liebsten in Vermont. Er liest in der *New York Times* Artikel, die

mit Österreich zu tun haben, und verfolgt das politische Geschehen kritisch. Beim Erzählen seiner Kindheitserinnerungen wird er emotional.

Ein großartiges Abenteuer

Roberts Vater Paul wurde während der Pogrome im November 1938 verhaftet und in Dachau interniert. Roberts Mutter Bertha verstand sofort den Ernst der Lage und organisierte für ihren damals neunjährigen Sohn die Flucht aus Wien.

Als sich Robert von seiner Mutter am Westbahnhof verabschiedete, sagte sie zu ihm: „Du wirst ein großartiges Abenteuer erleben und eine tolle Reise machen. Wir beneiden dich alle um dieses Abenteuer.“

Und das war es dann auch für ihn, ein großes Abenteuer, auf das er sich als Neunjähriger allein und unerschrocken eingelassen hat.

« Als sich Robert von seiner Mutter am Westbahnhof verabschiedete, sagte sie: Du wirst ein großartiges Abenteuer erleben und eine tolle Reise machen. Wir beneiden dich um dieses Abenteuer! »

Nach einer langen Zugreise, „ich war sehr hungrig“, einer Nacht in einem Kinderlager und einer Schiffsüberfahrt, während der die meisten Kinder seekrank wurden, traf er in England ein. Er wurde von Familie Wheeler in Norwich aufgenommen. Herr Wheeler war Direktor der Schule „Bracondale“, in die Robert während seiner Zeit in Großbritannien ging.

Über die Wheelers sagt Robert, dass sie neben seinen Eltern die wichtigsten Personen in seinem Leben seien. „Ich wurde in diesem Jahr in England vom Schulleiter und seiner Frau mehr umarmt und geliebt als jemals zuvor in meinem Leben. Sie waren bemerkenswerte Menschen. Abgesehen von meinen Eltern waren sie die wichtigsten Menschen in meinem Leben.“ Nach wie vor ist Robert mit den Töchtern der Familie Wheeler in Kontakt. Robert hatte in Wien bereits im Monat vor seiner Abreise begonnen, mit einer Nachbarin Englisch



Ilse Hönigsberg als junges Mädchen in Wien. Schwester Linda Hönigsberg und Mutter Helene mit Puppe, beide in Auschwitz ermordet. Ilse's Eltern bei ihrer Hochzeit

zu lernen, und machte in England rasch Fortschritte. Er arbeitete sich innerhalb eines Jahres von der ersten Grundschulklasse bis zur dritten hoch und erwähnt nicht ohne Stolz, dass er dann auch gleich Latein dazu-gelernt hätte.

Seine Familie hatte großes Glück. Seine Schwester kam auf einem weiteren Kindertransport ein paar Monate nach ihrem Bruder nach England, auch seine Eltern konnten Wien relativ rasch verlassen. Nach einem Trennungsjahr machte sich die Familie gemeinsam auf die Reise nach Amerika. Ein Unbekannter in New York hatte für sie und hundert weitere Flüchtlinge die notwendigen Affidavits ausgestellt und ihnen so die Flucht aus Europa ermöglicht.

Den Namen Trude Frank erwähnt Robert häufig und mit großer Achtung und Dankbarkeit. Sie organisierte die Kindertransporte aus Wien und begleitete alle Kindertransportzüge persönlich, um sicherzugehen, dass es den Kindern gut ging.

Währenddessen wurden ihre Eltern in Wien zurückgehalten, damit ihre Tochter von den Auslandsreisen zurückkehren würde. Auch in New York kreuzten sich die Wege von Robert Kaufman und Trude Frank. Die Frau organisierte ein Kinderlager in Manhattan. „Das war damals ein wichtiger Treffpunkt für österreichische Flüchtlingskinder“, erzählt Robert.

Dank der uneigennützigen Hilfe von Familie Wheeler in England, die ihn aufnahm, dank des unbekannten New Yorkers, der Affidavits für die Familie ausstellte, und dank Trude Frank, die die Kindertransporte organisierte und dann den Flüchtlingskindern in New York

beim Start in ein neues Leben half, überstand Robert den Zweiten Weltkrieg relativ unbeschadet und hatte die Chance, sich ein neues Leben aufzubauen. Er war entschlossen, ebenfalls zu helfen.

Geld für Migrant:innen und Flüchtlinge

Geld, das er im Rahmen von Reparationszahlungen erhält, spendet Robert an Organisationen, die Migrant:innen und Flüchtlingen helfen. Seit rund zehn Jahren werden monatlich Zahlungen der Republik Österreich an ihn überwiesen. Er muss lediglich beweisen, dass er noch am Leben ist.

Auch im Rahmen des Swiss Banks Settlement 1998 wurde Robert Geld zugesprochen. Seine Großmutter hatte ohne Wissen der Familie Konten in der Schweiz eröffnet, und Robert erfuhr zufällig von dem so angelegten Vermögen.

Auch diese Gelder, insgesamt 700.000 US-Dollar, legte er beim New York Community Trust an und spendete es zur Gänze an Organisationen, die Migrant:innen und Flüchtlingen helfen, wie zum Beispiel einem New Yorker Krankenhaus, Einrichtungen für Folteropfer und Hilfsorganisationen in Israel und Jordanien.

Es ist ihm wichtig, dass das Geld seiner Großmutter nun für die Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Flüchtlings- und Migrant:innenhilfe verwendet wird:

« Es ist seltsam, dass fast fünfundsiebzig Jahre später das Geld meiner Großmutter für Einwanderer und Flüchtlinge verwendet wird »

„Es ist irgendwie seltsam, dass fast fünfundsiebzig Jahre später das Geld meiner Großmutter für Einwandernde und Flüchtlinge verwendet wird. Meine Mutter wusste wahrscheinlich nichts von der Existenz dieses Kontos. Sie hätte es sicherlich gut brauchen können, als wir sehr arm in Amerika ankamen. Wir konnten nur mithilfe von Verwandten überleben.“

Ehrenamtliche Positionen und Regierungsarbeit

Robert war beruflich als Anwalt außergewöhnlich erfolgreich. Er bekleidete im Laufe seiner Karriere auch viele unbezahlte ehrenamtliche Ämter und bezeichnet das als sein Dankeschön an seine neue Heimat Amerika. „Ich habe vor Kurzem eine Liste aller Regierungspositionen erstellt und war geschockt, festzustellen, dass es im Lauf meines Lebens 27 waren. Fünf waren bezahlt, 22 unbezahlt.“

Die Liste umfasst Positionen wie: Attorney, Anti-trust Division im U.S. Department of Justice (1957–58); Member, Secretary, Advisory Committee on Judicial Selection to Senator Jacob Javits (1967–1980); oder Member, Vice Chairman, U.S. Delegation to International

Conference of Courts of Military Appeals (1993–2003). Non-Profit-Organisationen, in denen er zum Teil bis heute tätig ist, sind: Citizens Union of the City of New York, Legal Momentum, The New York Community Trust oder Visiting Nurse Service of New York. Diese Aufzählungen ließen sich beliebig lang fortsetzen und umfassen, wie erwähnt, neun Seiten in Roberts Buch.

In seiner spärlichen Freizeit kocht Robert in Vermont Marmelade ein, die er an Freunde und Bekannte auf der ganzen Welt verschickt. „Ich begann damit, selbst gemachte Marmelade im Büro zu verschenken und an einige wenige Bekannte zu verschicken.“ Das war in den 1970er-Jahren.

Die Liste wurde mit jedem Jahr länger. „Ich produzierte 800 Gläser mit Marmelade, die ich an eine Liste von rund 650 Personen verschicke. Einige Auserwählte erhalten ein Paket mit sechs Marmeladegläsern, zum Beispiel meine ehemaligen Assistentinnen.“ Robert hält schriftlich fest, wer aller seine Marmeladegläser erhalten hat. „In den letzten Jahren hat sich die Marmeladefliste auf hundert Adressat:innen reduziert, auf der sich aber noch immer Namen wie Jonathan Bush und zwei Supreme Court Justices befinden“, schmunzelt er.

Meine wiederholten Versuche, Robert zu Vorträgen in Schulen einzuladen, hat er stets abgelehnt, zu schwierig sei es für ihn, über seine Flucht aus Wien zu erzählen. Wenn er über Familie Wheeler, seine englische Gastfamilie, und die nach wie vor bestehende Freundschaft mit den Töchtern der Familie spricht, steigen ihm Tränen in die Augen. Auch als er eine Rede erwähnt, die er in London anlässlich einer Erinnerungsfeierlichkeit an die Kindertransporte gehalten hat, wird ersichtlich, wie stark die damit verbundenen Gefühle noch immer sind und wie dankbar er der britischen Bevölkerung für deren Hilfe ist.

Anne Kelemen, 1925 in Wien geboren

Die ehemalige Wienerin Anne Kelemen, 98, ist Mitglied der Kindertransport Association. Die KTA ist eine Vereinigung von durch die Kindertransporte Geretteten, die sogenannten Kinder, und deren Familienangehörigen. Anne wurde als Vierzehnjährige mit einem Kindertransport aus Wien gerettet.

In welchem Konzentrationslager ihre Eltern ermordet wurden, weiß sie nicht. „Man hat mir gesagt, dass man Stolpersteine für meine Eltern machen will. Aber ich finde, man ist in ihrem Leben genug auf sie getreten.“

Die Shoah-Gedenkmauer in Wien findet sie gut. Obwohl man es der energiegeladenen, immer lachenden, mittlerweile allerdings etwas vergesslichen Anne nicht anmerkt, trägt sie tiefe Wunden mit sich: „Jedes Mal, wenn ich einen Koffer packe, ist mir, als ginge ich zum Galgen. Es befällt mich ein beklemmendes Todesgefühl“, erzählt sie in fließendem Deutsch. Oft denkt sie an ihre eigenen verzweifelten Auswanderungsversuche



Anne Kelemen als junge Frau in England

aus Wien und den unerträglichen Antisemitismus der Wiener:innen. Daher engagiert sie sich im Rahmen der Kindertransport Association für die Rechte von Flüchtlingen.

Vor ein paar Jahren, als es an der amerikanisch-mexikanischen Grenze zur Trennung von Kindern und ihren Eltern kam und die Medien von Käfigen ähnelnden Unterkünften für Flüchtlingskinder berichteten, schrieben die Mitglieder der Kindertransport Association Protestbriefe an Senator:innen. Sie forderten, man solle Flüchtlingen, sowohl aus Zentralamerika als auch Syrien, und vor allem Kindern, die vor Gewalt und Ausbeutung fliehen, eine Chance auf ein neues Leben ermöglichen.

„Wir fühlen uns verpflichtet, uns an die Vergangenheit zu erinnern und in der Gegenwart zu handeln. Wir sind zutiefst betrübt über die Politik der US-Regierung, die Neuansiedlung von Flüchtlingen stark einzuschränken. Wir waren entsetzt über die Trennung von Kindern und Eltern an der US-Grenze. Wir können solche Grausamkeiten nicht hinnehmen“, sagt Melissa Hacker, Executive Director der KTA und selbst Tochter einer aus Wien mit einem Kindertransport Geretteten.

Auch demonstrierten die „Kinder“ 2017 gegen den „Muslim Ban“, als in den USA über Nacht ein Einreiseverbot für Muslime verhängt wurde und Reisende auf Flughäfen festsäßen oder umkehren mussten. Sie schickten einen Protestbrief an den damaligen Präsidenten



Robert Kaufman als junger Bub



Anne Kelemen in ihrer New Yorker Wohnung 2020

Donald Trump: „Die Kindertransportkinder kamen als Flüchtlinge in dieses Land und sind in den Jahren danach produktive amerikanische Bürger geworden, darunter zwei Nobelpreisträger, viele erfolgreiche Geschäftsleute, Film- und Theaterprofis, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Ärzte und Philanthropen. Wir bitten Sie, gefährdeten Kindern die gleiche Chance zu geben. Sie fliehen vor unsäglicher Gewalt und haben alles verloren, außer ihrer Hoffnung und dem Wunsch, sicher und frei zu sein. Wir sind jeden Tag dafür dankbar, dass wir überlebt haben, und fordern Sie auf, die Türen für Flüchtlinge offenzuhalten“, endet der Brief, der von 200 Holocaust-Überlebenden und ihren Nachfahren unterzeichnet wurde. Darunter Anne Kelemen.

«Jedes Mal, wenn ich einen Koffer packe, ist mir, als ginge ich zum Galgen. Es befällt mich ein beklemmendes Todesgefühl»

Der Muslim Ban erinnerte sie an die Geschichte des Flüchtlingsschiffs St. Louis: „Ich habe mich mit großer Traurigkeit an die St. Louis erinnert, die Deutschland mit vielen Jüdinnen und Juden an Bord verlassen hat und umkehren musste.“

Von den Passagieren des Dampfers, dem 1939 sowohl in Kuba, den USA als auch in Kanada das Anlegen verweigert wurde, verlor ein Drittel nach der Rückkehr nach Europa sein Leben. Berichte über Flüchtlingsschiffe im Mittelmeer, denen ein sicherer Hafen verwehrt wird, erschüttern Anne daher ebenfalls zutiefst. Während der Corona-Pandemie machte sie sich besondere Sorgen

um Flüchtlinge und Kinder. Arme Kinder aus bildungsfernen Haushalten oder aus Flüchtlingsfamilien, die monatelang keine Schule besuchen konnten, waren ihrer Meinung nach am stärksten von Lockdowns betroffen, verloren ihren sozialen Halt und Schutz.

„Wir wissen nicht, was mit diesen Kindern passiert. Manche werden mit Bussen zu irgendwelchen Verwandten geschickt. Wer weiß, ob diese Kinder nicht als Prostituierte ausgebeutet werden?“, fragte sie sich. Während der Corona-Pandemie und der dadurch bedingten Schulschließungen waren vor allem wehrlose Minderjährige verstärkt Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung ausgesetzt. „Wo sind die Kinder? Gehen sie in die Schule? Wurden sie adoptiert? Wir haben sie in der Corona-Krise vergessen“, sagt Anne Kelemen.

Erinnerungen an ihre Kindheit

Anne wurde 1925 in Wien geboren und wuchs im siebten Bezirk „in einem gutbürgerlichen Umfeld“ auf. „Wir hatten einen Weihnachtsbaum mit Davidstern an der Spitze, als ich aufwuchs.“ Wien veränderte sich nach dem Anschluss von einem Tag auf den nächsten.

„Das Wien, in dem man als gut erzogenes Kind die Straße überquerte, um jemandem zu helfen, hörte auf zu existieren. Der Antisemitismus der Wiener war spürbar stärker als der in Berlin.“ Anne führt das darauf zurück, dass Wien eine Durchgangs- und Zuzugsstadt war, in der sich viele Jüdinnen und Juden aus dem Osten niedergelassen hatten, was auf den Widerstand der örtlichen Bevölkerung stieß.

Antisemitische und demütigende Zwischenfälle waren an der Tagesordnung, viele sind für Anne noch immer schmerzhaft nahe. „Jeden Tag fehlte ein Kind in der Schule, entweder war es ausgewandert, oder der Vater hatte Selbstmord begangen, war aus dem Fenster gesprungen. Wir hofften immer, dass sie nur deshalb nicht mehr in die Schule kamen, weil sie auswandern konnten. Aber dann hörte man wieder, dass jemand gestorben war.“ Fluchtversuche wurden verzweifelter.

„Wir gingen zur amerikanischen Botschaft und begannen, zahllose Briefe an unbekannte Amerikaner zu verschicken und sie um Affidavits zu bitten. Die Warteschlangen vor der Botschaft reichten um den ganzen Block.“ Zwei Antworten erhielt Anne auf ihre Briefe: „Are you mad to write to us?“ Und: „We have a terrible depression and not enough food to eat ourselves.“

Nachdem Annes fünf Jahre ältere Schwester bereits als Dienstmädchen nach Großbritannien ausgewandert war, wurde Anne im März 1939 als Vierzehnjährige mit einem Kindertransport auch dorthin geschickt. Anne war unglücklich, denn sie wollte Wien und ihre Eltern nicht verlassen. Über das Schicksal ihrer in Wien zurückgebliebenen Eltern weiß sie lediglich, dass diese für einige Zeit im Ghetto Izbica gefangen gehalten wurden. Wo sie schlussendlich ermordet wurden, hat sie nie erfahren.

STELLA SCHUHMACHER

Fotos, Briefe und Erinnerungsstücke an sie gingen in den Wirren der Nachkriegszeit verloren.

Als 16-Jährige zog Anne nach London und arbeitete als Freiwillige in einer Unterkunft für Jugendliche. Sie wurde mit der Betreuung von Jungen beauftragt, die Aufenthalte in Konzentrationslagern überlebt hatten. „Das war das erste Mal, dass ich erfuhr, was tatsächlich in Konzentrationslagern geschah, was diese Kinder tun mussten, um zu überleben. Am ersten Abend kam ich ins Zimmer, um das Licht auszudrehen. Und die Jungen fingen an, mir ihre Geschichten zu erzählen.“

Anne fängt beim Erzählen an zu weinen. „Ein kleiner Junge berichtete, dass seine Arbeit darin bestand, gemeinsam mit einem anderen Jungen die Leichen aus den Gaskammern zum Krematorium zu befördern. Man hatte ihnen beigebracht, die Leichen aufzustapeln: sechs in eine Richtung, dann sechs in die andere Richtung, so wie Baumstämme, damit sie nicht einfach vom Wagen herunterfallen würden. Und dieser Junge fand so seine Mutter. Die Deutschen waren so effizient, sie hatten den Jungen beigebracht, den Leichen die Goldzähne zu ziehen.“

«Wir sind jeden Tag dafür dankbar, dass wir überlebt haben, und fordern Sie auf, die Türen für Flüchtlinge offenzuhalten. So endet ein Brief von Holocaust-Überlebenden an Präsident Donald Trump»

Am nächsten Tag sollte Anne die Jungen zum Duschen in ein separates Waschhaus bringen. Sie verteilte Seife und Handtücher und ging vor der Gruppe her, um ihnen den Weg zu zeigen. „Ich schloss die Tür zum Waschhaus auf, und plötzlich stießen mich die Jungen hinein und sperrten die Tür hinter mir zu. Sie glaubten, dass ich sie zu einer Gaskammer gebracht hatte und sie sterben sollten.“ Als ihre Zimmerkollegin sie als vermisst meldete, wurde Anne aus dem Waschraum befreit. „So wusste ich plötzlich über den Geruch des Todes Bescheid.“ Anne wischt sich die Tränen ab. Wir umarmen uns.

Erst bei unserem dritten Treffen hat sie mir diese Geschichte erzählt. „Irgendwann muss es heraus“, meinte sie, als ich mich dafür entschuldigte, durch meine Frage solch schmerzhaft Erinnerungen heraufbeschworen zu haben.

Ilse Melamid, geborene Hönigsberg, floh 1939 im Alter von elf Jahren mit einem Kindertransport aus Wien nach Großbritannien. Ihre Familie sah sie nach ihrer Flucht aus Wien nicht mehr wieder. Ihre drei Jahre jüngere Schwester und ihre Mutter wurden zunächst nach Theresienstadt deportiert und dann in Auschwitz ermordet. Ilse war darüber zu Kriegsende durch eine kurze Nachricht des Roten Kreuzes informiert worden. „Ich verschloss mich davor. Ich schloss die Tür zur

Vergangenheit. Ich hätte nichts tun können“, sagt sie. Ihr Vater konnte aus Österreich fliehen, verstarb aber kurz nach Kriegsende in Australien.

Ilse lebt in einer lichtdurchfluteten stilvoll eingerichteten Wohnung direkt neben der Metropolitan Opera in Manhattan. In der Ferne schimmert das Wasser des Hudson River durch die Wolkenkratzer. Ihr Dackel Heidi schmiegt sich auf der Couch an sie und schläft friedlich im Sonnenlicht. Viel denkt sie über ihre Verantwortung nach, anderen Menschen zu helfen. „Ab dem Alter von elf Jahren kannte ich weder ein glückliches Familienleben noch das Gefühl, in meinem eigenen Zuhause zu sein. Daher weiß ich, wie wertvoll und wichtig es ist, ein Heim zu haben.“

Vor Kurzem hat sie daher einen Großteil ihres Vermögens an Selfhelp (Selfhelp Community Services) gespendet, eine Organisation, die ein umfassendes Programm zur Unterstützung von Holocaust-Überlebenden in New York betreibt.

Ilse Hönigsberg wurde 1928 in Wien geboren. Ihr Vater arbeitete als Innenausstatter, fertigte Dekorationen und Tapeten an und reparierte Möbel. Die Familie besaß ein Geschäft und eine Werkstatt in Hietzing. „Bei einem Wienbesuch vor einigen Jahren habe ich die Werkstatt besucht. Jetzt ist dort ein Lebensmittelgeschäft für persisches Essen. Es war unheimlich, durch die Straßen zu gehen, die ich kannte.“

Ilses Erinnerungen an ihre Kindheit in Hietzing sind schön. Der Park war ihr Spielplatz. Die Synagoge wurde nur anlässlich der hohen Feiertage besucht. Im Herbst 1938 wurde Ilse Vater nach Dachau gebracht. „Wir fragten uns damals, was die Absicht dahinter war, Menschen einzusperren. Es ist aufwendig, jemanden zu



Robert Kaufman vor seinen zahlreichen Ehrungen in der New Yorker Wohnung 2024

verhaften, abzutransportieren und einzusperren. Es ist irgendwie einfacher, sie dazu zu bringen, die Straßen zu schrubbten.“

Sie fühlte sich plötzlich als Alien. „Wir gingen zur Schule, hatten Freunde. Dann wurde uns eines Tages gesagt, dass wir nicht mehr zur Schule kommen können. Als gäbe es bereits eine Verschwörung. Plötzlich konnte man niemandem mehr vertrauen.“ Das Geld wurde knapp, und die Familie war auf Hilfsorganisationen angewiesen.

Im Juli 1939 floh Ilse im Alter von elf Jahren mit einem Kindertransport aus Wien nach Großbritannien. „Ich erinnere mich, dass meine Mutter und meine Schwester auf dem Bahnhof standen.“ Mit ihrer Schwester verband sie damals ein Rivalitätsverhältnis. „Ich fühlte mich später sehr schuldig deswegen.“

Kurz nach ihrer Flucht wurden ihre Mutter und Schwester deportiert und ermordet. Ihrem Vater gelang es, sich nach Italien durchzuschlagen, doch auch ihn sollte sie nie mehr wiedersehen. „Ab einem Alter von elf Jahren ohne Zuhause und Eltern aufzuwachsen war unvorstellbar schwierig. Am schmerzhaftesten war, wie schlecht ich von der Familie behandelt wurde, die mich in Großbritannien aufgenommen hatte.“

« Ich schloss die Tür zum Waschhaus auf, plötzlich stießen mich die Jungen hinein und sperrten die Tür hinter mir zu. Sie glaubten, dass ich sie zur Gaskammer gebracht hatte »

Nach einigen Jahren verließ Ilse diese Familie, arbeitete in Internatsschulen mit Waisenkindern und schlug sich mit Bürojobs in Manchester und London durch. Ein richtiges Zuhause fand sie dabei nicht, sie sagt aber, dass sie die WGs mit Studierenden, mit denen sie einige Zeit lebte, durchaus genoss. „Ich habe mich dann beworben, um nach Australien auszuwandern. Kurz bevor ich ankam, starb mein Vater an den Folgen einer Operation.“

Vierzehn Jahre lang lebte Ilse in Australien. „Mir hat das Leben dort gefallen. Großbritannien war sehr klassenorientiert. Es kam mir nie in den Sinn, dass ich in meiner Ausbildung weiterkommen könnte.“ In Australien war das anders. Es gab ein Programm für ehemalige Soldaten, die ohne Gymnasialabschluss an die Universität gehen konnten. Dank dieses Programmes studierte Ilse bildende Kunst und Psychologie. „Sehr wienerisch“, sagt sie und lacht.

„Es gibt etwas an Wien, das in den Blutkreislauf gelangt. Das stimmt wirklich. Ständige Begegnungen mit Kunst, Architektur, Musik und Landschaft hinterlassen einen starken Eindruck.“ Mitte der 1960er-Jahre zog Ilse nach New York, heiratete einen Flüchtling aus Deutschland und fand endlich ein Zuhause. „Ich dachte,

er hätte das Gleiche wie ich durchgemacht, würde verstehen, ohne darüber reden zu müssen.“ Er hatte Kinder aus erster Ehe, Ilse hat deswegen zahlreiche Enkel und Urenkel. Sie begann, sich für das Wohl anderer einzusetzen.

Die Organisation Selfhelp, Empfänger von Ilses Spende, wurde 1936 in New York von deutschen und österreichischen Flüchtlingen gegründet, um anderen von den Nazis Vertriebenen zu helfen. Die Gründer:innen gaben sich damals das Versprechen, als die letzten überlebenden Verwandten der Opfer der Nazi-Verfolgung zu agieren. Dieses Versprechen bestimmt bis heute die Arbeit der Organisation, die das älteste und größte Programm für Holocaust-Überlebende in Nordamerika betreibt.

Selfhelp unterstützt rund 5.300 Holocaust-Überlebende. Insgesamt schätzt die Organisation die Zahl der Holocaust-Überlebenden in New York auf 35.000. 100.000 sind es in Nordamerika. Die wichtigsten von Selfhelp angebotenen Hilfsleistungen umfassen Heimhilfe, unabhängiges Wohnen, individuelle Betreuung durch Sozialarbeiter:innen und finanzielle Unterstützung.

Die Hälfte der Überlebenden lebt an der Armuts-grenze oder darunter, vor allem die aus der ehemaligen Sowjetunion. Für sie ist die finanzielle Unterstützung von besonderer Bedeutung. „Unser Ziel ist es, den Holocaust-Überlebenden ein würdevolles Leben in ihrer Gemeinschaft zu ermöglichen und ihnen die Dienstleistungen anzubieten, die sie brauchen, damit sie in ihren Häusern bleiben können und nicht in eine Institution müssen“, sagt Hanan Simhon, Vizepräsident des Holocaust-Überlebenden-Programms von Selfhelp.

Geld erhält Selfhelp unter anderem von der Claims Conference (Conference on Jewish Material Claims against Germany), der UJA (United Jewish Appeal) Federation of New York, aus der öffentlichen Hand oder dank der Großzügigkeit zahlreicher Einzelpersonen und Stiftungen.

Also auch von Ilse Melamid. „Wir sind sehr stolz darauf, der Empfänger ihres Geschenks zu sein und mit ihr zusammenzuarbeiten, um mehr Wohnraum für Senior:innen zu schaffen“, sagt Selfhelp. Das neu geschaffene Melamid Institute for Affordable Housing wird zusätzliche Unterkünfte für ältere New Yorker Bürger:innen finanzieren. „Weil sie lange ohne ein sicheres Zuhause auskommen musste, versteht sie persönlich, wie wichtig es ist. Deshalb möchte sie anderen New Yorker:innen helfen.“

Dank Ilses Spende arbeitet Selfhelp an der Entwicklung von sieben zusätzlichen Wohnprojekten in verschiedenen New Yorker Stadtteilen.

Die Corona-Pandemie hatte gravierende Auswirkungen auf die zahlreichen Sozialisierungsprogramme von Selfhelp. „Soziale Aktivitäten sind von entscheidender Bedeutung. Die meisten Überlebenden haben

ein sehr kleines soziales Umfeld. Viele sind isoliert und allein“, erzählt Hanan Simhon. Das beliebteste Programm, „Café Europa“, findet zurzeit nicht statt. Der Name stammt von einem gleichnamigen Café in Stockholm, das nach dem Krieg ein Treffpunkt für Holocaust-Überlebende war.

„Café Europa“ wird von Organisationen auf der ganzen Welt unterstützt und bietet Holocaust-Überlebenden die Möglichkeit, sich bei einem Essen zu treffen und miteinander zu unterhalten. Neben gemeinsamen Mittagessen organisiert Selfhelp auch Tanzveranstaltungen, Vorträge oder Kurse. „Normalerweise machen wir sechs bis zwölf Veranstaltungen pro Monat.“

Um die Pandemie zu überbrücken, veranstaltete Selfhelp virtuelle Senior:innenzentren. Mithilfe einer interaktiven Webcam-Technologie und einer eigens dafür entwickelten benutzerfreundlichen Plattform wird es Senior:innen ermöglicht, sich in einem größeren virtuellen Raum zu treffen. Speziell angeschaffte Tablets wurden vorprogrammiert und verschickt, um den technischen Zugang zu vereinfachen. Ein Moderator leitet Aktivitäten wie Yoga, Musikkurse oder Diskussionen zu aktuellen Ereignissen. Das Selfhelp-Personal, das mit Holocaust-Überlebenden arbeitet, ist speziell im Umgang mit traumatisierten Menschen geschult.

„Bei Holocaust-Überlebenden kann es viele verschiedene Auslöser geben, die ein altes Trauma hervorrufen. Ein Gespräch über aktuelle Ereignisse, zum Beispiel den Sturm auf das Kapitol, kann für einen Überlebenden Erinnerungen an die politischen Umwälzungen der 1930er-Jahre und den Nationalsozialismus zurückbringen.“ Selbst in einem scheinbar einfachen Gespräch über aktuelle Ereignisse müsse man daher darauf eingestellt sein, dass die Überlebenden über ihre Vergangenheit sprechen.

Besonders schwierig waren die Feiertage während der Corona-Pandemie für die Überlebenden. Nicht in der Lage zu sein, in eine Synagoge zu gehen und dort zu beten, versetzte viele in eine Zeit zurück, in der sie sich vor den Nazis verstecken und nicht öffentlich ihre Religion ausüben konnten.

„In gewisser Weise gibt es Parallelen zwischen dem, was während des Krieges und während der Pandemie passierte. Sogar die Tatsache, dass wegen dieses Virus eine hohe Lebensgefahr bestand und sie getrennt von ihren Familien leben mussten, ist ähnlich“, sagt Hanan Simhon. Selfhelp veranstaltete virtuelle Veranstaltungen anlässlich der wichtigsten jüdischen Feiertage.

Traditionell wird im Jom-Kippur-Gottesdienst darüber reflektiert, was im Laufe des Jahres passiert ist, und es wird der Verstorbenen gedacht. „Die Leute tippeten die Namen im Chatroom ein, und der Rabbi las alle Namen vor. Es war sehr wichtig, dass wir alle Namen auflisteten. Das war besonders berührend und bedeutungsvoll.“



Ilse Melamid, geborene Hönigsberg, mit Dackel Heidi

Als Corona-Impfstoffe auf den Markt kamen, war das elektronische Anmeldungssystem für viele Senior:innen zu kompliziert. Transporte ins Impfzentrum, Begleitsdienste und Impfungen zu Hause wurden gemeinsam mit Partner:innen organisiert. Außerdem informiert Selfhelp Impfskeptiker:innen und ihre Familien über den Impfstoff und die Vorteile einer Impfung. Auch wurde an der Versorgung mit Booster-Impfungen gearbeitet.

„Ich möchte die Widerstandsfähigkeit und Stärke dieser Menschen hervorheben. Sie sind durch die Hölle und zurück gegangen. Aber ihre Widerstandsfähigkeit ist außergewöhnlich. Sie lachen, sie tanzen, sie leben“, sagt Hanan.

Ilse meint, sie sei es gewohnt, allein zu sein. „Ich schätze mich glücklich, dass die Pandemie für mich nicht unerträglich war. Ich bin sehr selbstständig und unabhängig, seit ich als Kind allein mit allen möglichen Schwierigkeiten konfrontiert war.“

Jeden Morgen geht sie mit Heidi im Central Park spazieren. „Der Park ist schön, und die Tiere toben so fröhlich herum. Ich nutze die Gelegenheit, um zügig zu gehen.“ Auf die Wiedereröffnung der Metropolitan Opera hat sie sich besonders gefreut und war seither wieder öfters dort.

Zwei Friedensaktivist:innen ziehen Bilanz

Wie kann ich hier sitzen und Kuchen essen, während dort Babys als Geiseln gehalten werden? Evelyn Böhmer-Laufer und Ronny Böhmer im Gespräch

Interview Christian Schüller

Wie seid ihr vor bald zwanzig Jahren, in Zeiten der Intifada, auf die Idee gekommen, jüdische und palästinensische Jugendliche zusammenzubringen?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Die Intifada war der Anlass. Wenn ich den Fernseher aufgedreht habe, das war Anfang der 2000er-Jahre, ist es mir so ähnlich ergangen wie jetzt: Man sieht Bilder von entsetzlicher Gewalt, Terroranschläge gegen Israel, israelische Vergeltungsschläge. Zertrümmerte Häuser, weinende Kinder, schreiende Menschen. Das hat mich so erschüttert, wie es mich jetzt erschüttert, und wenn meine Seele so erschüttert ist, fällt es mir schwer, normal zu funktionieren. Das heißt, ich funktioniere schon normal, aber ich empfinde dieses Funktionieren nicht als normal. Wie kann ich hier sitzen und Kuchen essen, während dort Babys als Geiseln gehalten werden? Oder wie kann ich ins Kino gehen, wenn dort Krieg ist? Diese Gedanken haben mich damals gequält, so wie sie mich auch jetzt quälen.

Damals war die Idee, ich würde gern palästinensischen und jüdischen Müttern ein Timeout von der Sorge um ihre Kinder geben. Zu diesem Zeitpunkt war ich Teilnehmerin einer Gruppe von Professor Josef Shaked, der hatte in Wien eine analytische Großgruppe mit Kindern der zweiten und dritten Generation von Opfern und Tätern der Shoah. Da habe ich mir gedacht, das ist eine super Methode. Man könnte ja Gruppen aus den Konfliktparteien im Nahen Osten zusammenbringen.

Österreich ist doch ein schönes, neutrales Land. Wir haben hier Berge und Wälder, und ich werde eine Gruppe von israelischen Jüdinnen und Juden und eine Gruppe von arabischen Israelis in Österreich zusammenbringen, und dazu eine österreichische Gruppe. Warum eine österreichische Gruppe? Weil ich dachte, wie hätten dann zwei Konfliktgruppen und eine neutrale, und die österreichischen Jugendlichen würden die anderen fragen: Worum streitet ihr da? Was ist euer Problem? Und die müssten es dann den Dritten erklären, so ähnlich wie in einer Paartherapie.

War geplant, später auch arabische Jugendliche einzuladen, die nicht aus Israel kommen, sondern aus den besetzten Gebieten?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Nein, das wäre nicht geplant gewesen. Ich habe als Privatperson nicht die Möglichkeit, Jugendliche aus den besetzten Gebieten einzuladen. Da gibt es Einreisebestimmungen, und man muss für sie bürgen. Wenn wieder ein Terroranschlag wäre am Tag, bevor sie abreisen, werden die Gebiete abgesperrt, und sie kommen nicht einmal bis zum Flughafen. Das war mir zu kompliziert. Aber ich dachte, die in Israel lebenden Araber:innen könnten ihrerseits die Dritten im Bunde sein und helfen, jüdischen Jugendlichen die Mentalität und das Trauma der palästinensischen Bevölkerung in den Gebieten zu erklären. Andererseits kennen sie auch demokratische Lebensformen, mit allen Vor- und Nachteilen. Sie haben in der israelischen Gesellschaft ihren eigenen Status, und wie zufrieden sie damit sind oder nicht, das wäre dann Gegenstand der Gespräche.

Wie ist die erste Begegnung verlaufen?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Der erste Versuch hat in Rechberg in Kärnten stattgefunden, hoch oben auf einem Berg. Die Straße dorthin war so schmal, dass der Autobus nicht einmal richtig hinfahren konnte, und so mussten sie ihre Koffer das letzte Stück hinaufschleppen. Ein Therapieraum mitten in der Natur. Ein abgeschiedener Raum ohne Störfaktoren, wo man nicht in die Disco geht oder ins Wirtshaus. Ein Raum, in dem nur diese Begegnung stattfindet und in dem man beobachten kann, was passiert.

Alle haben sich sehr bemüht, zueinander sehr nett zu sein und politisch korrekt, aber in der Großgruppe, die Professor Shaked gemacht hat, saß die arabische Gruppe, ohne ein einziges Wort zu sagen. Einige haben sich sogar den Mund zugehalten. Auch in den Workshops haben die arabischen Teilnehmenden damals so



„Alle haben sich sehr bemüht, zueinander sehr nett zu sein und politisch korrekt.“ Evelyn Böhmer-Laufer

gut wie nichts gesagt. Wir haben uns gefragt, warum. Die beiden arabischen Lehrer, die diese Gruppe begleitet haben, meinten: Sie sind schüchtern, können nicht so gut Englisch. Dann ist aber in einer der Großgruppen einem arabischen Mädchen herausgerutscht, sie und ihre arabischen Kolleg:innen hätten abgesprochen, kein Wort zu sagen.

Ging es darum, nichts zu sagen, was die Familien in Schwierigkeiten bringen könnte?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Nichts, was sie in Israel in Schwierigkeiten bringen könnte.

RONNY BÖHMER: So extrem einseitig ist nur das erste *Peacecamp* abgelaufen. Dann hat Evelyn klar gemacht, dass es anders laufen muss.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Wir haben nach jedem Camp in der Nachbearbeitung Punkte gefunden, an denen wir weitergearbeitet haben. Nach dem ersten

Peacecamp hat sich unser Konzept aber weiterentwickelt. Bald sind wir dazu übergegangen, vier Gruppen statt drei einzuladen: Zwei aus dem Nahen Osten, eine aus Österreich und eine Gruppe aus einem Land, das einmal hinter dem Eisernen Vorhang war.

Für mich persönlich hat der Fall des Eisernen Vorhangs symbolisiert, dass utopisch anmutende Veränderungen in der Weltgeschichte passieren können. Wenn mir damals, als ich so alt war wie diese Jugendlichen, jemand gesagt hätte, dass einmal eine Gruppe aus Budapest einfach anreisen kann, um an so etwas teilzunehmen, hätte ich das für unmöglich gehalten, weil es ja den Eisernen Vorhang gab.

Das wollte ich der Gruppe zeigen. Dass Gruppen, die einmal verfeindet waren, getrennt durch zwei Weltkriege, einen Eisernen Vorhang und den Kalten Krieg, jetzt unter dem Dach der Europäischen Union gemeinsam leben, gemeinsame Projekte machen, miteinander

kooperieren können. Ob sie einander immer mögen, sei dahingestellt, aber zumindest gibt es seither keine Kriege, es gibt eine Garantie, dass es keine Kriege geben wird, und dass sie ihre Konflikte, welche das auch sein mögen, am Verhandlungstisch austragen und nicht auf einem Schlachtfeld.

Ist es für diese Jugendlichen möglich gewesen, über die eigene Bevölkerungsgruppe etwas Kritisches zu sagen?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Ich habe in den vielen Jahren nie gehört, dass jemand aus der arabischen Gruppe etwas Kritisches über die eigene Seite gesagt hätte. Einmal war der Schwerpunkt des *Peacecamp* Diskriminierung. Da habe ich als Hausaufgabe die Frage gestellt: Welche anderen Gruppen werden von deiner Bevölkerungsgruppe, in deiner Kultur diskriminiert? Da haben die jüdischen Israelis, die Österreicher:innen und auch die Ungar:innen über die Benachteiligung von Frauen geschrieben oder über die Diskriminierung von Homosexuellen. Über die Behandlung der Roma und Sinti in Ungarn oder die Ausgrenzung von Migrant:innen. Aber die arabischen Teilnehmer:innen brachten Listen mit, in denen dokumentiert war, wie sie selber diskriminiert werden. Es war unmöglich, das jemals umzudrehen.

Woran liegt das? Haben diese Jugendlichen weniger kritisch gedacht, oder ging es darum, dass es in ihrer Kultur nicht üblich ist, so etwas gegenüber Außenstehenden anzusprechen?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Vielleicht ist es so, dass man über die eigene Familie nichts Negatives sagen soll. Vielleicht empfinden sie sich aber tatsächlich immer in einer Opferrolle, meinen, dass andere ihnen gegenüber immer im Vorteil sind. Ich glaube, es hat damit zu tun, dass ‚die Juden‘ im Exil waren und jetzt einen eigenen Staat haben und es nicht ihr Staat ist. Dabei könnten sie sich ja auch privilegiert fühlen im Vergleich zu den Menschen im Westjordanland oder in Gaza.

Den Staat Israel können seine arabischen Bürger:innen aber nicht als ihren Erfolg sehen.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Nein, aber es gibt Errungenschaften, die ihnen zugutekommen. Sie werden in Israel ja nicht nur diskriminiert. Ich will jetzt nichts schönreden. Ich kann mir schon vorstellen, dass es manchmal so ist. Aber sie haben zum Beispiel moniert, dass sie nicht in die israelische Armee eingezogen werden. Und dass sie dadurch Nachteile haben, weil man, wenn man sich um einen Job bewirbt, an erster Stelle gefragt wird, bei welcher Einheit man gedient hat. Das können sie nicht vorweisen. Aber die jüdischen Jugendlichen haben oft erwidert: Dafür müsst ihr nicht drei Jahre eures Lebens beim Militär verbringen.

Sie müssen nicht einrücken. Allerdings dürfen sie in Israel erst ab 21 studieren, dann, wenn auch die anderen, die vom Militär kommen, zu studieren beginnen. Was viele von ihnen tun: Sie studieren im Ausland, und wenn die jüdischen Israelis vom Militär kommen und erst anfangen,

haben sie schon einen Bachelor oder sie haben einen Beruf erlernt oder schon ein Einkommen. Aber es scheint ihnen nicht möglich, die eigene Situation in irgendeiner Weise als vorteilhaft zu empfinden. Sie sehen nur, dass sie benachteiligt sind. Immer, wenn jemand das in Frage stellen wollte, ist er bei ihnen auf eine Teflonschicht gestoßen.

Vor dem 7. Oktober konnten Araber auch an den Massendemos gegen Netanyahu teilnehmen. Ob sie es taten, weiß ich nicht. Die jüdischen Jugendlichen am *Peacecamp* haben den arabischen Jugendlichen gesagt: Wir gehen demonstrieren, auch für eure Anliegen!

Ronny, wie hast du die Unterschiede zwischen jüdischen und arabischen Teilnehmenden wahrgenommen?

RONNY BÖHMER: In der Großgruppe flogen manchmal die Fetzen. Aber nur verbal. Und wenn es vorbei war, weil die eineinhalb Stunden abgelaufen waren, sind sie hinaus und haben miteinander Fußball gespielt. Da war das Thema für sie beendet. Und jetzt sind wir wieder Freunde! Es kam also immer darauf an, in welchem Setting sie sich gerade befunden haben.

Die ersten beiden *Peacecamps* hatten wir in Kärnten. Und wie der arabische Begleitlehrer gehört hat, dass bei uns darüber gestritten wird, ob Ortstafeln mehrsprachig sein dürfen, hat er gesagt: Also bei uns, da schlagen wir uns zwar die Köpfe ein, aber die Ortsnamen stehen in Ivrit und Arabisch da. Das war für den ein überraschendes Erlebnis.

Sie haben manchmal gesagt: Wir sind israelische Staatsbürger:innen, aber wir identifizieren uns nicht mit der Fahne, wo der Davidstern drauf ist, und wir können uns auch nicht mit der Nationalhymne identifizieren, weil das ein zionistischer Text ist. Da habe ich sie gefragt: Wenn ihr jetzt euren Pass verliert, wer ist dafür zuständig? Das israelische Konsulat. Das ist eure Vertretung. Das hatten sie so noch nicht überlegt.

Diese Jugendlichen sind doch in einer sehr schwierigen Lage.

RONNY BÖHMER: Sie sitzen zwischen zwei Stühlen. Sie können sich weder mit den jüdischen Israelis identifizieren noch mit ihren Cousins in der Westbank.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Ich weiß nicht, wie sie sich gegenüber den Menschen in der Westbank oder in Gaza fühlen. Zum einen empfinden sie die als Teil ihrer Familie. Sie haben uns oft erzählt, dass ihre Familien bei der Staatsgründung zerrissen wurden. Ein Teil lebte in Nazareth, also in Israel, der andere Teil in Bethlehem, also in der Westbank. In den letzten Jahren haben sie oft erzählt, wie beschwerlich es ist, wenn sie durch die Checkpoints müssen, um ihre Cousins zu besuchen, oder wenn die zu ihnen kommen. Nie haben sie es als Plus gesehen, dass so viele Menschen aus der Westbank seit Jahrzehnten zum Arbeiten nach Israel gekommen sind.

Susi Shaked, die Witwe des Psychoanalytikers Josef Shaked, hat als Präsidentin von Hadassah Austria Geld gesammelt, damit Palästinenser:innen in Israel ihre Ausbildung zu Mediziner:innen machen können.

Zurück zum *Peacecamp*.

Wenn es nur Missverständnisse gegeben hätte, dann hättet ihr nicht so lange weitergemacht.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Was Ronny gesagt hat, war ein wesentlicher Punkt: Man konnte sehr kontroversiell diskutieren und streiten, daneben aber kooperieren. Wenn danach ein Drama-Workshop war, wo alle ihre Situation darstellen und verständlich machen sollten, dann konnten sie das gemeinsam tun. Da dachte ich immer: Man muss eine Basis des Vertrauens schaffen, ein gemeinsames Erleben ermöglichen.

« Die sind jetzt in einer Schockstarre.

Was sollen sie dir jetzt sagen? Sollen sie sagen, es ist furchtbar, dass meine Brüder deine Brüder erschlagen haben? »

Wir haben gesagt: Gut, es gibt Konflikte, die nicht auflösbar sind, aber gleichzeitig haben wir die Erfahrung guter Kooperation aufgebaut. Und dann, am Schluss, bei der Show for Peace, konnten wir ihnen zeigen: Das habt ihr gemeinsam geschaffen, schaut, wie viel herauskommt, wenn man Ressourcen zusammenlegt, statt einander totzuschießen oder zu zermürben oder funktionsunfähig zu machen. Das ist ein Erlebnis, das sie mitgenommen haben. Wir haben nachher jedes Mal eine Auswertung mit Fragebögen gemacht. Da kam heraus, dass alle es als Bereicherung empfunden haben, für sich etwas mitgenommen haben.

Sind die Gruppen nach dem *Peacecamp* in Kontakt geblieben?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Leider nicht. Nur in einzelnen Fällen. Einmal habe ich gehört, dass zwei Mädchen aus dem Kibbuz mit arabischen Mädchen in Nazareth befreundet geblieben sind und die Eltern geholfen haben, die Kinder hin und her zu kutschieren. Dass dann ein Mädchen aus Nazareth im Kibbuz übernachtet hat und die Kibbuz-Mädchen bei der Familie in Nazareth.

Sie haben sich schon als Klassen besucht ...

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Ja, wenn die teilnehmenden Lehrer und Lehrerinnen dahinter waren, worum ich immer sehr gebeten habe. Aber die sind wie alle auch überfordert. Manchmal haben sich die Lehrenden einer Gruppe darum bemüht, und dann hat es noch die eine oder andere Begegnung gegeben.



„In der Großgruppe flogen manchmal die Fetzen. Und wenn es vorbei war, haben sie Fußball gespielt.“ Ronny Böhmer

GERALD MUTHSAM



„In nicht politischen Belangen gibt es keinen Konflikt, und da können sie kooperieren.“ Evelyn Böhmer-Laufer

RONNY BÖHMER: Beim *peacecamp* kann aber auch über die eigene Bevölkerungsgruppe gelacht werden. Einmal musste jede Gruppe in einem improvisierten Drama eine Familiensituation darstellen, aber nicht die eigene, sondern die einer anderen Bevölkerungsgruppe. Es wurde umgedreht. Ich weiß nicht mehr genau, wer was gespielt hat. Aber irgendeine Gruppe hat die jüdische Familie dargestellt, mit der jüdischen Mame und „Iss doch noch!“ und „Tu das doch!“.

« Das habt ihr gemeinsam geschaffen, schaut, wie viel herauskommt, wenn man Ressourcen zusammenlegt, statt einander totzuschießen oder zu zermürben oder funktionsunfähig zu machen »

Es war sehr witzig. Bei der arabischen Familie ging es darum, dass ein Baby auf die Welt kam und alle sich um den Namen gestritten haben, solange, bis die Urgroßmutter kam und bestimmt hat, wie das Kind zu heißen hat. Die arabischen Jugendlichen haben über diese Darstellung ihrer Gesellschaft gelacht, es war wie Kabarett. Sie fanden sehr witzig, wie man sie darstellt, aber sie durften ja auch andere auf witzige Art darstellen.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Was unterm Strich herausgekommen ist, waren die Ähnlichkeiten. Die fake-jüdische Gruppe hat eine Situation gespielt, wo eine aschkenasische Tochter sich in den Sohn einer sephardischen Familie verliebt.

RONNY BÖHMER: Ich glaube, es war sogar ein Nicht-Jude.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Oder in einen Nicht-Juden. Und es war ein großes Bahö in der Familie.

Furchtbar und schrecklich, und die Eltern sitzen Schiwe, und alle streiten sich zum Schluss. Bei den Ungarn war genau dasselbe. Die Tochter hat sich in einen Roma-Jungen verliebt.

RONNY BÖHMER: Was ich sagen wollte, war nur, dass die Araber:innen in dieser Situation über sich lachen konnten.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Aber das war nicht politisch!

RONNY BÖHMER: Nein, aber sie waren nicht böse, dass man sich über sie lustig macht.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: In nicht politischen Belangen gibt es keinen Konflikt, und da können sie kooperieren.

Sind nicht gerade gemischte Partnerschaften ein hochpolitisches Thema? Als ich einen jüdischen *Peacecamp*-Teilnehmenden zu Hause bei seinen sehr liberalen Eltern besucht und gefragt habe, was wäre, wenn ihr Sohn sich in ein arabisches Mädchen verliebt, waren sie sehr dagegen. Aber nicht deshalb, weil sie etwas gegen Araber:innen hätten, sondern weil es so kompliziert würde, für beide Familien.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: In jedem von uns steckt ein kleiner Rassist. Aber diese kleinen, individuellen Rassismen, die konnte man auf dem *Peacecamp* ganz gut bearbeiten. Das alles konnte man so lange tun, als es nicht auf dem Prüfstand einer großen, gewaltsamen, nationalen, territorialen Auseinandersetzung stand. Solange es nicht darum geht, über Gebietsforderungen zu diskutieren, könnte man mit kontinuierlicher Arbeit etwas bewegen. Wenn man die zehn Tage des *Peacecamp* fortsetzen könnte, was aber nie gelungen ist. Mein Wunsch wäre gewesen, dass die beiden Gruppen in Israel als Großgruppe weiterarbeiten. Wir wollten einige Male mit den

GERALD MUTHSAM



Ronny Böhmer und Evelyn Böhmer-Laufer, die Organisator:innen des Peacecamp



europäischen Gruppen nach Israel fahren, um ihnen das Leben in Israel zu zeigen. Das ist uns nur einmal gelungen, nach dem ersten Camp. Das war wunderbar. Wir sind mit dieser Gruppe nach Israel gefahren, zuerst zu den Beduinen in den Süden, dann zum Toten Meer, haben Massada besucht, dann waren wir in Jerusalem, sind nach Yad Vashem gegangen, zur Gedenkstätte für die Opfer der Shoah. Zum Schluss waren wir in Tel Aviv.

Waren in Yad Vashem die arabischen Teilnehmenden auch mit?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Alle waren mit. Das war sehr bewegend. Ein Bursch aus der arabischen Gruppe ging neben mir durch Yad Vashem, plötzlich sagte er: Jetzt verstehe ich, warum die Juden hier sind.

RONNY BÖHMER: Der arabische Lehrer aus dem ersten *Peacecamp* ist jemand, der Yad Vashem und die Shoah studiert, was in der arabischen Community nicht gern gesehen wird. Sehr mutig eigentlich.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Er fährt auch mit palästinensischen Gruppen nach Auschwitz. Er vermittelt also Holocaust-Bildung auf verschiedene Art.

Damals, als wir mit den österreichischen Jugendlichen nach Israel gereist sind, war die ganze Gruppe, also auch die jüdischen Teilnehmer:innen, in Nazareth beherbergt. Da wurden die Jugendlichen auf arabische Familien aufgeteilt. Und an anderen Tagen war die gesamte Gruppe in einem Kibbuz beherbergt.

Das war sehr schön. Die Kinder haben dort in Schlafsäcken campiert, und die Eltern aus Nazareth und die aus dem Kibbuz haben das Essen geliefert. Am nächsten Tag haben sie allen Doggy Bags für den Weg mitgegeben. Und dann sind wir in den Norden, ins Karmel-Gebirge, zu Ben, dessen Eltern gerade übersiedelt waren. Da haben Bens Eltern die ganze Gruppe in ihrem neuen

Haus beherbergt. Es war wunderbar, die verschiedenen Lebensformen mitzerleben.

Das wird schon einen Eindruck hinterlassen haben, oder?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Von den jüdischen und ungarischen Teilnehmer:innen bekomme ich bis zum heutigen Tag immer wieder WhatsApp-Nachrichten oder sogar E-Mails, in denen sie mir schreiben: Do you remember me from the *Peacecamp* 2018? Now, I am a lawyer oder so etwas. The *Peacecamp* changed me and my life.

Von den palästinensischen Jugendlichen habe ich noch nie so ein Statement erhalten, sondern eher im Gegenteil eine Rüge. Da gibt es einen Burschen, der dann in Amerika studiert hat und jetzt dort lebt. Er rügt mich für Dinge, die er in meinem Facebook liest. Zum Beispiel, dass ich mich an dem Appell zur Freilassung des entführten Soldaten Gilad Shalit aus der Geiselhaft beteiligt habe. Er hat kritisiert, dass ich da sehr einseitig bin.

« Dann ist aber in einer der Großgruppen einem arabischen Mädchen herausgerutscht, sie und ihre arabischen Kolleg:innen hätten vorab abgesprochen, kein Wort zu sagen »

Jetzt, wo das Massaker war, habe ich gleich am nächsten Tag mein Entsetzen kundgetan und geschrieben, dass ich hoffe, dass alle ehemaligen *Peacecamp*-Teilnehmer:innen unversehrt und am Leben geblieben sind. Da hat er mir geantwortet: „It is wrong to take sides!“ Ich habe ihm zurückgeschrieben: „I feel obliged to take sides against violence, terror and war, and to take the side of peaceful negotiation.“ Daraufhin hat er nicht mehr geantwortet.



Die individuellen Rassismen, die konnte man auf dem Peacecamp ganz gut bearbeiten.“ Evelyn Böhmer-Laufer

EVELYN BÖHMER-LAUFER: In einer langen Nacht habe ich Leuten geschrieben, die ich kenne und die ich erreichen kann, und habe mich bemüht, aus den meisten Jahrgängen wenigstens eine Person zu finden. Die meisten waren jüdische Jugendliche. Einige hatten unter ihren Angehörigen Todesopfer und Entführte. Dann habe ich gefragt, ob sie mit den palästinensischen Teilnehmer:innen ihres Jahrgangs in Kontakt sind und ob irgendjemand nachgefragt hat. Nicht einer. Das war für mich wieder so ein Gefühl des Scheiterns.

Dann habe ich an alle Gruppenleiter:innen des letzten Peacecamp geschrieben. Dass ich von den Ereignissen erschüttert bin, aber auch betroffen, dass ich von den palästinensischen Teilnehmenden kein einziges Wort gehört habe. Auch darauf kam keine Antwort.

« Die arabischen Jugendlichen haben über die Darstellung gelacht wie Kabarett. Sie fanden sehr witzig, wie man sie darstellt, aber sie durften ja auch andere auf witzige Art darstellen »

Beim virtuellen Meeting wurde schon im Vorfeld bekannt gegeben, dass die arabische Seite nicht teilnehmen würde. Die Lehrerin aus Nazareth hat geschrieben: „We lost our freedom of speech!“ Ich weiß aber nicht, welche Seite ihr diese Freiheit genommen hat.

Könnte hinter diesem Schweigen nicht auch eine Art von Scham stecken? Das Gefühl, wir werden jetzt mitverantwortlich gemacht für die Morde der Hamas? Da sagen wir lieber nichts und verstecken uns?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Das ist richtig. Vor ein paar Tagen habe ich mit einer sehr guten Freundin in Israel telefoniert, einer Psychoanalytikerin, deren Mann

auch zweimal als Leiter der talk4peace workshops auf dem Peacecamp war. Ihr habe ich auch von meiner Enttäuschung erzählt. Sie meinte: „Die sind in einer Schockstarre. Was sollen sie dir jetzt sagen? Sollen sie sagen, es ist furchtbar, dass meine Brüder deine Brüder erschlagen haben? Oder sollen sie sagen: Uns geht es Gott sei Dank gut, weil wir zum Glück keine Juden sind? Sie haben dir nichts zu sagen. Lass sie einmal in Ruhe, dass sie ihr seelisches Gleichgewicht wiederfinden können. They are shattered as you are shattered!“ Sie meinte, dass sie meiner Interpretation dieses Schweigens nicht zustimmt. Es ist kein Mangel an Empathie. Sie sind sprachlos.

Es gab ja zuletzt auch ein Demonstrationsverbot für israelische Araber:innen.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Natürlich. Seit dem 7. Oktober sind Sicherheitsbehörden im Alarmzustand.

Soll das Peacecamp trotz allem weitergehen? Muss es weitergehen?

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Darüber habe ich viel nachgedacht. Meine Antwort darauf ist eine für mich typische. Auf der einen Seite könnte ich sagen: Es ist vergeblich. Weil es ja hier um keinen Konflikt geht. Hamas hat mit Israel keinen Konflikt, ist auch nicht konfliktfähig. Hamas strebt die Vernichtung des Staates Israel an. Wenn du es mit einer psychotischen Person zu tun hast, die tobt und schreit und um sich schlägt, diese Person ist mit niemandem in Konflikt. Nur mit sich selbst. Aber sie weiß es nicht, hat keinen Zugang dazu. Auf der anderen Seite kann ich nicht ohne Hoffnung sein, nicht ohne das Gefühl, dass ich irgendetwas bewirken kann. Und für diesen potential space, innerhalb dessen etwas Neues passieren kann, glaube ich, dass es weitergehen muss.

RONNY BÖHMER: Ich bin skeptisch, ob es weitergehen kann nach dem, was passiert ist. Ob diese Gruppen noch zustandekommen. Vielleicht sagen Eltern: Mit den Juden lassen wir dich da nicht mehr hin, und umgekehrt aber auch.

EVELYN BÖHMER-LAUFER: Ja, das sind praktische Fragen. Aber man muss weitermachen. Schon weil es auf allen Peacecamps möglich war, trotz aller Konflikte so etwas wie Normalität zu leben. Es war wunderbar, zu sehen, wie Teenager sich miteinander befreundeten und ineinander verliebten, ungeachtet nationaler Zugehörigkeit und trotz demonstrierter Loyalität zu Eltern und Traditionen.

Man muss weitermachen, weil Teenager auf diese Weise erleben können, dass man mit der „anderen Gruppe“ ungeachtet bestehender Konflikte und Spannungen Schlafraum, Duschen und Speisen teilen kann. Es lohnt sich auch wegen der vielen Momente, in denen mitgebrachte eigene Vorurteile entlarvt und aufgrund der eigenen Erfahrung entkräftet wurden. Il faut imaginer Sisyphe heureux.

GERALD MUTHSAM

eine Marke von
teva

Damit **Schmerzen** dich nicht **ausbremsen**:

ratioDolor® rapid

Ibuprofen 400 mg

Weichkapseln



- Fast **3x so schnell vom Körper aufgenommen**¹
- **Rasche Schmerzlinderung**²
- Leicht schluckbar
- Für Erwachsene und Jugendliche ab 12 Jahren (mit einem Gewicht ab 40 kg)

Bei Kopfschmerzen, Zahnschmerzen, Schmerzen und Fieber bei Erkältungskrankheiten und Regelschmerzen.



Über Wirkung und mögliche unerwünschte Wirkungen informieren Gebrauchsinformation, Arzt oder Apotheker.

Quellen:

- 1 Fachinformation ratioDolor® rapid Ibuprofen 400 mg Weichkapseln, Stand 05/2023
- 2 Laska et al., 1986; Seymour et al., 1991; Hersh et al., 2000

Impressum: ratiopharm Arzneimittel Vertriebs-GmbH, Donau-City-Straße 11, Ares Tower, Top 13, 1220 Wien. OTC-AT-00822

ratiopharm
Gute Preise. Gute Besserung.

Lernziel: Solidarität

Ernst Papanek, ein zu Unrecht vergessener revolutionärer Pädagoge

Lilly Maier

Der Wiener Ernst Papanek, ein assimilierter Jude, Sozialist und leidenschaftlicher Pädagoge, leitete während des Zweiten Weltkriegs vier Kinderheime in Montmorency bei Paris für 283 jüdische Flüchtlingskinder aus Deutschland und Österreich. Die Kinder waren von ihren Eltern auf einem Kindertransport nach Frankreich geschickt worden, um sie vor den Nationalsozialisten zu retten. Verängstigt und allein fanden sie in den Heimen Papaneks ein Zuhause.

In seiner Pädagogik stellte Ernst Papanek die Schüler:innen in den Mittelpunkt und predigte einen bewusst antiautoritären Erziehungsstil: Er verbannte Hausaufgaben, Noten und jede Art von körperlichen Strafen, und ließ sich von seinen Schüler:innen duzen. Papanek hielt oft Unterricht im Freien ab und machte viele Exkursionen, eine Abwendung von der monarchischen „Paukschule“, die er selbst als Schüler in Wien erlebt hatte. Außerdem installierte Papanek eine umfassende Schüler:innenmitverwaltung, um den Kindern nach Jahren der Diktatur wieder Demokratie beizubringen. Später schrieb er darüber: „Wir hatten versucht, in den Heimen um Montmorency Refugee-Kinder moralisch zu bewussten, aufrechten Menschen zu erziehen, die ihr Leben mutig selbst in die Hand nehmen wollen und es können.“

Papanek war davon überzeugt, dass das gemeinschaftliche Leben in den Heimen den traumatisierten Kindern dabei half, Heilung zu finden. Heutzutage sehen Pädagog:innen, Psycholog:innen und Historiker:innen das Zusammenleben in der Gruppe als wesentlich bessere Art der Unterbringung für Flüchtlingskinder als das Leben in Pflegefamilien. (Dies war zum Beispiel bei 6.000 jüdischen Kindern der Fall, die durch einen Kindertransport nach England kamen.) Das ist eine wichtige Lehre, die man in Zeiten der andauernden Flüchtlingskrise, in der Tausende unbegleitete Minderjährige nach Europa kamen und kommen, aus Papaneks Arbeit ziehen kann.

Ernst Papanek bezeichnete seine Arbeit mit jüdischen Flüchtlingskindern später als sein „bedeutendstes Werk“ und als die wichtigste Zeit seines Lebens. Dabei verdient es auch der Rest seiner abenteuerlichen Vita, erzählt zu werden. Der charismatische Österreicher stammte aus einer kleinbürgerlich-jüdischen Familie.

Er begeisterte sich schon früh für die Sozialdemokratie und den Sozialismus. 1925 ließ er sich am Pädagogischen Institut der Stadt Wien zum Lehrer ausbilden, es war die Zeit von Otto Glöckels „Wiener Schulreform“, die Papanek sein ganzes Leben lang begleitete und viele seiner pädagogischen Unternehmungen inspirierte. 1932 wurde Papanek außerdem in den Wiener Gemeinderat gewählt, 1934 schließlich wurde während der Februarunruhen gegen ihn als Vorsitzenden der Sozialistischen Jugend Österreichs ein Todesurteil verhängt. Papanek floh ins Exil: In Danzig entkam er nur knapp den Nationalsozialisten, im Spanischen Bürgerkrieg schloss er lebenslange Freundschaften mit Genoss:innen, die später die Sozialdemokratie Europas prägen sollten.

Zwei Jahre lang kümmerte sich Ernst Papanek in Paris um jüdische Flüchtlingskinder. Dann gelang ihm in letzter Sekunde die Flucht aus Europa: Der französische Widerstand schmuggelte ihn und seine Familie über die Grenze – auf jener Fluchtroute, die später Heinrich Mann, Franz Werfel und Lion Feuchtwanger nehmen sollten. In New York angekommen, musste sich Papanek als Tellerwäscher verdingen. Fast wirkte es so, als würde der Pädagoge an den Umständen zerbrechen, doch dann erfand er sich in Amerika neu. Er leitete nach Kriegsende mit ungewöhnlichen Methoden und großem Erfolg eine Schule für straffällige Jugendliche, die ein Herzensprojekt der First Lady Eleanor Roosevelt war. Am Höhepunkt seiner Karriere wurde Papanek schließlich als Professor für Pädagogik an die City University of New York berufen.

Papaneks Pädagogik

Es war ihm nicht klar gewesen, als er die Stelle als Heimdirektor bei der jüdischen Hilfsorganisation OSE (Œuvre de Secours aux Enfants, Organisation zum Schutz der Kinder) in Paris angenommen hatte, aber Ernst Papanek stand vor der größten Herausforderung seines Lebens: traumatisierte Kinder wieder glücklich zu machen.

Der Wiener stellte sich der Aufgabe und wuchs über sich hinaus. Gemeinsam mit seinen Mitarbeiter:innen und an der Seite seiner Frau Lene, die als Ärztin im Heim arbeitete, machte er sich daran, die jüdischen Flüchtlingskinder aus Deutschland und Österreich nicht nur zu versorgen, sondern zu gesunden, glücklichen Kindern



Ernst Papanek als Schüler in Wien während des Ersten Weltkriegs (l.).

Und das von Ernst Papanek ab 1939 geleitete Flüchtlingskinderheim Villa Helvetia in Montmorency bei Paris

zu erziehen. In seiner Autobiografie *Out of the Fire* (zu Deutsch: *Die Kinder von Montmorency*) schrieb Papanek: „Ziel der OSE war, so viele Kinder wie möglich zu retten. [...] Mein Ziel als amtierender Direktor war vielleicht weniger grandios, aber anspruchsvoller. Ich hatte darauf zu sehen, dass diese Kinder, die auf so vielfache Weise der Brutalität ausgesetzt gewesen waren, nicht nur überleben, sondern als ganze Menschen überlebten.“

Ernst Papanek griff auf theoretische Grundlagen aus seiner Zeit in Wien zurück, allen voran die Theorien Alfred Adlers und Otto Glöckels, und passte sie der Situation an. Der Heimdirektor „entwickelte ein für damalige Verhältnisse völlig revolutionäres Konzept, um den Kindern eine gesunde und liebevolle Umgebung zu bieten“, bilanziert die Historikerin Claudia Göbetzberger.

In Wien hatte der Junglehrer Papanek mit schwer erziehbaren Jugendlichen gearbeitet, doch die jüdischen Flüchtlingskinder brachten einen ganz anderen Hintergrund mit. Sie hatten jahrelang in einem autoritären System gelebt, das sie als Untermenschen bezeichnete und sie gewalttätig ausgrenzte und verfolgte. Sie hatten mit ansehen müssen, wie Synagogen angezündet und jüdische Geschäfte zerstört wurden, wie ihre Väter und Onkel deportiert wurden. Nun waren sie allein in der Fremde, ohne zu wissen, ob und wann sie ihre Eltern je wiedersehen würden.

Viele der Kinder litten an Angststörungen, Misstrauen gegenüber Fremden und einem Minderwertigkeitsgefühl. Hinzu kamen Schuldgefühle, in Sicherheit zu sein, während ihre Familien in Gefahr schwebten. Papanek sprach in diesem Zusammenhang von einer „Massenneurose“, die durch das kollektive Trauma ausgelöst worden war.

Die OSE hatte die Unterbringung in Heimen aus ganz praktischen Gründen befürwortet, für Ernst Papanek war sie jedoch viel mehr: eine Medizin, die seine Schützlinge dringend brauchten. Der Heimdirektor war überzeugt davon, Gruppenleben sei der beste Weg, um die jungen Flüchtlinge „zu behandeln“ und ihnen normale Gesellschaftsstrukturen beizubringen. Die Pädagogin und Individualpsychologin Christine Rosche vom Wiener *Alfred Adler Center* betonte im Gespräch mit mir die Wichtigkeit dieses Gedankens von Papanek:

„Im besten Sinne meint Gemeinschaftsgefühl die eigentlich einzige Möglichkeit, gegen Egoismus und Narzissmus und Machtwahn anzutreten. Es geht also um Solidarität, um eine gemeinsame Welt und darum, einander zu helfen.“

In den OSE-Heimen setzte Papanek auf Singen, Sport, Feste und vielfältige Freizeitaktivitäten, um ein Gefühl von Gemeinschaft zu entwickeln und soziale Muster neu zu lernen. Mit seinem Fokus auf die Gemeinschaft stand er im klaren Gegensatz zu britischen und amerikanischen Pädagog:innen, die Kinderheime ablehnten und die Unterbringung in Pflegefamilien bevorzugten. Heute wissen wir, dass Papanek recht hatte. Das Leben in Pflegefamilien entpuppte sich nicht selten als traumatisierende Erfahrung, weil die Kinder völlig allein einer neuen Umgebung, Sprache und Kultur ausgesetzt waren. Die OSE-Schützlinge hingegen fühlten sich durch die Gemeinschaft mit gleichaltrigen Schicksalsgenoss:innen weniger isoliert und machtlos. Deswegen gilt das gemeinschaftliche Leben in Heimen und Exilschulen unter heutigen Wissenschaftler:innen, Pädagog:innen und Psycholog:innen als die wesentlich bessere Unterbringungsart für unbegleitete Flüchtlinge.

Dabei ging es Papanek nicht darum, in Konkurrenz zu den Eltern zu treten. Ganz im Gegenteil. Seine Mitarbeiter:innen erklärten den Kindern regelmäßig, dass ihre Eltern sie zum Schutz weggeschickt hätten und nicht zur Strafe, wie viele von ihnen befürchteten. Papanek selbst bezeichnete stets die Eltern und nicht die OSE als seine Auftraggeber, in deren Interesse er handle und in deren Sinne er die Kinder erziehe. Um die Eltern in den Alltag einzubinden, sorgte Papanek dafür, dass jedes Kind zumindest einmal die Woche nach Hause schrieb. Ein beachtlicher Teil des OSE-Budgets war für das Porto reserviert.

Der 38-Jährige sah nicht nur das Gruppenleben an sich als Therapie, er therapierte die Kinder auch selbst. Das geschah meist, ohne dass diese es bemerkten. So schreibt er: „Der Pädagoge war überzeugt davon, dass sich die Kinder ihrer Vergangenheit stellen mussten, um ihre Traumata zu verarbeiten“, eine Meinung, die sich erst in den 1980er-Jahren in der Kinderpsychologie durchsetzen sollte. Dementsprechend legte er drei Prioritäten für die Erziehungsarbeit in den OSE-Heimen fest: „Das erste pädagogische Ziel war, unseren Kindern explizit und implizit zu versichern, dass nichts, was ihnen widerfahren war, ihre Schuld gewesen war. Das zweite bestand darin, sie davon zu überzeugen, dass die Verfolgung, die sie erlitten hatten, nicht ihr unvermeidliches Schicksal als Juden war. Das dritte war, ein Bildungssystem zu schaffen, das sie mit einem Gefühl des Stolzes, der Leistung und des sozialen Bewusstseins in die Welt zurückschickte.“

In Spielgruppen und Diskussionsrunden versuchten Papanek und seine Mitarbeiter:innen die traumatischen Erfahrungen aufzuarbeiten. Dabei half es den Flüchtlingskindern, unter gleichaltrigen Schicksalsgenoss:innen

zu sein. „Es waren nur deutsche und österreichische Kinder dort. Und sie waren alle von ihren Eltern weggeschickt worden“, erzählte mir Arthur Kern.

Ernst Papanek legte Wert darauf, die Vergangenheit, die Herkunft und den (religiösen) Hintergrund seiner Schützlinge zu respektieren. Während die Kinder schrittweise an die französische Sprache und Kultur herangeführt wurden, sorgten die Erzieher:innen dafür, dass Deutsch ein wichtiger Bezugspunkt für sie blieb. So mussten die älteren Schüler:innen zum Beispiel Teile von Goethes *Faust* auswendig lernen. (Dies ist ein großer Unterschied zu den britischen Kindertransporten, wo Hunderte Kinder nach Kriegsende nicht mehr mit ihren Eltern sprechen konnten, weil sie ihre Muttersprache vergessen hatten.)

Schon nach wenigen Wochen zeigte Papaneks Pädagogik Erfolg. Ein geregelter Tagesablauf gab den Kindern ein Gefühl von Ordnung und Sicherheit, das ausreichende Essen führte dazu, dass viele von ihnen ein paar Kilos zunahmen, und auch die Gruppentherapie brachte Ergebnisse. „Papanek hat es geschafft, das Selbstvertrauen der Flüchtlingskinder wiederherzustellen“, betonte die OSE-Historikerin Katy Hazan.

Im April 1939 schrieb eine Besucherin in einem Brief an die *Israelitische Kultusgemeinde Wien*: „Die Kinder leben einstweilen noch ohne besondere Pflichten, lernen nur Französisch und viel Werk- und Gartenarbeit und machen einen unendlich glücklichen Eindruck.“

In den vier von ihm geleiteten Flüchtlingskinderheimen führte Papanek sobald wie möglich eine weitreichende Mitverwaltung der Heimkinder ein. Diese Mitverwaltung war das wichtigste Element von Papaneks Arbeit: Sie sollte den Kindern Kontrolle über ihr Leben zurückgeben und ihnen nach Jahren der Diktatur

wieder Demokratie beibringen. Die jungen Flüchtlinge waren autoritäre Strukturen gewöhnt und es wäre leicht gewesen, „ein Verständnis von Disziplin zu entwickeln, wenn wir ihre Erfahrungen in Deutschland als Ausgangspunkt genommen hätten – den blinden Gehorsam der *Hitlerjugend*, die starre Routine ihres Lebens, das Ritual des Hitlergrußes“, schrieb Papanek 1940. Stattdessen wollte Papanek unter den Kindern ein Gefühl für Ordnung, Kameradschaft und Fairplay entwickeln. Und dafür war die Mitverwaltung das ideale Mittel. Als ersten Schritt erarbeitete er gemeinsam mit seinen Schützlingen eine Verfassung, die das Zusammenleben aller Bewohner:innen regeln sollte. In der Präambel hieß es: „Alle Kinder und Erwachsenen, die in den Kinderheimen der OSE leben, sind eine Gemeinschaft, die das Leben in den Heimen durch demokratische Zusammenarbeit in der Verwaltung organisieren. [...] Die demokratischen Rechte und Pflichten unserer kleinen Gemeinschaft sind die gleichen wie die jeder größeren.“

Eine völlig neue Erfahrung

Wichtiger für das tägliche Leben war jedoch die Heimordnung, die das Wahlrecht und demokratische Instanzen regelte. Nach ausführlichen Diskussionen einigten sich die Kinder und die Erzieher:innen auf ein aktives und passives Wahlrecht für alle ab acht Jahren. Gewählt wurden Zimmervvertretungen, Gruppen-, Haus-, Sport- und Festkomitees, ein heimübergreifender Rat, ein Parlament sowie ein Disziplinarrat samt Berufungsinstanz. In den zahlreichen Komitees erarbeiteten die Kinder Wünsche und Vorschläge, die sie dann den Erzieher:innen vorlegten. Auch die Erwachsenen durften Vorschläge machen, die dann von den Kindern diskutiert wurden.

Diese Zusammenarbeit zwischen Erzieher:innen und Kindern war für viele der OSE-Schützlinge eine völlig neue Erfahrung. Genauso neu war es für sie, dass sich Ernst Papanek und seine Mitarbeiter:innen in gewohnt sozialistischer Manier mit ihren Vornamen ansprechen und duzen ließen. „Dich Ernst nennen zu dürfen, war einer der ersten Schritte in eine neue Art von Welt“, schrieb Henny Marks in einem Brief anlässlich Papaneks 65. Geburtstag. Eine Welt, „in der jedes Kind für sich gehört und angesprochen wurde.“

Von besonderer Bedeutung innerhalb der Mitverwaltung war der Disziplinarrat, in dem sich die Kinder vor Gleichaltrigen für ihr Fehlverhalten rechtfertigen mussten. Ernst Papanek lehnte Strafen strikt ab. Er war der Meinung, dass Gewalt nur Gewalt sät und dass man einem Kind, indem man es bestraft, einzig beibringt, andere zu bestrafen. Im Fall der jüdischen Flüchtlingskinder befürchtete er außerdem, dass von Erwachsenen ausgesprochene Strafen traumatische Erinnerungen an ihre Zeit in Nazideutschland wachrufen würden. Wenn sich die Kinder hingegen vor ihren Kamerad:innen rechtfertigen mussten, waren sie gezwungen, über die Folgen



Ernst Papanek mit seinen Schützlingen anlässlich einer Überraschungsparty zu seinem 39. Geburtstag



Papanek predigte einen antiautoritären Erziehungsstil und ließ sich von seinen Schüler:innen duzen

ihres eigenen Verhaltens auf die Gemeinschaft nachzudenken. Für Papanek war dies die effektivere Methode. Obwohl er zugab, dass er oft eingreifen musste, um das Strafmaß zu reduzieren, da Kinder „die härtesten Richter der Welt“ sein konnten.

Im Jahresbericht der Heime betonte Ernst Papanek, dass es sich bei der Mitverwaltung keineswegs um ein Spiel handle, sondern dass sie von wesentlicher pädagogischer Bedeutung sei. Die Einbindung der Kinder in ihre eigene Verwaltung sollte „freie und zuverlässige Menschen schaffen, die in der Lage sind, [...] nicht durch irgendwelche Verfolgung unterdrückt zu werden.“ Genauso wichtig war es dem Pädagogen, hervorzuheben, dass es sich um eine Mitverwaltung, nicht jedoch um Selbstverwaltung handelte. Die Kinder konnten immer sicher sein, dass es Erwachsene gab, die sie beschützten und die alle grundlegenden Entscheidungen trafen.

Es wäre „reiner Betrug“ gewesen, den Kindern vorzugaukeln, dass sie ihr eigenes Unterrichtssystem



Ernst Papanek galt als einer der begnadetsten Redner der sozialistischen Bewegung in Österreich. Hier spricht er Anfang der 1930er-Jahre bei einem Aufmarsch der Sozialistischen Arbeiterjugend in Wien



Papanek und seine Familie 1934 nach seiner Flucht aus Österreich bei einem Treffen in Bratislava

leiteten, erklärte Papanek. „Selbstverwaltung ist Schein. Mitverwaltung kann echt sein. Für uns war es die Seele dessen, was wir anstrebten.“

Die Mitverwaltung regelte das Zusammenleben, brachte den Kindern Demokratie bei und half ihnen bei der Überwindung ihrer Traumata – aber natürlich sollten sie auch lernen, was im Lehrplan stand. Eine große Rolle im Leben aller OSE-Schützlinge spielte daher die Schule, die Ernst Papanek in *Les Tourelles* eröffnete. In der Anfangszeit lag der Fokus der Lehrer darauf, die Kinder langsam wieder an strukturierten Unterricht zu gewöhnen. Dabei ließen sie sich viele Tricks einfallen, um Lernen in ein Abenteuer zu verwandeln. Wenn die Sonne schien, stellten sie kurzerhand die Bänke in den Garten. Im Freien war es doch gleich viel einfacher, der Lehrerin zuzuhören.

Regulärer Unterricht gestaltete sich in den ersten Monaten schwierig, weil ständig neue Flüchtlingskinder eintrafen. Stattdessen gab es Französischunterricht und Diskussionsrunden zu Themen des Weltgeschehens, die Elemente aus verschiedenen Fächern miteinbezogen und den Kindern so halfen, ihren Wissensrückstand aufzuholen. Als im Frühjahr 1939 die Zeitungen von der aufsehenerregenden Havarie des amerikanischen U-Bootes USS *Squalus* berichteten, berechnete Papanek gemeinsam mit den Kindern die verbleibende Menge an Sauerstoff im U-Boot und besprach die neuartigen Techniken, die bei der Rettung der überlebenden Besatzungsmitglieder eingesetzt wurden. Ganz nebenbei lernten die Kinder so mathematische und physikalische Grundprinzipien.

In seinem Unterrichtskonzept orientierte sich Papanek an Otto Glöckels Wiener Schulreform und den Prinzipien des „Arbeitsunterrichts“. Im Mittelpunkt stand das projektorientierte Lernen mit „Kopf, Hand und

Herz“, die Schüler:innen sollten Inhalte nicht nur von den Lehrenden vorgebetet bekommen, sondern sie selbst in der Praxis ausprobieren.

Dabei halfen kleine Klassen, das gemeinsame Unterrichten von Jungen und Mädchen, die Wahl von Klassen- und Schulsprecher:innen sowie lebhafter und kindgerechter Unterricht.

Glöckel war es darum gegangen, das „Klassenzimmer zu öffnen“ und die Kinder mit dem „echten Leben“ in Kontakt zu bringen. Also organisierte Papanek regelmäßig Exkursionen nach Paris oder in das Atelier des Bildhauers Naoum Aronson. Im Fall der OSE-Schützlinge hatten Exkursionen den zusätzlichen Effekt, die Kinder mit der französischen Kultur vertraut zu machen. Papanek wollte unbedingt verhindern, dass die Heime zu einer Art Ghetto oder Parallelgesellschaft wurden. Seine Kinder sollten hinaus in die Welt und auch Gäste waren gern in Montmorency gesehen.

Otto Glöckel und Alfred Adler waren nicht die einzigen Inspirationsquellen für Papaneks Erziehungssystem. Der Heimleiter berief sich oft auf den Schweizer Johann Heinrich Pestalozzi, der als Begründer der Reformpädagogik gilt. Die Klassenzimmer waren außerdem nach Maria Montessori mit kindgerechten Möbeln eingerichtet. Auch das selbstständige Lernen nach der Methodik des belgischen Reformpädagogen Ovide Decroly und nach dem amerikanischen Daltonplan kam zum Einsatz. Papaneks antiautoritärer Erziehungsstil verbannte außerdem jegliche Art von körperlichen Strafen sowie Noten und Hausaufgaben.

Anstelle von Noten erhielt jedes Kind alle drei Monate einen Bericht über seinen Fortschritt mit 24 möglichen Bewertungen, die von „ist aufmerksam und fleißig“ bis „zeigt einen Mangel an Vorstellungskraft“ reichten. Der Fokus lag dabei immer darauf, das Kind zu motivieren.

Die Bedeutung des Handwerks

Der letzte große Schwerpunkt von Papaneks Arbeit mit den OSE-Kindern war Handwerksunterricht. Zusätzlich zur regulären Schule absolvierte jedes Kind gewissermaßen eine Lehre. Die Jungen wurden zu Tischlern oder Schuhmachern ausgebildet, die Mädchen zu Schneiderinnen. Der Hintergedanke dabei war, die jungen Flüchtlinge trotz ihrer ungewissen Zukunft auf ein sicheres Berufsleben vorzubereiten. „Das waren Fähigkeiten, die man in allen Ländern brauchen konnte“, erklärte mir Papaneks Sohn Gus.

In der OSE gab es anfangs heftigen Widerstand gegen Papaneks Reformpädagogik. Einige Mitglieder fragten lautstark, ob es wirklich nötig sei, in solch unruhigen politischen Zeiten ein völlig neues Schulsystem zu erfinden. Papaneks arbeitsintensive Reformen waren vielen viel zu progressiv und noch dazu sehr teuer. Unterstützt von reichen jüdischen Intellektuellen in Paris,



Papanek und seine Söhne: 1926 bei der Geburt von Gustav (links), mit Gustl und Schorschi im französischen Exil und nach Kriegsende mit Gustav in US-Uniform



angeführt von der enthusiastischen Baronin Yvonne de Gunzbourg, konnte sich Papanek jedoch gegen die konservativen Kritiker in der OSE durchsetzen.

Besucher aus dem In- und Ausland waren voll des Lobes für Papaneks Pädagogik. In der *Pariser Tageszeitung*, einer deutschen Exilzeitung, wurde die *Villa Helvetia* als „ein Musterheim in jeder Beziehung“ beschrieben, „bestaunt und bewundert von französischen Fachleuten“.

Pädagog:innen und Sozialarbeiter:innen reisten nach Montmorency, um Papaneks Erziehungssystem zu begutachten. Zu den begeisterten Gästen zählten eine Abordnung der Quäker, Morris Troper und Joseph Hyman vom *American Jewish Joint Distribution Committee (Joint)* und Elsa Castendyck, die im amerikanischen Arbeitsministerium für Kinderhilfswerke zuständig war. Eine britische Delegation des *Save the Children Fund* lobte die „Fürsorge und Zuneigung“, die die Kinder von Ernst und Lene Papanek erfuhren. „Ich war in der Tat sehr beeindruckt von Ihrem Heim in Montmorency und der effizienten Art und Weise, wie der Direktor mit seinem pädagogischen Wissen die Schule leitet, und von der gepflegten Ordnung, in der seine gute Frau, die Ärztin, die Kinder gehalten hat“, schrieb der Generalsekretär George F. Gracey in einem Brief an die OSE-Leitung.

Jahrzehnte später kam die österreichische Historikerin Irene Etzersdorfer zu dem Schluss: „Das Experiment von Montmorency hatte großen Erfolg. [...] Als pädagogisches Beispiel einer fortschrittlichen Erziehung unter den denkbar schlechtesten Bedingungen sollte es Würdigung erfahren. Als Modell einer demokratischen Heimerziehung kann es auch heute noch wertvolle Impulse in sozialpädagogischen Fragen liefern.“

Ernst Papanek war es wichtiger, die Kinder zu glücklichen und fähigen Menschen zu erziehen, als ihnen das

Einmaleins beizubringen. Klassische Wissensvermittlung war immer nur ein Teil seines pädagogischen Konzepts. Das Schaffen eines Gemeinschaftsgefühls, die demokratische Mitverwaltung, der praktische Werkstättenunterricht, ja sogar Exkursionen und Feste, all das hatte für Papanek einen höheren Stellenwert.

Gemessen an dem späteren beruflichen Erfolg vieler seiner Schützlinge war Papaneks Pädagogik sogar unglaublich erfolgreich. Wie sich in den folgenden Jahrzehnten zeigen sollte, brachte sein Bildungssystem eine beeindruckende Zahl an Rechtsanwälten, Uniprofessoren, Raketeningenieuren, Ärzten und Psychiatern hervor. Darüber hinaus erfüllte sich Papaneks Herzenswunsch: Die erwachsenen OSE-Kinder waren in der Lage, ihre Traumata zu verarbeiten. ☺

Ab dem Zwischentitel „Papaneks Pädagogik“ auf Seite 120 ist der Text ein Auszug aus dem Buch „Auf Wiedersehen, Kinder!“

Lesetipp:

Lilly Maier
**Auf Wiedersehen Kinder!
Ernst Papanek**

Molden Verlag 2021
304 Seiten
28 Euro



Unbedingte Solidarität

Seit rechtspopulistische Politiker erfolgreich daran arbeiten, die Kluft zwischen „uns“ und „denen“, zwischen „den eigenen Leuten“ und „den anderen“ zu vertiefen, fragen sich viele von uns, was wir diesem Trend entgegensetzen könnten. Gibt es etwas, das Menschen über kulturelle Unterschiede und Grenzen hinweg verbindet? Oder müssen wir die Hoffnung auf globale Zusammenarbeit begraben?

Wir sollten dringend wieder über Solidarität sprechen, meinen die Philosophin Lea Susemichel und der Kulturwissenschaftler Jens Kastner und haben dazu einen reichhaltigen und über weite Strecken anregenden Sammelband herausgegeben. „Unbedingte Solidarität“, so der Titel ihres Buches, meint eine Solidarität, die gerade unter Nicht-Ähnlichen möglich ist, über eine Kosten-Nutzen-Rechnung hinausgeht und die Bereitschaft voraussetzt, sich selbst zu verändern. Ein zu hoch gegriffenes Ideal? Es bleibt uns keine andere Wahl, meinen die Herausgeber:innen. „Unbedingt“ verstehen sie auch im Sinn von Dringlichkeit, angesichts von Aufgaben, die nicht mehr länger aufgeschoben werden können.

Neunzehn Autor:innen aus den Bereichen Politikwissenschaft und Kunst, Soziologie und Geschichte, Philosophie und Rechtswissenschaft, Gender- und Migrationsforschung, arbeiten in diesem Buch heraus, dass Solidarität immer schon ein schwieriger Begriff gewesen ist, der zwar oft in den Mund genommen, aber wenig reflektiert worden sei.

In der dreifachen Losung der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sei mit Brüderlichkeit nichts anderes als Solidarität gemeint gewesen, schreiben Susemichel und Kastner. Aber die Brüderlichkeit/Solidarität sei von Anfang an im Schatten der beiden anderen Ideale gestanden. Dabei sollte sie ein Korrektiv sein gegen Exzesse, die im Namen von Freiheit und Gleichheit möglich waren.

In Reaktion auf die zunehmende industrielle Arbeitsteilung sei eine neue Vorstellung von Solidarität entstanden: Solidarität als „wechselseitige Abhängigkeit“, aber auch als Gegenentwurf zum aufkommenden Sozialdarwinismus, dem „Kampf aller gegen alle“. Bald danach habe Solidarität sich zu einem Kampfbegriff der Arbeiter:innenbewegung weiterentwickelt, der einerseits

eine Schicksalsgemeinschaft voraussetzt, die Erfahrung der Ausbeutung, andererseits einen Gegner, der mithilfe von Solidarität besiegt werden soll – das Kapital.

Aber damit seien die Möglichkeiten, die im Begriff Solidarität stecken, bei Weitem nicht ausgeschöpft, meinen die Autor:innen. Weiße Europäer:innen, die sich solidarisch gegen die Apartheid in Südafrika engagierten, seien nicht von gemeinsamen Erfahrungen der Ausbeutung ausgegangen. Sie sind für Menschen eingetreten, mit denen sie wenig gemeinsam hatten.

Solidarität sei eben weder vorgegeben noch erfunden, schreibt die Philosophin Rahel Jaeggi. „Solidarität entwickelt sich nicht ganz natürlich, sie ist ein künstliches Band zwischen Einzelnen, das nicht vorgegeben ist, sondern geschaffen wird“. Wer mit jemandem solidarisch sei, erkenne sich selbst im Schicksal des anderen. Es gehe nicht nur darum, „dass ich mit derselben Situation wie der andere konfrontiert bin oder konfrontiert sein könnte, sondern dass sein Schicksal mich signifikant betrifft.“

Deshalb verlangt Solidarität von uns die Entscheidung darüber, wer wir sein wollen. Denn Appelle kommen aus unterschiedlichen, mitunter entgegengesetzten Richtungen. Um zu zeigen, wie Emotionen und Vernunft bei solchen Entscheidungen zusammenspielen, stellt der Migrationsforscher Serhat Karakayali zwei historische Beispiele gegenüber. Beim Baumwoll-Boycott gegen die Sklaverei in den amerikanischen Südstaaten hätten Mitte des neunzehnten Jahrhunderts 300.000 Menschen in England ihre Arbeit verloren. Dennoch unterstützten große Teile der englischen Arbeiterschaft den Boykott. Nicht weil man zu den Sklav:innen auf den Baumwollplantagen Beziehungen gehabt habe, sondern weil es dem Selbstverständnis der englischen Arbeiter:innen widersprach, Sklavenarbeit zu unterstützen.

Als Gegenbeispiel nennt Karakayali „den Kollaps der sozialistischen Internationale vor dem Ersten Weltkrieg, als die meisten westlichen Arbeiterparteien ihre jeweiligen Regierungen und deren Kriegsziele unterstützten“. Weder die eine noch die andere Reaktion war vorgegeben. Im ersten Fall wurden zu einer fernen Gruppe von Menschen Beziehungen hergestellt, wo vorher keine waren. Im anderen Fall wurde die bestehende Beziehung zu den ausländischen Genoss:innen durch einen starken

nationalen Affekt zerstört. Es komme darauf an, wie Affekte gebündelt und in welche Richtung sie gelenkt werden, folgert Karakayali. „Solidarität mit den anderen“ könne nur erfolgreich sein, wenn sie sich zu einer „Solidarität, um etwas anderes zu werden“, entwickle.

Im 21. Jahrhundert erfreut sich praktische Solidarität im Kleinen zunehmender Beliebtheit. Nachbarschaftsinitiativen, Sozialmärkte, Gemeinschaftsgärten und Tauschkreise. Das sei kein Zufall, meint die politische Soziologin Silke van Dyk, ziehe sich der Staat doch aus vielen Versorgungsbereichen zurück. So würden Lücken entstehen, die durch Freiwilligenarbeit und zivilgesellschaftlichen Engagement gefüllt werden. Der Aufbau neuer sozialer Beziehungen sowie die Erprobung neuer Formen des Wirtschaftens würden im Zentrum stehen.

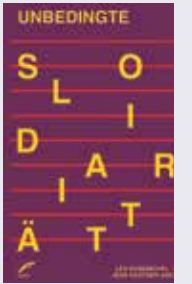
In diesem Trend sieht die Soziologin nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren. Denn anders als der Staat seien diese alternativen Netzwerke nicht zur Gleichbehandlung verpflichtet, hätten die Freiheit, Unerwünschte, Unpassende auszugrenzen. Nicht von ungefähr würden rechte Bewegungen an dieser Form von Solidarität zunehmend Gefallen finden.

Das Buch „Unbedingte Solidarität“ verlangt beim Lesen einiges ab, richtet sich aber nicht nur an Expert:innen. Angesprochen sind alle, die sich fragen, wie wir angesichts auseinanderstrebender Kräfte und zunehmender Unduldsamkeit dennoch neue Allianzen bilden können, die über den Moment hinausgehen.

Christian Schüller

Lesetipp:

Lea Susemichel und Jens Kastner
Unbedingte Solidarität
Unrast Verlag 2022
312 Seiten
19,80 Euro



Angekommen – Heimkehr

Im Vorübergehen sei sie geboren, erzählt Lena Rothstein-Scholl, in Glasgow, in der Emigration. Alles hätte in ihrem Leben auch ganz anders kommen können. Denn so wie ihre Mutter mit einem Kindertransport gerade noch vor den Nazis flüchten konnte und auf diese Weise zufällig in Großbritannien landete, wäre sie beinahe von dort aus zu ihrem Jugendfreund in die USA weitergereist. Dann hätte sie niemals Lenas Vater kennengelernt, den überzeugten Kommunisten Georg Schwarz, und wäre nicht mit dem dreijährigen Kind nach Wien zurückgekehrt.

Von dieser Heimkehr in ein fremdes Land handelt der erste Teil des Buches. Von einer Familie, die wie ein zerbrochenes Gefäß wirkt, dessen Teile schlecht zusammenpassen, soweit sie nicht überhaupt fehlen. Die kleine Lena weiß viel, sie liest und liest, saugt vieles auf, und doch tun sich immer mehr Rätsel auf. Sie weiß, dass ihre Großeltern in Auschwitz umgekommen sind, mit Ausnahme des väterlichen Großvaters. Aber über all das wird zu Hause wenig gesprochen.

Nach der Scheidung der Eltern ist sie oft allein. Mehrmals muss sie übersiedeln, Freundinnen, Betreuerinnen und Schulen wechseln. Um sich Mut zu machen, singt sie für sich. Früh wird sie für andere zur Entertainerin. Oft muss sie ihre junge, schöne Mutter aufheitern,

die so fröhlich wirken kann und zwischendurch in eine tiefe Traurigkeit verfällt.

Mit dreizehn entdeckt Lena den tieferen Grund dafür. 1950 kommen in Wien Briefe von den mütterlichen Großeltern an, die 1939 geschrieben wurden. Sie zeigen, wie sehr Lenas Mutter sich im englischen Exil Vorwürfe machte, weil sie den Eltern nicht die Ausreise ermöglichen, sie nicht retten konnte. Noch Jahre später in Wien, als sie an Krebs erkrankt, sieht Lenas Mutter das als Bestrafung an.

„Biografisches“ nennt die Autorin ihr Werk, nicht „Biografie“, und deutet damit an, dass sie beim Schreiben Puzzleteile zusammensetzt, die sich erst im Nachhinein zu einem Bild fügen. Als Teenagerin gibt sie gern den Klassenclown, wohl um ihre eigene Traurigkeit zu überspielen. Bei den strengen Lehrenden des Lycée Français kommt das nicht gut an. Aber schon bald nach dem Rausschmiss aus der Schule wird sie Gelegenheit haben, ihr Unterhaltungstalent auf der Bühne auszuleben. Im Café Hawelka lernt sie den Puppenkünstler Arminio Rothstein kennen, mit dem sie ein erfolgreiches Marionettentheater aufbaut. Die Ehe hält nicht lange, aber den Namen wird sie wie ein Markenzeichen behalten.

Wer, wie der Autor dieser Zeilen, von Lena Rothstein für die raue Schönheit der sephardischen Musik

begeistert wurde, muss sich ein wenig gedulden. Denn bevor Lena ihre Liebe zur spanisch-jüdischen Kultur entdeckt, wird sie noch vieles ausprobieren. Sie wird Schauspielerin und interpretiert in Kellertheatern Brecht-Lieder, Tucholsky, Wedekind. Geht kurze, heftige Beziehungen ein und bleibt enttäuscht zurück. Ihr Jüdischsein bleibt für ihr künstlerisches Schaffen lange Zeit eine Nebensache, bis die Waldheim-Affäre Österreichs verdrängte Vergangenheit mit einem Schlag ans Licht rückt.

Bei einer Demo gegen die Präsidentschaftskandidatur Kurt Waldheims hört sie sich selbst, so beschreibt sie das, zum ersten Mal in der Öffentlichkeit ein jiddisches Lied singen: „’s brent, brider, ’s brent!“. Bald wird sie in Wien zum Star jiddischer Musik, kreiert ihren sehr persönlichen Stil. Dazu gehört, dass sie sich Musiker sehr unterschiedlicher Herkunft aussucht. Mit der Zeit spürt sie, wie besonders orientalisch Klänge sie tief berühren, und entdeckt, dass das etwas mit ihr zu tun haben könnte, mit ihrer eigenen Familiengeschichte. Hatte nicht schon ihr Vater eine besondere Affinität zu türkischer und griechischer Musik? Und war das Ledergeschäft des Großvaters nicht in der Ferdinandstraße im zweiten Bezirk gelegen, wo viele Juden aus der Türkei ihre Geschäfte hatten?

Die Dokumente über die Familie des Großvaters sind verlorengegangen, die Spuren verwischt. Aber Lena Rothstein vertieft sich in die Geschichte der spanischen Juden, die ihre Sprache, Ladino, mitgenommen haben, als sie 1492 von den katholischen Königen aus Spanien vertrieben wurden und nach Osten gingen, ins Osmanische Reich, auf den Balkan, bis nach Wien. Als Interpretin sephardischer Lieder feiert Lena Rothstein mit ihrer Band einen internationalen Erfolg nach dem anderen. Ist sie nun endlich angekommen?

Ihre biografischen Skizzen wirken wie eine Collage skurriler Szenen, die mit treffsicheren Pointen enden.

Aber zusammengehalten wird alles durch Lenas beharrliche Versuche, Verlorenes wiederzufinden, nach dem Patchwork ihrer Herkunftsfamilie doch noch so etwas wie ein Zuhause zu finden. Immer wieder kommt es zu Brüchen. Auch bei ihrem Vater, dessen ganze Liebe der Kommunistischen Partei gegolten hatte und der im Alter erkennen muss, dass er einer Illusion aufgesessen ist.

Nie hat es in ihrem Leben an interessanten Männern gefehlt, die ihr doch nicht bieten konnten, was sie suchte. Ohne Selbstmitleid, mit viel Selbstironie lässt Lena Rothstein uns in ihre innere Welt schauen.

Erst spät verliebt sich Lena in jemanden, der eigentlich immer schon da war, bereits in der Emigration in England. Mit Tony Scholl, ihrem Lebensmenschen, geht sie wieder auf die Bühne, kreiert mit ihm eine neue Art von Performance, die dem jüdischen Witz gewidmet ist. Und zum ersten Mal findet sie die innere Ruhe, um auf ihr rastloses Leben zurückzuschauen. So entsteht ein Buch, das besonders in der ersten Hälfte an manchen Stellen beklemmend wirkt und dessen zweiter Teil rasant dahinläuft wie ein musikalisches Roadmovie. Ein Buch, das dazu ermuntert, dem Schmerz nicht auszuweichen, sondern durch ihn durchzugehen. ☺

Christian Schüller

Lesetipp:

Lena Rothstein
Angekommen – eine Heimkehr
 new academic press
 252 Seiten
 28 Euro

